Heft 5 Mai 1989 6,- DM

E 4743 E

konkret

Konkret: Politik & Kultur

- Streit: Imperialismus Solidarität Betroffenheit
- Zucker in den Tank: Interview mit militanten Antirassisten
- Gen-Angriff auf die Frauen der 3. Welt
- Der Fall Habermas'
- Hunger-streik: Was darf der Staatsfeind wollen?

in konkret Mai 1989

Von Konkret

An Konkret

Dem Staate feind von Hermann L. Gremliza

Viva Maria von Ralf Syring

Wahlen statt Waffen für El Salvador? Was es zu bedeuten hatte, daß die Befreiungsbewegung FMLN angeboten hatte, sich an den salvadoreanischen Präsidentschaftswahlen zu beteiligen

Legende vom Normalvollzug von Unterstützerinnengruppe Plötzensee

In der Öffentlichkeit heimst SPD-Bürgermeister Momper Lob ein, weil er sich aufgeschlossen für Kompromißlösungen zur Beendigung des Hungerstreiks der RAF-Gefangenen zeigt. Über den Hungerstreik gegen menschenunwürdige Haftbedingungen im sogenannten Normalvollzug des sozialliberalen Vorzeigeknasts Plötzensee schweigt er sich aus

Gaunerische Manöver von Joachim Hetscher

Heftige Stalin-Diskussionen unter Kommunisten. In KONKRET 4/89 hat Rainer Butt, Mitglied des Bundesvorstands der SDAJ, den Autoren des Buchs »Stalin bewältigen«, seinen Genossen Günter Judick und Kurt Steinhaus, vorgeworfen, die Geschichte nicht neu geschrieben, sondern nur kosmetisch verändert zu haben. Auf Butts Kritik antwortet sein Genosse Joachim Hetscher

Weckerbericht von Henning Venske

Ein Tag im Prozeß der Bundesrepublik Deutschland gegen die Journalistin Ingrid Strobl. Ein Tag im Leben eines furchtbaren Richters, der die Staatsanwaltschaft wegrationalisiert. Einer jener deutschen Tage, zu denen die Sonne nicht aufgehen sollte

Die Quadratur der Tomate von Vandana Shiva; Theresia Degener

Was ist an Herbert Marcuse und Simone de Beauvoir biologistisch? Und was macht die feministische Ökologie zur theoretischen Grundlage für den Kampf gegen Gentechnik? Auf der »Internationalen Konferenz über Gen- und Reproduktionstechnik und Frauengesundheit« in Bangladesh sprach Theresia Degener mit der indischen Physikerin und Biologin Vandana Shiva über philosophischen und praktischen Widerstand gegen die neuen Technologien

Reproduktionsautonomie fremdbestimmt von Theresia Degener

Ein Schwerpunkt der Frauenkonferenz in Bangladesh war das Thema Bevölkerungspolitik: traditionelle und moderne Methoden ergänzen sich weltweit

Grenzenlos militant von Oliver Tolmein

Statt vorauseilendem Gehorsam – vorauseilender Widerstand: Schon vor Einführung des europäischen Binnenmarktes sind die »Antirassistischen Zellen« grenzüberschreitend tätig: Sie organisieren koordinierte Sabotage-Aktionen in ganz Westeuropa. Erstes für ihre Anschläge relevantes Objekt ist der Öl-Multi Shell. Warum gerade er und überhaupt, erklären zwei Vertreterinnen der Gruppe, die sich »Clyde« und »Bonnie« nennen, in einem Interview mit Oliver Tolmein

Schwarze Aussichten von Jerry Sommer

Eine europaweite Kampagne gegen Shell bringt den größten in Südafrika engagierten Ölmulti in Bedrängnis. Im Mai finden anläßlich der Aktionärsversammlungen Aktionstage in Großbritannien und den Niederlanden statt

In Kyritz n der Knatter von Irene Meichsner; Dietrich Leder

Dap der Chemiekonzern BAYER »in seiner grenzenlosen Sucht noch Gewinnen und Profiten« Menschenrechte und demokratische Prinzipien verletzt, daß er zwecks Durchsetzung seiner Interessen sich einige Politiker holt, hat ein internationaler Zusammenschluß von Kritikern der Chemieindustrie, die »Coordination gegen BAYER-Gefahren«, herausgefunden und öffentlich gemacht. Mit Hilfe der bundesdeutschen Justiz möchte der Konzern seine Kritiker nun mundtot machen

Sinn ohn´ Form - Alte Kämpfe – Neuer Antiimperialismus von Oliver Tolmein

Termine

»Das Dilemma eurer Existenz«Schweigen ist Komplizentum von Thomas Rothschild

In einem »Brief an einen jüdischen Freund« beklagt Ibrahim Souss, der Pariser Vertreter der PLO, die Leiden des palästinensischen Volkes, die keineswegs erst mit der militärischen Unterdrückung der Intifada begonnen. Er wirft Israel vor, im Zuge einer kolonialistischen Politik den systematischen »Völkermord« an den Palästinensern zu betreiben. In einem Offenen Brief antwortet Thomas Rothschild Souss, versichert ihn seiner Solidarität und fordert die Juden in der Diaspora auf, »dem Israel Shamirs jegliche Unterstützung zu verweigern«. Wolfgang Schneider dagegen sieht im Sousstschen Text ein »antisemitisches Pamphlet«, dessen zentrale Inhalte die Forderung noch Liquidierung des Staates Israel und eine nachträgliche Rechtfertigung der nationalsozialistischen Vernichtungslager sind

»Das Dilemma eurer Existenz«Die Stimme des Herzens von Wolfgang Schneider

In einem »Brief an einen jüdischen Freund« beklagt Ibrahim Souss, der Pariser Vertreter der PLO, die Leiden des palästinensischen Volkes, die keineswegs erst mit der militärischen Unterdrückung der Intifada begonnen. Er wirft Israel vor, im Zuge einer kolonialistischen Politik den systematischen »Völkermord« an den Palästinensern zu betreiben. In einem Offenen Brief antwortet Thomas Rothschild Souss, versichert ihn seiner Solidarität und fordert die Juden in der Diaspora auf, »dem Israel Shamirs jegliche Unterstützung zu verweigern«. Wolfgang Schneider dagegen sieht im Sousstschen Text ein »antisemitisches Pamphlet«, dessen zentrale Inhalte die Forderung noch Liquidierung des Staates Israel und eine nachträgliche Rechtfertigung der nationalsozialistischen Vernichtungslager sind

KONKRET-Streitgespräch:Imperialismus, Solidarität, Betroffenheit von Rose Gauger; Gaby Gottwald; Ray Syring; Georg Reitmüller

Zum KONKRET-Streitgespräch trafen sich: Rose Gauger, aus der Mittelamerika-Solidarität kommend, Gaby Gottwald, ist bei den Grünen und seit Jahren aktiv in der Solidaritätsarbeit und vor allem zu El Salvador und Chile; Ray Syring, der Arzt ist und ein Jahr in den von der FMLN kontrollierten Gebieten in El Salvador gelebt hat; Georg Reitmüller, Autonomer aus Norddeutschland und Mitglied in der Redaktion der »Materialien für einen neuen Antiimperialsimus«

Der Meister von Christoph Türcke

Der Fall Jürgen Habermas oder Wie die kritische Theorie gesellschaftsfähig wurde

Buch des Monats - Der Trost des Lesens von Eberhard Hübner

Ivy Compton-Burnett: Ein Gott und seine Gaben. Roman. Aus dem Englischen von Peter Marginter Klett-Cotta-Verlag, Stuttgart 1989, 192 Seiten, 20 Mark

Ihr mich auch! (Eine Tirade) von Matthias Altenburg

Bauen & Verbauen von Layla Dawson

Schon das gerühmte Bauhaus hatte mehr mit Ideologie als mit der Wirklichkeit des Bauens zu tun. Eine bessere Welt durch Architektur, da steht der Auftraggeber vor.

Jetzt werden selbst die Architekturtheoretiker bescheiden wie die Verhältnisse: Was nicht geplant werden kann, soll auch nicht geplant werden. Jedoch braucht das Chaos, das Architekten sich jetzt anschicken zu »gestalten«, einen Namen. Hier ist er: Dekonstruktivismus. Was er meint, gibt es schon: Hongkong

Recht auf Nachsicht? von Rolf Hochhuth

In KONKRET 3/89 hatte Jan Philipp Reemtsma der Meinung des Philosophen Habermas und des Schriftstellers Hochhuth widersprochen, die jüngere Generation dürfe ihren Zuwachs an Kenntnissen über den Nationalsozialismus nicht dazu mißbrauchen, moralische Urteile über die damals Handelnden zu fällen. Hochhuth schrieb eine Entgegnung (die nach Redaktionsschluß von KONKRET 4/89 einging und deshalb leider erst in diesem Heft erscheinen kann); Reemtsma antwortet

Recht auf Nachsicht? von Jan Philipp Reemtsma

In KONKRET 3/89 hatte Jan Philipp Reemtsma der Meinung des Philosophen Habermas und des Schriftstellers Hochhuth widersprochen, die jüngere Generation dürfe ihren Zuwachs an Kenntnissen über den Nationalsozialismus nicht dazu mißbrauchen, moralische Urteile über die damals Handelnden zu fällen. Hochhuth schrieb eine Entgegnung (die nach Redaktionsschluß von KONKRET 4/89 einging und deshalb leider erst in diesem Heft erscheinen kann); Reemtsma antwortet

Musikplaudertasche von Eckhard Henscheid

Marlowes schwarze Schwestern von Andrea Faschina

Als Antwort auf den Machismo der traditionellen Kriminalliteratur gibt es nun Frauenkrimis. Eine bloße Umkehrung des klassischen Schemas oder eigenständige Beiträge zur Frauenliteratur

Das Melodram als Dokument von Peter Körte

Mira Nairs Film »Salaam Bombay!« ist der erste indische Spielfilm, der Indien zeigt: »die Straße und die Sprache dieser Straße«

Bewältigte Bewältigung von Dietrich Kuhlbrodt

Viereinhalb Stunden lang zeigt Marcel Ophüls in seinem Dokumentarfilm über den Fall Klaus Barbie nichts als sprechende Köpfe. Und doch ist »Hotel Terminus« nicht nur die richtige Antwort auf die Bewältiger der Vergangenheit, sondern auch ein Krimi

Piwitts kleines Feuilleton von Hermann Peter Piwitt

Kein Bußgeld für den Holocaust von Charlotte Wiedemann

Das Bundesinnenministerium hat im Bonner Wissenschaftszentrum eine Ausstellung einrichten lassen: »40 Jahre Bundesrepublik Deutschland«. Mit diesem lauen Verschnitt aus Beschönigung und Verdrängung soll nicht nur das Jubiläum gefeiert, sondern auch jenes »Haus der Geschichte« geprobt werden, in dem die Republik zukünftig ihre »Erfolgsgeschichte« präsentieren will

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Aus dem Milieu

konkret 05/89, S. 4

Von Konkret

Erklärung zum Hungerstreik

Christa Eckes und Karlheinz Dellwo haben ihren Hungerstreik unterbrochen. Ihre Entscheidung gibt Zeit, Initiativen zur Durchsetzung der Forderung nach Zusammenlegung der Gefangenen in eine oder zwei Gruppen zu ergreifen und weiterzuführen. Viel Zeit gibt sie nicht: Der Hungerstreik von Gabriele Rollnik und Rolf Heißler geht in die achte Woche.

In Erwägung, daß die Haftbedingungen in den Hochsicherheitstrakten, die Isolation in Einzelhaft oder Kleinstgruppen und insbesondere die staatliche Politik, die nur für den Fall einer Bekehrung der Gefangenen eine Aufhebung unerträglicher Haftbedigungen in Aussicht stellt, Folter sind, fordern wir die sofortige und bedingungslose Zusammenlegung der Gefangenen. Die Abschaffung von Folter darf nie und nirgends vom Verhalten oder von der Gesinnung der ihr Unterworfenen abhängig gemacht werden. Wir wenden uns entschieden gegen alle Versuche, die Forderung nach Zusammenlegung der Gefangenen, also der Herstellung überlebbarer Haftbedingungen, mit Forderungen an das Verhalten oder das Denken der Gefangenen zu verquicken. Wir halten das Bild, wonach die mit Einsatz ihres Lebens um erträgliche Haftbedingungen Kämpfenden und die staatlichen Autoritäten, die an Folter festhalten wollen, »zwei Gespensterzüge« seien, die »aufeinander zurasen« (A. Vollmer vor dem Bundestag), für eine schändliche Metapher zur Beschreibung einer Situation, in der ein «Gespensterzug« auf Leute zurast, die auf den Schienen stehend ihn aufzuhalten versuchen.

Die Haltung der CDU/CSU zum Hungerstreik zielt darauf, daß es Tote geben soll; sie hofft, in der darauf folgenden Eskalation Stimmung für rechte Politik machen zu können. Aber auch die SPD, die sich als verständnisvoll darzustellen versucht, hat bisher nichts getan, was ihre Absicht bekunden würde, die menschenrechtswidrige Haftsituation der Gefangenen beenden zu wollen: Die in den sozialdemokratisch regierten Ländern Schleswig-Holstein, Hamburg, Westberlin und Nordrhein-Westfalen einsitzenden Gefangenen hätten längst zusammengelegt werden können – ohne daß für diesen ersten kleinen Schritt der Abbruch des Hungerstreiks hätte verlangt werden müssen. Die Partei der Grünen opfert die Einsicht, daß »Isolation unmenschlich und menschenunwürdig« (Vollmer) ist und der Staat einen »humanen Strafvollzug« (Vollmer) zu gewährleisten habe, dem parteipolitischen Interesse, eine »heillose gesellschaftliche Polarisierung« (Vollmer) zu vermeiden und die Gelegenheit zu nutzen, ihre Harmoniesierungskonzepte als für die Linke allgemeingültige durchzusetzen.

Wir, radikale Linke aus verschiedenen Organisationen und Zusammenhängen in der BRD, sind an der Diskussion mit den Gefangenen interessiert, die diese in ihrer Erklärung zum Hungerstreik und in anderen Erklärungen vorgeschlagen haben. Wir rufen alle, die unsere Ansicht teilen, auf zur Demonstration für die Zusammenlegung am 29. April in Bonn. Wir werden uns diese Demonstration nicht verbieten lassen.

Diese Erklärung wurde beschlossen auf einem Treffen der radikalen Linken am 15./16. April 1989 in Hamburg.

Thomas Ebermann (Grüne), Regula Bott (GAL-Hamburg) Manfred Zieran (RadikalökologInnen Frankfurt/Grüne), Karl Heinz Roth, Alain Piermont (Grüne), Dorothee Piermont (Grüne), Georg Fülberth (DKP), Ellen Olms (AL Westberlin), Thomas Neumann, Horst-Dieter Koch (VSP), Rainer Trampert (Grüne), Oliver Tolmein (KONKRET/ CLOCKWORK 129a), Jan Kuhnert (Linke in den Grünen, Hessen), Detlef zum Winkel (Redaktion ARBEITERKAMPF), Linke Liste Frankfurt, Jutta Ditfurth (RadikalökologInnen Frankfurt/Grüne), Christian Schmidt (GAL Hamburg), Hermann L. Gremliza (KONKRET), Manon Tuckfeld (RadikalökologInnen Frankfurt/Grüne), Heiner Möller (Redaktion ARBEITERKAMPF), Rote Hilfe Westberlin, PROjekt WOchenzeitung, Günter Kreikenbaum (Redaktion DIE WAGE), Heinz Willemsen (Grüne), Armin Bellendorf (Anti-AKW-Bewegung), ATOM-Redaktion, Heike Bettermann, Autonome KommunistInnen Westberlin, Thomas Boelke (El Salvador Komitee, München)

Organisafionsangaben dienen nur der Information

Redaktionsschluß war der 19. April. Beiträge in dieser KONKRET-Ausgabe, die sich mit dem Hungerstreik der RAF-Gefangenen auseinandersetzen, können sich nur auf den Stand der Auseinandersetzung zu diesem Datum beziehen. Das gilt auch für die hier dokumentierte Erklärung.

Zwei Neuerscheinungen aus dem Konkret Literatur Verlag seien hier angezeigt. Zuerst ein Werk, dessen Verlesung das Treffen der radikalen Linken gesprengt hätte: »FEUER – Das Buch für Raucher«, herausgegeben von Ingrid Klein und Christel Dormagen (unter anderem mit »zehn kleinen Geschichten um den blauen Dunst« von Horst Tomayer), 196 Seiten, 24 Mark. Und zweitens: »Ich war eine Leihmutter« von Felicitas Franke, 192 Seiten, 24 Mark

konkret 05/89, S. 6

An Konkret

Kalt bleiben

KONKRET 4/89: Gremlizas express

Bravo, Hermann L., absolute Klasse dieser »Alster-Salon«. Ein Lichtblick »in diesen geistfernen Zeiten«.

Die »Titanic«-Kollegen werden eine Flasche entkorken. Wie sagte einst Kurt Tucholsky: »Humor ruht oft in der Veranlagung von Menschen, die kalt bleiben, wo die Masse tobt, und die dort erregt sind, wo die meisten nichts dabei finden.«

Werner Obliers

Frankfurt

Reingefallen

KONKRET 4/89: »Monopoly um Telecom« von Wolfgang Müller

Auch euer Autor Müller ist offenbar auf die geschickte PR des Bundeskanzleramtes über das Gespräch zwischen Helmut Kohl und der DGB-Spitze hereingefallen. Richtig ist, die DPG hat sich dabei nicht vom Kanzler einseifen lassen. Sie ist nach wie vor gegen die Zerschlagung der Bundespost. DPG-Vorsitzender Kurt van Haaren in »Deutsche Post« vom 5. April: »Kanzler und Postminister haben Zugeständnisse in für die DPG entscheidenden Fragen beharrlich verweigert. (...) Dieser Gesetzentwurf richtet sich gegen die Interessen von Bürgern und Beschäftigten . «

Gerhard Straube

Redakteur »Deutsche Post«

Frankfurt

Selbstverständnis

KONKRET 4/89: Zum Nicht-Erscheinen von Ernst Kahls »Kongretchen««

Man muß sich hüten, so wichtige Dinge wie den Abbau von Faschismus/Rassismus/Sexismus zu suchen, wo man sie findet – in »linken« Köpfen und Mäulern – , man muß ihnen nachgehen in der gesellschaftlichen Praxis.

Daß ein Schreiber oder Zeichner, um etwas über unsere Realität auszusagen, auf dem Papier Positionen einnimmt, die als reaktionär (rassistisch, faschistisch, sexistisch) erkennbar sind, berechtigt noch lange nicht dazu, sein Produkt oder seine Person mit dieser Position gleichzusetzen. Wichtiger erscheint mir die Auseinandersetzung mit der Tatsache, daß diese Methode – Kritik durch Affirmation – nicht verstanden wird und heftige, sachlich nicht gerechtfertigte Vorwürfe auslöst. Offenbar deshalb, weil solche Darstellungen zur Selbstkritik nötigen und das saubere, von Widersprüchen gereinigte, linke Selbstverständnis angreifen.

Daß Ihr das Kongretchen Euren Lesern vorenthalten habt, noch dazu mit dem fadenscheinigen Argument, die Leser könnten es mißverstehen, finde ich unverzeihlich.

Kathrin Tiedemann

Berlin

Streitgespräch

KONKRET 4/89: Zur Abtreibung und Eugenik, S. 41 ff.

Adrienne Goehler hat auf Seite 42 nach Zahlen gefragt. Ich möchte hier Zahlen liefern und sie als betroffener männlicher Conterganer interpretieren.

1986 gab es in der BRD 84.274 Schwangerschaftsabbrüche. Es wurden 626.000 Kinder geboren, d. h. es gab insgesamt 710.000 Schwangerschaften, von denen also etwa 11,4% abgebrochen wurden (Statistisches Jahrbuch 1988).

Im selben Jahr wurden 1.113 Schwangerschaften mit der eugenischen Indikation abgebrochen. (Statistisches Jahrbuch 1988). Aus »Wirtschaft und Statistik« 10/88 geht hervor, daß etwa 4 von 1.000 Lebendgeborenen schwerbehindert sind, das entspricht einer absoluten Zahl von circa 2.500/Jahr. An anderer Stelle in derselben Zeitschrift wird die Zahl der

schwerbehinderten Kinder bis zum 4. Lebensjahr mit 10.102 angegeben; ergibt pro Jahrgang wieder die Zahl von etwa 2.500. Das heißt es gibt pro Jahr etwa 3.600 Schwangerschaften, bei denen am Ende ein schwerbehindertes Kind geboren werden könnte oder tatsächlich wird, davon werden 1.100 abgetrieben. Das entspricht einer Quote von 30,5%.

Es kann mir keiner erzählen, daß eine dreifach erhöhte Abbruchquote bei behinderten Kindern allein auf die zugegebenermaßen erschwerten sozialen Bedingungen bei der Erziehung eines behinderten Kindes zurückzuführen sind. Ich gehe davon aus, daß etwa die Hälfte der Frauen, die mit eugenischer Indikation abgetrieben haben, im Falle eines gesunden Kindes, dieses ausgetragen hätten.

Ich bin der Meinung, daß jede Frau das Recht hat, selbst 2U entscheiden, ob sie ein Kind will oder nicht. Aber die Tatsache der Behinderung darf kein Entscheidungskriterium sein. Wenn sie sich für das Austragen entscheidet, dann auch mit dem »Risiko«, daß es behindert sein könnte. Daraus folgert, daß die Indikationsregelung abgeschafft gehört und genetische Beratung verboten werden muß.

Christian Bach

Conterganer Ludwigshafen

»Flugis« und »Dokus«

KONKRET 4/89 Autonomen-Seite

Ich teile die Wut der Autonomen auf diesen Staat und erkläre mich solidarisch mit den Forderungen der hungerstreikenden Gefangenen.

Allerdings bin ich es langsam leid, in unzähligen »Flugis« und »Dokus« und nun auch in der KONKRET die inhaltlich schwammigen Elogen über »Revolution«, »Kampf«, »Widerstand«, »Ausbeutung«, »Gewalt« – um nur ein paar der inflationär gebrauchten Begriffe zu nennen – zu lesen.

Komplexe Verhältnisse erfordern komplexe Analysen, um das dahinter stehende Unrecht offenbar zu machen, und nicht unausgegorenes Geschwätz. Außerdem kann man nicht beklagen, daß es bisher nicht gelang, »die notwendigkeit einer revolutionären umwälzung der verhältnisse im bewußtsein breiterer teile der bevölkerung zu verankern«, wenn man gleichzeitig durch eben für diese »breiteren teile der bevölkerung« unverständliche Szene-Sprache und martialischen Habitus sich selbst isoliert. Wer sich selbst ins Abseits stellt, kann nicht erwarten, daß ihn der Rest der Gesellschaft – und das sind fast alle – in den Mittelpunkt rückt.

Burkhard Schirdewahn

Köln

Klassengegner

KONKRET 4/89 »Wie im Film« Turrini-Kontroverse, Teil III, Georg Heinzens Antwort an Michael Scharang

Es ist richtig, daß ich zum Schluß des Stückes gemeinsam mit dem Thyssen-Stahl-Boß Kriwet applaudierte. Er tat dies jedoch aus völlig anderen Motiven als ich es tat. Lediglich die schauspielerische Leistung habe ihn dazu veranlaßt, sagte er mir auf meine Frage hin. Deine Behauptung, unser beider Beifall führte die während der Stahlkrise heftig aufeinanderprallenden antagonistischen Kräfte in ihrer Abbildung als Klassengegner Achten/Kriwet wieder zusammen, halte ich für abenteuerlich. Die Tatsache, daß Georg Heinzen als Autor des KONKRET-Artikels das gleiche Theaterstück gesehen hat wie Kriwet, macht ihn nicht gleich zum fraternisierenden Theaterbesucher.

Wolf Achten

Redaktion »UZ«

Düsseldorf

Unding

KONKRET 3/89 »Homosexuelle Pädophilie« von Gunter Schmidt

Es ist ein Unding, in einer Zeit, in der der Mißbrauch von Kindern langsam zu einem Thema wird, eine Differenzierung des Mißbrauchs betreiben zu wollen. Offizielle Stellen gehen von einer Mißbrauchshäufigkeit von 25 Prozent aller Kinder aus, (auch der vom Autor angeführte A. Kinsley), die Dunkelziffer liegt nach Schätzungen bei 80 Prozent. Was soll die vom Autor am Schluß so plakativ geforderte Abschaffung der Verfolgung von Minderheiten (er meint die vorher differenzierten Pädophilen), wenn die Mehrheit der Kinder ganz unzivilisiert mißbraucht wird? Diese so vehement geforderte Differenzierung findet gegebenenfalls im Einzelfall statt, sie kann doch nicht gesetzlich festgeschrieben werden!

Für diese Reformen ist wahrhaftig keine Zeit, Herr Schmidt.

Irmtraud Lampert

Darmstadt

Ein Indiz

KONKRET 3/89 »Wir waren nicht dabei« von Jan Philipp Reemtsma

Bravo, Jan Philipp Reemtsma! Wenn schon jene Intelligenz, welche die Herren Habermas und Hochhuth verkörpern, aus Altersgründen beim letzten Faschismus nicht dabei sein konnte, so wird sie, wenn chronischer Opportunismus ein Indiz ist, zumindest geistig am nächsten beteiligt sein.

Michael Scharang Wien

Kränkung

KONKRET 3/89 »Ich habe gelesen« von Matthias Altenburg

Ich muß Ihnen sagen, daß mir beim Lesen der Zeilen über das Buch von Christa Wolf in der März-Ausgabe (die Kränkung wurde durch die Bildunterschrift noch hervorgehoben) ähnlich nachhaltig elend geworden ist wie damals, als ich (noch bei Claassen) las, wie Marcel Reich-Ranicki Heinrich Mann verabschiedete. Warum diese Beleidigungen?

Helmut Frielinghaus

Luchterhand Literaturverlag

Verlagsleitung Darmstadt

konkret 05/89, S. 8

Hermann L. Gremliza

Dem Staate feind

Ob es in der Gesellschaft der BRD wohl noch einen nennenswerten Konflikt gibt, zu dessen Lösung nicht Pfaffen herbeigerufen werden? Sei es Rüstung, Wiederaufbereitung, Zusammenlegung: wo du nicht bist, Herr Jesus Christ, da schweigen alle Flöten. Die letzte Ölung ist das Schmiermittel der quietschenden Staatskarosse, Homogenisierung der Gesellschaft durch Pastorisierung des politischen Denkens die ultima irratio einer Organisation (um nicht zu sagen: eines Zusammenhangs), die ihre Fettlebe mit Vernunftgründen nicht mehr zu verteidigen weiß. Christdemokraten sowieso, Sozialdemokraten längst, auch die Grünen und, jenseits von ihnen, viele, die sich Linke nennen, sind befallen. Lasset uns beten:

»Freiheitlichster Staat in der deutschen Geschichte« unser, der du es erstens nicht bist (das war die Weimarer Republik) und der du unter dem tertium comparationis, welches das tertium imperium ist, doch ein wenig leidest; dein Epitheton, von Helmut Schmidt-Mogadischu ersonnen, bestärke uns in dem Glauben, daß unser schöner Staat, die BRD, keine historisch endliche Organisationsform, akzeptabel auf Zeit oder auch nicht, sondern das Endziel menschlicher Geschichte ist, unmittelbar zu Gott; auf daß wir mit den Ungläubigen nicht rechten müssen, sondern sie bekehren oder verdammen dürfen. Verflucht der Ketzer, der da spricht, Hochverrat sei eine Frage des Datums.

Wäre also das Grundgesetz die Bibel dieser Religion? Eine Verfassung, sagt die Ketzerin, ist ein Waffenstillstands-Protokoll im Klassenkampf. Keines der in ihr fixierten Rechte ist von den Herrschenden großzügig gewährt, jedes, auch das kleinste, in Jahrhunderten und oft blutig erkämpft worden. Als wichtigstes von allen das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit (Grundgesetz Artikel 2), das dem Staat den Verzicht auf die in seiner Geschichte beliebtesten Herrschaftsmittel, Todesstrafe und Folter, abnötigt. Geblieben ist den Herrschenden das Recht, Menschen der Freiheit zu berauben, sie einzusperren – unter der Voraussetzung, daß sie zuvor ordnungsgemäß der dafür vorgesehenen Prozedur unterzogen wurden. (Nicht die Tat begründet den Freiheitsentzug, sondern das Urteil.)

Der Staat darf Verurteilte in Verwahrung nehmen. Was darf er, wenn er sich an das Waffenstillstands-Protokoll hält, außerdem? Er darf versuchen, aus dem Eingesperrten ein »nützliches Glied der Gesellschaft« zu machen, ihn zu «resozialisieren« – jedoch nur mit ausdrücklicher Zustimmung des Gefangenen. Jede gegen dessen erklärten Willen ergriffene Maßnahme der Resozialisierung ist Folter, nämlich: Erzwingung eines anderen Verhaltens, Fühlens oder Denkens unterm Regime der Gewalt. Für unverändertes Verhalten kann der Gefangene, wenn die Verwahrzeit abgelaufen ist, erneut eingesperrt werden, Emotion und Gesinnung haben den Staat nichts anzugehen, und insbesondere auch dann nicht, wenn sie sich gegen den Staat richten. Soviel zum kleinen Einmaleins der Aufklärung, an deren Liquidierung das Heer der christlichen Sozialpädagogen so erfolgreich arbeitet.

Was heißt dies nun für den Gefangenen, der dem Staat feind ist? Es heißt, daß der Staat – wie in allen anderen Fällen auch – jede Maßnahme zu unterlassen hat, die nicht dem schieren Zweck der Verwahrung dient. Kein Psycholog, kein Sozialarbeiter, kein Pfaff hat gegen den Willen des Inhaftierten dessen Zelle zu betreten oder ihm sonstwie und in welcher Verkleidung auch immer nahezutreten.

Wer den Staat auf diese Weise zur Einhaltung seiner Verpflichtungen mahnt, darf selbst vernünftigerweise den Vertrag, auf den er sich beruft, nicht als Fetzen Papier abtun. Wer mehr will als eine im beschriebenen Sinne ordnungsgemäße Verwahrung, etwa die Förderung des Zusammenhalts von gefangenen Feinden des Staats im Knast, darf nicht an dessen Herren appellieren, sondern muß sie stürzen. Im konkreten Fall: Die Forderung nach Zusammenlegung der politischen Gefangenen, die sich ja nur an den Staat richten kann, da niemand sonst über die Macht zu ihrer Erfüllung verfügt und wenn er sie hätte, die Gefangenen nicht zusammengelegt sondern befreit würden, ist nur vernünftig, wenn die geforderte die einzige Form der Verwahrung darstellt, in der die Gefangenen ohne Folter gehalten werden können.

Daß Einzel- und Kleinstgruppen-Isolation Folter bedeutet, wird in allen seriösen Untersuchungen behauptet. Ein geradezu klassisches Foltermodell bildet zudem das Versprechen, auf diese Art der Verwahrung zu verzichten, wenn der oder die Gefangene ihre Gesinnung ändert. Andererseits ist der sogenannte Normalvollzug, also die nicht isolierte Verwahrung, für die der Gefangene Holger Meins verhungert ist, dem Staat, der mit einem gewissen Recht die Gefährdung der Resozialisierung sozialer Gefangener befürchtet, so wenig zuzumuten wie den Gefangenen, die statt Normalvollzug bloß die Zusammenlegung mit Spitzeln der Anstaltsleitung erwartet. *Deshalb* ist die Zusammenlegung der politischen Gefangenen unabweisbar. Und zwar die bedingungslose Zusammenlegung. Es wäre ein Verrat an den wenigen Menschenrechten, die der Staat sich hat abpressen lassen, wenn die Herstellung einer verfassungsgemäßen Verwahrform, nämlich der Verzicht auf Folter, in welcher Weise und von wem immer in einen Zusammenhang mit der Gesinnung der Gefangenen gebracht würde.

Natürlich ist (entgegen dem Werbespruch, den die grüne Pastorin Nickels jetzt wieder durchs Bundestagsplenum rief) nicht »Mord gleich Mord« (und zwar nie: Raubmord nicht Gattenmord, ein Attentat keine Ludenschießerei), aber ein Gefangener ist ein Gefangener und ein wegen Mordes Verurteilter ist ein wegen Mordes Verurteilter, dessen Motive den Staat nicht zu interessieren haben. Der hat ihn bloß zu verwahren, und das ist, wenn das Recht auf Leben und Unversehrtheit geachtet wird, bloß ein praktisches, kein moralisches Problem.

Ein solches möchten unsere PastorInnen draus machen. Nicht Recht soll verwirklicht werden, sondern Bekehrung der Gefangenen und des Staates, der nicht seine Verfassung einhält, sondern – in seiner ewigen Gottgegebenheit – Gnade walten läßt und mit seinen Feinden Bergpredigt spielt: Der Staat und die Hungerstreikenden beauftragen den Präsidenten der evangelischen Sekte mit der Prüfung, wieviel Folter sein darf, damit die Gefangenen dem Staat nicht länger feind bleiben und die maoistischen SprücheklopferInnen a.D., die den Anschluß an die Abgeordnetendiäten nicht verpaßt haben, besser einschlafen können, wenn sie an ihre Genossen von einst denken.

Es muß freilich gesagt werden, daß die Gefangenen solche Möglichkeit befördert haben. Die Hungerstreikerklärung, unterzeichnet im Namen aller durch Helmut Pohl, hat ja nur deshalb so viel pastoralen Beifall gefunden, weil sie von Formulierungen strotzt, die nach dem Seelsorger rufen: Sie verlangt eine weniger »weit reduzierte lebensweise als gefangene politische gruppe«, will »unsere identität im kampf« (im Knast) geschützt sehen, die Ermöglichung einer »weitergehenden Perspektive« und Handlungsfähigkeit (»von allen seiten will man was von uns – aber wir können kaum handeln«), die Teilnahme »an der gesamten politischen diskussion«, »freie politische information und kommunikation der gefangenen mit allen politischen gruppen«. Das alles kann man wollen (und ich wollte es, wäre ich in ihrer Lage, gewiß auch). Aber es vom *Staat zu* fordern, als sei die Gewährung solcher Vorzugsbehandlung so sehr seine rechtliche Pflicht, wie es die im gleichen Atemzug verlangte Freilassung haftunfähiger Gefangener tatsächlich ist, signalisiert entweder den späten Erfolg staatlicher Zwangsresozialisierung oder bedeutet die verzweifelte Flucht aus dem Gedanken ins Gebet.

Was darf der Staatsfeind? Er darf den Staat bekämpfen und, wenn er dessen Gesetze mißachtet, nicht weinen, wenn dieser sie auf ihn anwendet. Er darf die Einhaltung des Rechts auf Leben und körperliche Unversehrtheit auch als Gefangener für sich reklamieren und widrigenfalls die bürgerliche Öffentlichkeit zu Hilfe rufen, welche die Macht hat und das Interesse haben könnte, den Staat zu seiner Raison zu bringen. Er darf mehr verlangen, als der Staat geben müßte und die bürgerliche Öffentlichkeit erträgt, wenn er darauf vertrauen kann, daß seine Genossen Staatsfeinde stark und entschlossen genug sind, den Staat in die Knie zu zwingen. Er darf hart bleiben oder aufgeben. Sich lächerlich machen, vom Ochsen Milch, von der bürgerlichen Öffentlichkeit Engagement für politische Handlungsfähigkeit im Knast, vom Schweinesystem die Änderung der im Saustall geltenden Regeln verlangen, sollte er nicht. Denn damit kommt er in des Gottes Küche, und aus der Kampagne für die Zusammenlegung wird, wie zuvor aus der Friedensbewegung, eine Faust mehr für ein Halleluja.

(Die Rede richtet sich an die draußen.)

konkret 05/89, S. 10

Ralf Syring

Viva Maria

Wahlen statt Waffen für El Salvador? Was es zu bedeuten hatte, daß die Befreiungsbewegung FMLN angeboten hatte, sich an den salvadoreanischen Präsidentschaftswahlen zu beteiligen

Ein paar Wochen vor den Wahlen in El Salvador war sie im westdeutschen Fernsehen zu sehen: Maria, eine Frau von jenen Landleuten, die bei uns umgangssprachlich oft als die einfachen bezeichnet werden. Der Fernsehkorrespondent fragte sie nach ihrer Meinung zu den Wahlen. Das geschah in San José las Flores, einem Dorf mitten in der von der Befreiungsbewegung FMLN kontrollierten Zone von Chalatenango im Norden El Salvadors. In diesen Ort – in der Regel kurz Las Flores genannt – sind vor gut zwei Jahren Menschen zurückgekehrt, die geflohen waren. Maria war nicht geflohen. Sie stammt aus einem anderen Dorf in der Nähe, hat – mit einer kurzen Unterbrechung, in der sie eine Art Urlaub außerhalb des Landes gemacht hat – die Zeit des Krieges in Chalatenango verbracht. Sie war 1983 die erste Präsidentin der sogenannten Subregionalregierung von Chalatenango, gewählt von den örtlichen Volkskomitees, den Poderes Populares Locales.

Als der Reporter sie fragte, ob man denn aus dem Vorschlag der FMLN, die Wahlen in einen Beitrag zum Frieden umzuwandeln, schließen könne, daß die FMLN nicht gegen Wahlen sei, antwortete sie, daß Wahlen die zivilisierteste Form der Entscheidung über eine Regierung seien und daß die FMLN keineswegs gegen Wahlen sei.

Von 1983 bis 1986 haben in den von der FMLN kontrollierten Gebieten in El Salvador mehrfach Wahlen stattgefunden. Sie haben in der hiesigen Berichterstattung wenig Aufmerksamkeit erregt. Gewählt wurden Dorf- und Regionalräte. Den Wahlen ging jeweils ein intensiver Diskussionsprozeß in den Dörfern voraus. Nicht vorgeschlagene Listen, sondern einzelne Personen für bestimmte Verantwortlichkeiten wurden gewählt. Für jede der Verantwortlichkeiten – Produktion, Schulen/Gesundheit, Verteidigung, Kultur und Vorsitz – gab es mehrere Kandidaten. Als ich zum ersten Mal an einer solchen Wahl teilnehmen sollte, habe ich mich geziert. Ich hatte die Vorstellung im Kopf, daß ich als Ausländer doch wohl nicht wahlberechtigt sein könne. Die Landleute haben mich verwundert angesehen: »Du lebst und arbeitest doch hier mit uns«. Mir ist das oft eingefallen, wenn ich in den letzten Monaten hierzulande über sogenanntes Ausländerwahlrecht gelesen habe.

An solche Wahlen denkt Maria, wenn sie Wahlen eine zivilisierte Form der Entscheidung nennt. Und sie hat noch einen anderen: Von 1931 bis 1979 oder 1984 – je nachdem, wie man die fünf Jahre einer zivilmilitärischen Junta zwischen 1979 und 1984 klassifiziert – hat es in El Salvador eine Serie von Militärdiktaturen gegeben. Jede von ihnen hat Wahlen veranstaltet. Alle diese Wahlen dienten der Legitimierung der Machtausübung des jeweils herrschenden Diktators. Wenn sich die Diktatoren ablösten, geschah das durch einen Militärputsch, nicht durch eine Wahl. Das ist eine kollektive historische Erfahrung in El Salvador.

Ohne diese Hintergründe sind wohl Wahlen in El Salvador nicht zu beurteilen. Ein weiteres Stück Hintergrund gehört dazu:

Die vorigen Präsidentschaftswahlen, die des Jahres 1984, brachten den christdemokratischen Präsidenten José Napoleon Duarte ins Amt – denselben, der schon einmal im Jahre 1972 eine Wahl gewonnen hatte und daraufhin vom amtierenden Militärdiktator ins Exil geschickt worden war. Denselben auch, der sich dann 1980 von den Militärs zum Präsidenten der zivilmilitärischen Junta machen ließ und in diesem Amt blieb, als einige anfangs noch beteiligte Minister die Junta verließen, weil sie erkannten, daß sie als ziviles Mäntelchen für die Fortsetzung der militärischen Diktatur benutzt wurden. Duarte versprach einen Dialog mit der Befreiungsbewegung mit dem Ziel der Beendigung des Krieges. Die USA hatten ihn aufgebaut als einen Teil ihrer Kriegführung »geringer Intensität«. Das Regime sollte demokratisch scheinen. Die US-, die BRD- und die britische Regierung meinten das nötig zu haben, um ihre materielle Unterstützung für dieses Regime verstärken zu können. Weltweit wurde verkündet, daß die Situation der Menschenrechte sich verbessert habe, nachdem Duarte das Amt übernommen hatte. Die Statistiken zeigten in den ersten Monaten, daß die Zahl der Morde durch Todesschwadronen abgenommen hatte. Gleichzeitig – und das finY an. während Duarte am 1. Juni 1984 noch seine Antrittsrede hielt – nahmen die Bombardierungen gegen die, die Duarte die »subversive Bevölkerung« nannte, zu. Die Zahl der illegalen Morde nahm ab zugunsten der legalen Morde.

Vor diesen Hintergründen wurden am 19. März 1989 wieder Wahlen im von der Regierung kontrollierten Gebiet in El Salvador veranstaltet. Das Ereignis reiht sich ganz offensichtlich in die lange Folge jener Wahlen ein, die einem bestehenden Regime eine Rechtfertigung verleihen sollen. Wieder waren es Wahlen im Krieg, wieder waren es Wahlen, die keine Möglichkeit für eine Änderung der Machtverhältnisse zuließen. Dies sollte im übrigen nicht verwundern; denn Wahlen erlauben grundsätzlich keinen Machtwechsel – das ist in El Salvador nicht anders als hier: Zugelassen sind Varianten innerhalb eines mehr oder weniger eng gesetzten Rahmens. Die, die ihn sprengen wollen, sind Feinde der Verfassung. Ihnen wird ein Mitspielen im Zusammenhang der Wahlen nur dann ermöglicht, wenn das die

Legitimierungsfunktion der Wahlen stärkt, wenn also alles so eingefädelt ist, daß ein nennenswerter Stimmenanteil jener Feinde nicht erreicht werden kann.

Entsprechende Voraussetzungen für eine Wahl zu schaffen, ist in El Salvador wesentlich schwieriger als z.B. in der BRD. Dort verfügen diejenigen, die die Machtverhältnisse ändern wollen, seit Jahren über eine den Streitkräften des Regimes ebenbürtige militärische Macht, und sie kontrollieren Teile des Landes, in denen das Regime weder Wahlen durchführen kann, noch ein Interesse daran hat, da es die Subversivität der dortigen Bevölkerung kennt. Die Bewohner der von der FMLN kontrollierten Zonen, von denen ein großer Teil in den letzten beiden Jahren aus Flüchtlingslagern dorthin zurückgekehrt ist, bemühen sich seit dieser Rückkehr um Ausweispapiere, die u.a. die Voraussetzung für eine Eintragung in die Listen der Wahlberechtigten sind. Die Papiere werden vom Regime verweigert.

Wahl im Krieg: Das heißt, daß die Wahllokale von Soldaten der Regierungsarmee umstellt oder besetzt sind, Wähler in Armeefahrzeugen zu den Wahlorten gebracht werden, die Stimmabgabe nicht selten unter dem drohenden Lauf eines Maschinengewehrs der Armee stattfindet. Die Stimmzettel werden unter der Kontrolle der Vertreter der Parteien des Regimes so in durchsichtige Behälter geworfen, daß deutlich zu sehen ist, welche Partei der Wähler gewählt hat.

»Parteien des Regimes« mag undifferenziert klingen. Der Ausdruck soll jene Parteien bezeichnen, die sich innerhalb des die bestehenden Machtverhältnisse tragenden Rahmens bewegen. Es gibt dabei Unterschiede, doch kommt es darauf an, diesen nicht mehr als die ihnen zukommende Bedeutung zu geben. Die beiden Parteien, die seit 1982 als die Rivalen um die Regierung und das Amt des Präsidenten gelten können – also nicht um Rivalen der Macht – , sind die Christlich Demokratische Partei (PDC) und die Republikanische Nationalistische Allianz (ARENA). Während die politischen Konzepte von ARENA eher den traditionellen Vorstellungen einer Oligarchie entlehnt sind, die ihre wirtschaftliche Macht im Export von Plantagenprodukten (hauptsächlich Kaffee) hat, orientiert sich die Christdemokratie mehr an Modernisierungskonzepten, wie sie von der US-Regierung in den sechziger Jahren für Lateinamerika in der »Allianz für den Fortschritt« erdacht wurden.

ARENA betont vor diesem Hintergrund einen Nationalismus, der sich gegen die Einmischung und Präsenz der USA richtet und bedeutet, daß die Herren dieser Partei mit einer aufmüpfigen Bevölkerung im Lande selbst fertig werden zu können glauben. Wie das aussieht, zeigen die bekannten Todesschwadronen. Die PDC-Führer haben keineswegs Probleme mit Massakern an der Bevölkerung, führen diese aber lieber legal durch, sind sich im übrigen der Tatsache bewußt, daß ihre Modernisierungsvorstellungen nur in Abhängigkeit von den USA zu verwirklichen sind und versprechen sich von Befriedungsaktionen im Stile der »zivilen Aktion« der US-Armee oder der US-Entwicklungsbehörde AID größere Gewinne als von einer militärischen Lösung des Widerspruchs.

In ihren Auswirkungen dürften die Unterschiede zwischen ARENA und PDC noch gering sein, als es in einer solchen Kurzcharakteristik erscheint. In dem Maße, in dem die Befreiungsbewegung FMLN eine starke Macht im Lande geworden ist, ist für die jeweils amtierende Regierung die Abhängigkeit von den USA der entscheidende Faktor ihres Überlebens geworden. Das gilt auch für eine ARENA-Regierung, unabhängig von nationalistischer Rhetorik, die allerdings ARENA insofern genutzt hat, als sie ihr Wählerstimmen eingebracht hat.

Es mag sein, daß eine ARENA-Regierung den Raum, in dem legale Bewegung in El Salvador möglich ist – Gewerkschaftsorganisation, Demonstrationen – ein wenig mehr einschränken wird als es die christdemokratische Regierung getan hat. Auch unter christdemokratischer Regierung aber war und ist es lebensgefährlich, offen einer oppositionellen Organisation anzugehören und für eigene Rechte auf die Straße zu gehen. Außerdem war aus den USA bisher nicht zu vernehmen, daß jener Teil der Aufstandsbekämpfung, der Befriedung zum Inhalt hat und einer demokratischen Fassade bedarf, aufgegeben werden soll. Das entscheidende Kennzeichen des »Krieges geringer Intensität« (KGI) der USA gegen Mittelamerika ist eine Kriegführung, die ihr Ziel in sich selbst hat. Es ist ein Krieg, der geführt und nicht gewonnen werden soll, weil es kein neues Konzept für die Kontrolle und Niederhaltung der Region nach dem Krieg gibt. Die Modernisierungsmodelle der 60er Jahre sind gescheitert. PDC und ARENA gehören zu den Varianten, mit denen die USA den KGI aufrechterhalten können. Gerade ein Abwechseln beider ermöglicht in der weltweiten Propaganda die Verstärkung des Scheins von Demokratie, der Teil des KGI ist.

Alles, was zu PDC und ARENA zu bemerken ist, hätte auch aus Anlaß vergangener Wahlen in El Salvador geschrieben werden können. Neu für die Wahlen am 19. März 1989 war jedoch ein Eingreifen der Befreiungsbewegung in die Veranstaltung der Wahl. Dieses Eingreifen geschah auf zwei Arten, die in einem durchaus gespannten Verhältnis zueinander stehen: 1. der Vorschlag der FMLN vom 24. Januar 1989, die Wahlen in einen Beitrag für den Frieden umzuwandeln; 2. die Teilnahme der Demokratischen Konvergenz (CD) an den Wahlen.

Die CD ist ein Zusammenschluß dreier Parteien: Sozialchristliche Volksbewegung (MPSC), linke Abspaltung von der PDC aus jener Zeit, als Duarte sich zum Gehilfen der Militärs machen ließ, Nationale Revolutionäre Bewegung (MNR), Mitglied der Sozialistischen Internationale und Sozialdemokratische Partei (PCD). MPSC und MNR sind die gemessen an der auswärtigen Reputation wohl wichtigsten Organisationen der Revolutionären Demokratischen Front (FDR), die seit

Jahren im Bündnis mit der FMLN steht und häufig als deren politischer Zweig betrachtet wurde. Diese Betrachtungsweise war auch in der Vergangenheit falsch, insbesondere soweit sie die fünf Organisationen der FMLN auf ihren militärischen Anteil reduzierte, obwohl es sich bei ihnen um politisch-militärische Organisationen handelt.

Richtig aber war und ist, daß FMLN und FDR als eine große Befreiungsbewegung gleichsam arbeitsteilig nach außen auftreten. Die Rückkehr der beiden Vorsitzenden von MPSC und MNR, Zamora und Ungo, aus dem Exil nach El Salvador erfolgte im Anschluß an das Abkommen von Esquipulas 11, jenem sogenannten Friedensplan für Mittelamerika aus dem August 1987, bei dem auch El Salvadors Regime Sätze über die Demokratie unterschrieb und das sehr viel mehr ein Abkommen über die Verbilligung des Krieges gegen Nicaragua ist, das wirtschaftlich in einer äußerst ungünstigen Lage war und ist, denn ein Plan für Frieden in Mittelamerika. Ungo und Zamora machten mit der Gründung der CD den Versuch, gesellschaftliche Sektoren für einen Machtwechsel in El Salvador zu gewinnen, die unter dem gegenwärtigen Regime zu den Verlierern gehören, aber Schwierigkeiten mit dem Konzept des Befreiungskrieges der FMLN haben. Damit sind Teile eines in El Salvador durchaus bedeutenden sogenannten Mittelstandes bis hin zur sogenannten nicht-oligarchischen Bourgeoisie gemeint. Ihr Interesse ist nicht das einer revolutionären Veränderung der Verhältnisse in El Salvador, wohl aber die Beendigung des Krieges, und sie wissen, daß die ohne das Bündnis FMLN/FDR nicht zu haben ist.

Auch der Vorschlag der FMLN vom 24.1.1989 setzte nicht zuletzt auf diesen Teil der Bevölkerung. Die Praxis der FMLN in den Gebieten des Landes, in denen sie bereits Macht ausübt, zeigt, daß sie sich des verlogenen Charakters bürgerlicher Wahlen bewußt ist, die den Wählenden vereinzeln, die Selbstbestimmung auf einen einzigen kurzen Moment alle vier oder fünf Jahre reduzieren und die Stellvertreterpolitik institutionalisieren. Wenn sie dennoch ihre Bereitschaft erklärt hat, sich einem Ergebnis solcher Wahlen zu beugen, sofern nur einige Bedingungen erfüllt sind, die einen »fairen« Ablauf garantieren, so muß sich dieser Vorschlag an andere richten als an die, die bereits Erfahrungen mit Entscheidungsformen haben, die einer Selbstbestimmung sehr viel näher kommen.

Es ist darüber spekuliert worden, ob der Vorschlag der FMLN ein rein taktischer gewesen sei, ob er also gemacht wurde unter der Vorstellung, er werde sicherlich ohnehin abgelehnt, damit die dann zu erwartende große militärische Offensive nach außen eine größere Legitimität habe. Für diese Überlegung spricht besonders, daß die FMLN etwa seit Sommer vergangenen Jahres die Menschen in El Salvador für einen Volksaufstand mobilisiert, von dem Vertreter der FMLN in manchen Interviews nach dem 24.1. sagten, daß der Vorschlag ihn verhindern solle. Öffentlich hat die FMLN diese taktische Interpretation ihres Vorschlags bisher zurückgewiesen, was die Überlegung nicht ganz hinfällig macht, müßte doch solche Zurückweisung Teil eben eines solchen taktischen Vorgehens sein.

Das Nachdenken über die Motive wird müßig angesichts des Ergebnisses: Sowohl das salvadorianische Regime wie die USA haben nach kurzem Zögern den FMLN-Vorschlag abgelehnt. Das Risiko einer Wahl, die nicht vollständig unter ihrer Kontrolle steht, schien ihnen selbst angesichts des Angebots der FMLN, nach einem für sie ablehnenden Ergebnis die Waffen niederzulegen, zu groß. Das spricht für die Stärke der FMLN, und zwar nicht nur im Sinne militärischer Macht, sondern auch politischer Verankerung, und somit vielleicht gegen die Interpretation des FMLN-Vorschlags als eines rein taktischen Schritts.

Die Beteiligung der CD an den Wahlen auch nach der Ablehnung des FMLN-Vorschlags und trotz des Boykott-Aufrufs der FMLN ist angesichts des Vorhabens der CD, sich gerade an diejenigen zu wenden, die von der FMLN nicht zu gewinnen sind, konsequent. Es mußte ihnen gegenüber im Interesse der CD sein, als von der FMLN unabhängige Größe aufzutreten. Allerdings schloß das auch ein, die Niederlage bei der Wahl in Kauf zu nehmen. Die repressive Organisation ließ eine verschwindend geringe Möglichkeit, eine Stimme für die CD abzugeben.

Das ausgezählte Ergebnis der Wahl – es sei im Grunde nur der Vollständigkeit wegen gesagt – drückt selbstverständlich nicht aus, was »das Volk« will. Das tut im übrigen kein Wahlergebnis. Selbst in der BRD hat ja ein Mensch, der wenige Wochen nach der Katastrophe von Tschernobyl CDU wählte, damit nicht zum Ausdruck gebracht, daß er oder sie für die Vorbereitung weiterer Atomkatastrophen eintritt. Ebensowenig kann ein salvadorianischer Bauer mit seiner Stimme für die PDC gemeint haben, daß sein Dorf von der Armee bombardiert werden soll, noch einer, der ARENA gewählt hat, daß seine Schwester von einer Todesschwadron ermordet werden soll. Die Frage, warum Menschen ihren eigenen Unterdrückern auch noch eine Wählerstimme geben, ist auch in El Salvador kompliziert und hier nicht in wenigen Zeilen zu beantworten. Bemerkenswert bleibt, daß es relativ wenige waren.

Für die Befreiungsbewegung hat sich durch diese Wahl so wenig wie durch die vorangegangenen geändert. Es bleibt das Nebeneinander von Mobilisierung für den Volksaufstand und der intensiven politisch-diplomatischen Arbeit, die immer ausdrücklicher die Verhinderung eben dieses Aufstandes proklamiert. Bei genauerem Studium der jüngsten Veröffentlichungen der FMLN zur Lage in ihrem Land wird verständlich, was mit dieser widersprüchlichen Politik gemeint ist: Der Aufstand ist angesichts des Grades der Polarisierung und Politisierung in El Salvador eine in nicht allzu ferner Zeit zu erwartende Reaktion Bevölkerung auf die immer schlechter werdende Situation ihrer materiellen Verhältnisse, ermutigt durch die Existenz einer starken FMLN. Die Aufstandsbekämpfungspolitik der USA will den Aufstand verhindern, ohne die Situation, die zu ihm führt, wesentlich zu verändern. Die FMLN will ihn verhindern, indem sie versucht, ihn durch

Druck auf die Machthaber im eigenen Land und durch Politik auf der Ebene der Diplomatie überflüssig zu machen, d.h. die Erfüllung der wesentlichen Forderungen der Bevölkerung so durchzusetzen, daß die Menschen, die in einem Aufstand sterben müßten, leben können.

Es ist schwer zu entscheiden, ob es einen solchen Weg gibt. Es scheint, daß geschichtliche Erfahrung dagegen spricht. Insbesondere ist schwer zu beurteilen, ob eine solche in ihrer notwendigen Widersprüchlichkeit komplizierte Politik von jener Bevölkerung, die als die Basis der Befreiungsbewegung bezeichnet werden kann, verstanden und mitgetragen wird oder ob sie eher verwirrt und damit schwächt. Von der Kraft dieser Basis aber wird der weitere Weg der Bevölkerung El Salvadors abhängen.

Maria, die Landfrau aus Chalantenango, sagte mir oft, daß die Granaten des Feindes sie nicht treffen werden. »Am Tag des Triumphes aber«, fügte sie lachend hinzu, »werde ich vor Freude tot umfallen«. Sieg und Leben zugleich – das ist die schwierige Aufgabe einer Befreiungsbewegung.

Kasten "Wahlarithmetik" auf Seite 11

der Präsidentschaftswahlen in El Salvador am 19.3.1989 2,45 Millionen

Vom zentralen Wahlrat geschätzte Zahl der Wahlberechtigten: etwa 3 Millionen

Wahlberechtigte unter Einbeziehung von Flüchtlingen:

Ausgestellte Wahlausweise: 1,95 Millionen

Abgegebene gültige Stimmen 946.686

davon fürProzent auf der Basis von 3 Millionen WahlberechtigtenProzent der gültigen abgegebenen StimmenARENAetwa 1653,8PDCetwa 1136,0CDetwa 1,33,8andere6,4

konkret 05/89, S. 13

Unterstützerinnengruppe Plötzensee

Legende vom Normalvollzug

In der Öffentlichkeit heimst SPD-Bürgermeister Momper Lob ein, weil er sich aufgeschlossen für Kompromißlösungen zur Beendigung des Hungerstreiks der RAF-Gefangenen zeigt. Über den Hungerstreik gegen menschenunwürdige Haftbedingungen im sogenannten Normalvollzug des sozialliberalen Vorzeigeknasts Plötzensee schweigt er sich aus

. . . »ein paar offene türen zwischen einer unzahl von geschlossenen. ein paar türen, deren öffnung uns gerade mal ein stück zusammen führt, aber niemals hier raus...«

Seit dem 8. März, dem internationalen Frauenkampftag, befinden sich Gefangene aus dem Frauenknast Plötzensee im Hungerstreik. In den Medien wird dieser Streik, wenn überhaupt, nur als Solidaritätsstreik zum Hungerstreik der Gefangenen aus Guerilla und Widerstand dargestellt. Die gefangenen Frauen haben aber über ihre Unterstützung und Solidarität zu diesem Kampf hinaus eigene Forderungen entwickelt, Ihr Kampf gegen die Methoden des »Wohngruppen-/Behandlungsvolizugs« verdeutlicht, daß es in den Knästen der BRD und Westberlins, besonders in den »modernen, hochtechnisierten«, keinen »Normalvollzug« mehr gibt, sondern jede/r Gefangene sonderbehandelt wird.

Die gesamte Planung und der Bau des Frauenknastes Plötzensee fielen in die Regierungsverantwortung des ehemaligen SPD/FDP-Senats. Anlaß war ein gelungener Ausbruch von vier zur Guerilla gehörenden Frauen aus dem alten Frauenknast Lehrterstraße im Jahr 1975. Der neue Knast sollte vor allem zwei Bedingungen erfüllen: höchste Sicherheit und Möglichkeiten der Isolation. Gebaut wurde der Knast außerhalb der Stadt, zwischen Gewerbegebiet, Schrebergärten und Autobahn am Friedrich-Olbricht-Damm. Das 1400 Quadratmeter große Gelände ist umgeben von einer 5.60 Meter hohen und 750 Meter langen Mauer, in die fünf Wachtürme integriert sind. Der Knast besteht aus sechs zweistöckigen Häusern, die mit bis zu 23 verschiedenen »Wohngruppen« à maximal 15 Frauen belegt werden können.

Auf die verschiedenen Häuser werden Frauen je nach »Delikt« verteilt; d. h. BTM-Gefangene (BTM-Betäubungsmittelgesetz), Langstraferinnen, Frauen in Abschiebehaft, politische Gefangene werden getrennt und machen ihren Hofgang auf »eigenen« Freistundenhöfen. In Haus I befindet sich der Hochsicherheitstrakt. Dorthin sind im August 88 Angelika Goder und Gabi Rollnik (Gefangene aus der Guerilla) verlegt worden. Der Trakt wird von speziellen Wachtürmen aus beobachtet – in den Fluren sind außerdem Überwachungszentralen aus Glas eingebaut. Auch die anderen Häuser sind nach dem »Vorbild« von Hochsicherheitstrakten gebaut.

In jede Zelle ist eine Gegensprechanlage eingebaut, die einerseits die Gefangenen dadurch terrorisiert, daß diese permanent einer anonymen Stimme ausgesetzt sind, andererseits als Abhöranlage dient. Die Zellen sind schalldicht, die Wände fugenlos – es herrscht eine Art Vakuum, aus dem sinnliche Wahrnehmungsmöglichkeiten herausgefiltert oder ganz ausgeschlossen sind, jede Lebensäußerung optisch und akustisch erfaßt wird.

Seit Ende der 60er Jahre hatten sich auch im Knast Politisierung und organisierter Widerstand entwickelt. So gab es Knastrandalen in Hamburg und Köln und den Frankfurter Gefangenenrat. Gleichzeitig zwangen Anfang der siebziger Jahre Angriffe der Stadtguerilla (RAF) den Staat zu verschärfter Macht- und Souveränitätsdemonstranz. Die ersten Gefangenen aus der Guerilla wurden unter Totalisolation und repressivste Sonderhaftbedingungen gestellt.

Dieser Vollzug erwies sich für die politisch Verantwortlichen als zunehmend untauglich, da er nicht nur den Widerstand von Gefangenen hervorrief, sondern auch von einer breiter werdenden Öffentlichkeit, die sich mit den Haftbedingungen auseinandersetzte, verurteilt wurde.

Der »Wohngruppen-/bzw. differenzierte Behandlungsvollzug« wurde kreiert. Hinter dieser wohlklingenden Bezeichnung verbirgt sich jedoch nichts anderes als die Isolation der Gefangenen in Kleingruppen, die totale Kontrolle durch Festlegung ihrer Zusammensetzung sowie die Manipulation der Auffassung, Gefangene seien aus den Bahnen der »freiheitlich demokratischen Grundordnung« herausgefallene Kranke, die wieder zu guten Staatsbürgern geformt und therapiert werden können. Das bedeutet auch die völlige Entmündigung und Verschleierung der Bedingungen im Knast:

»Die Plötze, egal in welchem Haus/Trakt, gleicht einem Irrenhaus höchster Entwicklungsstufe. Die sterile, leblose Sanatoriumsatmosphäre, das psychologisch geschulte Personal, die Schließerinnen, die sich jetzt »Gruppenbetreurinnen« nennen (versuchen auf du und du mit dir zu kommen, wenn dus nicht schaffst, rechtzeitig die Fronten zu klären, immer wieder)... die permanenten Wechselbäder von Zuckerbrot und Peitsche und Bombardierung mit den unsinnigsten Verboten und Anordnungen, das alles soll dich abstumpfen, in dumpfe Gleichgültigkeit stürzen.« (Aus einem Bericht von Frauen aus Plötzensee, 12/88)

Das Ziel des Behandlungsvollzugs ist die Veränderung der Handlungsmuster, die Zerstörung der Persönlichkeit im Sinne von Anpassung an das vom Staat gewünschte Verhalten: »Durch die Gewährung von Hafterleichterungen für Anpassung und Wohlverhalten (d. h. Kooperation mit den Psychologen, Sozialarbeitern, Schließern) einerseits und Verschärfung der

Haftbedingungen bei Verweigerung der »Mitarbeit« am Behandlungsvollzug andererseits, werden Denunziantentum und gegenseitiges Bespitzeln gefördert. Dies erzeugt ein andauerndes Angst- und Unsicherheitsgefühl bei den Gefangenen und genau an diesem Punkt setzen die Psychologen/Sozialarbeiter mit ihrem Handwerkszeug an (Gestalt-, Gesprächstherapie, Rollenspiele, etc.)« (aus der Hungerstreikerklärung, Plötzensee vom 12. August 87).

Darüber hinaus arbeitet die Anstaltsleitung mit Kollektivstrafen, die moralischen Druck erzeugen sollen, taktiert mit Verantwortungs- und Schuldgefühlen.

Wenn jetzt in den Medien nur von einem Solidaritätshungerstreik die Rede ist, wird völlig unter den Tisch gefegt, daß bereits 1987 Frauen in der Plötze einen eigenen Hungerstreik organisierten, in dem sie forderten, ihre Isolation, die Zwangsgemeinschaften, die Trennscheibe beim Besuch für BTM-Gefangene und die Zwangsarbeit abzuschaffen.

Es sind hauptsächlich BTM-Gefangene, die jetzt diesen zweiten Hungerstreik in Plötzensee angefangen haben. Für diese Gefangenen (Haus V) gelten noch schärfere Haftbedingungen als für andere: Urinkontrollen, Trennscheibe beim Besuch, Sonderbestimmungen für Post und Pakete, Zwangstherapie. Schließlich werden sie durch und über diese Sonderbehandlungen hinaus von den anderen Gefangenen und untereinander isoliert, zusätzlich in Therapie-Willige und -Nichtwillige gespalten. Sie beschreiben das in ihrem Bericht vom Dezember 88 selbst so:

Wir sind Drogengefangene, d.h. wir haben zum Teil über Jahre eine mehr oder weniger gemeinsame Drogengeschichte. Ausbruchsversuche aus unseren eingefahrenen Bahnen, neue Perspektiven werden dadurch verhindert oder blockiert, daß wir von sozialen und politischen Gefangenen durch Häuser getrennt, abgeschottet und isoliert werden, uns somit keine neuen Impulse holen können, ständig auf unsere Geschichte zurückgeworfen sind, die sich fast ausschließlich auf der Szene, im kriminellen Milieu und im Knast abgespielt hat. Schaffen wir es trotzdem, uns ansatzweise neue Perspektiven zu erarbeiten, den Versuch zu wagen, uns aus unseren Junkiebahnen und Ghettos – drinnen wie draußen – zu befreien, zu erkennen, daß nicht wir, sondern die Gesellschaft krank ist, uns gemeinsam kritisch mit unserer Sucht auseinanderzusetzen, werden wir innerhalb des BTM-Trakts auf verschiedenen Stationen voneinander isoliert.

Dort, wo die Isolierung der politischen Gefangenen auf die Zerstörung von kollektiven Zusammenhängen und die Zerstörung ihrer politischen Identität abzielt, setzt sie bei uns schon früher als Mittel an, kollektive Lernprozesse, politisches Bewußtsein, selbstbestimmtes Handeln erst gar nicht aufkommen zu lassen.

Der Behandlungsvollzug soll uns nicht als cleane, selbständige Frauen entlassen, da wir diese kapitalistisch-patriarchale Gesellschaft – an deren Rand wir ja nicht nur getrieben wurden, sondern uns oft auch selbst gestellt haben – samt ihren Entfremdungsprozessen über Arbeit und Familie, clean nur bewußter ablehnen werden.

Die an uns ausgeübte verdeckte Gewalt, die schleichende Entmenschlichung, die uns oft in dem Irrglauben läßt, daß drücken, anschaffen, klauen, einbrechen, das Leben im Junkie- und Kriminellenmilieu uns noch mehr Selbstbestimmung läßt, die perfekte Kontrolle und scheinbare Allmacht draußen wie drinnen soll uns noch tiefer in unsere Ohnmacht, Agonie und Lethargie treiben. Sie soll verhindern, daß wir aus der Tatsache, daß es sich in diesem System nicht leben läßt, nicht die Konsequenz ziehen, aufzustehen und zu kämpfen. Lernen: 'zu wollen ' – oder zu krepieren.

Seit August 88 sind Angelika Goder und Gabi Rollnik in der Plötze im Trakt. Nachdem sie ursprünglich in einer Fünfergruppe im Hochsicherheitstrakt des Männergefängnisses Moabit gewesen waren, war diese Gruppe durch Entlassungen, zuletzt im März 88 Monika Berberich (Gefangene aus der RAF) so geschrumpft, daß sich die Aufrechterhaltung des Traktes in Moabit für den Staat nicht mehr lohnte.

Seit September 88 finden Zusammenschlüsse der beiden mit derzeit drei Frauen aus Haus V (BTM) statt. Diese Zusammenschlüsse waren von Anfang an der Willkür der Knastleitung ausgesetzt, wurden immer wieder kurzfristig verboten und als Disziplinierungsmaßnahmen benutzt.

Seit dem 1. März ist Gabi Rollnik wieder in die Kette der bundesweit Hungerstreikenden eingetreten, seit 5. April auch Angelika Goder, deren Freilassung gefordert wird, da bei ihr bereits 1981 ein Hüftleiden festgestellt wurde, das sie nicht nur starken Schmerzen aussetzt, sondern fortschreitend zur Bewegungsunfähigkeit führt. Sie muß dringend operiert werden, was aber unter Gefängnisbedingungen nicht möglich ist. Vor der Verlegung der beiden in die Plötze hatte die Anstaltsleitung mit Haftverschärfungen gedroht; das hat sich bestätigt, wie 49 Frauen in ihrer Erklärung zum Warn- und Solidaritätsstreik (13.3.-15.3.) es beschreiben: »Seit Ende 88 tobt die Anstalt erneut ihren Sicherheitswahn an uns aus. Diese schon im Hinblick auf die Verlegung von Gabi Rollnik und Angelika Goder im Frühjahr 88 angekündigten Verschärfungen wären langfristig auch unabhängig davon umgesetzt worden, da sie ein Teil des differenzierten Zwangsgruppenvollzugs sind. Das Konzept zielt darauf hinaus, untereinander zu spalten und zu vereinzeln, BTM-, soziale und politische Gefangene noch perfekter zu trennen und gegeneinander aufzuwiegeln.«

Am 8. März haben zunächst vier Frauen aus Haus V einen zweiwöchig befristeten Streik begonnen: Silvia Bellersheim, Edda Kissinger, Michaela Zechmeister und Birgit Kursawe. Außer Michaela Zechmeister kommen alle 3 mit den beiden Frauen aus der Guerilla im Trakt zusammen. Vom 13. bis 15. März haben insgesamt 49 Frauen aus allen Häusern einen

dreitägigen Solidaritäts- und Warnstreik durchgeführt und eine Erklärung dazu veröffentlicht. Vom 22. März bis 5. April sind dann fünf weitere Gefangene in den Streik gegangen: Carola Stöhr, Pascale Loré, Angela Mahmood, Regina Fröschke, Renate Steffenhagen.

Der »rot-grüne« Senat aus SPD und AL hat vor wenigen Wochen in seinem Regierungsprogramm große Versprechen hinsichtlich von Strafvollzugslockerungen und Hafterleichterungen gemacht. Bis heute haben sich diese Versprechen nicht konkret niedergeschlagen. Sowohl die Erfüllung der Forderungen der BTM- und sogenannten sozialen Gefangenen in Plötzensee, wie auch die Entscheidung über die Freilassung Angelika Goders, liegen allein in Senatskompetenz und bedürfen keiner Absegnung auf Bundesebene. Hatte die AL 1985 noch wortgewaltig gegen den Hochsicherheitsknast Plötzensee protestiert, brauchte Renate Künaust drei Wochen, ehe sie, durch starken Druck von außen, auch nur ein Gespräch mit zwei gefangenen Frauen suchte. Außer lapidaren Äußerungen hat sich nichts geregt, während dessen reden sich die SPD-Vertreterinnen auf ihre Einarbeitungszeit heraus – Gespräche fanden bisher nicht statt.

Nachdem also keines der Koalitionsversprechen zum Tragen gekommen ist, haben am 7. März 89 zunächst zwei Frauen, Silvia Bellersheim und Birgit Kursawe, einen unbefristeten Hungerstreik angefangen. In ihrer Erklärung heißt es:

wir brechen jetzt erst dann wieder ab, wenn die 10er zwangseinheiten in sämtlichen häusern zu großgruppen geöffnet sind, wir selbst entscheiden können mit wem wir zusammenliegen, das ist keine utopie, das sind ein paar offene türen zwischen einer unzahl von geschlossenen, ein paar türen, deren öffnung uns gerade mal ein stück zusammenführt, aber niemals hier raus; daß wir hier sind, muß endlich reichen. wir hören erst dann auf, wenn wir ausreichende kommunikationsmöglichkeiten haben; erst dann, wenn die trennscheiben weg sind, wir endlich die stimmen der menschen, die uns nahe sind, nicht mehr durch sprechanlagen verzerrt, zerhackt und gedämpft hören; wir sie berühren, ihnen beim reden in die augen schauen können, ohne daß sich in der scheibe dazwischen das eigene spiegelbild bricht.

wir brechen erst dann ab, wenn wir in unseren briefen endlich das sagen können, was wir sagen wollen, ohne daß jedes wort von psychoagenten und sicherheitsbeauftragten gelesen, bespitzelt, zu psychogrammen verarbeitet und benutzt wird; erst dann, wenn wir die bücher lesen können, die wir lesen wollen.

die selbstzensur hat sich mit dem zensor in unsere eigenen köpfe gefressen, die mauern in unsere herzen. jetzt reicht's, das ist hier kein science fiction ohne ende, wir haben eine eigene realität, denn w i r sind hier und wir leben, lachen, denken und fühlen noch und das lassen wir uns auch nicht nehmen, sie haben uns schon genug geklaut!

WIR FORDERN: –

selbstbestimmte zusammenlegungen und zusammenschlüsse innerhalb offener häuser; – die öffnung sämtlicher 10er und 15er einheiten in allen häusern zu großgruppen; – aufhebung der trennung und spaltung von sozialen, politischen und btm-gefangenen; –

selbstbestimmte arbeits- und interessengruppen, gemeinschaftsveranstaltungen und kurse für alle gefangenen, einschließlich der abschiebehaften ! –

zugang zu allen gemeinschaftshöfen; –

abschaffung der trennscheibe und besuchsüberwachung, abschaffung der gegensprechabhöranlagen in allen zellen; –

aufhebung der post- und bücherkontrolle und zensur, freie politische information und kommunikation; –

entlassung aller haftunfähigen, physisch und psychisch kranken und hiv-infizierten; –

abschaffung jeglicher sonderhaftbedingungen, isomaßnahmen und kollektivstrafen, sofortige schließung der bunker; –

abschaffung der zwangsarbeit, tariflöhne, gesetzliche krankenversicherung, krankengeld; –

sofortige bildung einer großgruppe für die politischen gefangenen hier in plötzensee!!! –

wir schließen uns allen forderungen der im bundesweiten hungerstreik kämpfenden gefangenen an!

Die Unterstützerinnengruppe Plötzensee besucht regelmäßig gefangene Frauen

konkret 05/89, S. 16

Joachim Hetscher

Gaunerische Manöver

Heftige Stalin-Diskussionen unter Kommunisten. In KONKRET 4/89 hat Rainer Butt, Mitglied des Bundesvorstands der SDAJ, den Autoren des Buchs »Stalin bewältigen«, seinen Genossen Günter Judick und Kurt Steinhaus, vorgeworfen, die Geschichte nicht neu geschrieben, sondern nur kosmetisch verändert zu haben. Auf Butts Kritik antwortet sein Genosse Joachim Hetscher

Rainer Butt hat die Stalin-Diskussion in der DKP ins Nichts geschleudert: »Die Kommunisten werden die letzten sein, die zur Wahrheit über die Geschichte der eigenen Bewegung vordringen«. Denn nicht als Versuch einer redlichen Stalinismus-Aufarbeitung, sondern als Manöver der Parteigeschichtsschreibung müsse die Auffassung der Autoren gewertet werden. Und: »Gaunerische Manöver muß man brandmarken, nicht aber zum Gegenstand einer Diskussion machen« (Stalin). Butts Brandeisen ist nur lauwarm.

Der Stalin-Vergleich wird nicht zurückgenommen. Denn in einer für solche Art der Geschichtsscheindiskussion typischen Art operiert Butt mit einer Unterstellung, die aus der Einleitung zu einer Dokumentensammlung einen Partei-Popanz machen soll, der groß genug für den folgenden groben Keil ist: eine »neue Version der Geschichte«, eine Geschichtsinterpretation der »Parteiführung« der DKP. Wo die Verfasser ausdrücklich »nicht den Anspruch, eine umfassende Analyse der Stalin-Zeit zu leisten«, erheben wollen, sondern ihren Text als einen Beitrag zur Diskussion verstehen, kommt uns Butt mit Morgenstern-Logik. Dieser »Schnelldurchgang« sei das neue Geschichtsdogma, denn wie hätte sonst die Idee entstehen können, auf 80 Seiten ... von Stalin bis Gorbatschow zu schreiten?« Hier wird eben nicht nur dem Text Gewalt angetan, sondern das Urteil von vornherein festgelegt: »Führende Mitarbeiter des zentralen Ideologie-Apparates der Partei« *können* gleichweg nur Dogmatik zustande bringen. Der Wiedererkennungsgenuß dieser Argumentation wird allerdings erheblich durch ihre Banalität getrübt.

Im Gang seiner Kritik an Judick und Steinhaus entwickelt Butt nun das Gerüst einer Stalinismus-Aufarbeitung nach seinen Vorstellungen. Ihr »wesentlicher Kern« sei die »Um- und Neubewertung der Geschichte«, unabdingbar der »Bruch mit alten Legenden«. Allerdings ist dies Gerüst auf der Basis moralischer Erschütterung gebaut und nicht auf dem Versuch, über die Erweiterung von Kenntnissen zu wahrhaftigeren Bewertungen Stalins und des Stalinismus zu gelangen. Ein arroganter Satz? Keinem Kommunisten, Rainer Butt nicht und nicht Herbert Mies, keinem Linken kann und soll diese moralische Ehrlichkeit in der Verunsicherung abgesprochen werden. Die Rede, die daraus entspringt, darf nicht und soll hier nicht als unpassend abgetan werden.

Aber, Genossinnen und Genossen, es geht uns doch wohl um mehr? Um das Begreifen von Geschichte (um heute richtig handeln zu können, muß ich das ergänzen?), um ein marxistisches Verständnis (mit Widersprüchen operierend und parteilich, muß ich das hier erläutern?).

Für die historische Bilanz des Stalinismus tut sich als erste Schwierigkeit der Mangel an zuverlässigen Informationen auf. Wie hoch ist die Zahl der Opfer, der physisch Liquidierten und Mißhandelten, um genauer zu schreiben? Butt nennt Zahlen von R. Medwedjew, der nicht erst jüngst (so Butt), sondern schon zu Beginn der 70er Jahre solche Zahlen *geschätzt* hat. Gleichzeitig wies Medwedjew auf die Unsicherheit der Angaben hin. Ich halte die von ihm genannten Millionenzahlen von der Dimension her für wahrscheinlich. Wo sind aber die klaren Quellen, gesicherte Statistiken? Egal? Für Butt anscheinend: »treffen seine Angaben zu, ist das Ausmaß...« usw. Ja, das ist die Frage, nicht die Antwort; die Ahnung, nicht das Wissen. Warum urteilt die sowjetisch-polnische Historikerkommission über Katyn auf der Grundlage »westlicher« und polnischer Dokumente? Wo sind sämtliche Dokumente des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages? Nein, Rainer Butt, es gibt diesen Mangel, und er ist durch Schuldbewußtsein nicht auszugleichen, es sei denn, man will statt historischem Bewußtsein nur ein ostentatives Mea Culpa, Mea Maxima Culpa erreichen.

Ebenso kann man zweitens den Mangel an ernsthaften marxistischen Analysen – gerade zu solchen Knotenpunkten wie der Situation nach Lenins Tod, der Debatte um Sozialismus in einem Lande, dem Beginn der überstürzten Kollektivierung – nicht einfach abtun. Zweifellos gibt es in der nichtmarxistischen und marxistischen nichtsowjetischen Literatur über den Stalinismus einiges Lesenswertes. Aus dem Land, in dem die *entscheidenden* Quellen zu diesen Fragen liegen, gibt es bis jetzt nicht einmal eine ernstzunehmende Stalin-Biographie! Da gerät man z.B. in die Gefahr, falschen Tatsachendarstellungen aufzusitzen, Rainer Butt. Selbstverständlich hat Lenin in seinem »Testament« im Zusammenhang mit der Lage der Parteiführung *auch* vor Charakterzügen Trotzkis gewarnt (LW, Bd. 36, S. 579/580). Oder zur Frage, ob und wie der Sozialismus in einem Lande auf gebaut werden sollte: Die erdrückende Mehrheit der hierzu vorliegenden Literatur geht entweder von der *Voraussetzung* aus, daß dies von vornherein nicht möglich war, oder davon, daß das Resultat kein Sozialismus sei. Eine neue, von Legenden befreite marxistische Untersuchung, die als These den Aufbau des Sozialismus unter den spezifischen Bedingungen der Sowjetunion zu Grunde legt und die Entscheidungssituation und Alternativen zu ihren Erkenntnisgegenständen rechnet, steckt überhaupt erst in den Anfängen. Daran zu arbeiten, ist eine

Aufgabe. Was soll uns aber, Rainer Butt, das Examinieren mit Fragen, die wir schon kennen und auf die du auch keine Antwort hast?

Die Diskussion um den Stalinismus in den letzten Jahrzehnten war eine Debatte, in der die Teilnehmer sehr schnell an der Schranke standen: für oder gegen die Sowjetunion? Davor die Augen zu verschließen oder das als Paranoia mißzudeuten, wäre einfach leichtfertig. Allerdings hat die Unbeweglichkeit der sowjetischen Geschichtsschreibung daran ihren Anteil gehabt. War es aber etwa *in der Bundesrepublik* nicht so, daß das veröffentlichte Geschichtsbild den Stalinismus nie als Variante, sondern immer als eigentlichen Ausdruck der politischen Idee des Sozialismus dargestellt hat? Um zwischen dem Sozialismus als Formation und dem Potential der Wirklichkeit der sozialistischen Länder einerseits und Stalin andrerseits zu differenzieren, braucht es Luft zum politischen Streit, links, dialektisch, marxistisch. Der Vorwurf an die Kommunisten, sie hätten in der Vergangenheit die Sowjetunion *bedingungslos* verteidigt, trifft nicht, wenn man die politischen Bedingungen in Betracht zieht, unter denen eine *bedingte* Verteidigung effektiv eine bedingte *Verurteilung* bedeutete. Daß in diesem Sinn »Stalinismus« lange Zeit in unserem Land vor allem als Schlagwort gegen die sozialistische Linke diente, hat schon Werner Hofmann geschrieben.

Warum nun aber auch Rainer Butt Sozialismus und Stalinismus als gleiche Kappen ausgeben will, ist vielmehr die Frage. Nachdem er Judick und Steinhaus eine »einerseits-andrerseits-Dialektik« vorgeworfen hat, entwickelt er selbst eine Sichtweise, die dann mit Verlaub als »entweder-oder-Dialektik« bezeichnet werden müßte. Aufgrund einer von Stalin geprägten Ära in der Geschichte der Sowjetunion könne man in Bezug auf dieses Land überhaupt nicht von Sozialismus sprechen. Wo die marxistische Revolutionstheorie und Geschichtsdiskussion mit Problemen ringen, ist für Butt schon alles – entweder/oder – klar. Das Problem gibt es nicht: daß zur Durchsetzung einer sozialökonomisch fortgeschrittenen Ordnung politische Mittel angewendet werden, die in der Entwicklung der politischen Form einen Rückschritt darstellen?

Hier geht es wieder um Begreifen, nicht etwa um Rechtfertigen (etwa des Stalinschen Terrors). Oder soll nun mit dem Wohlfahrtsausschuß auch die französische Revolution als weltgeschichtlicher Fortschritt revidiert werden? Das ist nun eine Frage der Theorie und nicht der Moral. Oder: Die Entwicklung einer neuen Gesellschaftsformation führt nicht mit der revolutionären Umwälzung zu einem »fertigen« Zustand, sondern diese neue Gesellschaft durchläuft selbst wieder eine Reihe evolutionärer und revolutionärer Schübe, durch die sich ihre »wahre« Form entfaltet.

Theoretische Probleme des Marxismus? Aber Butt geht in die entgegengesetzte Richtung: »Ist das stalinsche Sozialismus-Modell das sozialistische Gegenstück zur faschistischen Variante des Kapitalismus...«? Ich ergänze, Rainer, daß dieses Modell dem deutschen Faschismus einige Jahre vorausging; da wären wir dann aber bei einer ganz anderen, gar nicht mehr kommunistischen »Historiker-Debatte« ! Das ginge zu weit? Nein, es ist nur ein kleiner Schritt. Auf jeden Fall macht es für das Begreifen von Geschichte keinen Sinn, mit den Begriffen solange zu jonglieren, bis wir als Essenz einen kapitalistisch-sozialistischen Stalino-Faschismus erhalten.

Linke und sicher noch härter Kommunisten müssen sich den Widersprüchen der Geschichte der eigenen Bewegung stellen. Das fällt hier so apodiktisch, weil diese Geschichte tatsächlich widersprüchlich ist, weil ihre Einheit *und* Gegensätzlichkeit nicht nur in unserem Kopf existieren. So wie es wohl keine endgültige Stalinismus-Aufarbeitung geben wird, so kann es auch keine moralische Integrität über den Weg geben, entweder eine *glatte* oder aber *gar keine* Geschichte der eigenen Partei zu wünschen. Rainer Butt möchte aber den moralischen Bruch mit Stalin, keine *Geschichte,* weil er die Widersprüche nicht ertragen mag, in denen Kommunisten gestanden haben und die sie oft nicht richtig lösen konnten oder gelöst haben. Aber ohne Geschichte auch keine Identität. So stellt sich der Autor neben sich selbst und schreibt über »die Kommunisten«, als ob er selbst keiner wäre. Mit Distanz hat das nichts zu tun. Es waren wohl die anderen, die »über Jahre... mit Lüge und Selbstbetrug gut für die neue Welt« streiten konnten.

Der Duktus paßt zur Geste; und, dem stalinistischen Theaterdrachen die Ferse auf die Brust gesetzt, wird hier das Tribunal zur Szene.

konkret 05/89, S. 18

Henning Venske

Weckerbericht

Ein Tag im Prozeß der Bundesrepublik Deutschland gegen die Journalistin Ingrid Strobl. Ein Tag im Leben eines furchtbaren Richters, der die Staatsanwaltschaft wegrationalisiert. Einer jener deutschen Tage, zu denen die Sonne nicht aufgehen sollte

5.4.89 Aufstehen 4 Uhr 30, Abflug von München nach Düsseldorf 6 Uhr 40, Ankunft 7 Uhr 50, Taxi zum Oberlandesgericht in der Cäcilienallee, Nebeneingang. Dort hat sich bereits eine Schlange von etwa 50 Menschen gebildet. Es ist 8 Uhr 15, es ist sehr kalt und es regnet in Strömen. Nach einer Stunde Warten ist eine schwere Erkältung unvermeidlich. Die Kälte verläßt einen den ganzen Tag nicht wieder.

Warum, bitte, diese menschenunwürdige Behandlung? Warum werden die frierenden, durchnäßten Menschen nicht ins Warme gebeten, warum bietet man ihnen keinen Stuhl an?

Organisatorische Gründe – höre ich da richtig, Herr Vorsitzender? Seien Sie doch ehrlich: Die christliche Justiz eines christlichen Staates im christlichen Abendland praktiziert hier christliche Strenge gegenüber dem, was sie Sympathisantensumpf nennt.

Erste Paßkontrolle.

Zweite Paßkontrolle.

Dritte Paßkontrolle. Jetzt wird der Paß nicht heimlich, nein, in aller Öffentlichkeit fotokopiert. Richterliche Anordnung. Warum?

Sage ich doch: Richterliche Anordnung.

Was ist mit dem Datenschutz? Das geht schon in Ordnung. Das hofft man doch. Ich tu nur meine Pflicht. Tascheninhalt abgeben: Hausschlüssel, eine Tafel Schokolade, auch den Labello-Stift. Warum? Richterliche Anordnung.

Penibles Abtasten und Abgrapschen.

Spätestens jetzt bestätigt man sich selbst eine staatsfeindliche Gesinnung. Kaum zu bremsende Aggressionen.

Warten vor dem Saal. Einlaß 9 Uhr 30. Ein Bunker. Kalte, Kopfschmerz provozierende Beleuchtung. Etwa 80 Sitzplätze. 20 sind schon besetzt: Lauter Schimanskys. Der Ausdruck »Bulle« nach eingehender Inspektion einmal mehr als korrekt bestätigt. Bevorzugte Lektüre der Herren: die Bildzeitung. Vermutlich wegen der Bilder. Die Bundesanwaltschaft erscheint, gehüllt in den bordeauxroten Feiertagsmantel Richards des Dritten: Ein gebräunter Beau mit halblangem Haar, modische Verbundenheit mit den späten 60er Jahren demonstrierend. Und ein eher untersetzter Nulltyp mit Fleischmützchen. Ersterer hat während des ganzen Verhandlungstages kein Wort gesagt. Letzterer hat eine einzige Frage gestellt, die unverzüglich wegen Bedeutungslosigkeit in Vergessenheit geriet.

Die Bundesanwaltschaft machte an diesem 5.4.89 den Eindruck, als sei es ihre einzige Aufgabe, zu überwachen, daß die Richter emsig sich bemühten, die Arbeit der Bundesanwaltschaft zu exekutieren. Die Angeklagte wird auf ihre Anklagebank geführt, vom Saal mit Beifall begrüßt: Dr. Ingrid Strobl, Journalistin.

Eine kluge, engagierte Frau, die gerne lacht. Sie sitzt seit Dezember 87 in Untersuchungshaft, weil sie einen Wecker gekauft hat. Einen vom Staatsschutz präparierten Wecker. Und den hat sie an einen Bekannten weitergegeben. An wen, verrät sie nicht. Das ist ihr gutes Recht, das verlangt Respekt.

Die Bundesanwaltschaft behauptet, mit diesem Wecker sei ein Bombenanschlag verübt worden. Beweisen kann sie das offenbar nicht. Die Bundesanwaltschaft unterstellt der Angeklagten Mitwisser- oder sogar Mittäterschaft. Auch das kann sie nicht beweisen. Sie bezichtigt die Angeklagte der Mitgliedschaft in den Revolutionären Zellen. Und dafür hat sie ebenfalls keine Beweise. Also: Kaufe niemals einen Wecker, und wenn, verschenke ihn nicht, sonst läufst du Gefahr, ins Gefängnis zu kommen, weil es keine Beweise gegen dich gibt.

Zwischenüberlegung: Da wird einer Journalistin die Freiheit geraubt, deren Arbeit »draußen« unentbehrlich ist. Andere Leute machen einen Bombenanschlag auf ein Lufthansabüro, der zwar einen gewissen Sachschaden anrichtet – im Vergleich zu beispielsweise Remscheid eine Bagatelle – aber ohne jede Folge bleibt. Wäre es nicht politisch sinnvoller, die Journalistin wäre auf freiem Fuß und der Aktionist, der so trefflich basteln kann, hätte sich gemeldet und gesagt: Der bei diesem Anschlag verwendete Wecker war der meine und nicht der von Frau Strobl? Die politische Wirkung eines solchen Versuchs der Gefangenenbefreiung wäre ungleich attraktiver als das Loch im Flugbüro... Vielleicht ist es jetzt schon zu spät.

Aber die Frage sei doch gestattet: Hält da jemand sich und seine Kunstfertigkeit im Umgang mit Bananenstecker und Explosivstoff für bedeutsamer hinsichtlich gesellschaftlicher Veränderungen als die Schaffenskraft einer fortschrittlichen und vielgelesenen Journalistin?

Das hohe Gericht erscheint.

Fünf Herren, natürlich. Es geht ja gegen eine emanzipierte Frau. Man denkt, man kennt die fünf. Richtig: Sie stammen aus dem Skizzenbuch von Daumier. Visagen also.

Der Laie diagnostiziert: Der Vorsitzende leidet unter Bluthochdruck und saurem Aufstoßen. Cholerisches Temperament. Arrogant und autoritär gegenüber Reaktionen aus dem Saal. Hochfahrend und grob unhöflich gegenüber der Rechtsanwältin. Die läßt sich aber nicht einschüchtern, fightet zurück. Er hat die Macht, aber sie ist gescheiter.

Ihr männlicher Kollege ist von beharrlicher Freundlichkeit. Das macht ihn weniger angreifbar, nervt den Vorsitzenden aber nicht minder.

Zwei Zeuginnen und ein Zeuge werden vernommen. Und immer das gleiche Procedere: Die Bundesanwaltschaft schweigt, die Richter fragen. Aber wie!

Da wird suggeriert, eingeredet, unterstellt auf Justitia komm raus. Die Schlußfolgerungen, die das Gericht aus den Antworten der Zeuginnen und des Zeugen zieht, gehen offenbar grundsätzlich zu Lasten der Angeklagten.

Zu keinem Zeitpunkt der Verhandlung entsteht der Eindruck, die Bundesanwaltschaft habe die Schuld der Angeklagten zu beweisen, die Rechtsanwälte die Unschuld ihrer Mandantin zu verteidigen und das Gericht habe sich ein objektives Urteil zu bilden. Dieses Gericht führt sich auf, als stehe es auf der Lohnliste des Generalbundesanwalts.

Ein peinliches Schauspiel, das hin und wieder so zum Lachen reizt, daß man ganz vergißt, wie gefährlich diese schwarzen Männer sind.

Ridiculer Höhepunkt: Eine Zeugin soll über ein viele Jahre zurückliegendes Gespräch mit der Angeklagten berichten. Sie sagt, sie kann sich kaum daran erinnern, das Thema sei nur ganz en passant zur Sprache gekommen. Der Vorsitzende insistiert. Sie beginnt einen Satz mit »Wenn Sie es genau wissen wollen...« und wird rüde unterbrochen: »Ich will überhaupt nichts genau wissen, ich will...«

Leise glucksendes Gelächter im Saal, Pause. Äh.

Und dann schließlich: Er sei an der Wahrheit interessiert. Die Wahrheit. Bei einem aufgeplusterten Rechthaber bedeutet Wahrheit oft nichts anderes als widerspruchslose Bestätigung seiner Vorurteile.

Mittagspause. Alle müssen den Saal räumen, alle müssen wieder hinaus in Kälte und Regen.

Bewaffnete Polizisten sind aufgezogen, auf dem Weg zum Tor steht alle drei Meter einer.

Warum? Niemand hat Nachrichten gehört. Hat der Hungerstreik der politischen Gefangenen ein Todesopfer gefordert?

Dieser Prozeß und der Hungerstreik in den Gefängnissen: Der Zusammenhang ist nicht zu übersehen. Würde dieser Staat sich im Sinne der dem Staat wohlgesonnenen und ihm die besten Absichten unterstellenden Bürger verhalten, wäre dieser Staat also wirklich am Frieden in der Gesellschaft interessiert, dann müßte er aus politischer Klugheit sofort die Forderungen der Gefangenen nach Zusammenlegung erfüllen, denn das würde das Rekrutierungsfeld für den RAF-Nachwuchs drastisch einengen. Die Folgen für eine Befriedung der Gesellschaft wären enorm.

Aber der Staat läßt sich nicht erpressen, sagt er. Verhandeln will er nur, wenn bestimmte Bedingungen erfüllt sind, sagt er. Aber wer nicht verhandeln will, ist auch nicht kompromißfähig. Und wer nicht kompromißfähig ist, kann keine Politik machen. Ein Staat muß aber Politik machen. Fragt sich, welche Politik will er machen. Er will die machen, die er braucht.

Und da sind wir bei einem alten und äußerst beliebten Thema: Er braucht das Feindbild. Innen und Außen. Er braucht den Hungertod im Knast. Denn er braucht die Randale auf den Straßen.

Er braucht die Randale, um seinen Sicherheitsapparat aufzurüsten. Er braucht seinen Sicherheitsapparat, um die Existenzberechtigung des Paragraphen 129a nachzuweisen und damit Gesinnungsprozesse wie den gegen Dr. Ingrid Strobl führen zu können. Er braucht solche Prozesse, um demokratischen Widerstand gegen die Ungerechtigkeiten dieses Systems auszuschalten und um Selbstbestimmung und Meinungsfreiheit auf ein Minimum zu reduzieren.

Nach der Mittagspause: Ingrid Strobl gibt eine Erklärung ab. Nicht lange. Der Vorsitzende schnauzt, sie spreche über Dinge, die er noch gar nicht in die Hauptverhandlung eingeführt habe. Paragraphendeutsch in bewährtem Kommandoton.

Dann macht sich Müdigkeit breit.

Ingrid Strobl aber darf nicht müde werden. Sie muß hellwach sein und durchhalten. Und das nach fast eineinhalb Jahren Gefängnis. Ende der Verhandlung.

Der Saal erhebt sich und singt ihr ein »Happy Birthday«. Da lacht sie noch einmal wie am Morgen.

Rückflug nach München um 17 Uhr 50. Business as usual.

Kasten "X meldet sich nicht" auf Seite 19

Wir leben in Deutschland. Staatsanwälte und Polizisten findet man hier nicht nur an ihren Schreibtischen, in Präsidien und Kasernen. Sie sitzen vor allem auch in den Köpfen der Menschen. Und so kreisen die Gedanken von »Spiegel«, »Zeit«, ja selbst einer sonst so kritischen Journalistin wie Peggy Parnaß um die ganz andere Frage: Warum meldet sich X nicht?

Die Frage ist schon deshalb fatal, weil sie Stimmung gegen die Angeklagte und die dumpfe Verdächtigung schürt, mit X könne es sich verhalten, wie mit Gott, der sich auch nicht meldet und von dem wir daher annehmen, daß es ihn nicht gibt.

Wenn einer Angeklagten nichts nachzuweisen ist, dann ist sie freizulassen. Punktum. Wer die Angeklagte auffordert, einen Dritten zu denunzieren, der rechtfertigt, was das Verfahren gegen Ingrid Strobl tatsächlich auch ist: eine als Untersuchungshaft kaschierte Beugehaft.

Wer X auffordert, sich selbst zu stellen, um dadurch Ingrid Strobl zu entlasten, der suggeriert damit eine moralische Mitschuld von X an einer möglichen Verurteilung von Ingrid.

So kraß es klingt: Das ist die Rechtfertigung von Geiselnahme durch die Verfolgungsbehörden. Zumindest aber ist es die Bestärkung einer erfolgversprechenden Polizeistrategie. Man beschuldige und verhafte die X-beliebige Person Y. um eines X habhaft zu werden.

Wenn wir also annehmen, daß die Zeugenaussage von X die Freilassung für Ingrid bedeuten würde, auch dann wäre die Frage nach X Ausdruck antidemokratischen, rein polizeilichen Denkens.

Darüber hinaus ist die Annahme falsch für den konkreten Fall politischer Gesinnungsjustiz, der sich zur Zeit vor dem Oberlandesgericht in Düsseldorf abspielt. Denn auf Grundlage der bestehenden Anklagekonstruktion würde ein Zeuge X nicht die Freilassung von Ingrid bewirken.

Die Anklage behauptet nämlich nicht, Ingrid Strobl habe mit dem Wecker einen Sprengsatz gebaut und diesen am Lufthansagebäude deponiert. Sie sagt ausschließlich: Weil Ingrid den Wecker gekauft hat, deshalb ist sie Mitglied in der RZ. Die Anklage basiert also auf der durch nichts bewiesenen Behauptung, der Weckerkauf alleine definiere bereits die RZ-Mitgliedschaft. An diesem Konstrukt änderte das Zeugnis eines Herrn X, er habe den Wecker erhalten, gar nichts. Die einzige Änderung, die er herbeiführen würde, wäre, daß es statt einer Angeklagten dann deren zwei geben würde.

X meldet sich nicht. Wir wissen nicht warum. Klug jedenfalls ist das allemal. Denn wer einmal in die Fänge des Staatsschutzes geraten ist, dem helfen keine Aussagen.

X meldet sich nicht. Recht so!

Aus der Anti-Repressions-Zeitung: »Nichtzufassen, einseitig, abhängig, anschlagsrelevant« Nr. 1, zu beziehen über Prozeßbüro I. Strobl, Maastrichter Str. 49, 5 Köln 1, 2 Mark

Aktuelle Berichte über den Prozeß gegen Ingrid Strobl, das Startbahn-Verfahren und den Hungerstreik gibt es in der wöchentlich erscheinenden »clockwork 129a«, zu beziehen über »clockwork« c/o KONKRET, Osterstraße 124, 2 Hamburg 20, 20 Pfennig (Mindestbestellmenge: 15 Exemplare)

konkret 05/89, S. 20

Vandana Shiva; Theresia Degener

Die Quadratur der Tomate

Was ist an Herbert Marcuse und Simone de Beauvoir biologistisch? Und was macht die feministische Ökologie zur theoretischen Grundlage für den Kampf gegen Gentechnik? Auf der »Internationalen Konferenz über Gen- und Reproduktionstechnik und Frauengesundheit« in Bangladesh sprach Theresia Degener mit der indischen Physikerin und Biologin Vandana Shiva über philosophischen und praktischen Widerstand gegen die neuen Technologien

KONKRET: In der Bundesrepublik werden gerade die rechtlichen Weichen für den Einsatz von Gentechnologie in der Pharmaindustrie und der Landwirtschaft gestellt. Wie sieht die Situation in Indien aus?

Shiva: Auf der Forschungsebene sind wir sehr fortgeschritten in der Gentechnologie. Das ist auch ein Grund für die zunehmende wissenschaftlich-internationale Zusammenarbeit zwischen Indien und anderen Ländern, insbesondere den USA. Da die Öffentlichkeit dort eine gewisse Kontrollfunktion ausübt, suchen nun amerikanische Universitäten und Firmen Partner in Ländern wie Indien, wo es entsprechende technologische Ausstattungen gibt, wo die WissenschaftlerInnen qualifiziert sind, sich die Hälfte des Jahres in den Staaten oder England aufhalten und dann das zweite Halbjahr damit verbringen, Dinge zu tun, die bei uns keiner rechtlichen Reglementierung unterliegen. Wir haben mindestens vier staatliche Institute, die am Einsatz der Gentechnologie im Bereich der Agrarwirtschaft, aber auch der Humanmedizin – Impfstoffe und Viren – arbeiten. Es handelt sich im wesentlichen um zwei Projekte. Das erste, das sogenannte »Indisch-Amerikanische Impfstoff-Anwendungsprogramm«, wurde im Juli 1987 genehmigt. Dieses Programm beruht auf einer Vereinbarung, die es den USA erlauben, ihre gentechnologisch hergestellten Impfstoffe an der indischen Bevölkerung auszuprobieren. Zum zweiten gibt es das Projekt »Neue Saatgut-Politik«. Sie erlaubt die Einpflanzung genmanipulierten Saatgutes und von Pflanzenteilen in indischen Boden. Beide Projekte wurden vorbei an allen demokratischen Entscheidungsinstanzen und ohne jegliche öffentliche Debatte durchgezogen

KONKRET: Gibt es Protestbewegungen gegen diese Projekte?

Shiva: In Bezug auf Gentechnologie und deren Anwendung fängt es gerade an, und die Anti-Gentech-Bewegung ist noch sehr klein. Wir haben sehr enge Verbindungen zur wieder erstarkenden Ökologiebewegung, die sich gegen Abforstung und für den Erhalt natürlicher Wälder, einheimischer Arten und gegen die Einführung exotischer Spezies wendet. Letztere haben schwere ökologische Verwüstungen verursacht. Wir arbeiten auch eng zusammen mit der Bauernbewegung und versuchen, dieses Thema für ihre Kämpfe relevant zu machen.

KONKRET: In Deiner Rede auf der Frauenkonferenz sprachst Du davon, daß die Gentechnologie die Antwort auf die Fehler der »Grünen Revolution« sei; daß sie aber noch weit verheerendere ökologische Zerstörungen bewirken werde. Wo liegt für Dich der Zusammenhang?

Shiva: Die Akzeptanz der neuen Biotechnologien beruht ganz wesentlich auf wissenschaftlichem Geschwätz über Wundervorstellungen von risikofreier, pestizidfreier Agrikultur. »Schau, wir haben immer mehr Dürre, also züchten wir Saatgut, das gegen Dürre und Streß resistent ist. Schau, wir haben mehr Schädlinge, also werden wir Saatgut züchten, das schädlingsresistent ist. Dünger wird zum Problem? Also gut, züchten wir selbstdüngendes Saatgut.« Sie haben uns genau die gleichen Versprechungen gemacht, als es um die »Grüne Revolution« ging. Die Getreide-Sorten der »Grünen Revolution« wurden als höchst anpassungsfähig verkauft. Aber sie waren nicht anpassungsfähig. Uns wurde weiter erzählt, daß diese Sorten auf dem Nichts wachsen würden, daß sie die Ausbeutung des Bodens reduzieren würden, so daß die überbevölkerten Dritte-Welt-Länder plötzlich mehr Nahrung auf weniger Boden produzieren könnten. Tatsächlich aber haben diese Sorten die Ausbeutung des Bodens verstärkt. Innerhalb von 20 Jahren wurde Land vergeudet, das ohne die »Grüne Revolution« weitaus mehr Nahrung hätte produzieren können. 50 Prozent des Punjab, der Getreidekammer Indiens, ist heute absolut unfruchtbares Land.

Genauso wird es mit dem gentechnologisch hergestellten Saatgut gehen. Keine dieser neuen Samen, die unter Laborbedingungen produziert werden, wird in der Natur ohne Kontrolle bestehen können. Das bedeutet: Wir brauchen neue Formen der Umweltverwaltung und -manipulation. Und immer, wenn Umwelt verwaltet wird, d. h. wenn nicht unter natürlichen ökologischen Bedingungen agiert wird, bedeutet das mehr Kapitaleinsatz. Es bedeutet mehr Expertenabhängigkeit und Verstrickung in ganze Netzwerke verschiedener Abhängigkeiten und Kontrollen.

Nimm das Beispiel der Bewässerung: Mit der »Grünen Revolution« versprach man uns Getreidearten, die unabhängig von Regenfällen wüchsen. Sie sprachen von einem Bewässerungssystem, das gleichzeitig die Getreideproduktion vergrößert und ihre Anfälligkeit verringert. Aber solche Systeme sind abhängig von ein und denselben Regenfällen. In einem Jahr, in dem es weniger regnet, hat auch das Bewässerungssystem weniger Wasser und die gesamte Ernte geht ein. Im Gegensatz dazu wurde bei den früheren Getreideanbausystemen einkalkuliert, daß es weniger Regen geben kann. Also bauten die Menschen fünf verschiedene Sorten an, von denen zumindest einige geerntet werden konnten. Die dürre-resistenten Getreide, die sie nun gentechnologisch herstellen, werden unter ganz bestimmten Bedingungen funktionieren. Jedes

technisch erstellte Pflanzenmaterial aber hat nur eine extrem kleine ökologische Nische, in der es überleben kann. Es hat keine flexible Umweltbeziehung.

KONKRET: In deinem Buch »Staying Alive«, das sich mit Frauen und Ökologie in Indien beschäftigt, beschreibst du, wie Frauen durch die »Grüne Revolution« zunehmend aus der Agrarwirtschaft gedrängt werden. Kannst du ein paar Beispiele geben?

Shiva: Wir wissen zum Beispiel, daß Frauen im Punjab vor der »Grünen Revolution« genauso viel auf dem Felde und in anderen Bereichen der Landwirtschaft gearbeitet haben wie die Männer. Heute ist es nur noch maximal ein Prozent der Agrarwirtschaft, die von Frauen geleistet wird. Frauen im Punjab sind heute nur noch Hausfrauen, und das ist auch ein Grund, warum Amniozentese zur Abtreibung weiblicher Föten eingesetzt wird, oder warum es Brautgeld-Tötungen und andere schwerwiegende Probleme der Gewalt gegen Frauen gibt.

Historisch gesehen aber hatten Frauen in Indien eine sehr gewichtige Rolle in der Agrarwirtschaft. In allen Kulturen hatten Frauen z. B. die Saatgutwirtschaft, also Auslese, Konservierung, Speicherung und Aufzucht in der Hand. Das ist eine hochqualifizierte Tätigkeit. Und überall in Indien war das Frauenarbeit. Frauen waren auch verantwortlich für Pflanzen, Nahrung, Rinderzucht, etc.

Nun, nach der »Grünen Revolution«, wird das Saatgut nicht mehr von Frauen gespeichert. Die Samen kommen heute aus internationalen Labors. Sie werden von großen staatlichen Firmen verkauft, mit Krediten, die von internationalen Organisationen, wie der Weltbank, ausgegeben und an die Ehemänner ausgezahlt werden. Der Ehemann geht heute zu den Händlern und verhandelt mit ihnen über das Saatgut. Die Ehefrau weiß noch nicht einmal, was sie in der nächsten Saison säen wird.

Ein anderes Beispiel ist Reisstroh. Durch die »Grüne Revolution« wurde Reis gezüchtet, der weniger Stroh abwirft. Aber in Ländern wie Bangladesh haben Frauen aus diesem Stroh Hütten gebaut. Reisstroh wird auch als Futter für Tiere genutzt. Heute gibt es mehr Wellblechhütten als Reisstrohhütten, Tierfutter ist teurer geworden und damit für viele auch die Tierhaltung, was wiederum weniger Milch für die Kinder bedeutet. Die »Grüne Revolution« hat also zum einen Frauen aus der Agrarwirtschaft verdrängt, damit aber auch ihr Wissen und die Anteile des landwirtschaftlichen Systems, mit denen Frauen die Lebensgrundlage für sich und ihre Familien erwirtschaftet haben.

KONKRET: Ist es diese Erkenntnis, die dich zu deiner These des unmittelbaren Zusammenhangs zwischen Degradierung von Natur und Frauen verleitet?

Shiva: Ja, das ist der Hintergrund. Sie bezieht sich auf eine bestimmte geistige Haltung, eine Haltung, die auf einer reduzierten Weltanschauung beruht. Ein Reduktionismus, der patriarchalische Wurzeln hat und sich nur des Teils der Realität annimmt, der ausgebeutet werden kann. Und zwar im Interesse von Macht, Kontrolle und Profit. Der Rest dieser Realität wird ignoriert. Das ist genau der Rest, aus dem Frauen Leben produziert haben. Genau in diesem Rest hatten Frauen Macht, Kontrolle und Arbeitsbereiche. Aber das ist auch der Rest, die Sphäre, in der Naturzyklen erneuert wurden. In dem Moment, in dem diese restlichen Sphären ignoriert wurden, weil sich aus ihnen kein ökonomischer Profit schlagen läßt, wurden sowohl Frauenarbeit als auch das Wissen von Frauen marginalisiert. Die Grundlage, auf der sich der soziale Status von Frauen gründete, verschwand. Gleichzeitig verschwand eine Ökologieform, die es der Natur erlaubte, sich zu regenerieren und zu erneuern.

KONKRET: Du behauptest, der Ausweg aus den Desastern der »Grünen Revolution« und aus den absehbaren Katastrophen der Gentechnologisierung der Umwelt sei notwendigerweise ein feministischer Weg. Glaubst du, daß Feminismus und Ökologismus notwendigerweise miteinander verbunden sind?

Shiva: Laß es mich so sagen: Es gibt UmweltschützerInnen, die keine Feministinnen sind, und es gibt Feministinnen, die Umweltschutz nicht als ihr Problem ansehen. Aber es gibt auch eine feministische Perspektive, die in den Gen- und Reproduktionstechnologien eine allgemeine Lebensbedrohung sieht. Im Gegensatz zur Ökologiebewegung ist sie in der Lage, verschiedene soziale Bewegungen zusammenzubringen. Radikale Umweltschützer haben eine sehr enge Vorstellung von Ökologie. Sie unterscheiden nicht zwischen der totalen Zerstörung der Natur, die heute geschieht, und alten Formen der Agrarkultur. Sie sehen in jedem Eingriff eine Verletzung der Natur. Damit sind Menschen notwendigerweise anti-ökologisch. Der Mensch steht in ihrer Wertvorstellung unterhalb der Natur, und sie machen alle Menschen für Umweltverschmutzung und -zerstörung verantwortlich. Ich glaube, gerade weil Feministinnen sich in anderen Kontexten mit dem Patriarchat auseinandergesetzt haben, sind sie, wenn sie sich der Ökologie zuwenden, dieser Haltung überlegen. Feministische Ökologie ist in der Lage, Herrschaftsverhältnisse zu analysieren und nicht alle Menschen für die Misere, in der wir uns befinden, verantwortlich zu machen.

In Ländern wie Indien ist der Zusammenhang zwischen Feminismus und Ökologie noch enger. Er besteht in zweierlei Hinsicht: Zum einen haben sich gesellschaftliche Transformationsprozesse bei uns viel rasanter entwickelt. Kulturelle Veränderungen, die Art wie Menschen miteinander leben, wie sie mit ökologischen Ressourcen wie Flüssen und Wäldern umgehen, die Art, wie sie Landwirtschaft betreiben, all das hat sich in Europa über einen Zeitraum von 500 Jahren

entwickelt. Die gleichen Veränderungen haben sich bei uns in einem Zeitraum von 30 bis 40 Jahren vollzogen, und mit der Einführung der Gentechnologie werden die Zeiträume der Transformation sogar noch kürzer. Damit meine ich das, was sie Entwicklungspolitik nennen: die Modernisierung nach westlichem Muster. Mit dieser Politik sind unsere gesellschaftlichen Verhältnisse aber aus den Fugen geraten, Klassengegensätze, Kasten- und Religionsgegensätze haben sich rasant verschärft. Insbesondere aber, und das ist für unsere Diskussion entscheidend, haben sich die Geschlechtergegensätze verschärft. Was vorher heterogene, aber gleichberechtigte Verhältnisse waren, sind nun vertikale Verhältnisse. Frauen wurden entwertet und aus den gesellschaftlichen Produktionsverhältnissen herausgedrängt.

Die zweite Ebene des Zusammenhangs ist eine materialistische. Denn auch heute noch sind die Frauen in Indien für Nahrungsproduktion und Wasserversorgung zuständig, wenn auch unter extrem verschlechterten Bedingungen. Währenddessen gehen die Männer bezahlter Arbeit in Fabriken nach und entfremden sich mehr und mehr von der Natur. Der Geschlechterunterschied manifestiert sich also ganz materialistisch in der täglichen Entfremdung von der Natur. Deswegen ist in Indien die Ökologiebewegung wesentlich von Frauen bestimmt. Sie sind es, die sich gegen Waldrodungen und Zerstörung von Flüssen einsetzen, während die Männer aufgehört haben, dagegen zu kämpfen. Nimm das Beispiel der Shipko-Bewegung, in der ich gelernt habe, feministisch-ökologisch zu denken. Diese Bewegung wird zu hundert Prozent von Frauen organisiert. Sie sind es, die Ende der 70er Jahre gesagt haben, daß die Himalaya-Wälder zu schnell abgeholzt werden und daß sie damit ihre Lebensgrundlage verlieren, weil ihre Agrarwirtschaft von den Wäldern abhängt. Diese Frauen sind so mit dem Leben der Wälder verbunden, daß für sie eine ökologische Denkweise keine erlernte Denkweise, sondern eine gelebte Denkweise ist.

Aus dieser Erkenntnis der Frauen und der Natur als ProduzentInnen von Leben, ergeben sich zwei Schlußfolgerungen. Zum einen: Was Entwicklungspolitik genannt wird, ist in Wirklichkeit eine Mißentwicklung. Sie ist die Ursache für Gewalt gegen Frauen und Natur. Diese Gewalt ist nicht Resultat der mißbräuchlichen Anwendung eines ansonsten geschlechtsneutralen, freundlichen Denkmodells. Sie wurzelt in solch patriarchalischen Denkprinzipien wie Homogenität, Herrschaft und Zentralisierung, die den patriarchalischen entwicklungspolitischen Strategien zu Grunde liegen. Zweitens: »Dritte-Welt«-Frauen und solche Stämme und Bauern, die von dieser Mißentwicklung verschont wurden, sind heute der Genpool für ökologische Strategien und Aktionen.

KONKRET: In deinem Buch behauptest du, daß diese Position im Gegensatz zu der Simone de Beauvoirs und Herbert Marcuses nicht biologistisch geprägt ist.

Shiva: Beide gehen von der Geschlechterrolle als biologisch determinierter Rolle aus. Simone de Beauvoir sieht die Befreiung der Frau in der Maskulinisierung des Weiblichen. Die Emanzipation des »anderen Geschlechts« liegt darin, daß es sich nach dem Vorbild des männlichen Geschlechts neu schafft. Die Befreiung der Frau ist ihre Befreiung von biologischen Bürden. Das Freiheitsbild Simone de Beauvoirs beruht auf einem Weltbild, in dem Männlichkeit als höherwertig akzeptiert ist. Frauen sind frei, sich diese höherwertigen, männlichen Werte anzueignen. Im Unterschied dazu sieht Herbert Marcuse die Befreiung in der Verweiblichung der Welt. Ausgehend von der historischen Analyse des männlichen Prinzips als beherrschende geistige und körperliche Kraft, sieht er die befreite Gesellschaft in der definitiven Negation dieses Prinzips, also in der weiblichen Gesellschaft. Obwohl Marcuse dem Modell von Simone de Beauvoir widerspricht, hegen doch beide die Vorstellung, weiblich und männlich seien natürliche, biologisch definierte Eigenschaften, die autonom existieren.

Demgegenüber ist das meinem Buch zugrundeliegende Konzept der Befreiung geschlechterübergreifend. Ihm liegt die Erkenntnis zugrunde, daß ein Geschlechterbegriff, der männlich und weiblich als dualistisch und ausschließlich begreift, ein ideologischer Begriff ist. Genauso ideologisch wie die Assoziation von Gewalt und Aktivität mit Männlichkeit und Gewaltfreiheit und Passivität mit Weiblichkeit. Das von mir favorisierte Konzept beruht auf einer geschlechtsunabhängigen Philosophie, in der das weibliche Prinzip nicht ausschließlich durch Frauen verkörpert ist. Es ist das Prinzip der Kreativität und Aktivität.

KONKRET: Wie, denkst du, kann sich heute Solidarität zwischen Frauen der Industrieländer und Frauen der »Dritten Welt« ausdrücken?

Shivo: Ich glaube, wenn wir uns mit Gentechnologie beschäftigen, dann müssen wir unsere Situation nicht notwendigerweise als antagonistisch sehen. Was uns gegenwärtig verbindet, ist die Bedrohung unserer Autonomie und unseres Lebens. Es ist auch eine Situation, in der dieselben Organisationen Armut und Entbehrung für große Teile der Bevölkerung in beiden Teilen der Welt produzieren.

Nimm z.B. Gentechnologie in der Agrarwirtschaft und Nahrungsmittelproduktion. Ich glaube nicht, daß die KonsumentInnen des Westens von der hochmanipulierten Nahrung, die daraus entstehen wird, profitieren werden. Natürlich, die Firmen, die Produzenten werden aus der Quadratur von Tomaten und Wassermelonen Profite ziehen. Die Transportkosten werden sinken und der Effektivitätsgrad wird steigen. Aber das ist auch schon alles. Eine quadratische Tomate widerspricht den Interessen einer Konsumentin des Westens wie auch den Interessen der Landfrau im Osten. Ich

glaube, wir können es uns ins beiden Teilen der Welt leisten, quadratischen Tomaten zu widerstehen und statt dessen die vielen verschiedenen, gesünderen und reichhaltigeren Sorten genießen, die uns die Natur zu bieten hat.

konkret 05/89, S. 23

Theresia Degener

Reproduktionsautonomie fremdbestimmt

Ein Schwerpunkt der Frauenkonferenz in Bangladesh war das Thema Bevölkerungspolitik: traditionelle und moderne Methoden ergänzen sich weltweit

Bangladesh ist eines der am meisten verelendeten Länder der »3. Welt«. 80 Prozent der Bevölkerung leben unterhalb des Subsistenzminimums. Es gibt kaum staatliche Infrastruktur. Ein Ferngespräch zustandezubringen dauert oft länger als die Reise zur jeweiligen Gesprächspartnerin. Die ist für Frauen allerdings auch nicht einfach – denn sie dürfen in dem streng islamischen Staat ohne die schriftliche Erlaubnis von Vater, Bruder oder Ehemann weder mit dem Bus, noch mit der Bahn irgendwohin fahren. Bangladesh war also genau der richtige Ort für 140 Frauen aus 34 Ländern, ihre »Internationale Konferenz über Gen- und Reproduktionstechnik und Frauengesundheit« abzuhalten.

Der von den Organisatorinnen von Finnrage (Feminist International Network for Resistance against Reproductive and genetic Engineering) und Ubinig, einer in Bangladesh aktiven entwicklungspolitischen Gruppe, gewählte Tagungsort erleichterte vor allem Frauen aus den »Dritte-Welt-Ländern« an der Konferenz teilzunehmen. Damit stand auch das Schwerpunktthema »Bevölkerungskontrolle in Dritte-Welt-Ländern« fest.

Die länderübergreifende Auseinandersetzung mit Bevölkerungspolitik, das war die Erkenntnis, die am Anfang des Kongresses stand, setzt die Analyse der unterschiedlichen sozialen, ökonomischen und gesellschaftlichen Zusammenhänge voraus. Weltweite Frauenbetroffenheit schafft allein noch keine Einigkeit.

Angesichts des bereits auf Hochtouren laufenden Technologietransfers in die sogenannte Dritte Welt stellte die australische Finnrage-Aktivistin Renate Klein die These auf, daß die neuen Reproduktionstechnologien *die* universale Methode globaler Bevölkerungskontrolle werden. Frauen der »Dritte-Welt«-Länder sei dabei langfristig die Rolle der »Brüterin« für weiße Frauen zugedacht. Aus den Berichten asiatischer und afrikanischer Frauen wurde aber gleichzeitig deutlich, daß auch die Zwangsmittel der traditionellen Bevölkerungspolitik weiterhin eine erhebliche Rolle spielen werden. Beide Formen der Bevölkerungspolitik, die traditionelle wie die hochtechnisierte, erfüllen dabei nicht nur die von offizieller Seite behauptete Funktion nicht, sie verschlechtern die Situation der Frauen. Weder befreien Sterilisation bzw. Kontrazeptiva Frauen der »3. Welt« aus ihrer Armut, noch führt traditionelle Bevölkerungskontrolle zu einem aktuellen Geburtenrückgang. Malini Krakal, Gesundheitspolitikerin aus Indien, wies darauf hin, daß Studien über den Einfluß von Bevölkerungspolitik in 94 »3. Welt-Ländern« in der Dekade 1960/70 belegen, daß allenfalls ein Geburtenrückgang um 3-20 Prozent erzielt wurde und auch nur unter maximal rigiden Bedingungen. »Solange Frauen auf ihre Reproduktionsorgane reduziert werden, solange sie Anerkennung und soziale Sicherheit nur in der Familie als Mutter finden, werden Frauen gegen alle Zwangsmaßnahmen weiter Kinder bekommen.«

Frauen in »3. Welt-Ländern« sind damit gleichzeitig von Gebärverbot und Gebärzwang betroffen. Reduziert auf ihre Reproduktionskapazitäten wird ihnen allein Verantwortung für Nachkommenschaft als auch die zur Verhütung aufgebürdet. Nachdem z.B. in Indien die Regierung in den 70er Jahren ihre an Männern ausgerichtete Sterilisationspolitik mit erheblichen Wahlverlusten bezahlen mußte, zielen die dortigen Programme jetzt nur noch auf Frauen.

Verantwortung für Nachkommenschaft und Verhütung kennzeichnet auch die Situation der Frauen in Industrieländern.

Renate Klein verdeutlichte, daß die neuen Reproduktionstechnologien, wie In-Vitro-Befruchtung (IVF), künstliche Befruchtung (AI), Embryonentransfer (ET) eine weiterentwickelte Form von Bevölkerungspolitik darstellen, die – angepriesen zur Erweiterung der Reproduktionsautonomie und Wahlfreiheit der Frau – tatsächlich pro-natalistische (auf Geburt ausgerichtete) Zwangsmittel sind, die Frauen gleichzeitig auf ihre Reproduktionskapazität reduzieren, und zum Experimentierobjekt für Technologen und Pharmaindustrie degradieren.

Tatsächlich zeigte sich auf der Konferenz, daß es eine globale Bevölkerungspolitik differenziert nach pro-natalistisch/technologisch in den Industrieländern und antinatalistisch/traditionell in den »Dritte-Welt«-Ländern nicht gibt. Hier wie dort werden beide Formen von Bevölkerungskontrolle gleichzeitig praktiziert. Während IVF-Kliniken in Indien, Malaysia, auf den Philippinen, Indonesien, China und anderen Ländern aus dem Boden sprießen, erleben Zwangssterilisationsgesetze bzw. -praktiken gegen behinderte Frauen Neuauflagen in Ländern wie der BRD, Japan oder Dänemark.

Amniozentese und andere pränatale Diagnostikmethoden mit anschließender selektiver Abtreibungspolitik werden in den Industrieländern angewandt, aber auch in Indien, Korea oder Thailand. Hier zur Selektion von Trägern genetischer und nichtgenetischer Behinderung, dort vorwiegend zur Geschlechtsselektion weiblicher Föten. Das Zusammenbringen dieser unterschiedlichen Zusammenhänge verdeutlichte, daß Bevölkerungskontrolle zunächst vor allem patriarchalische Kontrolle über Frauen ist, daß sie aber auch eine Ausbeutung nach kapitalistischem Muster bewerkstelligen hilft.

Bevölkerungspolitik in »Dritte-Welt«-Ländern ist nach wie vor Voraussetzung für den Erhalt von »Entwicklungsgeldern« der Weltbank und Industrienationen. Hauptmethode ist nach wie vor die (Zwangs)sterilisation von Frauen.

Umfangreich davon betroffen sind z.B. Frauen aus Bangladesh, wo die Weltbank seit 1975 unter Beteiligung des Internationalen Währungsfonds, der BRD, Norwegen und Kanada die Sterilisation von über 1,5 Millionen Frauen forciert. »Freiwillig« dürfen sich Frauen nach dem sogenannten Anreizsystem zwischen Verhungern oder Sterilisation entscheiden. Ärzte und Pflegepersonal verlieren ihren Job, wenn die staatlich gesetzte Zielquote nicht erreicht wird. Als Prämie erhalten Frauen einen Sari und eine kleine Prämie oder Saatgut für den hauswirtschaftlichen Anbau. Die turnusmäßigen Überschwemmungskatastrophen helfen den Sterilisationsplan einzuhalten. Allein in der Zeit von Juli bis Oktober 1984, der vorletzten großen Überschwemmungskatastrophe, ließen sich 257.000 Menschen (davon 80 Prozent Frauen) »freiwillig« sterilisieren.

»Frauen«, so Malini Karkal, »müssen so die Hauptlast der Verelendung in 3. Welt-Ländern tragen. Mittels Bevölkerungspolitik wird ihnen die Schuld für Hunger und Armut in die Schuhe geschoben«. »Gleichzeitig«, so führt sie weiter aus, »begeben sich Frauen damit vom Regen in die Traufe. Denn ihr Überleben ist maximal für einige Wochen gesichert, dafür aber hat sich ihr sozialer Status erheblich verschlechtert.« Durch die Marginalisierung traditioneller Frauenarbeit in der Agrarwirtschaft, ist die Gebärfähigkeit das einzige, worauf Frauen ihren sozialen Status gründen können. Deshalb seien beispielsweise 95 Prozent aller indischen Frauen zwischen 30 und 34 Jahren verheiratet und knapp 4 Prozent geschieden oder verwitwet.

Neben der Diskussion einzelner Technologien gab es auch Ansätze für eine Grundsatzdiskussion, die von der bundesdeutschen Feminismus-Theoretikerin Maria Mies unter der Fragestellung »Was einigt, was trennt Frauen des Südens und des Nordens?« eröffnet wurde.

»Die neuen Reproduktionstechnologien bringen Frauen weder Freiheit noch Autonomie, insbesondere nicht den Frauen im Süden; noch reduzieren sie Sexismus und Rassismus. Im Gegenteil, sie unterstützen und verstärken diese Tendenzen und Ideologien. Denn sexistische und rassistische Prinzipien stehen nicht außerhalb dieser Technologien; die eugenischen Prinzipien der Selektion und Elimination sind der Kern dieser Entwicklung. Weder Frauen des Nordens noch Frauen des Südens werden aus diesen Technologien Gewinne zielen, denn weder im Norden noch im Süden wird die Ursache von Frauenunterdrückung durch sie berührt.« Eine solche Analyse aber, so Maria Mies, setze die Abkehr von an bürgerlichen Idealen orientierten feministischen Prinzipien wie »Mein Bauch gehört mir« voraus. Wie schon auf früheren Konferenzen war damit die Frage nach der Neudefinition feministischer Selbstbestimmung gestellt.

Aufgegriffen wurden ihre Thesen von Farida Akther, Finnrage/Ubinig-Aktivistin in Bangladesh und Organisatorin der Konferenz. »Welche Freiheit meinen wir, wenn wir sagen unser Körper gehört uns? Reden wir dann von Eigentumsrechten? Sehen wir uns als Eigentümerinnen, die, im Besitz der Reproduktionsmittel der menschlichen Spezies, über das Produkt unserer Reproduktionsfabrik in unserem Körper verfügen können?«

Ausgehend von der historischen Analyse der Reproduktion von Frauen auf ihren biologischen Status, formulierte Farida Akther die Forderung nach Reproduktionsrechten von Frauen als eine, die diesen Status überwindet. »Die Frage der Reproduktionsrechte ist damit im wesentlichen eine Frage nach der Zerstörung der existierenden sozialen Reproduktionsverhältnisse im Rahmen umfassender sozialer Transformation.«

In welche Richtung transformiert werden soll, wurde mitunter äußerst kontrovers diskutiert. Ablehnung jeglicher selektiver Technologie oder nur Ablehnung einer bestimmten Anwendungspraxis, wie z. B. der Geschlechtsselektion durch Amniozentese? Forderung nach sicheren tauch hormonellen) Kontrazeptiva oder Veränderung der sozialsexuellen Beziehungen? Aufbau von Frauengesundheitszentren auch wenn blutige Weltbankgelder daran kleben? In diesen Diskussionen erwies sich der jeweilige Kontext des nationalen Frauenbefreiungskampfes als entscheidende materielle Basis.

Während z.B. indische Frauen sich in den letzten Jahren in der Kampagne gegen Geschlechtsselektion durch Amniozentese organisiert haben und mit dem Merbotsgesetz im Staate Maharashtra das seit Juni 1988 in Kraft ist, einen ersten Erfolg erzielt haben; gingen japanische Frauen- und Behindertenbewegungen Anfang der 70er und erneut vor wenigen Jahren, auf die Straße, um umfassend gegen eugenische Bevölkerungspolitik und frauenfeindliche Abtreibungsgesetze in Japan wie das »eugenische Schutz Gesetz« von 1947 zu demonstrieren. Daß der eingangs formulierte Vorsatz – sich mit den jeweiligen Zusammenhängen auseinanderzusetzen und darüber zu gemeinsamen politischen Analysen und Forderungen zu kommen – , trotz der erheblichen Differenzen eingelöst wurde, zeigte sich bei der Verabschiedung der Comilla-Deklaration. Gen- und Reproduktionstechnologien wurden in all ihren Anwendungsformen genauso eine Absage erteilt wie traditioneller Bevölkerungspolitik. Die Gentechnologisierung des Menschen wurde ebenso verurteilt wie die der Natur; gesunde, unschädliche Verhütungsmittel ebenso gefordert wie veränderte soziale Bedingungen für Elternschaft und Kindererziehung.

konkret 05/89, S. 26

Oliver Tolmein

Grenzenlos militant

Statt vorauseilendem Gehorsam – vorauseilender Widerstand: Schon vor Einführung des europäischen Binnenmarktes sind die »Antirassistischen Zellen« grenzüberschreitend tätig: Sie organisieren koordinierte Sabotage-Aktionen in ganz Westeuropa. Erstes für ihre Anschläge relevantes Objekt ist der Öl-Multi Shell. Warum gerade er und überhaupt, erklären zwei Vertreterinnen der Gruppe, die sich »Clyde« und »Bonnie« nennen, in einem Interview mit Oliver Tolmein

KONKRET: Könnt ihr kurz erzählen, was die Antirassistischen Zellen, zu denen ihr gehört, sind?

Clyde: Wir sind VertreterInnen militanter autonomer Gruppen, die im Zusammenhang mit der weltweiten Anti-Shell-Kampagne agieren. Wir haben Ende November 1988 in Dänemark, den Niederlanden, der BRD und Westberlin zeitgleich Sabotage-Aktionen gegen den Shell-Konzern durchgeführt: Zucker in die Benzintanks geschüttet, Brandanschläge auf Tankstellen durchgeführt und auch Benzinschläuche zerschnitten.

KONKRET: Zumindest in Westberlin und der BRD war die öffentliche Resonanz auf diese Sabotageaktionen, anders beispielsweise als nach den Anschlägen der Roten Zora auf Adler-Filialen, sehr gering. Wie erklärt ihr euch das?

Clyde: Wir gehen davon aus, daß es eine Art Nachrichtensperre in der BRD gibt – weil zumindest bei dem Brandanschlag auf den Mineralölvertrieb Minerva, eine 100prozentige Shell-Tochter, ein Sachschaden in Millionenhöhe entstanden ist. Daß Shell, und damit die bürgerlichen Medien, versuchen, die Bedeutung der Anschläge runterzuspielen, hat wohl mit den Erfahrungen in anderen Ländern zu tun: Es soll auf jeden Fall verhindert werden, daß so ein Widerstand Nachfolgeaktionen auslöst und überschwappt, wie das zum Beispiel in den Niederlanden passiert ist. In Westeuropa hat es in den letzten zwei Jahren schon mehr als 200 Anschläge gegen Shell gegeben.

KONKRET: Sind denn im Rahmen dieser November-Anschläge die Reaktionen in der niederländischen Öffentlichkeit anders ausgefallen als in der BRD?

Bonnie: Ja. Obwohl auch hier Shell und die entsprechende PR-Abteilung versuchen, die Öffentlichkeit mit einer dafür entwickelten Strategie zu steuern. Das fällt hier nur schwerer, weil der Shell-Boykott in der hiesigen Öffentlichkeit fester verwurzelt ist.

KONKRET: Wie kam es überhaupt zu dieser Kampagne?

Bonnie: Boykott-Aktionen gegen Südafrika gibt es ja schon lange und sehr verschiedene: Kauft keine Früchte aus Südafrika oder die Aktionen gegen den Verkauf von Krüger-Rand-Münzen beispielsweise. Als dann 1985/86 der Befreiungskampf der Schwarzen in Südafrika an Intensität zunahm, haben vor allem schwarze Gewerkschaften und Organisationen in den USA den Boykott-Kampf auf Shell konzentriert. Dieses Konzept ist dann in Westeuropa, unter anderem von militanten Gruppen, aufgegriffen worden.

Clyde: Militante Aktionen gab es anfangs nur in den Niederlanden und in den skandinavischen Ländern. Dann ist das langsam auch in der BRD, Westberlin und anderen westeuropäischen Ländern versucht worden. Dabei ist uns dann klar geworden, daß wir, um gegen einen internationalen Konzern erfolgreich kämpfen zu können, selber zu einer internationalen Zusammenarbeit finden müssen.

Bonnie: Wobei diese Idee natürlich nicht am Schreibtisch entstanden ist, sondern sich aus einem längeren Erfahrungsaustausch, gemeinsamen Diskussionen und anderen politischen Erfahrungen entwickelt hat. Die Zusammenarbeit beschränkt sich ja auch nicht auf diese Kampagne – aber in ihr bzw. Den Aktionen im letzten Herbst ist es uns erstmals gelungen, die Diskussionen und inhaltlichen Auseinandersetzungen praktisch und mit einem ganz klaren Bezug aufeinander umzusetzen.

KONKRET: Ist das eure vorausgeschickte Antwort auf den Europäischen Binnenmarkt 1992?

Clyde: Sagen wir mal so: Das ist die Reaktion des Widerstands auf die Vereinheitlichung des Europas der Herrschenden. Uns geht es um das Sprengen der Grenzen im eigenen Kopf.

KONKRET: Hat es denn praktisch Folgen gehabt, daß ihr im November gleichzeitig in mehreren Ländern Sabotage-Aktionen bei Shell durchgeführt habt?

Clyde: Das können wir bezogen auf die Herrschenden nur schwer beantworten, weil es eben diese Nachrichtensperre gab und wir deswegen über deren Einschätzung wenig wissen. Bezogen auf die radikale Linke: Diese koordinierte Aktion ist sicher als Beginn eines Prozesses verstanden worden und hat insofern auch Auswirkungen auf andere Gruppen.

Bonnie: In den Niederlanden wissen wir, daß national koordinierte Aktionen, beispielsweise eine Serie von etwa 20 Anschlägen, die 1987 gleichzeitig durchgeführt worden sind, in jedem Fall ermutigend gewirkt haben: schon alleine, daß sowas möglich ist.

KONKRET: Ihr habt am Anfang gesagt, daß ihr euch dem breiten Spektrum der Anti-Shell-Kampagne zugehörig fühlt – sehen das die nicht-militanten Gruppen in der Kampagne auch so, oder wollen die mit euch nichts zu tun haben?

Bonnie: Von »der Kampagne« zu reden ist zu abstrakt: Es gibt in ihr viele AkteurInnen und Aktionsformen, deren Beziehungen untereinander sich entwickeln. In den Niederlanden war es anfangs so, daß sich die kirchlichen und etliche legal arbeitende Gruppen von militanten Aktionen distanziert haben. Das hat sich aber verändert. Als immer offensichtlicher wurde, wie sehr Shell das Apartheid-Regime stützt und wie aktiv sich die Regierung hier für Shell einsetzt, und gleichzeitig schwarze Organisationen aus Südafrika Boykott-Maßnahmen gegen Shell gefordert haben, haben auch große Anti-Apartheid-Organisationen hierzulande gesagt: Wir können verstehen, wenn Leute illegale Aktionen machen, um einen Multi in die Knie zu zwingen.

Clyde: In der BRD sieht es diesbezüglich nicht so gut aus. Die Anti-Apartheid-Bewegung ist da insgesamt recht schwach, obwohl es einiges in Richtung Früchteboykott/Öffentlichkeitsarbeit z.B. zur Deutschen Bank und Anschläge gegen Konzerne wie Rewe gegeben hat. Wir haben gedacht, wenn wir die Shell-Kampagne mit unseren (militanten) Mitteln aufgreifen, dann geht davon ein Impuls aus. Hier steckt die Entwicklung der Anti-Shell-Kampagne nämlich wirklich noch in den Babyschuhen – und unsere Aktivitäten sind da ein allererster Ansatz.

KONKRET: Ihr versteht euch also als die Avantgarde der bundesdeutschen Anti-Apartheid-Bewegung?

Clyde: Den Begriff Avantgarde würden wir nicht benutzen – aber wir wollen Shell eben in der BRD ins Gespräch bringen.

KONKRET: Aber wieso habt ihr euch da gerade für militante Aktionen entschieden und nicht für, sagen wir mal, das Verteilen von Flugblättern?

Clyde: Wir haben uns nicht nur für militante Aktionen, sondern *auch* für militante Aktionen – das ist ein ganz wichtiger Unterschied – entschieden. Militante Aktionen sind unserer Meinung nach als ein Mittel von vielen wichtig, um zu zeigen, daß auch ein multinationaler Konzern wie Shell Schwachstellen hat. Wir denken, daß darüber die Vorstellung von dessen Allmacht und Unangreifbarkeit verloren geht. Darüberhinaus geht es bei militanten Aktionen auch darum, ganz praktisch Gegenmacht auszuüben.

Bonnie: Wobei Schwachstelle jetzt nicht so sehr meint, daß man bei so einem Konzern Sachschaden anrichten kann. Das ist zwar gut, wenns den Konzern teuer zu stehen kommt, wichtiger ist aber, daß er ins Gerede kommt, daß die Leute fragen: Warum gibt es da Anschläge?, daß sie sich für die Zusammenhänge interessieren und sich dann auch über das Engagement von Shell in Südafrika empören. Das hat in den Niederlanden auch schon gewirkt: Dort ist, aufgrund dieser mit sehr unterschiedlichen Aktionsformen vorangetriebenen Kampagne, mittlerweile alles, was mit Shell zu tun hat, ein Thema. Wenn herauskommt, daß ein Museum eine Ausstellung mit Shell-Geldern finanziert, gibt es einen Skandal; Shell findet keine Prominenten mehr, die in seinen Werbespots auftreten...

KONKRET: Es mag ja sein, daß in den Niederlanden angesichts einer entwickelten und verbreiteten Kampagne auch militante Aktionen in der Öffentlichkeit akzeptiert werden – aber in der BRD steht die Kampagne eurer Einschätzung nach noch am Anfang, es gibt keine Informationen über Shells Apartheid-Unterstützungspolitik und es gibt kaum Akzeptanz für militante Politik überhaupt: Wieso habt Ihr Euch da nicht für legale Aktionsformen entschieden?

Clyde: Der Hintergrund für diese Entscheidung war die positive Resonanz innerhalb der Linken, soweit wir das mitgekriegt haben, die die Sabotageaktionen von anderen Gruppen im Frühsommer 1988 hatten, bei denen Zucker in die Tankstellentanks geschüttet wurde. Damals wurde auch in den bundesdeutschen Medien über den Zusammenhang der Aktionen mit dem Südafrika-Engagement von Shell berichtet. Und wir sind eben nach wie vor fest davon überzeugt, daß auch durch derartige Aktionen etwas angeschoben werden kann. Es gibt ja auch bei den militanten Gruppen so eine Art Schneeballprinzip: Eine gute Idee wird umgesetzt, andere bekommen das mit, greifen das auf und das wird dann, unabhängig voneinander, weitergemacht. Aber es gibt noch einen anderen wichtigen Grund dafür, daß wir das so gemacht haben: So etwas wie die Anti-Shell-Kampagne ist für militante Gruppen ein Beispiel dafür, wie wir uns Internationalismus-Arbeit über die Ländergrenzen hinweg vorstellen. Shell eignet sich als multinationaler Konzern als Objekt so einer Kampagne hervorragend. Wir haben für diese Kampagne als radikale Linke zwei Ansatzpunkte: Zum einen geht es natürlich um Shell und dessen Engagement in Südafrika, und da haben wir ganz konkret das Ziel, den Konzern dort rauszuzwingen. Zum anderen thematisieren wir durch unsere Politik aber Shell und seine Funktion hier in Europa. Beispielsweise auf dem Energiesektor: Shell bringt südafrikanische Kohle nach Großbritannien, mischt sie dort mit britischer Kohle und bringt das dann billig auf den europäischen Markt. Damit werden vor allem die Preise von Ruhrgebietskohle unterboten – unter anderem davon eine Folge sind die Zechenschließungen im Ruhrgebiet.

Bonnie: Oder z.B. spielt Shell eine wichtige Rolle im Gen- und Biotechnologiebereich. Shell ist der größte Saatgutproduzent und untersucht aktuell die Möglichkeiten, Bakterien biotechnisch so zu manipulieren, dass sie Milch produzieren. Die Folge für die LandwirtInnen ist klar.

Clyde: Diese Aspekte, die Rolle des Konzerns im eigenen Land zu thematisieren und dagegen Widerstand zu leisten, hat die Anti-Apartheid-Bewegung erstmal nicht thematisiert: Die können sich die Revolution nur in Südafrika vorstellen, aber nicht, daß wir hier auch eine brauchen.

KONKRET: Da klingen die Auseinandersetzungen an, die auch die Anti-IWF-Kampagne begleitet haben...

Clyde Die zwei Jahre Diskussion vor dem IWF-Kongreß haben auf unsere Entwicklung und die Erarbeitung unserer Positionen auch einen großen Einfluß gehabt. Zumal im Verlauf dieser Zeit viel zwischen Gruppen aus einzelnen Städten und Ländern passiert ist.

Bonnie Die Internationalismus-Diskussion ist durch Aktionen wie im November praktisch geworden.

Clyde Diese Idee, als militante autonome Gruppen koordiniert Shell anzugreifen, ist eben nicht in einem Hinterzimmer und völlig abstrakt entwickelt worden, sondern sie ist auf dem Boden der Diskussionen und Erfahrungen der letzten Jahre gewachsen.

Bonnie Und die entscheidende theoretische Grundlage dabei ist, daß Solidarität für uns nicht etwas ist, was wir in erster Linie für jemanden leisten, sondern zusammen mit jemandem.

KONKRET Gibt es denn für dieses »zusammen mit« entsprechende Kontakte nach Südafrika?

Clyde Kontakt ist ein falscher Begriff dafür. Das klingt so, als ob wir uns regelmäßig mit irgendwelchen prominenten VertreterInnen von Befreiungsbewegungen treffen würden. Das geht aus nachvollziehbaren Gründen nicht. Aber wie in allen Solidaritätsbewegungen gibt es viele Diskussionen und Auseinandersetzungen über das, was wir hierzulande machen, und wir wissen, daß die kämpfende Bevölkerung in Südafrika mitbekommt, was hier läuft und daß sie das gut findet und als wichtige Unterstützung ihres Kampfes ansieht.

KONKRET Eure Aktionen haben sich im Lauf der Zeit verändert: Anfangs habt ihr Schläuche durchgeschnitten und Zucker in die Tanks geschüttet, zuletzt habt ihr auch Brandanschläge gemacht. Das ist doch angesichts der Tatsache, daß es euch weniger um die Höhe des Sachschadens geht, ein ziemlich gefährlicher qualitativer Sprung.

Clyde Für uns ist das keine hierarchische Geschichte so nach dem Motto: Brandanschläge sind besser als Zucker in die Tanks. Das hängt immer von den konkreten Bedingungen ab, was wir für sinnvoller halten. Ganz klar ist allerdings, daß wir hierbei auf gar keinen Fall Menschen gefährden wollen. Das ist ein Grundsatz von uns.

KONKRET Das ist doch aber bei Brandanschlägen auf Tankstellen überhaupt nicht kalkulierbar.

Bonnie Die Tanks bei Tankstellen befinden sich unter der Erde – und die stecken wir ja nicht in Brand. Wenn wir was machen, richtet sich das gegen die Gebäude – und auch das nur, wenn die in unbewohnten Gegenden stehen.

KONKRET Trefft ihr, wenn ihr Tankstellen angreift, überhaupt den Konzern? Oder sind nicht eher die Pächter die Geschädigten?

Clyde Das haben wir ziemlich ausführlich recherchiert: Die Gebäude und die Produktionsanlagen befinden sich ausschließlich im Besitz der Shell und werden, wenn sie zerstört werden, von Shell ersetzt. Lediglich die Süßwaren und Lebensmittel gehören den Pächtern. Und auch in solchen Fällen zahlt der Konzern bzw. dessen Versicherung den entstandenen Schaden, zumal das Risiko zu groß ist, daß sie sonst ihre Pächter verlieren, weil die keine Lust haben, für Shells Südafrika-Engagement nachteilige Folgen auf sich zu nehmen. Shell hat versucht, das nach außen hin anders darzustellen, um damit die Akzeptanz unserer Aktionen zu verringern – aber faktisch ist ganz klar, daß wir den Konzern und nicht die Pächter schädigen.

KONKRET Internationalistische Ansatzpunkte hat es in den letzten Jahren ja in einigen Guerilla-Gruppen gegeben: Die Zusammenarbeit Action Directe-RAF-Brigate Rosse ist wohl so zu sehen, die Anschläge der Roten Zora auf Adler zielen in diese Richtung – wo seht ihr euch denn in diesem Zusammenhang?

Clyde Grundsätzlich stehen wir alle auf einer Seite. Es gibt natürlich verschiedene Ansätze, von denen wir hoffen, daß sie in einer Perspektive zusammenkommen – aber derzeit macht es unserer Meinung nach keinen Sinn, Unterschiede herauszustellen. Ganz klar ist jedenfalls, daß angesichts der internationalen Kapitalverflechtungen und der engen Zusammenarbeit der imperialistischen Mächte, es unmöglich ist, Revolution in einem Land zu machen – und daraus müssen wir alle praktische Konsequenzen ziehen.

Bonnie Und in diesem Zusammenhang schicken wir unsere kämpferischen Grüsse an die hungerstreikenden Gefangenen in Südafrika, die für ihre Zusammenlegung kämpfenden Gefangenen in den BRD-Knästen und an die Frauen in der JVA Plötzensee.

KONKRET Wieso habt Ihr gerade Südafrika und Shell quasi als Modell für euren internationalistischen Kampf ausgesucht?

Bonnie Das auszusuchen war ja keine theoretische Arbeit, sondern hatte vor allem damit zu tun, daß diese Kampagne angelaufen ist und daß wir davon überzeugt sind, daß es gelingen kann, Shell tatsächlich zum Rückzug aus Südafrika zu zwingen. Diese reale Perspektive, unsere Forderungen durchzusetzen, ist uns ziemlich wichtig. Der Rückzug von Shell wird einen Domino-Effekt haben: Dadurch, daß Shell eine der wichtigsten Stützen des Regimes ist, wird sein Rückzug den Befreiungskampf dort ein entscheidendes Stück vorantreiben, und es kann nicht einfach ein anderer Mineralölkonzern an Shells Stelle treten, weil ihm klar sein wird, daß es ihm genauso gehen wird wie Shell. Eine weitere wichtige Überlegung ist, daß das Ende des Apartheid-Regimes Auswirkungen auf die konterrevolutionäre Politik im ganzen südlichen Afrika und letztlich der ganzen Welt haben wird. Erfolg im Kampf gegen Shell wird ein Katalysator im Kampf gegen die Macht der Multis überhaupt sein. Und deshalb möchten wir mit unseren Dänische GenossInnen sprechen: Kill a Multi!

konkret 05/89, S. 29

Jerry Sommer

Schwarze Aussichten

Eine europaweite Kampagne gegen Shell bringt den größten in Südafrika engagierten Ölmulti in Bedrängnis. Im Mai finden anläßlich der Aktionärsversammlungen Aktionstage in Großbritannien und den Niederlanden statt

»Was ist Ehre? Ein Wort. Was steckt in dem Wort? Was ist diese Ehre? Luft...
Ehre ist nichts als ein gemaltes Schild beim Leichenzuge«
(Shakespeare, König Heinrich IV.)

Der niederländisch-britische Ölmulti Shell ist eine ehrenwerte Gesellschaft. Das Unternehmen verurteile, sogar öffentlich, das südafrikanische Apartheid-Regime und tue »alles, was möglich ist, um dieses Unterdrückungssystem auszurotten«. Das jedenfalls verkündete der Vorstandsvorsitzende der südafrikanischen Niederlassung des Konzerns, John Wilson.

Die Ehren-Haut ist noch jung. Das verbale Coming out des seit 1918 im Burenstaat ansässigen Konzerns fand erst vor drei Jahren statt. »Warum bezieht Shell so ausdrücklich politische Positionen?«, fragte Shell's Statthalter in Südafrika damals. »Die Antwort kann in einem Wort zusammengefaßt werden: Überleben.«

In Südafrika gewannen Mitte der 80er Jahre die Anti-Apartheid-Aktivitäten an Breite und Schärfe. Sie erschwerten dem Multi ein ruhiges Wirtschaften und ließen Zukunftsängste aufkommen. Selbst Shell war nicht entgangen, daß »die Mehrheit der schwarzen Südafrikaner das 'Großkapital' als Synonym von Regierung und Apartheid-System ansieht... was verständlich ist, da seit vielen Jahren die Investoren Vorteile aus der Apartheid-Ökonomie gezogen und billige Arbeitskräfte ausgebeutet haben« (Wilson).

Außerhalb Südafrikas nahm der Ruf nach Sanktionen und Investitionsrückzug zu. Im Frühjahr 1986 begannen zudem in den USA Käuferboykott-Aktionen gegen Shell-Produkte. Einige Gewerkschaften und die Anti-Apartheidbewegung wollen den Konzern auf diese Weise zum Abzug aus Südafrika bewegen.

Das US-Bündnis repräsentiert inzwischen Organisationen mit insgesamt 30 Millionen Mitgliedern.

Unter dem Namen »Stop Apartheid – Boykott Shell« hat die Kampagne im letzten Jahr auch in Australien, Kanada, Dänemark, Norwegen, Schweden, Belgien, den Niederlanden und Großbritannien Fuß gefaßt. In Großbritannien und in den Niederlanden finden in diesem Monat anläßlich der Shell-Aktionärsversammlung Aktionstage der Anti-Apartheid-Bewegungen statt. Aktivitäten und Unterstützung sind unterschiedlich. In Dänemark und Norwegen wird versucht, Großverbraucher von der Benutzung von Shell-Heizöl abzubringen. In den Niederlanden sind in nächtlichen Aktionen schon manche Tankautomaten unbrauchbar gemacht und Benzinschläuche durchgeschnitten worden. Die 50 größten Gemeinden des Landes überlegen gegenwärtig, eine »Vorzugspolitik« für Apartheid-freie Firmen einzuführen.

Auf den britischen Inseln führen die circa 200 Anti-Apartheid-Gruppen vor örtlichen Shell-Tankstellen einmal in der Woche mehrstündige Mahnwachen durch. Hier wird der Shell-Boykott von der Methodistischen Kirche, der Labour Party und dem gewerkschaftlichen Dachverband TUC unterstützt.

Die Befreiungsbewegungen ANC (African National Congress) und SWAPO (South-West-African's People Organisation) sowie der Südafrikanische Kirchenrat begrüßten die Boykottkampagne.

Shell ist der größte in Südafrika operierende Multi. Für die Ökonomie des Apartheid-Staates ist sein Engagement von zentraler Bedeutung. Shell-Südafrika gehört mit einem Jahresumsatz von circa 4,5 Milliarden Mark zu den 20 größten Firmen des Landes. Selbst der südafrikanische Shell-Chef, John Wilson, gibt zu, daß man für einen Boykott »unter strategischen Gesichtspunkten kein größeres und besseres Objekt hätte auswählen können«. –

Shell ist Marktführer im südafrikanischen Ölgeschäft. 18 Prozent des verbrauchten Benzins kommen von Shell. Öl ist die Achilles-Ferse Südafrikas, da das Land keine eigenen Vorkommen besitzt. Seit 1973 haben fast alle wesentlichen ölproduzierenden Staaten ein Ölembargo gegen Südafrika verhängt. –

Zusammen mit BP besitzt Shell in der Nähe von Durban die größte Raffinerie des Landes, in der zwei Drittel des täglichen Ölbedarfs Südafrikas weiterverarbeitet werden. –

Shell gehört die Hälfte des modernen Ruitspruit-Kohlebergwerks und ist alleinverantwortlich für den Export der dort jährlich gewonnenen 5,6 Millionen Tonnen Kohle. Kohle ist die zweitgrößte Exporteinnahmequelle des Regimes. –

Shell besitzt expandierende Betriebe in der Chemieindustrie und im Metallbergbau Südafrikas. Mit der Gewinnung von Wolfram, Blei, Zink und Nickel hilft Shell, Südafrika bei diesen strategisch wichtigen Mineralien von Importen unabhängig zu machen. –

Doch Shell stärkt nicht nur ökonomisch das südafrikanische Regime. Es unterstützt direkt den Gewaltapparat des Staates. –

Räder müssen rollen für die Aufrechterhaltung des Systems – in die Townships, aber bisher auch nach Namibia, Angola, Mosambique. Etwa 20 Prozent des von Militär und Polizei verbrauchten Treibstoffs kommen von Shell. –

Die Firma liefert die für die Herstellung von Napalm, Nervengas und anderen chemischen Waffen notwendigen Grundstoffe an die Armee. –

Großzügig bezahlt sie ihren weißen Angestellten das volle Gehalt auch für die Zeit, in der diese, zu Wehrübungen eingezogen, auf Schwarzen-Jagd gehen.

»To stay or not to stay« – vor diese Frage sah sich Shell 1986 nach den Worten seines südafrikanischen Managers Wilson angesichts des zunehmenden inneren und äußeren Drucks gestellt. Anders als General Motors, IBM, Kodak, Esso und die britische Barcley's Bank entschied sich Shell für's Verbleiben. Der Markt ist groß. Die Investitionen im Werte von circa 800 Millionen Mark werfen einen jährlichen Profit von circa 90 Millionen Mark ab. Das zählt! Doch Maßnahmen waren erforderlich, um diese Entscheidung abzusichern.

In Südafrika erklärte Shell zum ersten Mal öffentlich seine Ablehnung des Apartheid-Systems. In der Presse wurden Shell-Anzeigen neuen Typs geschaltet: »Shell befürwortet eine freie Presse«, »Shell befürwortet die Vereinigungsfreiheit«, hieß es da zum Beispiel. Seitdem äußert das Unternehmen kritische Worte zu Repressionsmaßnahmen des Regimes wie der Ausrufung des Ausnahmezustandes oder zum jüngsten Verbot aller Anti-Apartheid-Organisationen – ohne jedoch von der Stützung von Ökonomie und Militär abzulassen.

In den USA beauftragte Shell, in Absprache mit der europäischen Zentrale, das Beratungsbüro »Pagan International« mit der Ausarbeitung einer Konteroffensive gegen die Boykott-Kampagne. Kode-Name: »Die Neptun-Strategie«. Der Chef der Firma, Rafael Pagan, hat einschlägige Erfahrungen. Vor Jahren leitete er die PR-Abteilung des Schweizer Nestlé-Konzerns, als dieser wegen seines »Baby-Killer«-Trockenmilchverkaufs in der Dritten Welt international unter Beschuß geriet. Auch Union Carbid wandte sich zwecks Image-Beratung nach der Chemiekatastrophe in Bhopal an Pagan.

Für Shell produzierte er eine 266seitige Studie über die »Neutralisierung« der Boykott-Aktivitäten. Vor allem solle sich Shell darauf konzentrieren, kirchliche Gruppierungen »von Boykott- und Investitionsrückzugsüberlegungen abzubringen« und die Diskussion über eine »Nach-Apartheid-Realität« zu fördern. Shell leugnete nicht die Existenz dieses Berichts. Aber nur ein Teil der Pagan-Vorschläge sei von Shell übernommen worden.

Mit juristischen Mitteln ging Shell gegen Beschlüsse des Stadtrats der niederländischen Stadt Hilversum und des Bezirksparlaments des Londoner Stadtteils Lewisham, keine Shell-Produkte mehr zu kaufen, vor. Die Geldsummen, um die es ging, waren gering. Aber, so der Londoner Shell-Direktor für »Auswärtige Angelegenheiten«, Michael Herbert: »Es besteht immer die Gefahr, daß andere Gemeinden solche Beschlüsse kopieren«. In der britischen Hauptstadt gab das Gericht Shell recht: Firmen dürften nicht wegen »legaler Aktivitäten ... diskriminiert« werden. In den Niederlanden zwang die Regierung den Stadtrat von Hilversum mit ähnlicher Begründung zu einer Revision seines Beschlusses, noch bevor es zu einem Gerichtsverfahren kam.

All dies hat die Ausweitung der Boykott-Bewegung nicht verhindert. In Dänemark und in Großbritannien sind die Shell-Umsätze 1987 nach dem Beginn der Boykottaktionen, um circa sieben Prozent zurückgegangen. Welchen Anteil an dieser Entwicklung die Anti-Apartheid-Aktivitäten haben, ist wegen der Vielzahl von einwirkenden Faktoren kaum zu bestimmen. Nur in Norwegen hat ein Shell-Sprecher bekanntgegeben, daß das Unternehmen bisher boykottbedingte Einnahmeverluste von einigen Millionen Kronen erlitten hat. Der Stellung Shell's als profitabelstem Ölmulti in der Welt haben diese Entwicklungen nichts anhaben können – bisher jedenfalls.

Trotzdem ist Shell wegen der Kampagne nervös. Die Negativ-Schlagzeilen behagen dem Konzern nicht – zumal die Recherchen einiger in der Boykott-Bewegung aktiver Gruppen mittlerweile ergeben haben, daß Shell auch im zunehmend ins öffentliche Interesse geratenen Gentechnologie-Sektor erheblich engagiert ist, dort also weitere schlechte Presse befürchten muß. Shell ist nämlich der größte Saatgut-Hersteller der Welt und viertgrößter Pestizid-Produzent. Und als solcher fördert er im Stillen vor allem Forschungsvorhaben, die die Einbringung von Pestizidresistenzen in Nutzpflanzen gentechnisch ermöglichen sollen. Neben dem Imageverlust stört den Konzern aber die auch durch die Boykott-Aktionen angeheizte, um sich greifende Debatte über Sanktionen. »Wir mögen die Kampagne nicht, weil sie einen Angriff auf unsere internationale Reputation darstellt«, erklärte der britische Shell-Manager Michael Herbert schlicht.

Seine Aktionäre sowie die internationale Presse beglückte die europäische Shell-Zentrale deshalb letztes Jahr mit einem vierfarbigen Hochglanzflugblatt über die guten Taten des Konzerns: »Shell und Südafrika«. Ebenfalls hielt es der britische Shell-Vorstandsvorsitzende Peter Holmes auf der letzten Aktionärsversammlung in London für geraten, 40 Prozent seines Eingangsstatements auf das Thema Südafrika zu verwenden.

Das in Südafrika voriges Jahr ausgesprochene Verbot aller Anti-Apartheid-Gruppen hat Shell's Rechtfertigungsbemühungen für sein fortgesetztes Engagement notwendiger, wenn auch nicht einfacher, gemacht.

Shell begründet sein Bleiben damit, daß es so mehr für die Überwindung des Apartheid-Systems tun könne als durch einen Abzug. Der Rückzug von Shell würde den Einfluß einer Firma eliminieren, »die entschieden in Opposition zu Apartheid steht und für eine Veränderung arbeitet«.

Wie gering dieser Einfluß ist, gestand der südafrikanische Shell-Vorsitzende Wilson: »Wir haben unseren naiven Glauben, daß wir als multinationale Firmen die Gesetzgeber zwingen können, die Apartheid-Barrieren niederzureißen, verloren«.

Auch mit der »Entschiedenheit« ist es so weit her nicht. Im März 1988 zum Beispiel ließen die Manager des Shell-Betriebes in Port Elisabeth Arbeiter vom Betriebsgelände verjagen, die gegen den Regierungs-Entwurf eines restriktiven Arbeitsgesetzes protestierten, obwohl das Unternehmen selbst dieses Gesetz – im Interesse der Entwicklung sozialpartnerschaftlicher Beziehungen – ablehnt. Schon vor drei Jahren wurden bei einem Streik in der zur Hälfte Shell gehörenden Ruitspruit-Zeche 86 Streikende rausgeschmissen.

Ein Rückzug aus Südafrika, so argumentiert Shell weiter, würde außerdem nicht das Ende des Apartheid-Systems beschleunigen, sondern nur »die Ausweitung weißen Besitztums in attraktiven Industriezweigen« bewirken. Selbst die südafrikanische Regierung sieht das anders. Vor dem Parlament erklärte sie, daß mit einem Abzug ausländischer Investoren »Managererfahrung, Unternehmergeist, Technologie und sein Interesse an Südafrika verloren gingen« . Dies hätte auch zur Folge, daß sich die Konzerne zu Hause nicht mehr gegen Sanktionen – die Südafrika zu vermeiden trachtet – aussprechen würden, weil sie Südafrika nicht mehr zu schützen hätten.

Shell ignoriert mit seinem fortdauernden Wirken in Südafrika auch die Auffassungen der schwarzen Bevölkerungsmehrheit. Der Gewerkschaftsführer Cyril Ramaphosa zum Beispiel hielte einen Shell-Abzug wegen der Bedeutung des Unternehmens in Südafrika für einen »enormen psychologischen Durchbruch«.

Den Hauptkritikpunkt an Shell's Südafrika-Engagement – die Treibstofflieferung an Militär und Polizei – mag Shell weder bestätigen noch dementieren. »Wir wissen es einfach nicht, weil es in Südafrika verboten ist, Informationen über Herkunft und Abnehmer von Ölprodukten weiterzugeben«, erklärte der Londoner Shell-Manager Herbert, um sogleich hinzuzufügen: »Ich weiß, das klingt nicht überzeugend«. Der militärische Bedarf könnte auch von Caltex, Chevron, Texaco, Mobil oder einer südafrikanischen Raffinerie gedeckt werden. Außerdem: «Wir verkaufen Energie. Man kann uns nicht dafür verantwortlich machen, was mit der Energie angestellt wird . « Doch gegen Apartheid sei Shell selbstverständlich.

Trotz aller ideologischen Spagate und der vorgeblichen Vorliebe für Land, Leute und Demokratisierung in Südafrika – ganz ausschließen mag Shell einen eventuellen Rückzug aus dem Apartheid-Staat nicht. »Wenn wir zu der Überzeugung gelangen, daß wir dort wirklich nicht mehr im Einklang mit unseren Geschäftsprinzipien arbeiten können, würden wir aus Südafrika abziehen. Das haben wir vor einigen Jahren auch in Italien gemacht«, meinte Herbert. Für so schrecklich wie damals in Italien hält Shell die Lage in Südafrika nicht.

Das könnte sich allerdings schneller als erwartet ändern. Wenn die EG insgesamt nach den USA, Australien, Kanada, Frankreich, Dänemark, Holland, Schweden und einigen anderen Ländern den Import südafrikanischer Kohle verbieten würde, müßte Shell seine südafrikanische Kohlenmine wohl schließen. Schon 1987 brachte das schwarze Gold dem Unternehmen 80 Millionen Mark Miese ein.

Das Unternehmen wäre dann womöglich gezwungen, seine wortradikalen Anti-Apartheid-Bemühungen in Südafrika einzustellen und die Schwarzen sich selbst zu überlassen. Schließlich geht es nicht um die Ehre, sondern um »Geschäftsprinzipien«. Der südafrikanische Shell-Chef, John Wilson, weiß, was das heißt: »Das primäre Ziel eines Betriebes ist, langfristig profitabel zu bleiben«.

konkret 05/89, S. 32

Irene Meichsner; Dietrich Leder

In Kyritz n der Knatter

Dap der Chemiekonzern BAYER »in seiner grenzenlosen Sucht noch Gewinnen und Profiten« Menschenrechte und demokratische Prinzipien verletzt, daß er zwecks Durchsetzung seiner Interessen sich einige Politiker holt, hat ein internationaler Zusammenschluß von Kritikern der Chemieindustrie, die »Coordination gegen BAYER-Gefahren«, herausgefunden und öffentlich gemacht. Mit Hilfe der bundesdeutschen Justiz möchte der Konzern seine Kritiker nun mundtot machen

Peinlich, wenn sich ein Oberlandesgericht sagen lassen müßte, daß ein von ihm gefälltes Urteil verfassungswidrig war. Für Hans Ohlenhard, Vorsitzender Richter am OLG Köln, könnte es demnächst womöglich so weit sein. Ende September 1988 hat sein Senat die »Coordination gegen BAYER-Gefahren« zu Unterlassung und Widerruf zweier Behauptungen verurteilt, die Anfang 1987 in einem Flugblatt verbreitet worden waren. Bei Zuwiderhandlung droht den BAYER-Kritikern ein Ordnungsgeld bis zu 500.000 Mark oder Ordnungshaft bis zu sechs Monaten. Ende letzten Jahres legten sie gegen das Urteil Verfassungsbeschwerde ein: Gegen den Chemieriesen BAYER streiten sie für die Grundrechte auf Meinungs- und Pressefreiheit. Eine Auseinandersetzung, die anmutet wie der Kampf zwischen David und Goliath. Aber auf dem Spiel steht mehr: Es wird entschieden, ob sich die Großindustrie erstmals mit juristischen Mitteln gegen eine neue Qualität von Konzernkritik durchsetzt.

Es ist das erklärte Ziel der »Coordination«, die »von BAYER ausgehenden Gefahren für Mensch und Umwelt bekanntzumachen, einzudämmen und möglichst ganz abzustellen«. Dagegen ist der Chemie-Konzern nun in die Offensive gegangen. Bliebe es bei dem Kölner Urteil, dann wäre es BAYER im Jubeljahr seines 125jährigen Bestehens gelungen, den Rahmen dessen, was hierzulande bisher vom Grundrecht auf freie Meinungsäußerung gedeckt war, erheblich einzuengen. Alarmierende Aussichten, zumal für Leute, die keine Milliardenumsätze machen und über keine kampferprobte Rechtsabteilung verfügen. Härtere Zeiten brechen womöglich für die gesamte kritische Presse an.

Zum Beispiel für den, der meint, die Presse werde von der Industrie durch eine gezielt repressive Anzeigen-Politik »unter Druck gesetzt«. In dieser Sache hatte sich die »Coordination« im Rechtsstreit mit BAYER unter anderem auf den »Stern« berufen, dem BAYER 1984 – nachdem er über Gifte in BAYER-Holzschutzmitteln und Suchtgefahren durch BAYER-Medikamente berichtet hatte – sämtliche Anzeigen entzog. OLG-Richter Ohlenhard schlug einen juristischen Purzelbaum, um das Argument abzuwehren: »Daß die Klägerin ... unstreitig seit 1984 den 'Stern' von der Anzeigenschaltung ausnimmt, begründet den Vorwurf, daß sie mißliebige Kritiker unter Druck setze, schon deswegen nicht, weil nichts dafür vorgetragen oder sonst ersichtlich ist, daß die Herausgeber des 'Stern' durch diese ... Entscheidung nachhaltig wirtschaftlich betroffen und unter Druck gesetzt sind.«

Wurde demzufolge auch der Westdeutsche Rundfunk nicht »unter Druck« gesetzt, als BAYER bei dessen Tochtergesellschaft WWF (Westdeutsches Werbefernsehen) im September »mit Bezug« auf die Berichterstattung zum 125jährigen Firmen-Jubiläum alle Werbespots stornierte? Oder als BAYER-Firmen und -Mitarbeiter aus nämlichem Grunde zum Boykott sämtlicher WDR-Reporter aufgefordert wurden, als in der Werkszeitung der Boykott praktisch aller WDR-Sendungen verlangt, die WDR-Berichterstattung in einem Flugblatt »bewußt bösartig« genannt – und im gleichen Atemzug dezent darauf verwiesen wurde, daß BAYER »einer der größten Arbeitgeber« im WDR-Sendegebiet sei? Im Oktober 1988 bekam der WDR Hausverbot für die Premiere des von BAYER geförderten Rock-Musicals »Magic-Sax«. Da fragte sich der Autor Gerd Wollschon in einem Offenen Brief (»Ja, wo sind wir denn? In Schilda? Oder in Kyritz an der Knatter?«) wohl zu Recht, ob BAYER (»Eure Selbstherrlichkeit auf Erden«) den WDR »zu einem pfötchengebenden Bayerischen Rundfunk umdressieren« wolle.

In besagtem WDR-Film vom 25. August 1988 war BAYER zum 125. eben nicht nur gratuliert worden. Man hatte Sünden aufgezählt – die schädlichen Nebenwirkungen von Arzneimitteln, die Rhein-Verschmutzung bei Leverkusen, die nachweisliche Beteiligung der Firma an den Nazi-Verbrechen der IG-Farben. Friedrich Nowottny, Intendant des WDR, verwahrte sich in seiner Antwort auf den Beschwerdebrief des Vorstandsvorsitzenden Hermann J. Strenger gegen den »Kampagnencharakter« der BAYER-Aktion. Er verwies dabei auch auf einen Vorfall anläßlich der Jubiläums-Festveranstaltung, bei der ein WDR-Hörfunkreporter »fast wie ein potentieller Werkspion« behandelt worden sei: »Er konnte sich, wie mir berichtet wird, in den Festhallen nur in ständiger 'Begleitung' eines ihm eigens 'zugeteilten' Mitarbeiters Ihres Unternehmens bewegen.« War auch in diesem Fall kein »Druck« ausgeübt worden?

Es wäre naiv, die juristische Offensive gegen die »Coordination gegen BAYER-Gefahren« strategisch von solchen Rundumschlägen zu isolieren. Das gilt umso mehr, als es BAYER im Streit mit dem WDR nicht nur geschafft hat, in einer denkwürdigen Allianz von Kapital und Arbeit den Gesamtbetriebsratsvorsitzenden und sogar die NRW-Bezirksleitung der IG Chemie zu mobilisieren. Obendrein wurde jeder der rund 64.000 bundesdeutschen BAYER-Beschäftigen in einem persönlichen Brief dazu aufgefordert, sich an einer Unterschriftenaktion gegen den WDR zu beteiligen – ein Vorstoß, der eine neue, gemeinsame Maxime der chemischen Großindustrie befürchten läßt: Zu auffällig ist die Ähnlichkeit mit

Ratschlägen eines internen Papiers der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit im Chemiekonzern Hoechst, das im Februar 1988 bekannt wurde.

Auch bei der Hoechst AG dachte man nämlich daran – nachdem der Hessische Rundfunk einen kritischen Beitrag zu deren 125jährigem Jubiläum ausgestrahlt hatte – , leitende Werksmitarbeiter dazu zu bewegen, sich in »privaten Briefen« beim Intendanten zu beschweren. Dabei sollten vorgegebene Protestformeln verwendet werden. Im Hause BAYER wurden die Vertrauensleute dazu angehalten, während der Arbeitszeit Unterschriften zu sammeln. Derweil liefen in der Werkskantine pausenlos Videoaufzeichnungen des WDR-Beitrags. Vier empörte Betriebsräte (»Kolleginnen und Kollegen für eine durchschaubare Betriebsratsarbeit«) alarmierten die Öffentlichkeit. Sie fanden offenbar, daß erheblicher »Druck« ausgeübt worden war: »Es gibt sicher eine Reihe Kolleginnen und Kollegen, die sich einer Unterschriftensammlung unter diesen Umständen schlecht entziehen können.«

Zwischen BAYER und dem WDR herrscht gegenwärtig zwar Waffenruhe, doch die Vehemenz der Attacke und die Nähe zur Strategie eines Unternehmens vom Kaliber des Hoechst-Konzerns, mit der auf der Ebene der Öffentlichkeitsarbeit doch tatsächlich die nach dem Krieg zerschlagene Bruderschaft der IG-Farben wieder aufersteht – dies al}es läßt vermuten, daß das Exempel, das hier statuiert wurde, von der gesamten chemischen Industrie sehr aufmerksam beobachtet und ausgewertet wird – genauso wie der bisherige Verlauf des Zivilprozesses BAYER contra »Coordination«. Insofern hat das Kölner Oberlandesgericht BAYER in kritischer Lage den Rücken gestärkt – ein Grund mehr, der Justiz auf die Finger zu sehen.

In den beiden strittigen Flugblatt-Passagen hatte es unter dem Titel »Gefahren für die Demokratie« wörtlich geheißen: »In seiner grenzenlosen Sucht nach Gewinnen und Profiten verletzt BAYER demokratische Prinzipien, Menschenrechte und politische Fairness.« Und: »Mißliebige Kritiker werden bespitzelt und unter Druck gesetzt, rechte und willfährige Politiker werden unterstützt und finanziert.«

BAYER, zweitgrößter Pestizid- und einer der mächtigsten Pharmahersteller der Welt, sah sich dadurch einer »rechtswidrigen Schmähkritik« ausgesetzt. Das Flugblatt zeichne, wettert die Klageschrift, »das entstellende Bild eines frühkapitalistischen Unternehmers – falls es diesen je gegeben haben sollte – , der menschenverachtend alle Prinzipien sozialen Zusammenlebens mißachtet, um sich die Taschen mit Geld vollzustopfen.« Dabei ist der Kraftakt, zu dem sich die BAYER-Juristen mit ihrer Klage aufschwangen, für ihre Gegner fast schon wieder ein Kompliment. Zeigt er doch, daß sie wohl selbst nicht mehr ganz an ihre Version von der »politisch extremen Splittergruppe« glauben, die – so die Klageschrift – »aus der Sicht ideologischer Verblendung« seit Jahren »stetig, aber erfolglos. .. über die Klägerin, ihre Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder sowie Angestellte herzieht.« Beinahe möchte man glauben, BAYER wäre ein wenig nervös geworden.

In der Tat kann die 1983 gegründete »Coordination« der BAYER-Gegner mit manchem Coup durchaus zufrieden sein. Ihr Themenkatalog: Umweltgefährdung durch BAYER-Produkte und -Produktionsverfahren, Sicherheit am Arbeitsplatz, Verbraucherschutz, Forschungsstrategien, Standortpolitik, Mitbestimmung. Was Bayer besonders empfindlich treffen muß: Da sind sich Industriekritiker darüber klar geworden, daß man gegen einen multinationalen Konzern Widerstand nur durch internationale Zusammenarbeit leisten kann – über alle Grenzen, Länder, Weltanschauungen hinweg.

Darum wurde die »Coordination« in der Form eines »Selbsthilfe-Netzwerks« organisiert, das mittlerweile – finanziell mehr schlecht als recht – von rund 2000 Verbänden und Einzelpersonen in über 40 Ländern getragen wird. Das umstrittene Flugblatt unterzeichneten Gruppen von Belgien bis zu den Philippinen, in der Bundesrepublik unter anderem die Anti-Apartheid-Bewegung, der Bund für Umwelt- und Naturschutz, die Jungsozialisten in der SPD, Robin Wood und der Touristenverein »Die Naturfreunde«.

Ein Erfolgs-Beispiel: 1986 wird bekannt, daß BAYER im australischen Neu-Südwales inmitten eines der letzten Wattenmeere der Welt eine Pestizid-Fabrik bauen will. »Dann läuft bei uns«, erklärt der Sprecher der »Coordination«, Axel Köhler-Schnura, »von null auf hundert, eine kleine Maschine ab.« Die örtliche Bürgerinitiative informiert die »Coordinations«-Zentrale im bergischen Solingen. Dort werden aus dem Archiv Informationen über die Art und Gefährlichkeit der Pestizide herbeigeschafft, Listen mit Adressen australischer Umweltorganisationen zusammengestellt, eine »Infrastruktur« für den Widerstand aufgebaut. Man sammelt Unterschriften, setzt – gemeinsam mit der Australian Conservation Foundation – die Regierung unter Druck. Ergebnis: Die australische Umwelt- und Planungsbehörde entzieht BAYER die Baugenehmigung. BAYER zieht seine giftigen Pläne zurück.

Ein ständiges Ärgernis sind für BAYER die schon seit 1982 tätigen »Kritischen BAYER-Aktionäre«. Mit Minimalanteilen öffneten sie sich unter anderem die Türen zu den Jahres-Hauptversammlungen. Die Aufmerksamkeit, die ihnen dort inzwischen zuteil wird, spricht dafür, daß die ökologischen Probleme selbst die eingeschworene BAYER-»Familie« erfaßt haben. Vom »Netzwerk« ließen sich die »Kritischen Aktionäre« 1986 die Reise des brasilianischen BAYER-Gewerkschafters Paolo Morani zur BAYER-Hauptversammlung in der Kölner Messehalle finanzieren. Als Morani über mangelhafte Sicherheitsvorkehrungen, ungeklärte Abwassereinleitungen und die Überwachung von Gewerkschaftern bei

BAYER/Brasilien berichtete, drehte ihm der Aufsichtsratsvorsitzende persönlich das Mikrofon ab – was die »Coordination gegen BAYER-Gefahren« schon in der ersten Prozeß-Instanz als Beleg dafür anführte, daß BAYER das Gebot »politischer Fairneß« verletzt.

Das Verfahren vor dem Landgericht Köln endete im November 1987 mit einem halben Sieg für die »Coordination«. Es wurde als rechtens erkannt, von der »Sucht« der Firma BAYER nach Gewinnen und Profiten zu sprechen. Vergeblich hatten die BAYER-Juristen hier mit Meyers Enzyklopädischem Lexikon argumentiert. Danach bedeute das Wort »Sucht« ein »krankhaft übersteigertes, auf nichts Rücksicht nehmendes Gewinnstreben« – und nicht bloß ein »übersteigertes Verlangen nach etwas«, wie es die Beklagten vorgetragen hatten. Der Vorsitzende Richter am Landgericht, Huthmacher, hielt dagegen: »Zum Recht auf freie Meinungsäußerung gehört auch das Recht, das Streben von multinationalen Unternehmen mit Milliardenumsätzen nach höheren Gewinnen als 'übersteigert' und 'krankhaft' anzusehen.«

OLG-Richter Ohlenhard zog dem Grundrecht auf freie Meinungsäußerung im Berufungsverfahren ein knappes Jahr später entschieden engere Grenzen. Darüber hinaus konfrontierte er die »Coordination« bei der Urteilsverkündung mit der Aussicht, sich womöglich wegen »übler Nachrede« verantworten zu müssen. Juristischer Dreh- und Angelpunkt: Es handele sich bei den strittigen Sätzen nicht um – vom Grundrecht auf Meinungs- und Pressefreiheit geschützte – »Werturteile«, sondern um »Tatsachenbehauptungen« oder zumindest um Werturteile mit einem dem Wahrheitsbeweis zugänglichen »Tatsachenkern«. Für solche Tatsachenbehauptungen hätten handfeste Beweise beigebracht werden müssen.

Die aber waren umso schwerer zu liefern, als den BAYER-Kritikern auch noch eine »erweiterte Darlegungslast« auferlegt wurde. Eine solche Umkehr der Beweislast könnte – wenn sie vom Verfassungsgericht bestätigt würde – katastrophale Folgen für den politischen Meinungsstreit haben. So hatte sich die »Coordination« bei ihrem Vorwurf, daß BAYER rechte und willfährige Politiker »unterstütze« oder »finanziere«, unter anderem auf die Parteispendenaffäre sowie auf Finanzspritzen berufen, die BAYER durch regelmäßige Spenden an die Südafrikanische Regierungspartei dem Apartheid-Regime zukommen ließ – womit sie der Tradition des Konzerns aus den Zeiten, als er über die IG-Farben die Nazis powerte, »treugeblieben« sei. Zudem habe BAYER die »Instinktlosigkeit« besessen, den brasilianischen Foltergeneral Ipolito in den Aufsichtsrat von »BAYER do Brasil« aufzunehmen. Die BAYER-Kritiker stützten sich dabei unter anderem auf ein Zeugnis des SPD-Abgeordneten Günther Verheugen sowie auf Berichte aus »Spiegel«, »Stern« und der »Augsburger Allgemeinen«.

Aber einer »erweiterten Darlegungslast« genügen solche Informationsquellen nicht; sie fordert detaillierte Beweise auch für Wissen aus zweiter Hand. Rechtsanwalt Dieter Kublitz: »Das führt dazu, daß ich mich in bestimmten politischen Bereichen überhaupt nicht mehr äußern kann, weil wir ja 99 Prozent unserer politischen Meinungen aus Medien, Fernsehen, Rundfunk, Zeitungen holen . « Darum nennt die Verfassungsbeschwerde die Anforderungen des OLG an die Darlegungslast schlicht »überzogen«. Es ist vage von »objektiver Willkür« die Rede und von dem Verdacht, daß bei dieser Rechtsanwendung »sachfremde Erwägungen« eine Rolle gespielt hätten.

Die BAYER-Kritiker und ihre Anwälte demonstrieren in ihrer Verfassungsbeschwerde, wie schnell und leichtfertig sich – egal aus welchen Motiven – ein Grundrecht aushöhlen läßt. Sie beharren darauf, daß es sich bei den umstrittenen Flugblatt-Passagen um typische »Wertungen« und damit um freie Meinungsäußerungen handelt. Sie vermissen jede Auseinandersetzung damit, daß der Schutz der freien Meinung »umso größer wiegt, je mehr Gewicht die fragliche Angelegenheit für die Allgemeinheit hat«. Die Vermutung spreche in Zweifelsfällen gegen Persönlichkeitsrechte und für die allgemeine Meinungs- und Pressefreiheit – so jedenfalls hat das Bundesverfassungsgericht bisher entschieden.

Juristisch einlassen wollen sie sich allenfalls auf die »Darlegung dem Beweis zugänglicher Umstände«. Beispiel »Bespitzelung« von »mißliebigen« Kritikern: Zu diesem Punkt trug die »Coordination« eine stolze Liste zweifelhafter bis »nachrichtendienstlicher« Aktionen des BAYER-Werkschutzes zusammen – höchste Zeit, daß die Öffentlichkeit davon erfahrt. Das reicht vom systematischen Fotografieren der Teilnehmer einer Kundgebung in Leverkusen bis zum tätlichen Angriff auf einen Kameramann des WDR außerhalb des Werksgeländes, der gerade einen BAYER-Kritiker filmte.

»Kritische BAYER-Aktionäre« wurden 1985 während der Jahreshauptversammlung mit einer auf dem Dach der Kölner Messehalle installierten Video-Kamera beobachtet, andere nach der Übergabe von Gegenanträgen von drei Werkschutz-PKWs bis in die Leverkusener Innenstadt verfolgt. Bis 1986 wurden von ihnen auf den Hauptversammlungen offen und versteckt Filmaufnahmen gemacht. »Bespitzeln« hatte all diese Vorgänge schon Landrichter Huthmacher in der ersten Instanz nicht nennen wollen. Weil nämlich dem Duden zufolge das Wesentliche am Bespitzeln das »Heimliche« sei, könne nicht gut von »Bespitzelung« die Rede sein, wenn der Bespitzelte doch offenbar wisse, daß er »bespitzelt« werde. Auch dies ein formvollendeter Juristen-Purzelbaum. Und ein Beleg dafür, wie gefährlich ein scheinbar harmloser »Streit um Worte« sein kann. Juristen sind verrufen für ihr »Juristendeutsch«. Wohin mag es nur führen, wenn sie sich erst der Umgangssprache annehmen.

Das Kölner Urteil vermeidet darüber hinaus jede – verfassungsrechtlich gebotene – »Güterabwägung« hinsichtlich des Kräfteverhältnisses der beiden streitenden Parteien. Ebensowenig ist von »Pressefreiheit« die Rede. Dabei schließt sie doch

wohl – so die Verfassungsbeschwerde – tatsächlich auch die Bemühungen ein, »die Öffentlichkeit über bedenkliche oder gefährliche Tätigkeiten eines Chemie-Konzerns aufzuklären und mißbilligte Tätigkeiten und deren Auswirkungen auf Einzelne ('mißliebige Kritiker werden bespitzelt') und ganze Gruppen ('Verletzung von Menschenrechten und demokratischen Prinzipien') anzuprangern und die dahinterliegenden Motive ('grenzenlose Sucht nach Gewinnen und Profiten') mit scharfen Worten beim Namen zu nennen.«

Dafür lehrt das Urteil beispielhaft, welches Unheil sich schon mit ganz unscheinbaren Worten anrichten läßt. Mit ihrer Hilfe gelang Richter Ohlenhard sein Meisterstück: die BAYER-Kritiker zu Unterlassung und Widerruf einer Behauptung zu verurteilen, die sie nie geäußert haben. Indem er nämlich die beiden von BAYER angefochtenen Einzelsätze mittels »weil« und »indem« flink aneinanderreihte, brachte er sie in einen ganz neuen und tendenziell weit schärferen Kausal-Zusammenhang. Der »Coordination gegen BAYER-Gefahren« wird so folgender Satz in den Mund gelegt: »die Klägerin gefährdet die Demokratie, weil sie in ihrer grenzenlosen Sucht nach Gewinnen und Profiten demokratische Prinzipien, Menschenrechte und die politische Fairness verletzt, *indem* sie mißliebige Kritiker bespitzelt und unter Druck setzt sowie rechte und willfährige Politiker unterstützt und finanziert.«

Die Umstellung des Satzes »verändert den Sinn« und »verstößt gegen Denkgesetze«, schimpfen die Anwälte in der Verfassungsbeschwerde. Andere Rechtsexperten sollen schon gespottet haben, daß ein Student im dritten Semester für ein derartiges Urteil keinen Seminarschein bekäme.

Nun gilt es abzuwarten, ob die Beschwerde vom Verfassungsgericht auch angenommen wird. Erste Anzeichen sprechen inzwischen dafür. Dabei stünden der »Coordination« – selbst wenn zugunsten des Kölner OLG-Senats entschieden würde – immer noch zwei Möglichkeiten offen. Entweder werden mißliebige Kritiker in Zukunft nicht mehr »bespitzelt«, sondern nur noch »beobachtet«, und Politiker nicht mehr »finanziert«, sondern bloß »unterstützt«. Oder man kapriziert sich auf jene Thesen des Flugblatts, die von BAYER nicht angefochten wurden. Es ist nämlich ganz erstaunlich, gegen welche Aussagen BAYER offenbar nichts einzuwenden hatte.

Da böte sich an: »Mit Millionen Tonnen giftiger Produktionsabfälle verseucht BAYER Meere, Flüsse und Seen, das Grundwasser, die Luft und den Boden.« Oder: »Der erste chemische Kampfstoff der Welt kam aus dem Hause BAYER. Jede maßgebliche Weiterentwicklung stammt bis zum heutigen Tage von BAYER. So auch der neueste, giftigste und gefährlichste Kampfstoff, die VX-Waffe der US-Armee.« Oder: »International führt der BAYER-Konzern einen unerbittlichen Kampf um Märkte, Macht und Milliardenprofite. Diese Schlacht... hat mittlerweile einen Charakter angenommen, der den Frieden und die Freundschaft zwischen den Völkern beeinträchtigt und gefährdet.«

–

konkret 05/89, S. 36

Oliver Tolmein

Sinn ohn´ Form - Alte Kämpfe – Neuer Antiimperialismus

Die Diskrepanz zwischen Vorwort und Haupttext kann wohl kaum größer ausfallen als in den »Materialien für einen neuen Antiimperialismus Nr.l«. Während im Inneren des 84seitigen Heftes materialreich und anschaulich die Entwicklung und Realität der »Klassenkämpfe ohne Grenzen« in Zentralamerika beschrieben wird, lassen die drei Editorials einen rätselnden Rezensenten zurück, dem wenig mehr klar geworden ist, als daß die Materialien-AutorInnen den Marxschen Klassenbegriff für überholt halten und stattdessen ein »Paradigma nicht ökonomisch ableitbarer Sozialbewegungen, die sich im Kampf und Primat gegen die kapitalistische Verwertung und mit den Formen ihrer Aneignung als Nicht-Wert konstituieren« entwickeln. Aber wie gesagt: die Darstellung der Situation in El Salvadors befreiten Gebieten, des »Kampfes mit doppeltem Charakter«, den die Flüchtlinge führen und auch die Analyse der »Entqualifizierung und Feminisierung der industriellen Arbeit« sind für sich genommen eine lohnende Lektüre. Der zweite Band der »Materialien« führt am Beispiel Brasiliens die theoretischen Ansätze des ersten Bandes fort. Er liefert auch, ausführlicher als der erste Band, eine sehr positive und hoffnungsvolle Bewertung der Riots, als festem, in den Ausdrucksformen vereinheitlichtem Bestandteil des jeweiligen Klassenkampfes. Wieso gerade Brasilien als Untersuchungsland ausgewählt wurde wird implizit aus dem knappen Abschnitt über »politische Gruppen« deutlich: aufgrund der überaus scharfen militärischen Repression und der rasanten Urbanisierung, so die These, verfügten in Brasilien revolutionäre Organisationen nicht über einen entscheidenden Einfluß in der Klasse. Stattdessen ist Brasilien ein Land, in dem während der 70er Jahre gegründete »authentische Gewerkschaften« und eben nicht eine »formalisierte Schicht« von FunktionärInnen, kontrollierte Auseinandersetzungen und den Widerstand bestimmten.

Während die »Materialien« vor allem einen Beitrag zur antiimperialistischen Theoriebildung darstellen, ist das von Werner Balsen und Karl Rössel geschriebene »Hoch die internationale Solidarität« eine Pflichtlektüre, die über die Entwicklung der Praxis bundesdeutscher Dritte-Welt-Gruppen informiert. Von der Algerien-Solidaritätsarbeit bis zur Kampagne »Waffen für El Salvador«, vom Entstehen christlicher Dritte-Welt-Gruppen bis zu den Ansätzen militanter antiimperialistischer Aktivitäten im eigenen Land, haben Balsen und Rössel mit Aktiven aus allen Perioden und Strömungen der Internationalismus-Arbeit gesprochen und etliche wichtige Dokumente nachgedruckt.

Ein Standardwerk in ganz anderer Hinsicht ist auch die gerade eben herausgekommene Literaturliste zu den Themen »Gentechnologie, Reproduktionstechnologie und Bevölkerungspolitik«. Erarbeitet hat sie das Gen-Archiv in Essen in Zusammenarbeit mit dem ID-Archiv. Etliche hundert Titel werden mit kompletten bibliografischen Angaben und einer kurzen Inhaltsangabe vorgestellt. Einen zwiespältigen Eindruck hinterläßt die Neutralität mit der die Liste Titel von höchst unterschiedlicher Qualität erwähnt: wesentliche und analytisch anspruchsvolle Arbeiten wie Gena Coreas Mutter-Maschine oder Regine Kolleks »Gentechnologie – Die neue soziale Waffe« stehen da gleichrangig neben oberflächlichen Büchern wie Ruben Schellers »Das Gen-Geschäft«. Daß die Bibliographie nicht nur Buchtitel umfaßt, sondern auch auf Zeitschriften, Videos, Diaserien und Archive, die sich mit den Themen beschäftigen, hinweist erhöht den Gebrauchswert beträchtlich.

Aus aktuellem Anlaß sei darüberhinaus noch auf eine neue Broschüre hingewiesen, die die AnwältInnen politischer Gefangener in der BRD über die Haftbedingungen, gegen die der Hungerstreik läuft, gerade herausgebracht haben: »Gegen die Propagierung von Normalvollzug, Privilegierung und Selbstisolierung der Gefangenen«.

Materialien für einen neuen Antiimperialismus Nr.1 und Nr.2, 84 und 116 Seiten, 9 bzw. 12 Mark, zu beziehen über: M.Junk, Verlag Schwarze Risse, Gneisenaustrasse 2, 1 Berlin 61 (nur gegen Vorkasse auf Postgirokto.: 290891 – 103, Westberlin)

Werner Balsen / Karl Rössel, Hoch die internationale Solidarität, Kölner Volksblatt Verlag, 616 Seiten, 29.80 Mark.

Literaturliste zum Thema Gen- und Reproduktionstechnik/Bevölkerungspolitik, 32 Seiten, Edition ID-Archiv im IISG, liegt in jeder guten Buchhandlung aus. Buchhandelsbestellungen über: AurorA Verlagsauslieferung, 030 - 322 7117.

Dokumentation Haftbedingungen, 90 Seiten, 7 Mark (plus Porto), zu beziehen über: RAin Trobitzsch, Postfach 911 104, 3 Hannover 91

Das abgebildete Motiv ist als Plakat, Din 3 A oder Din 2 A beim Lateinamerika-Komitee c/o Contraste, Pf. 104520, 69 Heidelberg zu bestellen. Mindestabnahme: 50 Stück, die kosten 10 bzw. 30 Mark plus 5 Mark Portopauschale. Geld der Bestellung beilegen.

konkret 05/89, S. 36

Termine

29. April, 10 Uhr, Bonn, Josefshöhe: bundesweite Demonstration zum Hungerstreik.

29./30. April, ab 13 Uhr, Hamburg, Hochschule für Wirtschaft und Politik, von Melle Park: Der wirkliche Gramsci – Die Klassenzusammensetzung und die Organisationsfrage. Tagung der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts mit italienischen und bundesdeutschen ReferentInnen: u.a. Sergio Bologna, Sabine Kebir, Karl Heinz Roth.

1. bis 13. Mai, Solidaritätskonzerte »Waffen für die Revolution in El Salvador – Zusammenlegung der Gefangenen jetzt!« mit Dog Faced Hermans, Poison Girls, IRHA: 1.5. Bern, 3.5. Frankfurt, 4.5. Köln, 6.5. Westberlin, 7.5. Hamburg, 9.5. Westberlin, 11.5. München, 12.5. Tübingen, 13.5. Freiburg

10. Mai Frankfurt, Alte Oper, Hauptversammlung der Aktionäre der Deutschen Bank. Themen u.a. Südafrika, Verschuldung.

12.-15. Mai, Westberlin, Fachhochschule für Wirtschaft, Badensche Strasse 50: 10. Berliner Volksuni. Schwerpunktthemen der Volksuni sind die Erneuerung des Marxismus, internationalistische Perspektiven der europäischen Linken. Neben anderem findet eine Diskussion zwischen Ernest Mandel und Jürgen Kuczynski über die Perestroika statt. Das Programmbuch kann beim Volksuni-Büro, Dominicusstrasse 3, I Berlin 62 für 4.80 Mark bestellt werden. Die Gesamtkarte für die Volksuni kostet 40 Mark (NichtverdienerInnen 25 Mark).

12. bis 15. Mai, Mainz, Auf der Zitadelle, 5. Open Ohr Festival. Unter dem Motto Herrschaftszeiten« treten etliche Musikgruppen und Kabarettisten auf, tagsüber finden Diskussionsveranstaltungen und Lesungen zum Thema »Revolution« statt. Kontakt: Festivalbüro, Rathaus, 65 Mainz, Telefon: 06131 122173

26. Mai, Anti-Apartheid-Aktionstage vor allen Dresdner Bank Filialen

25. bis 28. Mai, Hamburg, Nernstweg 32-34, Bundeskongress der entwicklungspolitischen Aktionsgruppen. Thema des Kongresses ist »Kultur und Widerstand«. Im umfangreichen Rahmenprogramm sind u.a. Lesungen und Konzerte mir uruguayischen Künstlern und eine Aufführung des aus Jerusalem kommenden palästinensischen Theaters »El Hakawati« vorgesehen. Kontaktadresse: Buko, Nernstweg 32-34, 2 Hamburg 50, 040-393156.

Die genaue Terminierung der **129a-Verfahren** gegen Ingrid Strobl, gegen Leute aus der Startbahn-Bewegung und des am 25.4. eröffneten Prozeßes gegen Uli Winterhalter (KONKRET 3/89) standen bei Redaktionsschluß noch nicht fest. Sie sind der »clockwork 129a«, die es in jedem guten Buchladen gibt, zu entnehmen.

konkret 05/89, S. 37

Thomas Rothschild

»Das Dilemma eurer Existenz« Schweigen ist Komplizentum

In einem »Brief an einen jüdischen Freund« beklagt Ibrahim Souss, der Pariser Vertreter der PLO, die Leiden des palästinensischen Volkes, die keineswegs erst mit der militärischen Unterdrückung der Intifada begonnen. Er wirft Israel vor, im Zuge einer kolonialistischen Politik den systematischen »Völkermord« an den Palästinensern zu betreiben. In einem Offenen Brief antwortet Thomas Rothschild Souss, versichert ihn seiner Solidarität und fordert die Juden in der Diaspora auf, »dem Israel Shamirs jegliche Unterstützung zu verweigern«. Wolfgang Schneider dagegen sieht im Sousstschen Text ein »antisemitisches Pamphlet«, dessen zentrale Inhalte die Forderung noch Liquidierung des Staates Israel und eine nachträgliche Rechtfertigung der nationalsozialistischen Vernichtungslager sind

Lieber Ibrahim Souss. Sie haben einen Brief an einen jüdischen Freund geschrieben, weil Sie sein Schweigen zur Ermordung palästinensischer Kinder entsetzt. Sie zeigen außerordentliches Verständnis für ihn und für die Traumata der Juden, aber Sie fordern auch Verständnis für die Leiden Ihres, des palästinensischen Volkes.

Sie sollen wissen, daß es auch Juden gibt, die Ihren Schmerz teilen und die nicht zu schweigen gewillt sind.

Ich fordere die Juden in der Diaspora auf, dem Israel Shamirs jegliche Unterstützung zu verweigern. Wenn nicht aus Erkenntnis, wenn nicht aus humanistischen und moralischen Gründen, dann wenigstens, stellvertretend für Israels Juden, aus Selbsterhaltungstrieb. Denn jeder Tag, an dem weitere Palästinenser getötet werden, erschwert die Verständigung, erzeugt gerade jene unzuverlässigen Nachbarn der Zukunft, denen mißtrauen zu müssen israelische Reaktionäre heute schon vorgeben. Mehr noch: Mit jedem Tag, an dem palästinensische Häuser dem Erdboden gleichgemacht, an dem palästinensische Kinder und Frauen ermordet werden, verspielt Israel Verständnis und Sympathie, liefert es in den Augen der Welt Rechtfertigung für jene Gewalt, die Araber in Zukunft tatsächlich gegen Juden anwenden könnten.

Ich fordere die Juden auf, nicht zuzulassen, daß jene Funktionäre, die Israels antipalästinensische Politik verteidigen oder verniedlichen, im Namen aller Juden sprechen.

Ich fordere die Juden in Deutschland auf, sich gegen die Zumutung zu verwahren, daß eine »Wiedergutmachung« für die Ermordung ihrer, unserer Verwandten darin bestehen soll, daß der Staat Israel Mittel zur Ermordung von Verwandten unserer palästinensischen Schwestern und Brüder erhält. So werden jene, die von Deutschen in KZs vernichtet wurden, posthum von Deutschen zu Mördern gemacht.

Ich kann nicht mehr daran glauben, daß Israel sich ohne Druck von außen eines Besseren besinnen wird. Wer immer ein kollektives Leid der Juden für sich in Anspruch nahm – und nicht nur der – , hat die Pflicht, heute eine kollektive Verantwortung zu übernehmen. Zumindest Antisemitismus wird man Juden nicht nachsagen (obwohl die infame Formulierung vom »jüdischen Selbsthaß«, mit der jegliche jüdische Kritik an Juden abgewehrt werden soll, fast die gleiche Funktion erfüllt). Solidarität mit den Dummheiten, gar mit den Verbrechen der Gruppe, der man angehört, ist, auch wenn sie verfolgt wurde und wird, selbst Dummheit und Verbrechen. Taktik ist keine Entschuldigung. Ibrahim Souss hat recht: »Je mehr ich die Knochen der anderen breche, desto mehr zerbreche ich mich selbst«. Er hat recht: Es wurde zu lange geschwiegen. Er hat recht: Schweigen ist Komplizentum. Gerade Juden haben erfahren, daß Schweigen tödlich sein kann. Es darf keinen Tag länger anhalten. Wir sind es den Palästinensern schuldig, zu reden. Wir sind es uns selbst schuldig. Und unseren Verwandten, die in Rauch aufgingen. Es gibt nur eine Art, ihrer würdig zu gedenken: Indem man laut gegen Unmenschlichkeit auftritt, wo und von wem immer sie verübt wird.

Die Juden müssen deutlich machen, daß es nicht Sache der Palästinenser sein kann, die Schulden der Nationalsozialisten zu bezahlen. Sie müssen aussprechen, daß die israelischen Juden endlich aufhören müssen, sich gegenüber Palästinensern als Kolonialherren zu verhalten. Sie müssen, erst recht wenn sie Deutschen nach den historischen Erfahrungen die Kritik an Israel verbieten, selbst – und in Übereinstimmung mit der zum Glück vorhandenen und artikulierten Friedensbewegung in Israel – umso vernehmlicher diese Kritik formulieren. Die Aufforderung mancher Juden an die Deutschen – »Mögen andere von ihrer Schande sprechen – ich spreche von der meinen« – impliziert die Zusage, tatsächlich von der eigenen Schande zu sprechen. Von der eigenen? Entweder sind die jungen Deutschen beteiligt an der Kollektivschande ihrer Eltern; dann sind es auch die Juden der Diaspora an der Kollektivschande der Juden Israels. Oder es gibt keine Kollektivschande. Dann allerdings haben junge Deutsche auch das Recht, ja die Verpflichtung, Israel zu kritisieren.

Die Juden müssen tun, was sie ihrerseits von anderen einforderten, als sie die Opfer waren: sich nun, da Juden zu Tätern wurden, mit deren Opfern identifizieren. Der Antisemitismus ist nach wie vor in großen Teilen der Welt virulent und beängstigend. Er wird gewiß nicht geringer durch eine Verniedlichung israelischer Verbrechen. Mag sein, daß jüdische Kritik an diesen Verbrechen dem gegen alle Anfechtungen resistenten Antisemitismus nichts anhaben kann. Aber auch

diskriminierte Minderheiten können die Bekämpfung von Unmenschlichkeit nicht nur davon abhängig machen, ob ihnen das nützt oder schadet. »Je mehr ich die Knochen der anderen breche, desto mehr zerbreche ich mich selbst.«

Lieber Ibrahim Souss, Sie erzählen von dem alten Freund Ihrer Familie, der 1967 zu dem Haus in Jerusalem zurückkehrte, das er 1948 aus Furcht vor jüdischen Terrorgruppen verlassen hatte, und dort einen alten Juden aus Rumänien antraf, der ihm einen Stich von Jerusalem aushändigte, der noch seit der Zeit, als er in diesem Haus gewohnt hatte, an der Wand hing. Die Israelis werden bereit sein müssen, den Palästinensern etwas auszuhändigen, wenn sie den Frieden wollen. Und wenn sie nicht begreifen, daß sie diesen Frieden brauchen, weil sie immer noch auf die Arroganz der Macht und der militärischen Stärke bauen, werden auch die Juden in der Diaspora ihnen klar machen müssen, daß sie nicht mit ihnen rechnen können. Zu viel Entsetzliches ist im Nahen Osten bereits passiert. Ein kleines Wunder ist das mindeste, was man erwarten darf, damit endlich Frieden in jenem Land einkehrt, das drei Religionen als heilig betrachten: ein Widerspruch, der allein ausreichen sollte, einen zum Atheisten zu bekehren.

Ja, Ibrahim Souss, ich erkläre es gerne laut und deutlich, anstelle Ihres Freundes: »Das palästinensische Volk existiert; es hat ein Recht auf Selbstbestimmung auf dem Boden seiner Heimat.«

Ibrahim Souss: Brief an einen jüdischen Freund, Verlag Greno, Nördlingen 1988, 93 Seiten, 15 Mark

konkret 05/89, S. 38

Wolfgang Schneider

»Das Dilemma eurer Existenz« Die Stimme des Herzens

In einem »Brief an einen jüdischen Freund« beklagt Ibrahim Souss, der Pariser Vertreter der PLO, die Leiden des palästinensischen Volkes, die keineswegs erst mit der militärischen Unterdrückung der Intifada begonnen. Er wirft Israel vor, im Zuge einer kolonialistischen Politik den systematischen »Völkermord« an den Palästinensern zu betreiben. In einem Offenen Brief antwortet Thomas Rothschild Souss, versichert ihn seiner Solidarität und fordert die Juden in der Diaspora auf, »dem Israel Shamirs jegliche Unterstützung zu verweigern«. Wolfgang Schneider dagegen sieht im Sousstschen Text ein »antisemitisches Pamphlet«, dessen zentrale Inhalte die Forderung noch Liquidierung des Staates Israel und eine nachträgliche Rechtfertigung der nationalsozialistischen Vernichtungslager sind

»Ich habe viele jüdische Freunde, unter ihnen sind sogar einige meiner besten.«

(Ibrahim Souss, Oktober 1988)

Eine »philosophisch und historisch aufrüttelnde Mahnung«, ein »Zeitdokument von humanem, moralischem Anspruch«, »ein brennendes Plädoyer für den Frieden« sei, so versprichts der Waschzettel, Ibrahim Souss' »Brief an einen jüdischen Freund«, der, im Frühjahr 88 in Frankreich erschienen, prompt zum literarischen Ereignis und mittlerweile in wenigstens ein halbes Dutzend Sprachen übersetzt wurde. »Wenn sich die Politik nicht mehr mit Bomben, sondern als Poesie artikuliert, muß man das unterstützen«, hat der Verleger Franz Greno, der die deutsche Fassung im Herbst mit einer Startauflage von 10.000 Exemplaren auf den Markt brachte, ergänzend hinzugefügt. Eine interessante Bemerkung: Zum einen drückt sie die unbezweifelbare Wahrheit aus, daß Verleger mit »Politik« Geld nur verdienen können, insoweit diese sich schriftlich artikuliert, und also an Explosivstoffen in der Regel auch dann kein Interesse haben, wenn die Poesie ihrer Bücher Bomben keineswegs ersetzt, sondern die Akzeptanz ihres Einsatzes fördert, zum anderen weist sie darauf hin, daß Souss, der ja schließlich nicht nur der Pariser Vertreter der PLO, sondern auch Absolvent der Ecole normale de musique (Paris) und des Royal College of Music (London), Konzertpianist, erfolgreicher Romancier und Lyriker ist, offenbar in der Lage war, seine Botschaft literarisch so zu verpacken, daß es einer entsprechend gestimmten Öffentlichkeit möglich war, sie gleichzeitig zu leugnen und zu goutieren.

Das ist, Souss' Geschick und die ihm entgegenkommenden Bedürfnisse seiner Leserschaft in Rechnung gestellt, ein Phänomen. Denn bloß mit geschlossenen Augen läßt sich übersehen, daß der »Brief an einen jüdischen Freund« all das in selten konzentrierter Form bietet, was jenen »ehrbaren Antisemitismus« (Jean Améry) kennzeichnet, der, statt sich auf Religion und Rasse zu kaprizieren, sein Ressentiment 'aufgeklärt' politisch begründet: Souss setzt Juden und Nazis gleich, schreibt zu diesem Zweck die Geschichte des Palästina-Konflikts um, liefert eine nachträgliche Rechtfertigung der nationalsozialistischen Vernichtungslager, bestreitet das Existenzrecht des Staates Israel und fordert die »Integration« der Juden in einen arabischen Staat.

1. Souss hat den »Brief« nicht für seinen Adressaten, sondern für ein europäisches Publikum geschrieben, das der doppelten Lektüreanweisung, die er dem Text voranstellte, problemlos zu folgen vermag. Das Motto: ein Zitat aus *dem* antisemitischen Grundlagentext (dem Neuen Testament; und Souss verweist stolz auf die jahrhundertealte christliche Tradition seiner Familie). Der erste Satz: ein Zitat aus den »Briefen an einen deutschen Freund«, die Albert Camus 1943/44 für die französische Widerstandsbewegung formulierte, um, wie er im Vorwort zur italienischen Ausgabe schrieb, »den blinden Kampf, in dem wir standen, etwas zu erhellen und dadurch wirksamer zu gestalten«. Beim Lesen dieser Briefe, die, wie Souss seinem jüdischen Freund mitteilt, verfaßt wurden, »als die nationalsozialistischen Horden Europa überschwemmten, ... habe ich an Dich gedacht«.

Damit hat er seinen Text auf eine Schiene gesetzt, der auch seine Rezeption folgen soll: Indem Souss sich auf Camus' »Briefe« bezieht und den seinen ihnen nachbildet, reklamiert er sowohl das moralische Pathos seines Vorbilds für sich – »das Recht, zu denken, daß wir mit reinen Händen in diesen Krieg getreten sind – mit der Reinheit der Opfer und der Überzeugten – und daß wir mit reinen Händen aus ihm heraustreten werden« – als auch die Gewißheit des endlichen Sieges der eigenen gerechten Sache – »Von nun an erfüllt uns eine Überlegenheit, die euch vernichten wird«. Damit hat er eine Parallelisierung zustande gebracht, die leitmotivisch den gesamten Text durchzieht: Wo immer er nun von arabischem oder palästinensischem Widerstand gegen die Juden im allgemeinen oder gegen die israelischen Besatzer im besonderen spricht, wird der Leser die antifaschistischen Widerständler assoziieren, die sich 45 Jahre zuvor den Nazi-Okkupanten entgegenstellten.

Aber Souss hat sich nicht allein auf die Wirkung seiner Interpretationsvorgabe verlassen. Mit einigen Wortverschiebungen ruft er seine Analogie zwischendurch immer mal wieder in Erinnerung: Wo er über die israelische Expansion nach 48 schimpft (die doch lediglich Folge des kriegerischen arabischen Fanatismus gewesen ist), steht im französischen Original das deutsche Wort »Lebensraum«, wo er die elende Lage der palästinensischen Bevölkerung in den besetzten Gebieten

beklagt, verwendet er das deutsche Wort »Untermenschen«. Um dagegen die »Heimatlosigkeit« seines Volkes zu charakterisieren, holt er sich zwei Begriffe aus der jüdischen Geschichte: »Exodus« und »Diaspora« .

Mit Hilfe derartiger Wort-Wechsel möchte Souss »die Grenzen zwischen Henker und Opfer« neu vermessen und die Juden endlich aus der »Rolle des armen Opfers« drängen. (Man kann sich unschwer vorstellen, mit welcher Erleichterung dieser Rollentausch gerade vom deutschen Publikum aufgenommen wird: Wo die Opfer ihre Unschuld verlieren, kommen schließlich die Täter von ihrer Schuld los, ja, können sich gar, indem sie sich mit den Palästinensern identifizieren, an die geschichtliche Stelle der Juden plazieren, den Status der eigentlichen Opfer gewinnen, die schon damals, als das internationale Judentum Deutschland den Krieg erklärte, in Notwehr handelten, und hoffen, »die Araber mögen das zu Ende bringen, was die Deutschen nicht ganz geschafft haben« (H.M. Broder).)

Seinem Freund, an dessen »Arm mit der eintätowierten entsetzlichen Zahl« er sich erinnert, wirft Souss vor: »Du verharrst noch immer in der bequemen Rolle des Nachkommens eines Opfers der nazistischen Folterknechte.. . Ich finde, daß Du es von Zeit zu Zeit übertreibst.« »Frische die Erinnerung an das Leid Deines Vaters auf«, empfiehlt der PLO-Diplomat dem Juden, der offenbar gern an seine Zeit im KZ zurückdenkt, dann nämlich würde auch er erkennen, daß die Politik seines Staates präzise jener entspreche, der damals der Vater zum Opfer gefallen sei: Denn wie die Nazis plane Israel einen »Völkermord«, verfolge systematisch das Ziel, »das palästinensische Volk mit der Kraft seiner Waffen zu vernichten«, »es von der Erdoberfläche zu streichen«. Eine Verkehrung der Tatsachen, die immerhin psychologisch interessant ist. Denn es waren arabische Staaten und palästinensische Führer, die seit Gründung des Staates Israel nicht nur damit drohten, sondern auch einige Anläufe unternahmen, die Juden ins Meer zu jagen und »den Zionismus in Palästina auszutilgen«, wie es die palästinensische Nationalcharta noch heute vorsieht. Auch die islamischen Fundamentalisten innerhalb der Intifada haben schließlich im Sommer letzten Jahres erklärt: »Niemand hat das Recht, einen Teil Palästinas aufzugeben. . . Die einzige Lösung für das Palästina-Problem liegt im Heiligen Krieg.«

2. Um eine Kontinuität jüdischer Schuld zu belegen, die nicht erst heute Gegenmaßnahmen erfordere, macht Souss mit der Geschichte des Palästina-Konflikts kurzen Prozeß. Für ihn steht fest – wie 100 Jahre zuvor für den deutschen Historiker und Judenhasser Heinrich von Treitschke, dessen berüchtigtes »Die Juden sind unser Unglück« er damit ahnungslos wiederholt – , »daß die Juden. . . für alles Unglück, das mein Volk erlebte, verantwortlich waren«. Dagegen »(sind) wir, die Palästinenser, ... unschuldig am Blut Eurer Märtyrer«, wie er die sechs Millionen von den Nazis ermordeten Juden unsinnigerweise nennt.

Aber nicht mal das letzte stimmt, wie sich in Gunnar Heinsohns Aufsatz »Warum Antizionismus?« nachlesen läßt *: 1935 beglückwünschen arabische Palästinenser Hitler zu den Nürnberger Rassegesetzen; im gleichen Jahr beginnt eine faschistisch-arabische Gemeinschaftsoperation: Italien beliefert den Palästinenserführer Amin el-Husseini mit Geld und Waffen, um seinen Kampf gegen die jüdischen Siedler zu unterstützen, von denen bereits einige Hunderttausend im noch von den Briten verwalteten Palästina leben. Im November 41 besucht el-Husseini Hitler und läßt sich versichern, daß Deutschland »einen kompromißlosen Krieg gegen die Juden« führe und daß dieser »auch einen aktiven Widerstand gegen eine jüdische Heimstätte in Palästina« beinhalte. Ein halbes Jahr später bekräftigt das deutsche Außenministerium »das Versprechen, die jüdische Heimstätte in Palästina zu liquidieren«. Durch seine Intervention verhindert el-Husseini, der als Stipendiat des SS-Führers Himmler in Berlin lebt, 1943 die Ausreise von 5.000 jüdischen Waisenkindern aus dem Balkan nach Palästina, im Jahr drauf fordert er die ungarische Regierung auf, die Vernichtung der 800.000 dort lebenden Juden nicht länger zu behindern. Gemeinsam mit Eichmann inspiziert er Auschwitz und Majdanek und spricht, berichtet Simon Wiesenthal, »besonders fähigen SS-Männern seine Anerkennung aus«.

Nach dem Krieg kann el-Husseini »als unangefochtener Führer der Palästinenser seine Politik gänzlich ungebrochen fortsetzen« (Heinsohn): Am 30. November 1947, einen Tag nach dem von den Juden akzeptierten, von den Arabern jedoch abgelehnten Beschluß der UNO, Britisch-Palästina in einen jüdischen und einen arabischen Staat zu teilen, beginnen seine Truppen eine Serie terroristischer Attacken, der in den ersten vier Wochen 205 Juden zum Opfer fallen. Daraufhin setzt der, u.a. von Menachim Begin geführte, rechtszionistische Gegenterror ein.

Am 14. Mai 48 wird der Staat Israel ausgerufen, am Tag drauf greifen die regulären Armeen Ägyptens, Jordaniens, Syriens, Libanons und Iraks die 600.000 Juden an, die den neuen Staat, der gerade 12 Prozent der Gesamtfläche Palästinas einnimmt, bevölkern. Der Generalsekretär der Arabischen Liga, Rachmann, verspricht: »Dies wird ein Ausrottungskrieg und ein gewaltiges Massaker, über das man sprechen wird wie über die mongolischen Massaker und die Kreuzzüge«, und der Endlösungs-Gehilfe el-Husseini wendet sich – drei Jahre nach Auschwitz ! – mit einem Aufruf an die islamische Welt: »Ich erkläre einen Heiligen Krieg, meine moslemischen Brüder! Schlagt die Juden tot! Bringt sie alle um ! «

Es ist bekanntlich anders gekommen. Die Juden haben sich nicht totschlagen lassen, sondern den Krieg gewonnen und zwecks Konsolidierung ihrer Position inmitten feindlicher Nachbarn ihrem Staatsgebiet weiteres Territorium einverleibt, aus dem Teile der arabischen Bevölkerung fliehen oder vertrieben werden (sie haben damit eine jener ressentimentgeladenen Forderungen, die Souss selbstverständlich so nicht verstanden wissen möchte, bereits vor 40 Jahren erfüllt: »daß die Israelis es sich schuldig sind, mutiger zu sein als die Juden«).

Der Autor des »Briefes« nun macht die Israelis allein verantwortlich für das harte Schicksal der Menschen, die im Gefolge des Krieges ihre Häuser und ihr Land verlassen mußten. Er tut dies, ohne die arabische Aggression und ihren Zweck, ja, ohne den Krieg selbst und seine Vorgeschichte auch nur zu erwähnen – die Juden, so erzählt sein Text, haben der ansässigen Bevölkerung Haus und Hof geraubt, ohne dafür andere als rein »kolonialistische« Gründe gehabt zu haben. Die naheliegende Frage, wie es den arabischen Palästinensern ergangen wäre, wenn die Führungen der arabischen Staaten den UN-Beschluß akzeptiert hätten, stellt er (sich) nicht.

Weil damit bereits geschehenes Unrecht positiv sanktioniert worden wäre? Aber Souss formuliert überhaupt keinen prinzipiellen Einwand gegen die Einwanderung der Juden nach Palästina. Er beanstandet allein den Zeitpunkt, zu dem sie einsetzte, und das Staatsgründungsprogramm, das ihr zugrunde lag: »Daß sie keine Wahl hatten... stimmt seit den dreißiger Jahren, seit dem Aufstieg des Nazismus, und in geringerem Maße nach dem Ende des ersten Weltkriegs. Gleichwohl strömten die ersten Wellen von Einwanderern lange vor diesem Zeitpunkt nach Palästina.« Dieses Zugeständnis ist bedeutsam: Zum einen zeigt es, daß Souss die Geschichte der Judenverfolgungen nicht zur Kenntnis genommen hat, denn bereits in den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts mußten zahlreiche Juden vor den Pogromen im zaristischen Rußland u.a. in die USA und nach

Palästina fliehen, das damals noch eine türkische Provinz war; zum anderen enthält es Souss' Weigerung, die Juden in Palästina anders denn als Bürger eines arabischen Staates zu dulden (siehe dazu 4.).

3. In seinem Buch »Der ewige Antisemit« (1986), dessen Lektüre einiges zum Verständnis des Souss'schen Textes beizutragen vermag, hat Henryk M. Broder darauf hingewiesen, daß die Zusicherung der Solidarität mit den Opfern von Auschwitz und Treblinka besonders für Linke »das notwendige moralische Alibi« liefert, das der Herstellung eines guten Gewissens dient, auf dessen Boden antisemitische Stereotype erst richtig gedeihen. Der »Brief an einen jüdischen Freund« belegt dies exemplarisch: Auch Souss solidarisiert sich zunächst mit den toten Juden, um dann »um so unbefangener auf die lebenden und überlebenden einschlagen zu können« (Broder).

»Ich bin nach Dachau, nach Bergen-Belsen, nach Mauthausen und an andere düstere Orte gegangen«, berichtet er und nimmt Platz zwischen den Erschlagenen und Gefolterten: »Mein Körper wurde dort verletzt; ein Stück meiner Seele habe ich aus Solidarität dort, zwischen den gekalkten Wänden eines Verbrennungsofens gelassen.« Als Konsequenz dieser demonstrativen Identifizierung teilt er seinem Freund mit, »daß ich der erste bin, der mit lauter Stimme verkündet, daß die gesamte Menschheit die Verantwortung für das furchtbare Erbe der Nazis übernehmen muß. Wir, die Palästinenser, eingeschlossen...« Tatsächlich? Auch die Palästinenser? Fünf Zeilen, nachdem Souss »die Wachsamkeit (gegenüber der 'furchtbaren Bestie') unbedingt zur kollektiven Pflicht« erklärt hat, stellt er den Juden eine Bedingung. Er macht sein antifaschistisches Engagement abhängig von einer »Vorleistung«: Es sei »notwendig, daß Ihr uns diesen Akt der Verantwortung möglich machtet und zu diesem Zweck müßte Euer Verhalten... vorbildlich sein. Über jeden Verdacht erhaben.« Was es natürlich nicht ist – womit Souss' Solidaritätsbekundung zur unverhohlenen Drohung wird.

»Der ganz normale Antisemitismus«, schreibt Broder, »zeichnet sich dadurch aus, daß Juden per se mehr zugemutet wird als anderen und daß sie sich weniger herausnehmen dürfen als andere.« Souss hat diese Zumutung sich zu eigen gemacht und ausführlich begründet: »Indem sie dem Schmerz der anderen den Rücken kehren, und, schlimmer noch, indem sie ihn selbst verursachen, sorgen sie automatisch dafür, daß sie in der Geschichtsprüfung durchfallen (!), in der Prüfung, bei der der gequälte Mensch im Prinzip alle anderen übertreffen müßte« – »dabei hätte das furchtbare Leiden der Juden sie aufgeklärter, scharfsinniger machen müssen«. »Du hast«, mahnt der PLO-Funktionär seinen jüdischen Freund, dessen »Gewissen. . . in den Leiden der Todeslager geschmiedet wurde«, »mehr als jeder andere, die moralische Verpflichtung, nicht zu enttäuschen.« Welche Erwartung nicht zu enttäuschen? »Ich hatte zu hoffen gewagt, daß die Leiden Euch immun gemacht hätten« gegen die »Dämonen« des Faschismus, »daß die Opfer eines der einschneidendsten Dramen der Gegenwartsgeschichte die Verpflichtung hätten, die menschlichen Werte hochzuhalten, darüber zu wachen« – daß ihnen künftig Gleiches nicht widerfahre? nein: »daß das Leben der anderen niemals in Gefahr gerät.«

Damit hat Souss die wohl subtilste und perfideste nachträgliche Rechtfertigung der nationalsozialistischen Vernichtungslager formuliert: Offenbar hat es sich bei ihnen um Erziehungsanstalten gehandelt, deren Personal nach der Maxime der bürgerlichen Pädagogik: »Aus Schaden wird man klug« sich bemühte, aus den Juden bessere Menschen, ja, die besten überhaupt zu formen, indem es sie verstümmelte und massakrierte. Es ist nicht zu fassen, aber Souss hats hingeschrieben: In den KZs hätten die Juden »aufgeklärter, scharfsinniger« werden müssen, unter der Folter hätten sie lernen müssen, sich noch zivilisierter zu betragen als ihre Peiniger, die »Leiden der Todeslager« seien in Wahrheit die hohe Schule des Anstands und der Menschlichkeit gewesen, aus der die also Belehrten die Erkenntnis hätten mitbringen müssen, daß allein »das Leben der anderen« wertvoll ist, das eigene dagegen nicht in Betracht kommt. Ausgerechnet das Volk, dessen beispiellose Leidensgeschichte Zeugnis ablegt von der Ignoranz nicht nur des christlichen Teils der Menschheit gegenüber den sog. »menschlichen Werten«, wird von Souss verpflichtet, diese »hochzuhalten«! Ausgerechnet die Überlebenden der KZs und ihre Nachkommen fallen durch eine »Geschichtsprüfung«, zu der ein zynischer Feingeist sie

zitiert, um festzustellen, ob sie ihre Lektion denn nun diesmal kapiert haben! Sie haben nicht, sagt Souss, ohne der SS ob ihres Versagens einen Vorwurf zu machen – sie müssen die Klasse halt wiederholen.

Der rationale Kern aber dieses besinnungslosen Geschwätzes liegt in der ihren Einsatz rechtfertigenden Unterstellung, Folterkammern, Exekutionsstätten und Verbrennungsöfen seien der Bildung des menschlichen Gemütes nützliche Orte, Orte, an denen sich lernen lasse, wie der Mensch idealiter mit dem Menschen umgehen sollte. Noch einmal Broder: »Galt es vor der Wannseekonferenz, die Ausrottung der Juden propagandistisch vorzubereiten, so gilt es seither, sie nachträglich zu rechtfertigen.... Was rational nicht bewältigt werden kann, ist das diffuse Gefühl, daß ein solcher Aufwand, wie er zur Endlösung der Judenfrage in Gang gesetzt werden mußte, erstens nicht grundlos gewesen sein kann und zweitens zu irgendwas nutze gewesen sein muß.«

4. Ibrahim Souss fordert schließlich die Eliminierung des Staates Israel. Überzeugt, »daß das gemeinsame palästinensische Land zu klein sei, um für lange Zeit zerrissen, zerstückelt zu bleiben«, betont er das Recht allein des palästinensischen Volkes »auf Selbstbestimmung auf dem Boden seiner Heimat« – »auf jenem Boden, auf dem sich Israel festgesetzt hat«. Zwar akzeptiert er »das religiöse Streben der Juden, in Palästina zu leben«, die »gefühlsmäßige Bindung, die jeder Israeli mit der palästinensischen Erde unterhält«, Gebietsansprüche jedoch oder gar einen jüdischen Staat in Palästina erkennt er nicht an. Nur als eigenständige Religionsgemeinschaft in einem palästinensischen Staat will er die Juden dulden, ihren weitergehenden Traum aber, »das jüdische Schicksal in einem arabischen Palästina zu vollenden«, möchte er endgültig platzen lassen: »Früher oder später werdet Ihr Juden die Illusion dieses geliebten Israel beiseiteschieben müssen, um ihm die Chance zu geben, sich in der Region zu integrieren« – das sei »der einzige Weg für Euch, die jüdische Identität und die jahrtausendealten Traditionen... zu bewahren.« »Integrieren heißt nicht Auflösung, sondern Vollendung«, hat er seinem Ultimatum noch angefügt. Eine Nonsens-Formel, die ihre Erfindung der Tatsache verdankt, daß Souss 'Assimilation' nicht schreiben wollte.

Es bleibt nach all dem die Frage, was Thomas Rothschild veranlaßt hat, dem Verfasser dieses antisemitischen Pamphlets »außerordentliches Verständnis... für die Traumata der Juden« zu attestieren und ausgerechnet in einem Offenen Schreiben an einen Mann, der den Staat Israel (nicht nur) von der Landkarte tilgen möchte, »die Juden in der Diaspora« zum Boykott ebendieses Staates aufzurufen. Hat er vielleicht doch, unterhalb der Schwelle des Bewußtseins, die Drohung wahrgenommen, die der Text formuliert? Und ist diese nicht schon wieder so maßlos, daß sich ihrer erwehren zu wollen, sie leugnen zu müssen bedeutet? »Dies ist die Stunde der Stimme des Herzens«, heißt es bei Souss, und, besonders herzlich: »Ihr müßt das Dilemma Eurer Existenz, mit dem Ihr konfrontiert seid, bekämpfen.« Wie hat Rothschild überlesen können, daß das Dilemma, das Souss lösen möchte, darin besteht, daß er, Rothschild, existiert?

* Der findet sich im Anhang des ansonsten indiskutablen Buches » Was ist Antisemitismus.?«, Frankfurt a.M. 1988 (siehe dazu KONKRET 4/89)

konkret 05/89, S. 43

Rose Gauger; Gaby Gottwald; Ray Syring; Georg Reitmüller

KONKRET-Streitgespräch: Imperialismus, Solidarität, Betroffenheit

Zum KONKRET-Streitgespräch trafen sich: Rose Gauger, aus der Mittelamerika-Solidarität kommend, Gaby Gottwald, ist bei den Grünen und seit Jahren aktiv in der Solidaritätsarbeit und vor allem zu El Salvador und Chile; Ray Syring, der Arzt ist und ein Jahr in den von der FMLN kontrollierten Gebieten in El Salvador gelebt hat; Georg Reitmüller, Autonomer aus Norddeutschland und Mitglied in der Redaktion der »Materialien für einen neuen Antiimperialsimus«

KONKRET: Die Kampagne gegen die Tagung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank in Westberlin hat im letzten Herbst den Eindruck vermittelt, als sei Internationalismus in der linken Bewegung wieder ein zentrales Thema geworden. Wenn man sich aber heute anschaut, was im Iran passiert, in El Salvador, in Palästina, und fragt, was sich in der westdeutschen Linken zu diesen Themen bewegt, dann fällt die Antwort mehr als dürftig aus. War die Anti-IWF-Kampagne doch nur ein Sturm im Wasserglas?

Gottwald: Nächste Frage!

Gauger: Durch die IWF-Kampagne ist wieder einmal der Feind klar gemacht worden. Sie hat uns aber bei der Beantwortung anderer zentraler Fragen kein Stück weiter gebracht: Wofür man dann hinterher ist und wen und was man unterstützt und wie eine positive Internationalismusarbeit aussehen könnte. Das zu sagen, ist in den letzten Jahren immer schwieriger geworden, weil es keine Bewegungen, keine Länder und keine Revolutionen mehr gibt, mit denen sich die Leute identifizieren können. Es gibt ein hilfloses Wissen, daß der Imperialismus an allem schuld ist, aber es gibt keine Möglichkeit, irgendwie aktiv etwas zu tun. Das ist jetzt sehr grob skizziert, aber ich kenne viele, die gesagt haben: Jetzt ist IWF vorbei, und jetzt wissen wir nicht mehr, was wir machen sollen.

Syring: Die IWF-Weltbanktagung in Berlin war ja eine große Provokation und hat deshalb sehr viele Leute dazu veranlaßt, überhaupt etwas zu machen. Ein paar Tage lang herrschte in Berlin eine schöne und euphorische Stimmung, weil ganz viele Leute sich an größtenteils sehr erfolgreichen Aktionen beteiligt haben. Die Breite, die sich da aufgetan hat, war aber nicht eine Breite, die auf der Deutlichkeit der Positionen verschiedener Gruppen beruhte, sondern war eine, die nur in diesem Moment stattfinden konnte, die sich nur auf diesen Moment bezog und auch da nur sehr unklar. Daß das nicht weitergehen konnte, war schon damals klar.

Gottwald: Das sehe ich anders. Wir müssen diese IWF-Kampagne von dem trennen, was normalerweise im Internationalismusbereich gemacht wird: Wenn man diese Kampagne vergleicht mit Kampagnen zu Regionalkonflikten oder zu einzelnen Themenstellungen, dann ist es ein qualitativer Sprung, daß es bei den zentralen Fragestellungen – was ist Imperialismus, wie drückt er sich in den Ländern der sogenannten Dritten Welt aus, was ist mit dem Gegner im eigenen Land? – eine Vereinheitlichung gegeben hat, und das hat eine andere politische Qualität, als wenn jeder in seinem Laden so vor sich hinwurschtelt und Soliarbeit für dies oder das macht. Daß das nicht über ein, zwei oder drei Jahre gehen kann in dieser Intensität, das liegt in der Natur der Sache.

Reitmüller: Es hat eine inhaltliche Diskussion im autonomen Spektrum gegeben über den Begriff des Widerstands, über dessen verschiedene Formen in den drei Kontinenten: z.B. eine Kontroverse über den Stellenwert der organisierten militärischen Befreiungsbewegungen und denen, die auf sozialem Terrain stattfinden andererseits. Es ging um die Frage, was Widerstand überhaupt ist, wie sich die Menschen verhalten in ihrer Konfrontation mit kapitalistischen Strategien oder einfach in der Bewältigung ihres Alltags, also wie groß man den Kreis dessen zieht, was Widerstand ist. In diesen Überlegungen ist eine Kritik an traditionellen Modellen des antiimperialistischen Befreiungskampfes oder des nationaldemokratischen Weges bereits enthalten. Im Verlauf der Anti-IWF-Kampagnen ist dabei insbesondere der Stellenwert der Frauen, unter dem Eindruck eines riesigen imperialistischen Angriffs auf die Ressourcen der Subsistenz, ins Blickfeld gekommen und hat von meiner Position aus sogar einen primären Stellenwert bekommen, vor allem die farbige Frau in der sogenannten Dritten Welt. Die Bedeutung dieser inhaltlichen Diskussion können wir nicht nur an der Größe des Rahmens messen, in dem sie stattgefunden hat. Die Ressourcen der Autonomen sind nicht so, daß sie en passant einen größeren Rahmen herstellen können, sondern sind so, daß sie sich im kleinen Bereich, in den kleinsten Zirkeln abspielen und dort etwas hinterlassen, Spuren und Fragestellungen aufwerfen, die dann in die nächsten Debatten eingehen.

Gauger: Die ganz-ganz kleinen Kreise, in denen sich diese Diskussion abspielt, sind nicht der Kreis der Leute, der früher mal Internationalismus diskutiert und Solidaritätsbewegungen gemacht hat. Das, was ich eine breitere Bewegung nennen würde, das, was mit Nicaragua angefangen hatte oder was in der Anti-Vietnam-Bewegung da war, das ist meines Erachtens aufgrund vieler konkreter Erfahrungen, die die Leute gemacht haben in ihrer Solidaritätsarbeit, zurückgegangen.

KONKRET: Die Freude darüber, daß die Anti-IWF-Kampagne eine Bewußtseinserweiterung in den inneren Zirkeln der Solidaritätsbewegung bewirkt habe, ist doch sehr selbstgenügsam. Schließlich soll Solidaritätsarbeit doch stattfindende Befreiungskämpfe unterstützen und nicht in erster Linie die Theoriebildung der hiesigen Linken befördern.

Gottwald: An der IWF-Kampagne haben unheimlich viele Gruppierungen und politische Strömungen teilgenommen, so daß hier in der Debatte die Frage sich stellt, auf wen man sich überhaupt bezieht. Wenn du sagst, es sollten eigentlich Befreiungsbewegungen unterstützt werden, so gibt es in dieser Frage keinen Konsens. Ich zum Beispiel glaube, daß in der klassischen Soli-Bewegung, wo Leute in der Regel zu einzelnen Ländern arbeiten und da häufig mit Befreiungsbewegungen oder anderen radikalen Gruppierungen zusammenarbeiten, sich der Blick dahingehend erweitert hat, daß die Rahmenbedingungen, unter denen eine Befreiungsbewegung an der Macht überhaupt agieren kann, viel stärker ins Bewußtsein gekommen sind, also die ökonomischen, weltwirtschaftlichen und internationalen finanzpolitischen Bedingungen viel mehr für die konkrete Möglichkeit der Politik einer solchen Befreiungsbewegung mit einbezogen werden und sich damit natürlich das Blickfeld erweitert. Man kann das am Beispiel Chile diskutieren . Welche sozialistische Option hätte z. B . eine linke Regierung in Chile angesichts der Verschuldung? Das ist vor fünf Jahren nicht diskutiert worden. Ein anderes Spektrum hat vielleicht nicht unmittelbar an der Kampagne teilgenommen, hat sich aber an den Diskussionen beteiligt: Gruppen im bürgerlichen Lager, Frauengruppen im kirchlichen Bereich, Leute aus dem ökologischen Bereich und sonstige Kleingruppierungen, die sich mit dieser Fragestellung beschäftigt haben und damit bewußtseinsmäßig natürlich auch einen Schritt gemacht haben, indem sie sich auf das allgemeine Phänomen Verschuldung konzentrieren und darüber auch zu jener allgemeinen Ursache der Verschuldung kommen, die wir als imperialistische Politik bezeichnen. So ist immer die Frage, worüber du konkret diskutierst, wenn du über diese IWF-Aktivitäten redest. Ich denke, daß da in unterschiedlichen Bereichen Unterschiedliches erreicht worden ist, was im Sinne linker Politik nicht immer heißen kann, daß die Sache auf den Punkt gebracht worden ist, aber daß du eine Sichtweise verstärkt hast, daß du es mit einem generellen und ursächlichen Zusammenhang für Verelendung in der sog. Dritten Welt zu tun hast und daß damit natürlich von vielen einzelnen Aktivitäten was überbleibt. Das empfinde ich als politischen Erfolg.

Gauger: Aber gleichzeitig haben die Leute auch gemerkt, wie aussichtslos das ist, und sind ihrer Illusionen beraubt worden, wenn sie z.B. sehen, daß in Nicaragua nichts anderes stattfindet als IWF-Politik; daß eine sozialistische Politik in Chile nicht einmal ansatzweise möglich wäre oder daß in El Salvador, wenn sich da die Linken zur Wahl stellen, sie bloß drei Prozent der Stimmen bekommen. Es ist auch entmotivierend zu sehen, daß nicht mal die Realisierung der Forderung nach Schuldenerlaß zu irgendeiner Spur von Verbesserung führen würde, weil in Peru und in diesen ganzen Ländern Regierungen hocken, die sich ja nur freuen würden, wenn die Schulden gestrichen würden, dabei aber nicht ein Pfennig ins barrio käme. Das hat Leute zu einer solchen Perspektivlosigkeit geführt, daß sie sich wieder auf Europa bzw. »Europa 1992« konzentrieren.

Gottwald: Ich verstehe dich nicht, Rose. Wofür plädierst du dann, wenn die Zusammenhänge so komplex sind und kompliziert und Alternativen immer sehr begrenzt sind? Das Problem hast du immer, wenn du linke Politik machst. Du kannst doch nicht ernsthaft dafür plädieren, dann solle man die Sache einfach schildern und sich mit einfachen Gegenständen befassen.

Gauger: Nein, das war ja nur eine Beschreibung der Situation. Das ist das, was ich beobachte, und ich finde, daß man auf dieser Grundlage anfangen müßte, zu diskutieren, was man machen will, wenn die alten Rezepte und Vorstellungen sich als falsch erwiesen haben.

Syring: Wir treffen wahrscheinlich sehr unterschiedliche Leute und haben deshalb auch ganz unterschiedliche Eindrücke. Ich halte deine Sicht für sehr pessimistisch. Vielleicht hängt das auch damit zusammen, daß ich eine andere Vorstellung habe von dem, was eigentlich unser Thema ist, nicht hier im Gespräch, sondern unser Thema, wenn wir antiimperialistische Arbeit machen. Ich denke, daß die Enttäuschung darüber, daß es immer mehr Theorie für immer kleinere Zirkel gibt, falsch ist. Wenn mehr an Theorie herausgekommen ist, ist das eine tolle Sache. Und daß die zunächst einmal in durchaus kleinen Zirkeln sich entwickelt, das mag ja sein, aber das ist ja nicht so schlimm. Es geht im Augenblick noch nicht darum, daß die Zirkel ganz groß sind, sondern es geht darum, daß wir klarer kriegen, was eigentlich die wesentlichen Begriffe sind, mithilfe derer wir unsere Arbeit entwickeln. Dabei geht es nicht darum zu gucken, unter welchen Bedingungen eine Regierung, sei es in Nicaragua oder Peru oder Brasilien oder in Afghanistan, Politik machen kann und was ihr Spielraum ist und ob sie das vielleicht richtig macht oder falsch, sondern es geht doch darum, wie wir als Leute, die auch betroffen sind von demselben Imperialismus, es schaffen können, gegen eben diesen Imperialismus in einen praktischen und theoretischen Widerstand reinzukommen. Dieser Ansatzpunkt ist ja nicht neu, daß es um die Frage des Widerstandes auch hier geht. Der war auch in den Zeiten der Vietnam-Bewegung da. Nur hatte er da die Form, daß wir meinten, die Vietnamesen kämpfen unseren Kampf, stellvertretend. Wir haben gelernt, daß sie das nicht tun und daß wir das selber machen müssen. Das heißt aber nicht, daß wir uns nicht auseinandersetzen müssen mit den Widerstandserfahrungen anderer. Und dabei habe ich ein viel optimistischeres Bild, denn wenn ich nach Mittelamerika gucke, sehe ich überhaupt nicht dieses Bild eines Zusammenbruchs von ursprünglich mal auf Befreiung orientierten Vorstellungen. Ich würde auch ganz andere Dinge anführen als du anführst, nämlich die, daß es z.B. allen möglichen Befriedungskonzepten immer nur für eine immer kürzer werdende Zeit gelingt, ein bißchen Kontrolle in der Region zu gewährleisten, und daß der jeweilige Widerstand dagegen eine solche Intensität entwickelt hat, daß inzwischen die Doktrin des »Konflikts geringer Intensität« erfunden werden mußte als eine Form von permanent geführtem Krieg, weil es sonst

keine Möglichkeit mehr gibt, die Region zu befrieden und gleichzeitig noch Kapital zu akkumulieren. Ich denke, wir müssen weg von den Vorstellungen, nur da könnten wir uns identifizieren, nur da könnten wir was lernen, wo Siege errungen werden im Sinne vorher proklamierter Programme. Sieg und Niederlage sind ganz stark ineinander verwoben, und ein und dasselbe kann gleichzeitig Elemente von Sieg und von Niederlage haben.

Gauger: Ich denke, das ist jetzt das Problem. Du kannst ganz genau dieselben Sachen mit Recht optimistisch und pessimistisch sehen. Für mich ist eben der Fehler der klassischen Solidaritäts- und Internationalismusarbeit, daß man versucht hat, auf positive und auf revolutionäre und auf was weiß ich für Bewegungen zu setzen, auf Befreiung – auf das, was bisher geschah von Vietnam bis Nicaragua. Das war ein Fehler, weil es so nicht klappt. Und was jetzt dagegen kommen soll, das ist für mich das Problem. Ich bin ja dem Fehler auch aufgesessen. Ich habe ihn miterlebt und miterlitten und stehe jetzt wie viele, die ich kenne, vor demselben Dilemma. Jetzt fällt es mir und anderen eben nicht so leicht, sofort wieder umzuschwenken und zu sagen, daß man den Sieg in der Niederlage sehen muß, die Niederlage im Sieg. Ich glaube, daß ich den Teil der sog. Bewegung verkörpere, der jetzt sprachlos und mit offenem Munde und relativ resigniert dasitzt, weil er nicht mehr weiter weiß.

Gottwald: Das ist eure eigene Schuld. So kann man damit nicht umgehen. Erstens hast nicht du gelitten, sondern die Nicas. Ich denke, daß sie auch frustrierter sind als du, weil es ihnen in der Tat schlechter geht. Was du über deine Erwartungen an Länder wie Nicaragua sagst, zeigt eine unglaubliche Naivität bezogen auf deren reale Möglichkeiten. Das ist die blanke Spinnerei und Phantasie. Wenn du feststellst, daß du zwar mit Enthusiasmus, aber naiv dabei bist und dann nach fünf Jahren enttäuscht merkst: verdammte Kacke, die Nicas kommen nicht aus den Sträuchern, ist natürlich klar, daß du dir jetzt etwas ganz anderes, neues überlegen mußt.

Gauger: Ich muß ja nicht...

Gottwald: Dann mußt du dich eben mit anderen Sachen beschäftigen. Ich finde aber, wenn du dich mit Solidaritätsarbeit beschäftigst, dann mußt du auch die Realitäten berücksichtigen. Alles andere ist nicht legitim. Ich weiß nicht, was du da mit dir ausmachst, aber es hat mit Internationalismus überhaupt nichts zu tun.

Gauger: Ich kenne keine Gesetze und keine Paragraphen, wie ich Internationalismusarbeit machen soll. Ich mache das halt so, wie ich es zunächst sehe, wie es mir einleuchtet. Man kann sich natürlich immer an irgendeiner Realität orientieren...

Gottwald: Man muß!

Gauger: ...z.B. von der Revolution bis zu den nächsten Wahlen in Nicaragua alles so deuten, daß es halt nicht anders gehen konnte. Diese vollkommen pragmatische Herangehensweise, daß jeder Schritt, den sie tun, immer der richtige ist, das ist für mich genauso wenig legitim, wie es diese Illusion vielleicht ist, von ihnen Dinge zu verlangen, die sie vielleicht gar nicht machen können. Da würde ich halt gerne ganz offen drüber diskutieren, weil ich denke, daß es nicht ein Gut, ein Richtig und ein Falsch gibt. Momentan ist es schwieriger denn je zu sagen, wer recht hat und was die beste Position ist. Ich denke, daß es sicher allen von uns passiert, daß sie in ihrem etwas vertrauteren Zirkel auch offen besprechen, wie kompliziert es momentan ist, das Richtige zu tun und auch das Richtige darüber zu schreiben und vielleicht am richtigen Zipfel anzupacken. Also, das glaube ich nicht, daß ich da die einzige bin, die so denkt.

Reitmüller: Du kannst dich natürlich mit Blick auf Niederlagen oder Projekte, die in die falsche Richtung laufen, immer selber fertig machen, es gibt schließlich immer Verlierer. Es gibt aber auch eine andere Herangehensweise. Ich kann mir das Kapital angucken und völlig versachlicht nur noch dessen Instrumente beschreiben, wie das die »Prokla«-Redaktion z.B. tut. Ich kann den ganzen Prozeß aber auch umkehren und erst einmal die Dialektik des Klassen- und Geschlechterkampfes analysieren. Und da kann man ersteinmal nicht sagen, wer Recht hat und mit welcher Einschätzung, sondern es zeigt sich ein Kampfzusammenhang, in dem es, wie beispielsweise in Brasilien, Landbesetzungen gibt, Formen von Plünderungen der Supermärkte, weil die Leute hungern, oder riesige Streikbewegungen. Deshalb geht es jetzt auch, aus unserer Sicht, primär darum, nicht immer nur zu beschreiben, welche brutalen Ausformungen das Kapital zeitigt, sondern auch die Leerstelle im Marxismus zu füllen, die Frage zu beantworten, wie die Leute eigentlich kämpfen. Und das läßt sich nicht aus der Ökonomie ableiten, das ist ein völlig selbständiger autonomer Prozeß. Zu konstatieren, daß Befreiungskämpfe aussichtslos sind, bringt mir nicht viel, erst einmal sehe ich auch ihre Stärke.

Gauger: Das ist ein Zweckoptimismus, der mich wahnsinnig macht. Da kommt eine Erfolgsmeldung nach der anderen und ein Kampf nach dem anderen und ein Sieg nach dem anderen und nicht ein Mal kommt vor, daß vielleicht auch mal jemand resigniert hat oder ein Streik nicht erfolgreich war. Für mich ist das ein Wolkenkuckucksheim

Reitmüller: Das Venezuela-Syndrom zieht auch in der Wirtschaft bereits seine Kreise, es wird von Seiten der Kapitalisten als Bedrohung empfunden. Ihre Angst vor den Riots...

Gauger: Ja, ich weiß, da kann man sehr sophistisch werden.

Reitmüller: Das ist Realität. Ich rede nicht über Optimismus oder Pessimismus.

Syring: Ich habe den Eindruck, daß Rose im Sinne eines negativen Abdrucks das gleiche vertritt: den Zweckoptimissus als Zweckpessimismus. Ich habe eine Zeit lang die Realität von Kampf erfahren, und da habe ich sie so erfahren, daß es das nicht gibt: die grundsätzliche Resignation oder den grundsätzlichen Optimismus. Die Frage ist da nicht, ob du kämpfst oder ob du nicht kämpfst – du mußt einfach kämpfen, um zu überleben. Da hat die Losung »Revolucion o Muerte« eine ganz andere Bedeutung, als wenn sie von einem bundesdeutschen Kaffeepflücker kommt, der mit leuchtenden Augen die Faust hebt. Dieser Kampf bringt natürlich immer wieder Momente von Resignation, und er bedeutet einen Wechsel und ein Ineinanderverflochtensein von Siegen und Niederlagen. Wenn wir dieses nun betrachten, dann kann es doch für uns weder darum gehen zu sagen, daß es gar nicht anders gehen konnte als beispielsweise in Nicaragua, noch darum zu sagen, das hätten die anders machen müssen. Beides ist nicht unser Thema. Wir können nicht die Probleme Mittelamerikas lösen. Deshalb reden wir gelegentlich von neuem Antiimperialismus und nicht wirklich von Internationalismus, weil wir merken, daß die ganze Begrifflichkeit, mit der wir versuchen, Prozesse zu beschreiben, sich mit den Realitäten nicht deckt, daß wir deshalb auch nicht in der Lage sind, sie für uns in irgendeiner Weise umzusetzen, indem wir selber eine Praxis dazu entwickeln.

Gauger: Ein nicaraguanischer Freund von mir muß im Auftrag der Regierung mit irgendwelchen schweinischen Händlern, Import/Exporttypen der USA, verhandeln, nur damit die irgendwas für Nicaragua hin und her kaufen – damit habe ich Schwierigkeiten, das muß ich offen sagen. Du nennst es Resignation, aber für mich ist das richtig übel, zu erleben, was in Nicaragua passiert, und ein Stück weit leide ich da auch drunter, daß es so offensichtlich nicht geht oder vielleicht doch hätte gehen können. Das ist für mich auch ein emotionaler Prozeß...

Gottwald: Aber so können wir doch nicht politisch diskutieren. Mir kommen schon die Tränen, wenn ich mir die eigene Regierung hier angucke. Das kann doch kein Motiv für politische Arbeit sein. Die eigene Befindlichkeit ist zwar oft Motor der eigenen Bewegung, man sollte aber den Kopf nicht vergessen. Ich versuche jedenfalls, ihn irgendwie in die politische Arbeit mit einzubringen. Da steht für mich im Vordergrund erst einmal die politische Analyse des Gegners, das kann der eigene sein, das kann auch der in Washington sein, zusammen arbeiten sie allemal, und dann die Analyse der Möglichkeiten, die die jeweiligen BündnispartnerInnen haben. Und wenn du schon traurig bist, weil die mit den Amis verhandeln müssen, dann liegt das an dir. Es liegt weder an den Amis, noch an den Nicas, es liegt an dir, weil du nicht begriffen hast, wie die Verhältnisse sind. Zu Ralf wollte ich noch sagen: Nach dem, was du vorhin gesagt hast, ist dein wesentliches Motiv, anzugucken, wie Widerstand organisiert wird in der Dritten Welt. Wieso mußt du die bemühen? Das Verhältnis zwischen Befreiungsbewegung und unserer Situation würde ich auch nie so definieren, daß ich mir bei denen angucke, wie die das wohl regeln, zumal ich sehe, daß das Verhältnis, das sie zu uns haben, eher ein umgekehrtes ist, nämlich daß sie von uns konkrete Hilfestellungen haben wollen für dies und das.

Syring: Ich meine damit nicht, daß wir gucken, was die machen, um dann auszuwählen, was wir davon verwenden können. Entscheidend ist für mich, den richtigen Blickwinkel zu finden. Du machst die Analyse von der Seite des Feindes her, versuchst dich auch in seine Logik hineinzudenken, das fällt uns sehr viel leichter bezeichnenderweise, das ist ja das, was wir auch gelernt haben. .

Gottwald: Das machen nur ganz wenige. Das ist das Dumme daran.

Syring: Wir verfallen, wenn wir Geschichte schreiben, immer sehr schnell der Darstellung, die der Imperialismus gibt – er macht es uns leicht: Die Weltbank stellt uns alle möglichen Quellen zur Verfügung, wenn wir das haben wollen. Es fällt uns viel schwerer, Geschichte aus dem Blickwinkel von unten darzustellen. Es geht also nicht darum, zu gucken, wie machen die das, damit wir das dann auch so machen können, sondern zusammen zu gucken, was geschieht auf unserer Seite, was ist da an Bewegung...

Gottwald: Wen meinst du jetzt mit »uns«?

Syring: Ich meine die, die sich wirklich in ihrer Identität auch vom Imperialismus bedroht fühlen und sich dagegen wehren.

KONKRET: Das ist – wie die Beschreibung der verschiedenen Widerstandsformen: Riots, Hungerrevolten oder Streiks – zu unspezifisch. Es besteht die Gefahr, daß nicht mehr analysiert wird, sondern eine Mystifikation der Unterdrückten stattfindet. Es gibt schließlich auch »Befreiungskämpfe«, wo man sich keineswegs automatisch auf der Seite der Leute sehen muß, die gegen ihre Unterdrückung kämpfen. Man muß sich nur ansehen, was es an islamisch-fundamentalistischen Strömungen in solchen Befreiungskämpfen gibt, beispielsweise in der Intifada oder eben auch im Iran, dann erweist sich dieser Dualismus: Unterdrücker, gegen die wir stehen, und Unterdrückte, die zu »uns« gehören, sogar als gefährlich. Das Problem ist, daß bei Befreiungskämpfen, in denen Nationalitäten oder Religionen aufeinanderstoßen, der Frontlinienverlauf überhaupt nicht klar ist. Das Konzept des nationalen und leider zunehmend auch des religiösen Befreiungskampfes stellt der Solidaritätsarbeit ganz neue Probleme.

Gottwald: Das sind zwei Ebenen der Diskussion. Wenn du einmal von der Ebene der Betroffenheit vom Imperialismus ausgehst, dann wirst du grob zwei große Lager ausmachen können weltweit. Aber die andere Frage ist doch, und das ist die

Frage für uns, wie organisierst du politische Solidarität mit wem? Theoretisch muß sich das nicht decken und praktisch deckt es sich auf keinen Fall.

Reitmüller: Für die Beantwortung dieser Frage müssen wir zuerst unsere theoretische Vorgehensweise klären. Wenn ich mir das Kapital angucke und seine Vernichtungs- und Kontrollstrategien, dann könnte ich Alternativen vorschlagen, dann könnte ich sagen, daß so, wie sie es machen, es falsch ist und sie es ein wenig anders machen müssen. Vielleicht etwas humaner. Eine andere Vorgehensweise ist, den sozialen Prozeß als Ganzes zu betrachten. Und damit meine ich den Zusammenprall zwischen diesen Techniken von oben und dem, was von unten dagegen läuft. Zentral ist dabei das Subjekt, das von unten kommt, die Frauen z.B., auf deren Kampfkonstellation ich den Blick richte und sage, daß wir genau das unterstützen, was sie wollen. So gesehen gibt es die globale Konfrontation zwischen unten und oben – erweitert allerdings um viele Aspekte, um den Frauenaspekt, erweitert um den Aspekt, daß es nicht um die traditionelle Arbeiterklasse geht, sondern um ganz viele andere Menschen. Dieses methodische Prinzip ist heute immer noch richtig, nicht nur auf die Metropole beschränkt. Antiimperialismus ist eben nicht irgend etwas Beliebiges, sondern ein zentraler Ausgangspunkt. Die soziale Konfrontation findet im Weltmaßstab statt und läßt sich nicht mehr reduzieren auf verschiedene politische Vorgehensweisen in der Metropole oder politische Vorgehensweisen in verschiedenen Ländern. Die Sozialtechniken, die in der Metropole entwickelt werden, werden hier zum Teil sehr modern angewandt und dann exportiert, und das liefert auch die Ansatzpunkte für Widerstand hier.

Gauger: Aber das Problem ist doch: Wie organisiere ich den Widerstand, und was mache ich in welchem Augenblick?

Reitmüller: Das geht mir viel zu schnell. Du mußt doch erst einmal den Diskurs...

Gauger: Diskurs ist klar.

Reitmüller: Das ist eben nicht klar. Das ist die Kontroverse.

Gauger: Aber für mich ist vielmehr die Frage: Welchen Widerstand unterstütze ich bei welchen Gruppen mit welcher Aussicht? Oder ist es für mich als einer metropolenbourgeoisen Bundesrepublikanerin völlig falsch, mich überhaupt darum zu kümmern? Diese Position gibt es ja auch.

Reitmüller: Du kannst nicht den zweiten Schritt vor dem ersten tun. Ich will jetzt nicht für eine rein theoretische Arbeit plädieren, aber es reicht nicht festzustellen, daß das hier ein Schweinesystem ist, und damit ist die Sache gesagt.

Gottwald: Stimmt allemal! Jetzt haben wir's.

Reitmüller: Es ist natürlich auch wichtig, daß Putz gemacht wird und daß sabotiert wird, was die Herrschenden machen. Nur reicht das nicht ganz. Da setzt das ein, wo ich erst einmal einen Zwischenschritt gerne einschalten würde, bevor ich gleich über Befindlichkeiten oder verschiedene Strategien oder Kampagnen rede: Wie wir herangehen an das, was in den drei Kontinenten passiert und was wir damit zu tun haben, das ist schon eine wichtigere und größere Diskussion, als daß ich gleich bruchlos übergehen kann zu dem, was jetzt angesagt ist.

Gottwald: Ihr sucht nach einem Klassenbegriff, der keiner ökonomischen Bestimmung unterliegt. Da kräuseln sich mir, als einer, die, vorsichtig gesagt, gerne Marxistin sein möchte, die Fußnägel. Wenn ich jetzt ganz gemein bin, läuft das, was ihr eben erzählt habt, oder auch das, was Ralf sagte, darauf hinaus, daß es darum geht, festzustellen, wer überall in der Welt unterdrückt ist, und dann ergibt sich aus der Gemeinsamkeit der Betroffenheit der Widerstand. Unterdrückte aller Länder vereinigt euch. Und schon tönt es aus allen Ecken: Ja, wird gemacht, ist in Ordnung, Alter! Für mich ist das so allgemein, daß ich praktisch politisch handlungsunfähig werde.

KONKRET: Es ist auch theoretisch nicht überzeugend. Ihr kommt in eurer Analyse ja auf die farbige Frau als, wie ihr schreibt, «lebendiger Nichtwert in der Erfahrung, im Leben und in den Kämpfen« – sie wird damit zu eurem wesentlichen Bezugspunkt. Die Schritte, die dort hinführen, sind aber nicht viel mehr als eine Aufzählung von Unterdrückungsmechanismen – keine Analyse der Kraft und der Möglichkeiten zur Umwälzung. Eure eigene Logik fortführend, müßte das entscheidende Subjekt, an dessen Kämpfen wir uns orientieren, die behinderte farbige Frau sein, weil das noch einmal eine Unterdrückungsstufe mehr ist...

Reitmüller: Da hast du recht. Nur wäre dann das Problem auf einer Massenebene ganz anders zu diskutieren: da kommt noch eine quantitative Dimension rein.

Syring: Die Kritik, die wir sehr ernst nehmen müssen, ist, daß unsere Analyse uns handlungsunfähig macht. Die Handlungsmöglichkeiten lassen sich aber nicht einfach ableiten; man kann nicht einfach sagen: Ihr habt jetzt das und das analysiert, und das hört sich ja ganz gut an, aber jetzt sagt auch mal, was ihr dann machen wollt. Das empfinde ich auch immer als eine Schwäche, weil ich auch am liebsten genau wissen will, was ich machen soll. Noch mal ein Beispiel aus El Salvador, wo ich im Gesundheitswesen gearbeitet und gesehen habe, daß da eine Art Basisgesundheitswesen anfing, in so einer kontrollierten Zone, und zwar nicht deshalb, weil ich dahin gekommen war und Bücher darüber gelesen hatte und wußte, daß es irgendwann einmal auf einer internationalen Konferenz proklamiert worden war und viele Leute sich Gedanken dazu gemacht haben, sondern weil es in dieser Situation gar nicht anders ging. Wenn man überhaupt so eine

Gesundheitsarbeit machen wollte, dann mußte man die so machen. Anders funktionierte sie nicht. So denke ich, daß Leute dort anfangen, sich zu wehren, und daß ihre Kämpfe dort eine Breite und Schlagkraft gewinnen, wo es keine anderen Wege mehr gibt. Insofern kann man nicht verlangen, daß auf eine Analyse sofort auch das Handlungskonzept folgt.

Gauger: Meines Erachtens ist das Schwierige an dieser Analyse, daß sie die Realität nicht trifft, weil sie derartig pauschal und derartig ungenau Widerstand definiert, sowohl in den drei Kontinenten als auch hier, und derartig viele Verallgemeinerungen vornimmt und vieles einfach überschätzt. Ein Beispiel sind die Flüchtlinge, die nach eurer Meinung ein enormes Widerstandspotential in sich bergen. Ich kann euch versichern, daß die Leute in der Aktion »Fluchtburg Berlin« am meisten geneigt waren, das ähnlich zu sehen; sie sind einfach aufgrund ihrer tatsächlichen Erfahrung, die sie mit den Flüchtlingen gemacht haben, dazu in erheblichen Widerspruch gekommen: Sie hatten nicht mit irgendeinem Widerstandspotential zu tun, sondern mit kaputten und anpassungswilligen Leuten.

Gottwald: Aus der Tatsache, daß Leute flüchten, kann man meines Erachtens weder folgern, daß sie dadurch per se revolutionäres Potential/Subjekt sind, noch daß sie es nicht sind. Das ist genau wie mit der Arbeiterklasse in der BRD. Das kann dir mit Arbeitern wie mit Flüchtlingen passieren, wie auch mit Frauen und anderen Leuten. Meine Herangehensweise wäre ja die, daß ich nicht sage: Aufgrund einer allgemeinen Weltanalyse komme ich auf den Bereich Flüchtlinge, und die organisieren Widerstand, und deshalb solidarisiere ich mich, sondern umgekehrt: Weil sich irgendwo Widerstand organisiert, gibt es für mich die Möglichkeit einer solidarischen Arbeit für diesen Widerstand und zusammen mit ihm.

Syring: Das gehört für mich zu den Fehlern, die wir gemacht haben, daß wir früher geguckt haben, weil wir uns organisieren wollten, wo sich irgendwelche Leute organisiert haben, und die waren dann die Partner und mehr oder weniger die Objekte unserer Hilfe. Wenn man genau hinguckt, was nun geschieht, dann ist doch verblüffend zu sehen, wie z.B. in Lateinamerika Leute Formen von Leben finden, die insofern Widerstand sind, als sie stets die ihnen auferlegten imperialistischen Konzepte durchkreuzen. Nicht erst dann, wenn die Leute sagen, daß sie sich jetzt organisieren und alle der Meinung sind, daß sie jetzt Widerstand leisten.

Gottwald: Das ist die Kategorie der Verweigerung.

Syring: Es ist mehr. Es ist nicht nur eine Verweigerung. Diese Kreativität in der Fähigkeit, unter den elendigsten Bedingungen, die von außen aufgepreßt sind, das, was irgendwelche Strategen sich überlegt haben, einfach kaputt zu machen, nicht nur sich denen zu verweigern, sondern das Konzept zu durchkreuzen, so daß die Strategen gezwungen sind, sich wieder ein anderes zu überlegen. Das ist doch mehr als nur etwas nicht zu tun.

Gauger: Dieser ursprüngliche Widerstand, den kannst du ja seit Bestehen der Menschheit beobachten. Das Problem ist doch aber, daß der sich nicht kreativ, rein und ursprünglich erhält, sondern daß aus ihm Bewegungen und Parteien und Machtkämpfe und Streit und Rechts und Links entstehen.

KONKRET: In den meisten Fällen kommt aus den Riots und Hungerrevolten überhaupt nichts Organisiertes heraus. Diese Primitivform des Widerstandes ist keineswegs etwas, was dauerhaft die Konzepte der Herrschenden durchkreuzt: Schließlich verfügen sie über ein genau für diese Widerstandsformen konzipiertes reichhaltiges Repressionsarsenal; sie sind nicht stets aufs Neue überrascht, wenn wieder eine Hungerrevolte losbricht. Und wenn man die Entwicklung im Anschluß an derartige Riots beobachtet, dann ist es die Regel, daß daraus nicht wirklich ein Stück Gegenmacht gewachsen ist.

Syring: Daß es auch Situationen von Unterdrückung und Situationen von Elend gibt, die nicht Solidarität produzieren, sondern die Solidarität verhindern, wissen wir auch, so wie wir auch die Begrenztheit der Durchsetzungschancen des Widerstands an vielen Punkten sehen. Aber in einer Situation, in der der Regelfall ist, daß der Flüchtling, der hier ist, zum Objekt von Sozialarbeit wird und daß man ihn als ein armes und elendes Opfer betrachtet, finden wir es wichtig, auch eine andere Seite davon zu sehen und die dann auch zu betonen in der Auseinandersetzung. Es gibt das Beispiel der Geschichte der Allianz für den Fortschritt in Lateinamerika, wo ja Millionen Menschen in die Emigration gezwungen worden sind, wo sich dann aber gezeigt hat, daß genau das eine Seite bekommen hat, die sich gegen diejenigen, die es produziert haben, gewandt hat. Das hat nicht nur damit etwas zu tun, daß sie einen Fehler gemacht haben, sondern das hat auch damit etwas zu tun, daß sich die Leute nicht einfach so zum Objekt haben machen lassen.

Gauger: So könnte ich dem auch folgen.

Syring: Das Wesentliche daran ist doch, daß wir diesen Aspekt der sozialen Prozesse ganz oft vergessen haben.

Gauger: Und ihr überbetont ihn.

Syring: Darüber kann man sich auseinandersetzen, welches Gewicht er hat. Für mich war es eine wichtige Erkenntnis, zu sehen, daß etwa die Leute, die in El Salvador aus der Zone, in der ich auch war, wenn es starke Bombardierungen gab, rausgegangen sind, nun nicht plötzlich zusammenfielen und Flüchtlinge und Opfer wurden und dann sozusagen verloren waren für den Kampf, sondern daß ein anderer Prozeß in Gang kam: Die Leute, die die Erfahrung von Ansätzen selbstbestimmten Lebens gemacht haben, kamen danach woanders hin und verbreiteten ihre Erfahrungen im ganzen Land.

Gottwald: Das, was du jetzt betonst, ist eine berechtigte Reaktion auf eine Solidaritätsbewegung der Vergangenheit, also die klassische Internationalismusarbeit, die in der Regel eine Solidarisierung mit einer Befreiungsbewegung oder sogar nur einer Partei vornimmt und sich sonst um überhaupt nichts kümmert. Daß ihr jetzt von der anderen Seite kommt und sagt, drumherum gibt es so vieles, was interessant ist, auch unter der Perspektive Widerstand – das finde ich in Ordnung. Ich glaube nur, das andere Gruppen, die sich nicht zum Spektrum der Solidaritätsgruppen zählen, während der ganzen Jahre ganz ähnliche Ansätze verfolgt haben, ohne daß sie versucht haben, daraus eine politische Theorie zu machen. Viele kirchliche Organisationen arbeiten ja seit Jahr und Tag in solchen Bereichen und haben genau diese Erfahrung gemacht, die ihr jetzt niederschreibt. Es ist ja nicht immer nur Arbeit mit Opfern gewesen, sondern sie nennen das dann Formen der Selbstorganisation. Eure Erkenntnisse sind also nicht so neu. Ich bekomme erst dann Probleme damit, wenn das jetzt alternativ diskutiert wird: Das, was wir früher gemacht haben, ist Käse von gestern, und jetzt kümmern wir uns um die andere Seite. Einfaches Umsatteln kann nicht die Alternative sein, zumal eine Befreiungsbewegung wie die FMLN ja genau die Leute auch als Basis hat, die du beschreibst, zum Beispiel die Flüchtlinge.

Gauger: Das sehe ich anders. In Nicaragua wissen wir ja, daß da ab dem Moment, wo die Sandinisten an der Macht waren, diese Basissachen und die Formen des Widerstandes, die noch nicht von den Sandinisten vereinnahmt waren und die noch daneben oder dagegen vorhanden waren, quasi verschwunden sind. Sie hatten überhaupt nicht die Möglichkeit, sich weiter zu entwickeln. Damit möchte ich mich gerne auseinandersetzen. Das kann man ja nicht vermeiden. Wir können ja nicht hingehen und sagen, daß sie immer Basis bleiben sollen. Das ist bei uns hier ja auch immer das Problem. Bei uns sind die Grünen auch Regierungspartei geworden in Westberlin**.**

Gottwald: Ich will auch gar nicht immer unten stehen in der Geschichte. Das kann nicht die Perspektive sein.

Gauger: Was machst du aus dieser Entwicklung ? Sagst du: Gut, anders geht es nicht, es ist halt so, und deshalb müssen wir uns letztlich mit den organisierten Formen auseinandersetzen, die daraus entstehen, und müssen mit denen solidarisch sein und müssen deren Weg unterstützen? Oder müssen wir uns mit ihnen auseinandersetzen, oder müssen wir gegen sie sein oder was?

Gottwald: Du fragst immer, was wir denn machen sollen. Mein Ansatzpunkt dafür ist nicht primär der, zu beurteilen, wie die Politik in Nicaragua im Detail ist und mit wem ich mich dort solidarisieren kann. Wo gibt es noch Basisgruppen, die authentisch irgendetwas machen, also nicht, wie Rose immer sagt, vereinnahmt sind von sandinistischer Politik. Ich gehe stattdessen davon aus, daß Nicaragua für mich nach wie vor ein politisches Projekt ist, das ich unterstütze, auch wenn ich im Detail Kritik habe. Um es unterstützen zu können, muß ich mir angucken, wie von hier aus Politik gegen Nicaragua gemacht wird, und das bietet mir dann den Ansatz, mich politisch einzumischen. Die primäre Auseinandersetzung läuft natürlich hier. Von daher muß ich mir als primären Ausgangspunkt für politische Arbeiten natürlich die Konstellation im eigenen Land angucken. Ich glaube – und da treffen wir uns möglicherweise wieder nicht – , daß der wesentliche Ausgangspunkt für Veränderung in der sog. Dritten Welt nicht der Widerstand in der Dritten Welt ist, sondern die Politik, die von den Metropolen aus gemacht wird. Dabei geht es nicht vor allem um die eigene Befreiung, sondern erst einmal ganz pragmatisch um eine Veränderung der offiziellen Politik.

Reitmüller: Ich finde schlimm, daß dich die Situation in den Kämpfen im Detail nicht so interessiert. Man muß bestimmte Sachen erst einmal ausbreiten, um sie wahrzunehmen. Das ist in der Frauenbewegung ja auch so gewesen, daß bestimmte Sachen erst einmal groß in die Wahrnehmung gerückt werden mußten, auch im Detail, damit man sich für ein neues Thema erst einmal möglichst viele neue Herangehensweisen breit aneignen konnte. Hinterher kann man das wieder synthetisieren, zusammenbringen auf den Punkt. Um einen bestimmten neuen Weg beschreiben zu können, mußt du erst einmal die Materialien dir zu Gemüte führen und zwar ziemlich breit, weil es sonst nicht rein geht.

Gottwald: Also Rose, du hast es ja offensichtlich nicht mehr so mit der FMLN wie vor ein paar Jahren, weil irgendetwas dich stört an der FMLN. Jetzt können wir darüber im Detail diskutieren, was dir so nicht paßt. Dann sage ich, daß das nicht mein Ansatz ist. Ich habe natürlich irgendwie Kriterien im Kopf, wie ich eine Befreiungsbewegung einschätze. Für mich ist nicht primär ausschlaggebend, daß eine Befreiungsbewegung besonders radikal und militant sein muß, sondern daß sie sich möglichst weit in ihrer Umgebung legitimieren kann als Träger von politischen Prozessen und Organisationen. Wie die intern innerhalb der FMLN bestimmte Debatten organisieren, wie die mit bestimmten Bereichen umgehen und was ich alles frustrierend finden kann und die Frauenfrage usw. – das mag mich ärgern, aber ich mache davon meine politische Solidarität nicht abhängig und zwar dann nicht, wenn ich meine feststellen zu können, daß die FMLN eine breite politische Legitimation im Land selber hat.

KONKRET: Und wie unterstützt du die katholische Kirche und die Solidarnosc, die ja dieses Kriterium zweifelsohne voll erfüllen?

Gottwald: Das ist ein konterrevolutionäres Projekt. Ich rede von linken Befreiungsbewegungen.

Gauger: Aber es ist schwierig, zu sagen, was richtig links ist. Unter einer linken Fahne sind viele angetreten.

Gottwald: Ich finde es nicht schwierig, zu sagen, daß Solidarnosc keine linke Bewegung ist. Wenn ich hingegen feststelle, daß diese ganzen revolutionären Marxisten/Leninisten, wie sie sich nennen, von der FMLN, zu 80 Prozent fromme Katholiken sind, was dann? Dann kann ich dazu nur sagen, daß ich damit nichts zu tun habe – aber davon mache ich meine Solidarität nicht abhängig.

Gauger: In der Tendenz ist vieles so, wie ich es auch sehe, aber es ist mir noch zu abgehoben. Was Gabi sagt, kann ich sagen, solange ich die Leute nicht kenne. Das kann ich sagen, solange ich mit denen nicht verhandeln muß, solange die mich nicht bitten, sie da und dort zu unterstützen...

Gottwald: Nein Rose, das stimmt nicht. Du mußt dich nicht immer mit deinem eigenen Zeug im Kopf. . .

Gauger: Das ist tatsächlich mein Problem: Weil ich dieses Zeug im Kopf habe – was die Frauen betrifft, was die Vorstellungen von Demokratie betrifft, was die Vorstellungen von Organisation betrifft, was die Vorstellung von Funktionärstum betrifft usw. – ,weil ich da meinen Kopf nicht aushängen kann, weil ich außerstande bin, solidarisch zu sein, wenn sie sich gegenseitig umbringen, und ich mich anlügen lassen muß von morgens bis abends, weil ich natürlich auch Quellen hab', die mir sagen, daß es anders war, als es offiziell bekanntgegeben wird. Nur zu sagen, daß sie die Unterstützung in der Bevölkerung haben müssen, das reicht nicht. Ich habe die Feststellung gemacht, daß die meisten, die solidarisch sind, nach sehr kurzer Zeit gezwungen werden, 50 Prozent ihrer Informationen bei sich zu behalten, 25 nur am Biertisch zu verhandeln und 25 Prozent über das Ganze zu stülpen, um daraus was zu machen, was es in Wirklichkeit nicht gibt. Wahrscheinlich sind die, die das so können wie du, die einzigen, die Solidaritätsarbeit machen können. Aber erstens sind es sehr wenige und zweitens besteht die Gefahr, daß sie an einen Punkt kommen, wo sie nicht mehr weiter kommen. Dann wendet man sich wieder ab, wie es in Algerien war, in Vietnam, Angola, Mocambique.

Syring: Ich möchte mich nicht zu den Leuten rechnen, die unter diesen Gesichtspunkten Solidaritätsarbeit machen.

Gottwald: Ich mich auch nicht!

Syring: Ich glaube, daß viele der Phänomene, die du beschrieben hast, auftauchen, wenn man einer Befreiungsbewegung nahe kommt. Es sind aber nicht die entscheidenden Phänomene. Andererseits glaube ich, Gabi, kommst du natürlich in Riesenschwierigkeiten, wenn du sagst, daß du die unterstützt, die eine Verankerung in der Bevölkerung haben. Das ist wohl doch ein ganz untergeordnetes Kriterium, weil du dann z.B. eine Befreiungsbewegung nie am Anfang unterstützen könntest. Das Problem ist nicht, ob die meisten in der Bevölkerung solch eine Bewegung unterstützen, sondern ob es innerhalb dieser Bewegung, z.B. der FMLN, Prozesse gibt, die Ansätze davon erkennen lassen, daß sie das, was ihr Motiv ist für den Kampf, nämlich daß sie ein besseres Leben haben wollen, verwirklichen. Ich kann aber nicht sagen, daß Leute in Befreiungsbewegungen, die Unterstützung brauchen, erst bessere Menschen sein müssen als wir alle und nur Gutes tun dürfen und keine Korrupten in den eigenen Reihen haben können.

Reitmüller: Ein Beispiel wäre für mich das Verhältnis einer Bewegung zu den Frauen. Wie verhalten sie sich eigentlich zu dem «Geburtenüberschuß«? Lehnen sie Sterilisationsprogramme ab? Wie verhalten sie sich bei der Organisation der Arbeit, den Löhnen und Existenzminima oder sozialpolitisch?

Syring: Ich denke, daß man sich mit Vertretern von Befreiungsbewegungen genauso wie mit anderen Menschen über unterschiedliche politische Auffassungen auseinandersetzen kann, ohne in die Ecke von Dissidenten gestellt zu werden. Ich habe mir oft überlegt, an welchen Punkten es regelmäßig problematisch wird. Meine Erfahrung mit Vertretern der afrikanischen Befreiungsbewegungen und der FMLN sieht so aus: Wenn klar ist in der Auseinandersetzung, daß unsere Verantwortung darin besteht, Politik da zu machen, wo wir sind, nämlich hier, und daß wir unter diesem Gesichtspunkt diskutieren – dann gibt es keine Schwierigkeiten. Ich streite mich fürchterlich mit Vertretern von Befreiungsbewegungen, die mir sagen wollen, was wir demnächst machen müssen. Die Nähe besteht doch darin, daß wir auf irgendeiner Stufe etwas Gemeinsames wollen, und deshalb ist es so wichtig, sich die sozialen Prozesse anzugucken und nicht, was die diplomatische Kommission der Befreiungsbewegung in einer bestimmten Situation für eine Erklärung abgibt.

Gottwald: Das heißt, daß du nur mit jemandem zusammenarbeiten kannst, wenn beide Seiten ihre eigenen Ausgangspunkte definieren können. Du hast eine andere Situation als die Befreiungsbewegung, und du hast einen anderen Handlungsrahmen, und du hast unter Umständen auch andere Interessen.

Syring: Laßt mich das mal an einem Beispiel deutlich machen. Im Augenblick wird in den Nicaraguagruppen diskutiert, die BRD aufzufordern, Nicaragua Entwicklungshilfe zu geben. Ich finde es nicht unmöglich, daß Nicaragua von der BRD Entwicklungshilfe fordert oder daß die mittelamerikanischen Präsidenten die Bundesregierung auffordern, Truppen nach Mittelamerika zu schicken. Aber es kann doch nicht eine bundesdeutsche Solidaritätsgruppe die Bundesregierung – also die Regierung, von der wir wissen, was sie in der Welt macht – auffordern, Entwicklungshilfe nach Nicaragua zu geben. Genau an den Punkten müssen wir uns und können wir uns auch etwa mit Vertretern von mittelamerikanischen Organisationen, auch mit der FMLN, auseinandersetzen. Ich kann prima mit Leuten aus der FMLN diskutieren, die sagen, wir wollen, daß die EG sich bei uns mehr einmischt, und ich sage, daß wir alles tun werden, um das zu verhindern. Eine afrikanische Befreiungsbewegung, mit der ich viel zu tun hatte, hat damals, nachdem sie an der Macht war, von uns immer wieder

gefordert, wir sollten uns nun um gute Verhältnisse zur SPD bemühen, weil sie daran interessiert seien, Hilfe zu bekommen, bis ich irgendwann gesagt habe: Wir sind weiterhin eine antiimperialistische Gruppe, und wir kungeln nicht mit der SPD: Dann konnten sie das auch akzeptieren.

Gottwald: Es ist wichtig, sich immer erst einmal als eigene Bewegung im eigenen Land zu definieren und nicht als irgend jemand, der für irgend jemanden etwas macht. Nur wenn man das letztere macht, kommt es zu diesen Komplikationen, daß man meistens glaubt, was die einem erzählen, alles schön, Nicaragua ein einziges Land von Bauern, die Bilder malen... Taucht dann der erste Konflikt auf, wie mit den Misquito-lndianern, bricht alles weg. Das meine ich mit naiv. Eine Illusion jagt die nächste. Das Ganze ist sowieso blanke Ideologie und hat mit Politik gar nichts zu tun. Ich kenne Leute aus dem grünen Bereich, viele sitzen heute in Frankfurt, die früher sehr solidarisch mit dem Vietkong waren, etliche Millionen Mark denen offensichtlich geschenkt haben und sich dann gefragt haben, was die mit ihrer Knete machen, und heute unglaublich hart mit der Solidaritätsbewegung hier umspringen und sagen: Ihr macht Solidarität mit der FMLN, habt ihr euch mal angeguckt, wer das ist? Die vertreten doch gar nicht unsere Ideen, und die Frauenquotierung haben sie auch noch nicht... So kann man keine Solidaritätsarbeit organisieren. Dann kommt es zu diesen Konflikten. Der andere Weg ist natürlich einer, wo du ein sehr großes Spannungsverhältnis hast zwischen dem, womit du dich solidarisierst, und deiner eigenen Arbeit hier.

Reitmüller: Derzeit gibt es weniger eine Strategie als ein ständiges Reagieren auf ganz aktuelle Geschichten: Libyen wird bombardiert, dann gehen wir auf die Straße. Ich halte dies nicht für den richtigen Weg. Ich finde es besser, einfach einmal ganz systematisch darzustellen, daß es imperialistische Projekte gibt mit Vernichtungs- und Sozialtechniken, die von hier aus vorangetrieben werden, die wir zu blockieren hätten, wenn wir es könnten. Das ist die eine Seite, das, was das Böse ist, einfach zu stoppen. Das andere ist die Kampfseite von unten. Wie können wir vorhandene Befreiungsbewegungen, Prozesse, soziale Bewegungen hier unterstützen. Diese beiden Aspekte müßten wir synthetisieren. Als es angesichts der Hatz auf sogenannte Asylanten um Ausländerpolitik ging, ist das losgegangen auf verschiedensten Ebenen: von der freien Flüchtlingsstadt bis hin zu Anschlägen auf Leute, die sich schuldig gemacht haben. Das ist ein breites Spektrum, wo etwas blockiert wird, was erst einmal eine Einheit darstellt. Das würde ich jetzt nicht auseinanderdifferenzieren in diese oder jene Kampfform, sondern da soll ein ganz bestimmtes imperialistisches Projekt behindert, sabotiert, verhindert werden. Die andere Seite ist bekanntlich die gentechnologische und bevölkerungspolitische Seite, die in den letzten Jahren als zentrale Sache bekannt und diskutiert wurde. Da sind ja auch viele Sachen zu gelaufen. Das verstehe ich auch als einen Teil von dieser Solidaritätsarbeit, sich solche zentralen Sachen hier in der Metropole vorzuknöpfen, da einzuhaken und etwas zu entwickeln.

konkret 05/89, S. 52

Christoph Türcke

Der Meister

Der Fall Jürgen Habermas oder Wie die kritische Theorie gesellschaftsfähig wurde

Habermas zu kritisieren ist keine Kunst. An allen Ecken und Enden des Wissenschaftsbetriebs geschieht das. Wer im philosophischen und zeitgeschichtlichen Diskurs Profil gewinnen will, sei es mit einer Stellungnahme zur Postmoderne, Systemtheorie oder zum Historikerstreit, muß auch irgendwo irgendetwas an Habermas auszusetzen haben. Sogar die engsten Mitstreiter des Meisters grenzen sich hier und da von ihm ab. Das zeigt freilich nur, wie sehr er als *der Meister gilt,* der wie kein anderer das kritische Erbe der europäischen Aufklärung mit den modernsten wissenschaftlichen Strömungen und Standards vermittelt hat und sich dank eines unerhörten Arbeitspensums dabei stets auf der Höhe der Diskussion befindet. Diesseits und jenseits des Atlantik wird er denn auch hartnäckig als der Kopf verehrt, in dem die kritische Theorie über sich hinauswuchs, wissenschaftlich akzeptabel – gesellschaftsfähig wurde.

Woher dieser Erfolg? Daß er ihn nicht übermäßiger schriftstellerischer Brillanz und Geschliffenheit der Darstellung verdankt, weiß Habermas selbst und hat gelernt, dazu zu stehen. »Ich nehme inzwischen mehr rohe Rede in Kauf.« Das »Element der 'schönen Zunge', wie Grass einmal über Adorno gesagt hat, ist immer mehr zurückgetreten«. Es stach freilich schon in den 60er Jahren nicht sehr hervor, als er Hand an die kritische Theorie legte. Bei Horkheimer fand er sie definiert als »die theoretische Anstrengung, die im Interesse einer vernünftig organisierten zukünftigen Gesellschaft die gegenwärtige kritisch durchleuchtet«, und dabei »keine spezifische Instanz für sich« hat als eben dies »mit ihr selbst verknüpfte Interesse an der Aufhebung des gesellschaftlichen Unrechts«, durch das sie sich vom bloßen Fachgelehrtentum unterscheidet. Letzteres »zieht sich aus der Affäre, es hat kein Interesse als – die Wissenschaft.«

Diese gegensätzlichen Interessen, die selbst nichts Theoretisches sind und der Theorie doch die jeweils entscheidende Richtung geben, waren besonders geeignet, Habermas' wissenschaftliches Interesse zu wecken. Horkheimer hatte sie nämlich bloß benannt und darauf hingewiesen, daß die Menschen auch als hingebungsvollste Fachgelehrte und Wissenschaftler nicht aufhören, Triebwesen zu sein und eine bestimmte Stellung in der Gesellschaft einzunehmen, daß eine davon unabhängige reine Wissenschaft ebenso illusorisch ist wie freischwebender Geist, daß daher die atheoretischen Impulse, ohne die es keine Theorie gäbe, ihrerseits reflektiert und in vernünftige Regie genommen werden müssen, wenn es zu einer selbstbewußten, vernünftigen Einrichtung der Gesellschaft jemals kommen soll. Hingegen hatte Horkheimer es unterlassen, besagte Interessen zu einem gesonderten Gegenstand wissenschaftlicher Forschung zu machen. An Interessen an sich hatte er kein Interesse.

Anders Habermas. Die Interessen, die in Theoriebildung, ob man will oder nicht, immer schon eingehen, bloß auf die jeweilige Konstellation von Individuen und Gesellschaft zurückzubeziehen – das war ihm zuwenig. So schürfte er tiefer, bis er bei »anthropologisch tiefsitzenden allgemeinen Strukturen« anlangte, »die sich in der Hominisationsphase ausgebildet haben und den Ausgangszustand der sozialen Evolution festlegen: Strukturen, die vermutlich in dem Maße entstanden sind, wie das kognitive und motivationale Potential der Menschenaffen unter Bedingungen sprachlicher Kommunikation umgeformt und reorganisiert worden ist.« Diese Strukturen nennt Habermas »erkenntnisleitende Interessen«. Sie »beschreiben den logischen Spielraum«, in dem konkrete Erkenntnis stattfindet, sind aber weder »empirische Neigungen oder Einstellungen« noch jene Formen, die nach Kants Einsicht das Denken immer schon haben muß, wenn es überhaupt etwas denken und erkennen will.

Bemerkenswert. Die »anthropologisch tiefsitzenden Strukturen« strukturieren weder die Triebe noch den Intellekt – und sollen gleichwohl dort »sitzen«, wo Triebe und Intellekt in artspezifische Aktion treten: in menschlicher Arbeit und Sprache. Durch Arbeit wird die äußere Natur angeeignet, durch Sprache verständigen sich die Menschen untereinander und organisieren ihr Zusammenleben. Arbeit und Sprache sind zweierlei. *Daher, so* Habermas, hat jede von beiden auf ihre Weise einen eigenen erkenntnisleitenden Mechanismus sitzen. Die Wirklichkeit zerfällt in zwei Bereiche mit je eigener Logik. Beginnen wir zu arbeiten, so betreten wir den »Funktionskreis instrumentalen Handelns«, und in diesem steht alles Erkennen und Tun ausschließlich »unter dem Gesichtspunkt möglicher technischer Verfügung«. Das erkenntnisleitende Interesse ist ein technisches. Aber Arbeit ist nicht alles. Es gibt auch noch den »Zusammenhang kommunikativen Handelns«, und in den treten wir ein, wenn wir mit anderen sprechen. Das nennt man »symbolisch vermittelte Interaktion. Sie richtet sich nach obligatorisch *geltenden Normen,* die reziproke Verhaltenserwartungen definieren«. »Der *institutionelle* Rahmen einer Gesellschaft besteht aus Normen, die sprachlich vermittelte Interaktionen leiten«. Das erkenntnisleitende Interesse, das hier waltet, ist ein praktisches: es ist nicht auf Naturbeherrschung aus, sondern »der Intention des 'guten Lebens'« verpflichtet.

Daß es derselbe Mensch mit demselben Intellekt ist, der da arbeitet und mit andern spricht, daß seine Denkformen dabei gleichbleiben und nicht die Gestalt mal einer technischen, mal einer kommunikativen Logik annehmen, ist gar nicht erst Thema. Weil Arbeit und Sprache nicht dasselbe sind, fällt kurzerhand auch die Frage aus, wie sie vermittelt sind – die

entscheidende Frage, wie schon ein kurzer historischer Rückblick zeigt. Bekanntlich waren Arbeit und Magie einst ungeschieden. Beschwörung der Wettergottheiten, daß sie die Feldfrüchte gedeihen lassen mögen, gehörte ebenso zur Beschaffung der Lebensmittel wie Säen und Ernten.

Man mußte sich den Mächten und Kräften der Natur unterwerfen, ihre Oberhoheit anerkennen, wenn man sie den eigenen Zwecken dienstbar machen wollte. Und wenn ihnen auch Aufklärung nach und nach die göttliche Maske abgerissen und sie als unpersönliche, berechenbare Gesetzmäßigkeiten enttarnt hat, so blieb diese Notwendigkeit doch bestehen. Die Kräfte der Natur lassen sich nur verfügbar machen, sofern man ihre Eigengesetzlichkeit anerkennt. Das gilt selbst noch für Auftragsforschung. Kein Experiment glückt ohne Wechselseitigkeit. Nur wenn es der Natur gemäß, d.h. in Anerkennung ihrer Eigengesetzlichkeit verfährt, wird umgekehrt seine Bemühung auch von der Natur anerkannt. Sie weiß das nicht, aber sie tut es. Sie gibt ihre Geheimnisse nur soweit preis, wie ihr die richtigen Fragen gestellt werden.

Wie es keine technische Verfügung über Natur gibt ohne Anerkennung, so gibt es keine Anerkennung der Mitmenschen ohne Verfügung über sie. Mit Bedacht hatte Kant seine moralische Forderung an »vernünftige Wesen« darauf eingeschränkt, daß »jedes derselben sich selbst und alle anderen niemals bloß als Mittel, sondern jederzeit zugleich als Zweck an sich selbst behandeln solle.« Einander *ausschließlich* als Zweck und *nie* als Mittel zu behandeln, ist Menschen nämlich, solange sie als bedürftige Naturwesen einer arbeitsteiligen Gesellschaft angehören, unmöglich. Sie sind schlicht nicht lebensfähig, ohne sich die Produkte, Einsichten, Ratschläge anderer zu eigen zu machen, sie als Mittel zur Selbsterhaltung zu gebrauchen, und noch das oberflächlichste Gespräch läßt sich nicht führen, ohne in irgendeiner Weise Zeit, Aufmerksamkeit und Fähigkeiten des anderen in Anspruch zu nehmen – über sie zu verfügen. Nicht *daß* verfügt wird, sondern *wie,* ist entscheidend.

Genauso wie in der Naturbeherrschung selbst schon die »Intention des 'guten Lebens'« steckt – rohe, unbeherrschte Natur ist der Feind aller Humanität – , so steckt in der Kommunikation selbst schon die Verfügung über andere, und ein Geist, der das nicht bemerkt und beide fein säuberlich auf zwei »Funktionskreise« mit je eigener Logik verteilt, wendet ein eigentümlich ungeistiges Verfahren an. Er legt das sich wechselseitig Durchdringende mechanisch auseinander, ordnet es zwei erkenntnisleitenden Interessen unter, die, ohne einander zu behelligen oder zu berühren, »anthropologisch« ungefähr so »tiefsitzen« wie zwei geräumige Schubladen im selben Schreibtisch.

Daß diese zweiteilige Welterschließung hinten und vorne nicht stimmt, hat ihrem Erfolg keinen Abbruch getan. Dazu war sie einfach zu leistungsfähig. Zum einen tat sie der kritischen Theorie Genüge: ihrer Einsicht, daß es eine von atheoretischen Interessen freie »reine« Theorie nicht gibt. Zum andern tat sie der Wissenschaftlichkeit Genüge: laborierte am »transzendentalen Stellenwert« dieser Interessen und ihrer Bedeutung für »die Architektonik von Forschungsprozessen«. Drittens bestach sie durch Differenziertheit. Der Wirtschaftswundermentalität der 60er Jahre, die den Volkswohlstand für eine ausreichende Rechtfertigung der Gesellschaftsordnung und seine Steigerung für den Sinn des Lebens hielt, ließ sich nämlich weismachen, warum sie so beschränkt sei: weil sie die Fragen nach dem guten Leben, die doch ins »Bezugssystem des kommunikativen Handelns« gehören, zu den technischen Fragen schlage, den »Funktionskreis des instrumentalen Handelns« mit einem Normengeber verwechsele und so der verblendenden Kraft des wissenschaftlich-technischen Fortschritts aufsitze, »die den *Dualismus von Arbeit und Interaktion* im Bewußtsein der Menschen *zurücktreten* läßt«. Woraus sich viertens die Wiederentdeckung dieses »anthropologisch tiefsitzenden« Dualismus als *die* ideologiekritische Aufgabe und fünftens eine hoffnungsvolle Handlungsperspektive ergaben: der technischen Rationalisierung eine *»Rationalisierung auf der Ebene des institutionellen Rahmens«* an die Seite zu stellen: *»Entschränkung der Kommunikation«,* »öffentliche, uneingeschränkte und herrschaftsfreie Diskussion über die Angemessenheit und Wünschbarkeit von handlungsorientierenden Grundsätzen und Normen«. Wo der gute alte Dualismus zu seinem Recht gebracht wird, wo das Interesse an den Fragen des guten Lebens aus dem Bann des technischen Interesses heraustritt und die Verwischung beider als das ideologische Grundübel der Epoche erscheinen läßt, da leitet es seinerseits kritische Erkenntnis und läutert sich zum *»emanzipatorischen Erkenntnisinteresse«.*

Wir machen uns heute kaum noch klar, wie sehr die Wortschöpfung »Erkenntnisinteresse« in den 60er Jahren zündete. Im Jargon ganzer Studentengenerationen hatte sie ihren festen Platz. Zu Beginn eines Seminars wurden nicht Arbeitsvorhaben und Erwartungen der Teilnehmer diskutiert, sondern deren »Erkenntnisinteresse« am Thema. Hobbies, Steckenpferde oder Spezialgebiete einer Person waren auf einmal deren besonderes »Erkenntnisinteresse«, und wer keine Lust hatte, Kant, Hegel oder sonst Beschwerliches zu studieren, der erklärte, eben dies sei nun gerade nicht sein »Erkenntnisinteresse«. Habermas ist für solche Auswüchse ebensowenig verantwortlich wie Heidegger für den Jargon der Eigentlichkeit. Er kann nichts dafür und hat ihnen doch Modell gestanden. Die Protestgeneration lechzte nach einer neuen Sprache. Das existentialistisch durchsetzte Begriffsschmalz der 50er Jahre war ihr ebenso zuwider wie die Wirtschaftswundermentalität. Wenn nun ein analytischer, erklärtermaßen kritischer Kopf mit einer nüchternen soziologischen Terminologie kam, die Systeme und Subsysteme, Handlungstypen und Definitionsebenen fein säuberlich schied und sich bestens in die Kästchen von Diagrammen und Tabellen fügte, so wurde darin nicht die Sprache der Verwaltung, sondern der Befreiung gesehen. Sätze wie »Den Weg des wissenschaftlich-technischen Fortschritts markieren die epochalen Neuerungen, durch die Schritt für Schritt der Funktionskreis instrumentalen Handelns auf die Ebene von Maschinen abgebildet wird« wurden nicht als die

gewöhnlichen Stilblüten bemerkt, die jeder Deutschlehrer darin erblicken müßte, sondern als Proben einer neuen Sprechweise begrüßt, die so etwas wie das Haus des kritischen Geistes zu sein versprach: die neue Heimat der Intellektuellen.

Nicht von ungefähr wurde das »Erkenntnisinteresse« darin zum besonderen Vorzeigestück. In diesem Wort kristallisierte sich nämlich Zweierlei zugleich: sowohl das Bedürfnis nach kritischer Theorie als auch der Wunsch, sie möge letztlich nicht recht haben. Von dieser Ambivalenz war nicht nur die 68er Bewegung geschüttelt. In gewisser Weise steckt sie in der kritischen Theorie selbst. Zu deren großen Leistungen gehört bekanntlich, die beiden großen Schrecken der 30er Jahre, Faschismus und Stalinismus, aus dem Bewegungsgesetz der modernen bürgerlichen Gesellschaft begriffen zu haben. Sie war einig mit Marx darin, daß diese Gesellschaft ihre eigenen Totengräber erzeugt. Doch wer diese Totengräber sein werden, ob eine sich solidarisch zum Besseren zusammenschließende Klasse oder die Führer und Schergen des autoritären Staats, steht der herrschenden Wirtschaftsordnung, so offensichtlich ihr Zwang zu globaler Expansion, Überproduktion, Krise, Pauperisierung, Militarisierung, Erdauslaugung auch sein mag, nicht an der Stirn geschrieben. »Aus den von Marx entdeckten ökonomischen Gesetzen 'folgt' nicht der Sozialismus«, notierte Horkheimer schon vor 1933. »Der Sozialismus«, jedenfalls der, der diesen Namen verdiente, »ist eine bessere, zweckmäßigere Gesellschaftsform, deren Elemente in gewisser Weise im Kapitalismus vorhanden sind.« Aber: »Niemand vertraute sich ohne äußerste Gefahr der Brücke über einen Abgrund an, deren Konstruktionsprinzipien auf keine exakteren Erfahrungen begründet wären als der Eintritt des Sozialismus.« Illusionslos zu sehen, daß er nicht eintritt, und sich dabei gleichwohl nicht zu beruhigen; zu begreifen, was sein Eintreten verhinderte, um ihm wenigstens geistig die Tür offenzuhalten – nur begriffene Hindernisse sind überwindliche Hindernisse – das war von nun an, von den 30er bis 60er Jahren, das Beharrliche und Identische in der durchaus wechselhaften und heterogenen Arbeit der kritischen Theoretiker: ihre gemeinsame »Flaschenpost« .

»Wir alle haben uns dann freilich in den Sechziger Jahren sehr gewundert«, bemerkt Leo Löwenthal, »mit welch einem Knall diese Flasche entkorkt worden ist« – als ein ganzer Schub junger Intellektueller, angewidert von der Volkszufriedenheit mit Wirtschaftswunder und Nato, von der Bagatellisierung der NS-Vergangenheit, vom Vietnamkrieg des freiesten Landes der Erde – die kritische Theorie entdeckte. Sie war die Möglichkeit, dies alles zu begreifen, der eigenen Empörung Sprache und Vernunft zu verleihen und die Herrschenden erzittern zu lassen; sie war aber auch Ausdruck der Unmöglichkeit, das Begriffene umzuwälzen, denn sie mochte sich über die realen Machtverhältnisse nicht betrügen. »Gegen die, welche die Bombe verwalten, sind«, nach einem Wort Adornos, »Barrikaden lächerlich«, wie Flugblätter am Fabriktor gegen die Bewußtseinsindustrie .

In solchen Feststellungen steckt die ganze Ambivalenz der kritischen Theorie. Sie ist sowohl Bewußtsein der Umwälzungsbedürftigkeit der Verhältnisse als auch das Bewußtsein von der Übermacht, die dem entgegensteht – und daher unweigerlich mit seelischen Wechselbädern verbunden, die nicht jedem bekommen. Schwer vorstellbar, daß nicht auch Horkheimer und Adorno in stillen Stunden von dem Gedanken beschlichen wurden, die Verhältnisse seien gar nicht so übermächtig, wie sie immer meinten. Daß Marcuse in späten Jahren solche Anwandlungen hatte, ist aktenkundig. Er setzte dann etwas vorschnell auf radikale Kunst, gewisse Randgruppen oder Feminismus revolutionäre Hoffnungen, die mit seiner eigenen Gesellschaftsanalyse so recht nicht übereinstimmten. Nur sollte man darüber nicht wiederum vorschnell den Stab brechen. Der Wunsch, Unrecht zu haben, gehört in gewisser Weise zum innersten Antrieb kritischer Theorie. Sie benennt die Härte und Unbiegsamkeit der Verhältnisse, damit sie *nicht* das letzte Wort behalten. Sie stellt die Diagnose »unheilbar«, damit sie eines Tages falsch werde. Ohne diesen Wunsch wäre sie fatalistisch, nicht mehr kritisch. Aber sobald sie ihm nachgibt, sich durch ihn die Diagnose rosa färben läßt, ist sie auch nicht mehr kritisch, hält sie nicht länger der Praxis die Tür offen, die ihn einzig erfüllen könnte. Paradox: Sie zehrt von einem Wunsch, dem sie gleichwohl nicht willfahren darf. Ihre intellektuellen Anforderungen sind auch noch mit der Zumutung verbunden, diese Ambivalenz auszuhalten. Sie ertragen lernen – und zwar massenhaft – ist unerläßliche Bedingung ihrer Überwindung: seelische Eignungsprüfung für Revolutionäre heute.

Die innere Ambivalenz der kritischen Theorie kam in der 68er Bewegung zum politischen Ausbruch. Der Eindruck, von den geistigen Vätern zur Rebellion provoziert und dann im Stich gelassen worden zu sein, der sich unter den Genossen bald verbreitete und zum Zerfall der APO in dogmatische, spontaneistische und reformistische Gruppen nicht unerheblich beitrug, war ja nicht einfach falsch – und Adornos Verhalten bei der Besetzung des Frankfurter Instituts nicht sein Glanzstück. Doch besagt das nichts gegen die Theorie. Was kann sie dafür, daß die Gesellschaft überreif zur Umwälzung und zugleich immun dagegen ist? Diese Absurdität ist nicht denen anzulasten, die sie aussprechen. Die Sackgasse ist nicht der Ort, den sie unter mehreren möglichen ausgesucht hätten; sie ist der Ort, wo kompromißlose Kritik, die sich über die bestehenden Gewaltverhältnisse nichts vormacht, gezwungenermaßen steht – heute nicht minder als vor 20 Jahren. Es gibt auch gegenwärtig keine politische Bewegung, von der sie getragen werden und die sie beschleunigen könnte, und die damalige zerfiel schnell. Sie hielt die seelische Ambivalenz, die kritische Theorie verlangt, nicht aus. Einigen fehlte das Rückgrat dazu, andern die Geduld, andern auch bloß die soziale Stellung.

Was das alles mit dem »Erkenntnisinteresse« zu tun hat? Nun, dieses Wort suggerierte einen Ausweg aus der Ambivalenz der kritischen Theorie – innerhalb der kritischen Theorie. Man mußte ja nur ordentlich sortieren und die Schubladen

auseinanderhalten. Hier der wissenschaftlich-technische Fortschritt. An seiner Richtung ist nichts zu ändern, denn er folgt knallhart seiner eigenen Logik, und das ist auch gut so, solange er bei seinem Leisten, dem »Funktionskreis instrumentalen Handelns«, bleibt. Aber es gibt ja noch das »Bezugssystem des kommunikativen Handelns«, und da ist Umwälzung möglich. Denn die Staatsmacht muß den »institutionellen Rahmen« rechtfertigen, den sie dem technischen Funktionskreis gibt, und das »ist nach wie vor eine Frage der an Kommunikation gebundenen *Praxis* und nicht nur der wie immer wissenschaftlich angeleiteten *Technik«.* Hier ist die moderne Staatsmacht angreifbar, denn sie »schaltet praktische Fragen aus«, achtet »nur noch auf das Funktionieren eines gesteuerten Systems« und betreibt »eine *Entpolitisierung* der Masse der Bevölkerung«. Dagegen bietet Habermas: »entschränkte Kommunikation über Ziele der Lebenspraxis« auf. Seine Hoffnung von 1968: Wo solche Entschränkung glückt, ändert sich das ganze »Bezugssystem«, d.h. der »institutionelle Rahmen« selbst wird umgewälzt – und Adornos Unkerei widerlegt. »Auf lange Sicht könnte deshalb der Studenten- und Schülerprotest (...) die ohnehin fragile, allein durch Entpolitisierung abgedeckte Legitimationsgrundlage des Spätkapitalismus zum Einsturz bringen.«

Welcher Blick für die realen Machtverhältnisse! In ihm bewährt der Dualismus von technisch und praktisch, von Arbeit und Interaktion seine ganze augenwischende Kraft. Bemerkenswert nicht nur der Verwaltungsbeamtengriff, der jeweils die richtige Schublade zieht, sondern auch, was er unter den Tisch fallen läßt. Die gesellschaftliche Produktion wird unter Technik, das Verhältnis der arbeitenden Menschen zueinander unter Interaktion verbucht, und was dabei in aller Stille verschwindet, ist – das Produktionsverhältnis. Bekanntlich sorgt es dafür, daß die erdrückende Mehrzahl der Menschen ihre Arbeitskraft zunächst auf den Markt und dann in die Fabrik oder ins Büro trägt – und daß das mehr ist als ein bloßes Nacheinander zweier Handlungen. In den technischen Verrichtungen, dem alltäglichen instrumentellen Handeln, konkretisiert sich der Arbeitsvertrag, die Interaktion zwischen Käufer und Verkäufer der Arbeitskraft. Im Verhältnis zu den Arbeitsgegenständen verhält sich der Werktätige immer auch schon zu dem, der seine Arbeitskraft gekauft hat, auch wenn er ihn monatelang nicht zu sehen bekommt. Interaktion beginnt nicht erst, wenn man einander in Hörweite ist. Und umgekehrt: Auch wenn Chef und Mitarbeiter auf dem Betriebsausflug als freie, gleichberechtigte Bürger miteinander reden, schunkelnd und schenkelschlagend alle Register gelungener Interaktion ziehen – ihr unterschiedliches Verhältnis zu den technischen Einrichtungen des Betriebs können sie damit keinen Augenblick aus der Welt schaffen. Es hört nicht auf, wenn es außer Sichtweite ist.

Dies eben besagt Produktionsverhältnis: Die Produktion ist mehr als ein bloß technischer Vorgang: In der Konstellation von Arbeitskraft und Arbeitsmitteln steckt selbst schon ein zwischenmenschliches Verhältnis; und kein zwischenmenschliches Verhältnis ist verhältnislos zu den Gegenständen instrumentellen Handelns. Die spezifische Art, wie beide sich wechselseitig durchdringen, wie jedes selbst schon im anderen, von dem es sich unterscheidet, auch steckt, macht das kapitalistische Herrschaftssystem aus. Und genau dies Verhältnis vernebelt, wer Herrschaft aufs »Bezugssystem des kommunikativen Handelns« verrechnet und die Sphäre des instrumentellen Handelns allen Ernstes als ein Jenseits von Gut und Böse ausgibt: »ein Stück normfreier Sozialität«.

Dies gezielte Nicht-Wahrhaben-Wollen des Wesentlichen, sein Zudecken durch einen selbstgemachten Begriffsdualismus, ist eine nicht zu unterschätzende Leistung. Schon Nietzsche staunte, »welche Weisheit darin liegt, daß die Menschen oberflächlich sind. Es ist ihr erhaltender Instinkt, der sie lehrt, flüchtig, leicht und falsch zu sein.« Es »möge niemand zweifeln«, daß, wer »Oberfläche *nötig* hat, irgendwann einmal einen unglückseligen Griff *unter* sie getan hat.« In diesem Sinne ist der Habermassche Dualismus durchaus Weisheit: Er entlastet von dem Alpdruck, den das kapitalistische Herrschaftsverhältnis, neuerdings auch Weltwirtschaftsordnung genannt, ausübt. Und wer hätte solche Entlastung *nicht* nötig? Wer sehnte sich nicht danach, daß dieser Alp keiner sei? Diese Sehnsucht, für Horkheimer, Adorno und Marcuse eine ständige Versuchung, legitimiert Habermas durch Wissenschaft. Man muß nur den richtigen »kategorialen Rahmen« haben, und schon zeigt sich, daß die ganze materielle Gewalt des kapitalistischen Herrschaftsverhältnisses im Grunde nur ein großes Kommunikationsproblem ist. Und so kam es, daß gerade eine bis zum Gähnen umständliche, fremdwortüberladene Wissenschaftssprache von den jungen, spritzigen Intellektuellen der Protestgeneration dankbar aufgegriffen wurde. Der soziologische Begriffsklapperatismus gab ihnen, denen durch kritische Theorie das bestehende Herrschaftsverhältnis zu nahe gerückt war, etwas Schutz davor und gleichwohl das Gefühl, am Faden des kritischen Denkens weiterzuspinnen. Die Habermassche Wissenschaftsterminologie ist als Schutzmaßnahme gegen die Einsichten, die sie weiterzuentwickeln vorgibt, instinktiv verstanden worden. Habermas begreifen heißt Rückbesinnung auf die 60er Jahre. Damals wurden die Weichen zu jener zweiteiligen Welterschließung gestellt, die sich seither als ein geistiger Magen von bewundernswerter Belastbarkeit gezeigt hat. »In den etablierten Wissenschaften gibt es eben brauchbare und weniger brauchbare Dinge. Für mich war im Prinzip alles anschlußfähig, was ein kognitivistisches, ein strukturalistisches oder hermeneutisches Element hatte« – und welche Systemtheorie wäre so mechanisch, welche Sprachphilosophie so positivistisch, welche Entwicklungspsychologie so schematisch, welche Handlungstheorie so diffus, daß sie ein solches Element nicht irgendwo aufwiese? Habermas rezipiert also so ziemlich alles, was auf diesen Gebieten von sich reden macht, und die Entschränkung der Kommunikation und Demokratisierung der Verständigungsverhältnisse, die jede seiner Publikationen vorantreibt, besteht vornehmlich darin, auch die subalternsten dieser Erzeugnisse genauso der zweiteiligen

Weltsicht einzuverleiben wie Hegel, Marx oder Adorno, Riesen und Zwerge des Geistes demokratisch gleichzubehandeln, d.h. für ungefähr dieselbe Konfektionsgröße auszugeben und sie alle in einer dualistischen Gesamtschau zu vereinigen.

Das dabei angewandte Verfahren heißt »Rekonstruktion« – ein Begriff, der in den 80er Jahren ebenso Schule gemacht hat wie das »Erkenntnisinteresse« in den 60ern. Jede dritte geisteswissenschaftliche Doktorarbeit verspricht heutzutage die Rekonstruktion von irgendwas. Wenn ein Archäologe aus Trümmern eine versunkene Kultur rekonstruiert oder ein Detektiv aus Indizien ein Verbrechen, so macht der Begriff Sinn; er bedeutet die geistige Wiederherstellung eines Verschwundenen, das für Wahrnehmung und empirische Überprüfung verloren ist. Was aber soll eine »Rekonstruktion des historischen Materialismus«, wenn doch die Marx-Engels-Werke ungekürzt im Buchhandel erhältlich sind? Diese Texte kann man zitieren, referieren, interpretieren, aber nicht rekonstruieren – es sei denn, die Arbeit an ihnen besteht darin, ihre Argumentation zu zertrümmern und sie anders wieder zusammenzusetzen, als sie gemeint war. Dann aber leistet das wissenschaftliche Verfahren, was umgangssprachliche Kommunikation »das Wort im Munde herumdrehen« nennt – und Habermas so fern offenbar gar nicht liegt: »Ich glaube, daß ich mir die fremden Zungen, hermeneutisch gesehen, auf brutale Art und Weise zu eigen mache. Auch wenn ich viel zitiere und andere Terminologien übernehme, weiß ich genau, daß mein Gebrauch mit dem, was die Autoren gemeint haben, manchmal wenig zu tun hat.«

Eigenartiges Geständnis von einem, der, je tiefer ihn seine Anstrengungen in den Wissenschaftsbetrieb hineinführen, doch nur auf eines hinaus will: zwanglose Kommunikation. Denn nach wie vor ist sie das Ziel – und ihr Unterpfand die wechselseitige Anerkennung, die in symbolisch vermittelter Interaktion immer schon steckt und implizit schon die Form des vernünftigen, moralischen, demokratischen Umgangs ist, auf den Habermas hinaus will: »Ich setze die Hoffnung ... auf die Ethik der Rede. Ich gehe von der Annahme aus, daß die Fundamentalnormen des Handelns in der Form der Intersubjektivität möglicher umgangssprachlicher Verständigung begründet sind« – und daß diese Form ihre wahre Qualität erst zeigt, wenn die traditionellen Normen, von den 10 Geboten bis zum kategorischen Imperativ, untergegangen sind. Dann erst, so Habermas, kommt deutlich heraus, daß es die Form der Intersubjektivität selbst war, aus der jene Normen hervorgingen, und man kann sich nun direkt an ihr orientieren, sie als den eigentlichen Identitätsstifter erkennen und die zeitgemäße »neue Identität einer staatenübergreifenden Gesellschaft« aus ihr schöpfen. Diese »kollektive Identität ist heute nur noch in reflexiver Gestalt denkbar, nämlich so, daß sie im *Bewußtsein allgemeiner und gleicher Chancen der Teilnahme an solchen Kommunikationsprozessen begründet ist, in denen Identitätsbildung als kontinuierlicher Lernprozeß stattfindet«.* »Eine solche Identität braucht keine fixen Inhalte mehr, um stabil zu sein; aber sie braucht jeweils Inhalte« – und die sind vorab gerechtfertigt durch das Verfahren, das zu ihnen führt. Es ist ja die intersubjektive Form der Vernunft selbst, die darin inhaltlich wurde. Die Form der Demokratie ist die nach außen gekehrte Form der Vernunft: die politische Konkretion der »Ethik der Rede«.

Dieser Formalismus ist nur die Fortsetzung des alten Dualismus; der Trennung der Interaktion von der Arbeit entspricht die Trennung der Form vom Inhalt. Wechselseitige Anerkennung an sich: das soll der Schlüssel zum guten Leben sein und ist doch bloß ein Leertitel – und zudem nicht einmal das Exklusivmerkmal der Intersubjektivität. Wir sahen, daß selbst die Naturbeherrschung nicht ganz frei von wechselseitiger Anerkennung ist. Und zwischen Menschen? Nun, da kommt es darauf an, als was man sich wechselseitig anerkennt: ob in der Mafia als Schlitzohr, im Tausch als Warenbesitzer, im Bett als liebendes Individuum. Noch die Hochrüstung ist geadelt durch wechselseitige Anerkennung als Supermacht und Sorge um atomare Gleichberechtigung, und die alljährliche Tarifrunde mit ihrem wortlosen Einverständnis darüber, daß die Produktionsverhältnisse nicht zur Debatte stehen, mit ihrer wechselseitigen, schließlich kompromißgekrönten Anerkennung der Unterhändler kommt der zwanglosen Kommunikation schon recht nahe. Wechselseitig an sich heißt bloß »wie du mir, so ich dir« und kann sich, je nach Lage, als Vergeltung, Feilschen. Liebe oder Versöhnung konkretisieren. Entsprechend kann Demokratie als bloße Staats-, Verfahrens-, Diskussionsform genauso gut der Verwaltung von Wirtschaftswachstum und Massenarbeitslosigkeit, Weltmarkt und Welthunger dienen wie der Befriedung der Erde und einem Verein freier Menschen, je nach Produktionsverhältnissen, Bewußtseinsstand und moralischer Reife. Von dieser Einsicht ging kritische Theorie in den 30er Jahren aus. Habermas ist hinter sie zurückgekehrt, und zwar schon in den 60ern, als er entschränkte Kommunikation forderte, während das kapitalistische Produktionsverhältnis bei ihm durchfiel – nämlich durch sein dualistisches Raster von Arbeit und Interaktion. Inzwischen sagt er deutlicher, was er auch damals schon meinte: Die »Unterschätzung demokratisch-rechtsstaatlicher Traditionen« zählt zu den »Schwächen der kritischen Theorie«. Hingegen: »Die vorbehaltlose Öffnung der Bundesrepublik gegenüber der politischen Kultur des Westens ist die große intellektuelle Leistung unserer Nachkriegszeit«.

Dies ist die Position, von der aus Habermas den Historikerstreit entzündete. Seiner nahezu bodenlosen Rezeptionsfähigkeit fachwissenschaftlicher Trends verdanken wir eine Entdeckung, deren Bedeutung in der Tat weit über den Wissenschaftsbetrieb hinaus reicht: die Art und Sprache, in der bestimmte Historiker Bewältigung deutscher Vergangenheit betrieben. Sie entpuppte sich alsbald als Vorhut eines neuen Nationalismus. Neben der Bloßlegung von Geschichtsklitterung erbrachte die von Habermas eher beiläufig ausgelöste Kontroverse aber vor allem dies: Sie steckte den Rahmen ab, in dem die Diskussion über Faschismus inskünftig stattzufinden hat, wenn sie Aussicht auf öffentliches Gehör haben soll. Dieser Rahmen heißt Demokratie: Was macht sie auf Dauer widerstandsfähiger gegen faschistische

Tendenzen: ein neues, maßvolles, nicht verdrängendes und verdrängtes Nationalgefühl oder die »Bindung an universalistische Verfassungsprinzipien«? Patriotismus oder Verfassungspatriotismus? Den Rahmen so abzustecken, heißt ein nicht ganz unbekanntes Horkheimer-Wort vergessen machen: »Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen.« Über den Kapitalismus schweigen und über den Faschismus umso weitläufiger werden – diese Verfahrensweise erfreute sich im Historikerstreit bei aller Heftigkeit wortlosen Einverständnisses.

Die sogenannte Linke, die dieses Einverständnis geteilt und Habermas für sein mutiges Eingreifen gedankt hat, soll sich jetzt nicht entrüsten, wenn er neuerdings »den wohl tiefsten Einschnitt in der deutschen Philosophie nach Hegel« – bei Heidegger entdeckt, nämlich »einen entscheidenden argumentativen Schritt zur Überwindung des bewußtseinsphilosophischen Ansatzes«. An dieser Überwindung arbeitet ja Habermas auf seine Weise selbst seit Jahrzehnten, und es entspricht ganz der von ihm auch sonst geübten Entschränkung der Kommunikation und demokratischen Gleichbehandlung, wenn er, wie weiland den historischen Materialismus, nun Heidegger »rekonstruiert« und die »kritische Aneignung« dieses »weltanschaulich infizierten Denkens« so besorgt, daß er dessen »argumentative Substanz« von »ihrem weltanschaulichen Kontext« keimfrei isoliert. Der Kontext, zumal der faschistische, wird hart kritisiert, die Argumentation an sich, die »Substanz des Werkes«, die nun so weltanschauungsfrei ist wie der »Funktionskreis instrumentalen Handelns« normenfrei, wird in jene zweiteilige Gesamtschau aufgenommen, die auch Marx und der kritischen Theorie ihren Platz angewiesen hat und über sie wie über Heidegger hinaus fortschreitet. Das Projekt der Moderne muß weitergehen.

Auch in seinen jüngsten Wendungen ist Habermas sich nur treu geblieben. Er tut, was er schon vor zwanzig Jahren tat: die kritische Theorie produktiv weiterentwickeln. Dabei ist es ihm gelungen, mit einem enormen Aufwand an Scharfsinn und Fleiß ein Verfahren zur Virtuosität zu sublimieren, das freilich schon dem jungen Horkheimer nicht ganz unbekannt war: »Sobald die Theorie eines genialen Mannes genügend Macht gewinnt, um zwangsläufig von sich reden zu machen, setzt die Arbeit ihrer Angleichung an das Bestehende ein. Unter anderem macht sich eine Menge Fachleute daran, die neuen Gedanken mit ihren wissenschaftlichen Absichten in Einklang zu bringen, indem sie die Begriffe der revolutionären Theorie in ihre Darstellungen gleichsam selbstverständlich einweben und ihren ideologischen Bestrebungen dienstbar machen. So entsteht der Anschein, als sei das Positive und Brauchbare bereits von diesen fortschrittlichen Denkern übernommen und bei ihnen besser aufgehoben als bei dem Autor oder seinen eigentlichen Schülern selbst.«

konkret 05/89, S. 58

Eberhard Hübner

Buch des Monats - Der Trost des Lesens

Ivy Compton-Burnett: Ein Gott und seine Gaben. Roman. Aus dem Englischen von Peter Marginter Klett-Cotta-Verlag, Stuttgart 1989, 192 Seiten, 20 Mark

»Man ist verwundert«, so hat Jürgen Manthey im »Merkur« über sie geschrieben, »daß die Frauenbewegung bei uns, die viel schwächere Autorinnen wie z.B. Doris Lessing für sich entdeckt hat, Ivy Compton-Burnett bisher unbeachtet ließ.« Ja, das ist tatsächlich seltsam, daß das geläufige Interesse an Frauenliteratur, das oft unbekannteste Autorinnen dem wohlverdienten Vergessen entreißt und dabei gerne bereit ist, fehlende Sprachmacht mit derm Hinweis auf die erzwungene Stummheit des Geschlechts zu erklären, einen weiten Bogen des Nicht-Bemerkens um eine Schriftstellerin schlägt, die zu den avanciertesten und bizarrsten dieses Jahrhunderts zählt. Dabei gibt es Referenzen. Natalie Sarraute hielt Ivy Compton-Burnett (1884-1969) für eine der »größten Romanautorinnen, die England jemals besessen hat«; und Virginia Woolf konnte vor neidvoller Bewunderung für sie nicht schlafen: »Der ätzenden Wahrheit und scharfsinnigen Originalität von Miss Compton-Burnett weit unterlegen. Dieser Schmerz weckte mich nachts um 4 Uhr, und ich litt fürchterlich«, so notierte sie am 2. April 1937 in ihrem Tagebuch.

Daß solche Fingerzeige unbeachtet blieben, liegt wohl daran, daß die Romane von Ivy Compton-Burnett gängigen Vorstellungen von Frauenliteratur wenig bieten. Zu bitter, zu kalt ins Bösartige verliebt ist ihre Sicht der Wirklichkeit. Weibliche Alternativen, Lebensarten oder Schreibweisen, selbst in ihrem normalen Brutkastenzustand von Unterdrückung und Verhinderung, lassen sich aus ihrer Literatur nicht herauslesen. Bis in die letzten Winkel ist ihre Romanwelt von Entfremdetheit durchdrungen, die sie so streng nachzeichnet, als ginge es ihr darum, nur ja alle utopischen Schlupflöcher mit Akribie abzudichten. Ihre Bücher enthalten keine Perspektive auf irgendeine bessere Welt der literarischen Imagination; so muß sie für Emanzipationsbewegungen gleich welcher Art ganz unbrauchbar sein.

Deshalb ist Ivy Compton-Burnett wohl auch in Deutschland fast unbekannt geblieben. 1966, drei Jahre vor ihrem Tod, wurde zum ersten Mal einer ihrer neunzehn Romane ins Deutsche übersetzt und hatte keinen Erfolg. Seit zwei Jahren bemüht sich jetzt der Stuttgarter Klett-Cotta-Verlag um sie. Nach »Männer und Frauen« und »Diener und Bediente« erschien in diesem Frühjahr »Ein Gott und seine Gaben« aus dem Jahre 1963. Solche Titel – »Brothers and Sisters«, »Daughters and Sons«, »Elders and Betters« etwa sind andere, noch unübersetzte – scheinen schon vorweg in ihrer kalkulierten Eintönigkeit jedem Geschmack für das Besondere, der in Literatur und Kunst so gern sein Refugium sucht, eine Absage erteilen zu wollen.

Dabei sind die Handlungen ihrer Romane alles andere als eintönig. Sie spielen in den besseren Kreisen des Jahrhundertwende-England (dem Milieu von Ivy Compton-Burnetts eigener Kindheit) und führen Familien vor, deren Mitglieder sich extreme Auseinandersetzungen liefern: Mord und Selbstmord, Ehebruch, Inzest und Erbbetrug markieren hier das alltägliche Leben; und in großangelegten melodramatischen Umschwüngen, die oft jenseits aller Wahrscheinlichkeit liegen, wird der Leser immer wieder in ganz unerwartete Ungeheuerlichkeiten hineingerissen.

Das alles ist jedoch in eine völlig artifizielle Form gepreßt. Die Romane sind ausschließlich in Dialogen geschrieben; die Autorin verzichtet fast ganz auf Kommentare und Beschreibungen, wenn möglich sogar darauf, die Sprecher zu benennen. Die Ereignisse werden also nicht erzählt, sondern von den Romanfiguren immer schon beredet, ausgedeutet, zurechtformuliert, in einer ausgezirkelten Konversationssprache, in der jede Äußerung mit ihrer Selbstkommentierung identisch ist. Darin wird die verwirrende Extremwelt der Handlungen sozusagen tiefgefroren: Die chaotischen Impulse der Figuren tauchen von vornherein nur innerhalb der Anstandsregeln konventioneller Konversationsmoral auf, ein Zustand, der für die Beteiligten nur schmerzlos gehalten werden kann, wenn man den Gegensatz zwischen beiden ignoriert, statt ihn auszufragen. Und auf diese Schmerzlosigkeit läuft in Ivy Compton-Burnetts Büchern alles zu.

Wie in allen ihren Romanen steht auch in »Ein Gott und seine Gaben« ein Haustyrann im Mittelpunkt, ein patriarchalisches Ungetüm, das mit seinen Launen die gesamte Familie traktiert. »Ich halte mich nicht für einen Gott«, sagt Hereward Egerton von sich selbst und deutet damit an, daß er die Verwechslung zumindest nicht ganz abwegig findet. Hereward ist ein erfolgreicher Unterhaltungsschriftsteller und beansprucht als Künstler in der Familie vor allem erotische Sonderrechte. Seine Ehefrau sucht er allein danach aus, wieweit sie ihn bei seinen Eskapaden ungestört läßt. Mit deren Schwester zeugt er insgeheim ein Kind, ein anderes mit der Verlobten eines seiner Söhne. Ein Verhältnis mit einer zweiten Schwiegertochter läßt sich gerade noch verhindern, das mit der eigenen Schwester ahnt man, das mit einer erwachsenen Tochter wird entdeckt, bevor es richtig in Gang kommen kann. All diese eigentümlichen sexuellen Aktivitäten stellen sich erst allmählich im Ablauf der Handlung heraus und stürzen den Rest der Familie in komplizierte Krisen, die Hereward allerdings unangefochten übersteht. »Nur ein Gott kann sich so aufführen und in unser aller Augen seine Position halten«, sagt einer seiner Söhne über ihn und weist so darauf hin, daß Herewards Dominanz nicht allein auf der finanziellen Abhängigkeit der anderen beruhen kann. Gegen sie könnte man sich wehren, wenn man es nur wollte, mindestens mit

innerer Distanzierung. Aber gerade zu der scheinen die Romanfiguren allesamt unfähig. Sie unterstützen Herewards Machtansprüche durch eine Bereitschaft zur Selbstaufgabe, die aus ihrem Innersten zu kommen scheint.

Dabei sind sie unentwegt damit beschäftigt, dieses kostbare Selbst in Worte zu fassen, seine Besonderheiten auszubreiten und mit Erklärungen abzusichern. Herewards bedrohliche Übergröße fordert bei den übrigen Figuren eine verwickelte Konversation der Selbstvergewisserungen heraus, die sich allerdings aus seinem Schatten nicht lösen kann. Seine Ehefrau Ada fixiert schon auf den ersten Seiten ihren Rang: »Ich begnüge mich mit dem zweiten Platz... Ich schätze meine eigene Bedeutung nicht so hoch ein.. Eine solche Nebenrolle paßt zu mir.« Solche Unterwerfungsgesten möchten Herewards Söhne nicht teilen. Merton, der mittlere, will wie sein Vater Schriftsteller werden, allerdings auf höherem Niveau. »Nur für die Besten« will er schreiben; und er provoziert damit eine Auseinandersetzung über literarische Qualitäten und Begabungen. »Unsere Talente sind verschieden«, so rechtfertigt er sich dem Vater gegenüber. »Daher müssen sie auch zu unterschiedlichen Ergebnissen führen. Das sind keine abwegigen Gedanken. Und in meinem Alter irgendwie naheliegend.« Das sieht auf den ersten Blick nach deutlicher Abgrenzung aus. In Wirklichkeit betreibt Merton hier jedoch eine Art argumentativer Selbstauslöschung. Er kündigt seinen Widerstand nämlich nicht kraft seiner subjektiven Autonomie an, sondern führt ihn auf Bedingungen zurück, die ihn objektiv erklären sollen: In seiner Denkfigur bestimmt er sich vorweg als Exemplar einer entwicklungspsychologischen Typologie, deren Logik er nur exekutiert.

Selbstbehauptung bedeutet für die Romanfiguren immer Einordnung in akzeptierte Allgemeinheiten. Auf solche müssen sie sich und ihre Verhaltensweisen unentwegt zurückführen; und sie haben sich damit schon selbst aufgegeben, weil sie die Zumutungen, gegen die sie sich wehren, nicht einfach abschütteln, sondern mit wie immer krauser Logik zurückzuweisen versuchen. Damit ist ein Zwang zur Legitimation akzeptiert, der ungedeckte Subjektivität gar nicht erst zuläßt und so eine Grundbedingung erträglicher Gesellschaft aufgegeben hat: daß nämlich die Menschen nicht für alles, was sie tun, einen Grund finden müssen, mit dem sie es erklären können.

Die Suche nach der Verankerung im Selbstverständlichen wird stimuliert, aber auch gestört durch eine ganz unbeherrschte Bereitschaft zum Konflikt, in dem sich die Familienmitglieder gegeneinander zu behaupten meinen. Sie lauern geradezu auf Stichworte, mit denen sich alles Gesagte ins meist bösartige Gegenteil verkehren läßt. Einen großen Teil des Lesereizes bezieht der Roman aus dem Raffinement, in dem sich die Aggressivität der Figuren in unterkühlte Konversationsgemeinheiten transformiert. Aber gerade solche Auseinandersetzungen sind zwiespältiger Natur. Sie sorgen zwar für permanente Gesprächsüberraschungen und unerwartete rhetorische Volten, versanden aber immer wieder im allgemeinen Konversationsstrom, weil ihnen der Wille fehlt, die Konversation selber irgendwann zu sprengen.

Konflikte sind nämlich in diesem Buch keine Folge subjektiver Entwürfe, in denen die Individuen das ihnen Wesentliche gegen den Rest der Welt stellen, sondern sie ergeben sich fast beiläufig aus günstigen Gelegenheiten zum verbalen Schlagabtausch, die man ergreift, wenn sie sich anbieten: Zeichen einer kampfbereiten Nervosität, die jedoch weder spezifische Ziele noch besondere Motive aufweist, die ihrer Dynamik irgendeine Richtung gäben. »Es ist nie etwas wirklich schlimm«, so lautet einer der alles zusammenfassenden Sätze, die Herewards Mutter Joanna ständig vor sich hinspricht. Sie bringt damit die Kampfesmoral der Familie auf den Begriff: Wenn dieser Satz stimmt, lohnt es sich nicht, Konflikte im Ernst auszutragen, weil man gar nicht wissen kann, worin denn dieser Ernst bestünde.

So können sich alle Auseinandersetzungen ohne Übergang im schönen Schein konfliktloser Einigkeit auflösen; nicht um den Ausgleich der Gegensätze geht es, sondern um das Verschwinden des Gegensätzlichen selber im Reiz und Sog des Konventionellen. Die Dialoge des Romans dienen nicht der Verständigung der Menschen übereinander, sondern letztlich der Absicherung dessen, worauf man sich sowieso schon immer hat verständigen können. Unverbindlichkeit ist das höchste Ziel aller Intensitäten, die die Romanfiguren aufzubieten haben. Mit semantischen Hochleistungen und größter Präzision versuchen sie, den immer drohenden Zusammenbruch in subjektive Differenzen zu unterlaufen, indem sie deren neutralen Punkt ansteuern. Das läuft auf kalkulierte Inhaltsleere hinaus; der Gemeinplatz wird zum Harmonieideal, weil die Menschen es in ihrer Abgegrenztheit nicht aushalten und den schmerzlosen Anschluß ans Immergültige suchen.

»Ich bin, wie ich bin«, sagt Hereward ganz am Schluß zu seiner Frau, »und darum seid auch ihr, wie ihr seid: du und deine Söhne« – »Du bist, wie du bist«, echot sein Schwiegervater, »und darum sind meine Tochter und ihre Söhne, wie sie sind.« Darin formuliert sich die Quintessenz des Romans: Aller Streit zwischen Hereward und seiner Familie hat zu nichts anderem geführt als dazu, die reine Tatsächlichkeit der Realität zu akzeptieren. Und die gewaltigen Mühen um Selbstbestimmung enden in der Propagierung von Individualität als Form ohne jeden Gehalt: Darauf können sich alle einigen, es gibt allen ihr Recht und läßt jeden so weitermachen wie bisher. Von der Familie wird das aber nicht als Resignation empfunden. Für sie ist der Durchbruch zur alles umgreifenden Leerformel ein Sieg, die Selbstbestätigung einer Gesellschaft, in der zwar die Macht sich durchsetzen kann, aber keiner unter ihr leidet und deswegen alle aufeinander stolz sein dürfen. Die Figuren finden sich am Ende in der besten aller Welten wieder und haben sich – das wissen sie jetzt – ohnehin schon immer darin befunden. Der Unterschied zwischen Wollen und Wirklichkeit, Sollen und Sein ist zwanglos verschwunden: Die Gesellschaft verharrt im Zustand wunschloser Unerlöstheit.

Das Thema, an dem sich die europäische Romantradition entfaltet hat, ist der Konflikt zwischen der anspruchsvollen Subjektivität des Helden und den Schranken die die Gesellschaft ihm setzt, darum geht es von Don Quichote bis zu Madame Bovary. Ivy Compton-Burnett gehört zu den Autoren dieses Jahrhunderts, in denen sich diese Tradition zuendeschreibt. Sie stellt die Figurationen der Macht auf der Seite der Machtlosen dar, die ihre Entfremdung mit Lust vorantreiben. Sie hat in ihre Familienromane hinein die Vision einer Gesellschaft ohne Subjekte gezeichnet, eine schwarze Utopie an unvermutetem Ort, ohne jede Hoffnung außer der, die in dem unversöhnlichen Witz liegt, mit dem die Autorin ihre Romanwelt betrachtet. Dieser Witz, der mit keiner Figur und keinem Zustand seinen Frieden machen will und sie alle in die gleiche Distanz der verbalen Selbstauflösung rückt, ist Ausdruck einer Verletztheit, die die Wunden offenhält, um das Bild der Heilung nicht zu verfälschen. Und worin bestünde der Trost des Lesens auch sonst, wenn nicht darin, die eigene Fremdheit, die sonst nirgendwo ihre Sprache hat, in den Büchern wiederzufinden.

konkret 05/89, S. 61

Matthias Altenburg

Ihr mich auch! (Eine Tirade)

I.

Ich werde euch alle aufs Kreuz legen, und ihr werdet euch nicht dagegen wehren. Ich weiß es, ich kenne euch. Ich werde euch beschimpfen, und ihr werdet nicht genug davon kriegen können. Ich werde euch Arschlöcher nennen, und ihr werdet mir Beifall spenden. Ich werde euch Saftsäcke nennen, und ihr werdet glauben, es sei ein Trick, um euch bei der Stange zu halten. Euch muß man schlagen, damit ihr nochmal zuckt. Ihr seid eine beschissene Generation, also werde ich euch bescheißen.

Ich habe das Gequatsche satt. Das Gequatsche über Gorbatschow und grüne Nudeln, über Isabelle Adjani und den neuen Freund von Gabi. Mich interessieren die neuen Wilden ebensowenig wie die alten Milden. Ich will nichts mehr hören von Rainald Goetz und Humphrey Bogart, nichts mehr von Christa Wolf und Werner. Was geht es mich an, daß McDonalds in Moskau seine vierhundertzweiunddreißigste Filiale eröffnet, und was geht es mich an, daß Boris Becker ein künstliches Gehirn implantiert bekommt? Meine ganze verschissene Generation kann mich mitsamt ihren verschissenen Themen am Arsch lecken.

Ich habe das Gequatsche satt, aber ich werde nichts anderes tun als quatschen. Ihr sucht einen, der euch den Kasper macht? Bitteschön, hier ist er. Ich werde euch bedienen, bis es euch aus den Ohren kommt. Allen Schund, den ihr mir aufgeladen habt, werde ich euch zurückgeben. Was ich hier tue, ist ein kathartischer Akt und über jede Kritik erhaben.

FICKT EUCH SELBST hätte ich diesen Text genannt, wenn nicht die zarteren Seelen unter euch sich dann schon beim Titel ausgeblendet hätten. Und das will ich ja nicht. Ich will euch ja alle. Und eure Freunde und die Freunde von euren Freunden. Alle, alle, alle.

Aber mich bekommt ihr nicht, meine Phantasie nicht, kein winziges Gefühlchen, keinen klaren Gedanken, nicht ein kleines Pitzelchen. Alles was euch gefallt, ist Dreck. Also werde ich euch Dreck servieren.

Ihr werdet diesen Text nicht aus der Hand legen, bevor ihr nicht auch die letzte Zeile gelesen habt. Es sei denn, ihr sterbt während der Lektüre oder aber ihr seid jetzt schon tot. Ich werde euch solange erzählen, was ihr hören wollt, bis ich genug Geld beisammen habe, um euch endlich erzählen zu können, was ihr garantiert nicht hören wollt.

II.

Dreißigjährige sind die zweitältesten Menschen, die es gibt. Älter sind nur noch die Fünfzehnjährigen. Wer fünfzehn ist, hält sich für schlauer als seine Eltern und ist doofer als seine Großeltern.

Dreißigjährige sind nur doof. Sie haben den Charme der Naivität längst verloren und sind noch Lichtjahre von der fröhlichen Senilität entfernt. Jetzt müßt ihr lachen. nicht wahr?

Was immer man euch erzählt, ihr grinst und lacht und lächelt. Man hat seinen Satz noch nicht zuende gebracht, schon seid ihr am kichern. Man sagt euch ein paar kluge Worte über die Lage der Welt, und ihr findet das witzig. Man sagt euch, daß ihr beschissen werdet, und ihr freut euch. Wahrhaftig, ihr werdet euch noch totlachen.

Oder aber ihr gehört zu den Tränensäcken, die alles ernst nehmen, denen jeder Anlaß recht ist, um darüber zu flennen. Jeden dummen Witz untersucht ihr auf einen ernsten Hintergrund, hinter jeder Komödie vermutet ihr eine Tragödie. Ihr wartet auf den nächsten Schrecken wie unsereins auf den Nachtisch. Ihr müßt leiden, sonst seid ihr nicht gesund. Wenn jemand lacht, dann vermutet ihr, daß der was zu verdrängen hat. Wenn die Sonne scheint, haltet ihr Ausschau nach einer Regenwolke. Und wenn ihr selbst mal lachen wollt, dann geht ihr vorher in den Keller, damit euch bloß niemand erwischt. So seid ihr, ich kenne euch.

Ihr seid entweder ein paar Jahre zu früh oder ein paar Jahre zu spät oder am falschen Ort geboren. Na logo. Das behaupten die Naseweise jeder Generation von sich. Bloß daß es nicht stimmt. Bei euch und mir schon gar nicht. Wir sind goldrichtig geboren. Zur richtigen Zeit und am richtigen Ort. Wir sind so goldrichtig geboren, daß wahrscheinlich neun Zehntel der Menschheit gerne mit uns tauschen würden. Unsere Eltern würden gerne mit uns tauschen, unsere Kinder ebenfalls und die Mexikaner und Inder sowieso. Auch mit dir, du arbeitsloser Akademiker. Auch mit dir, du glückloser Bildhauer. Auch mit dir, du liebeskranke Spinatwachtel.

Aber das zu sagen, macht ja nichts her. Das ist ja ein Dreck gegen den wundervollen Hätte-Wäre-Würde-Gestus. Ihr hättet Amerika sanfter erobert. Ihr wäret weniger brutale Faschisten gewesen. Ihr würdet den Regenwald mit der Nagelfeile

abholzen. Hätte. Wäre. Würde. Hätte der Hund nicht geschissen, wäre ich nicht in die Scheiße gefallen und würde nicht so stinken.

Einerseits laßt ihr euch nichts erzählen. Kommt mal ein kluger Mensch daher, um euch ein paar Kleinigkeiten zu erläutern, zieht ihr gleich eine Miene, die sagen soll: Weiß ich schon, kenn ich schon, hab ich alles schon erlebt. Euch kann man nichts erzählen. Aber was kann man einer Generation eigentlich schlimmeres attestieren, als daß sie sich nichts erzählen läßt?

Andererseits kuscht ihr vor jeder Uniform. Andererseits läufts euch warm am Bein runter, wenn ein französischer Dr. phil. Schwachkopf in die Ecke scheißt und behauptet, es sei Gold, was er sich abgedrückt hat. Andererseits bläht ihr die Nüstern, wenn eine Coca-Cola-Reklame mal wieder echt gut gemacht ist.

Was ihr nicht leiden könnt, sind Leute mit Schaum vorm Mund, Dogmatiker, Fanatiker, Ideologen. Wenn man euch Dumpfnasen nach den beiden historischen Gestalten fragen würde, die ihr am meisten verachtet, dann würdet ihr, anstatt die Frage von euch zu weisen, Hitler und Stalin nennen. Stimmts? Ihr haßt alle Ismen, und ihr könnt euch nichtmal mehr dran erinnern, wer euch das eingeblasen hat. Jeder der sein Wissen, seine Erfahrungen und seine Wut nicht für fünfzig Mark mehr im Monat oder für das Lächeln eines Vorgesetzten verkauft, ist euch suspekt. Aber anpassen würdet ihr euch niemals, ihr würdet es immer Flexibilität nennen.

Wenn man euch wenigstens mildernde Umstände zubilligen könnte. Aber warum sollte man? Ihr hättet jede Möglichkeit gehabt, aber ihr habt alles verpfuscht. Ihr hättet lernen können, stattdessen habt ihr gute Noten geschrieben. Ihr hättet euch wehren können, stattdessen habt ihr rebelliert. Ihr hättet lieben können, stattdessen habt ihr Beziehungen aufgebaut.

Daß Nina Hagen einen Sockenschuß hat, darüber kann man sich ruckzuck mit euch einigen. Weil ihr noch nichtmal davon was versteht. Dabei gehört Nini-Bini zu den wenigen, die nicht sind wie das Gros dieser verschissenen Nullgeneration. In jedem klitzekleinen Tirili, das aus ihrem Goldkehlchen kommt, steckt mehr Kraft und Phantasie als in all dem wabernden Gewäsch, das ihr im Laufe eures viel zu langen Lebens produziert. Denn so wie ihr lebt, werdet ihr hundert Jahre alt – fürchte ich. Denn ihr seid ja solche Mal-ein-Glas-Wein-zum-Essen-Typen. Aber wahrlich, wahrlich, ich sage euch: Wer keinen Schnaps trinkt, liest auch Luise Rinser.

Ja, ja, ihr seid durch manches finstere Tal gewandert. Eure beiden Katzen sind euch weggelaufen (die ihr sonst ins Tierheim hättet bringen müssen), ein Freund hat sich vom Hochhaus gestürzt (er war euch, ehrlich gesagt, in letzter Zeit ziemlich auf die Nerven gegangen) und mit dem Job, das wollte und wollte nicht klappen (hat dann aber doch). Ja, ihr habt schon einiges durchgemacht. Seid ihr darüber etwa verbittert? Aber nicht doch. Wie eh und je sitzt ihr in den Fußgängerzonen, schlabbert eure Cappuccini, laßt euch die Frühlingssonne auf eure detschen Bregen scheinen und findet ALLES SO SCHÖN BUNT HIER. Als hätte Nina es gewußt.

Dabei mangelt es euch keineswegs an Problembewußtsein. Die Aktionen von Robin Wood betrachtet ihr mit Sympathie. Dem bettelnden Penner mit den offenen Beinen schmeißt ihr ab und zu eine Mark in den Teller, und euer Golf hat einen geregelten Dreiwege-Katalysator. Alles Roger in Kambodscha, nur in Kenia wernse wenjer.

Ihr seid so aufregend wie das Vorabendprogramm im Deutschen Fernsehen. Ihr seid die ältesten Retortenbabys des Landes, die Wunschkinder und Musterschüler dieser riesigen öffentlich-rechtlichen Anstalt, genannt BRD. Ihr seid die Zombies von Ludwig Erhardt, Helmut Schmidt und der Flennpflaume Cohn-Bendit (den ein Taxifahrer neulich übrigens mit dem Schlagersänger Ralph Bendix verwechselt hat. Fand ich gut, echt.) Ihr seid für den Frieden und gegen Haarspray. Ihr seid für Spontaneität und Toleranz, aber gegen Kugeln in Polizistenbäuchen. Ihr würdet jederzeit für eure Sache einstehen, wenn ihr bloß wüßtet für welche. Man hat euch längst auf Null gebongt, aber ihr haltet euch immer noch für allseitig entwickelte Persönlichkeiten (so hieß das wirklich mal). Ihr seid Nullbons, deshalb disponibel und immer für eine Enttäuschung gut.

Ihr seid eine Schmarotzergeneration. Nichts habt ihr geschafft, aber von allem schon genascht. Jeder Fatman mit Hut und Weste aus der zweiten Nachkriegsdekade hatte mehr Charakter als hundert von euch Windhosen. Ihr habt keine Häuser gebaut, ihr habt keine Ideen entwickelt, ihr habt nichts durchgefochten. Aber ihr habt schon Austern geschlürft, habts euch in wunderschönen Altbauten gemütlich gemacht und wartet darauf, daß man euch unterhält – in jeder Hinsicht.

Ihr meint, daß man alles mal mitgemacht haben muß. Ihr wollt möglichst viel von der Welt sehen, um dann doch nicht zu merken, wie es um sie steht. Ihr wart auf dem höchsten Berg und im tiefsten Stollen der Erde. Vielleicht habt ihr schonmal einen toten Schäferhund gefickt, und, wer weiß, irgendwann wollt ihr auch noch wissen, wie Menschenfleisch schmeckt. Und wie sich ein Krieg anfühlt, wenn man ihn selbst erlebt. Ihr seid arglos, durchschaubar, eitel und zu allem fähig.

Ihr habt noch nichtmal was gegen Neger – vorausgesetzt, sie sind so leckergemäßigt-schokoladenbraun wie Harry Belafonte. Ihr findet, daß die Ausländer auf jeden Fall in der Republik bleiben sollten, weil das ja unsere Kultur BEREICHERT (wenigstens dieses Wort habt ihr gelernt, gell!). Über eins kann man sich immer mit euch einigen: daß die

Südländer waaahhhnsinnig viel Temperament haben, echt gut tanzen können und wundervoll urwüchsige Musik machen. Olé.

Jeden klaren Gedanken federt ihr ab mit dem Einwand, daß man alles differenziert sehen muß. Von der Idee her findet ihr den Kommunismus gut, aber ihr glaubt nicht, daß er zu verwirklichen ist. Die katholische Kirche verurteilt ihr scharf, wenn es sich nicht umgehen läßt; dennoch seid ihr der Meinung, daß der Mensch an etwas glauben muß. Zum Beispiel glaubt ihr immer noch, daß Stefan und Arnold Zweig Brüder waren, laßt aber durchaus den Einwand gelten, daß man auch das differenziert sehen muß.

Ihr habt die Geistesgeschichte geplündert, um Ausreden für eure Dumpfheit zu finden: ein Bißchen Göööthe, ein Bißchen Bonaparte. Ihr freßt alles in euch rein und scheißt es unverdaut wieder aus. Wo andere für krepiert sind, das nehmt ihr hin, als wär es das Mindeste, was ihr verdient habt: vom Urlaubsgeld bis zum Hessischen Landboten. Dafür, daß ihr das Maul immer an der falschen Stelle so weit aufreißen dürft, haben andere ihren Kopf unters Messers gelegt – wirklich und wahrhaftig und ganz in Echt.

Ihr wart müde, bevor ihr aufgestanden seid. Ihr wart tot, bevor ihr angefangen habt zu leben. Weil ihr mal ein halbes Jahr von Sozialhilfe habt leben müssen, glaubt ihr, ihr wärt GANZ UNTEN gewesen und weil ihr jetzt fünftausend Mark im Monat verdient, glaubt ihr, die Welt sei eben doch ganz anders, als ihr sie in euren wenigen lichten Momenten gesehen habt.

III.

Meine Generation hat versagt. Versagt vor der Vergangenheit, versagt vor der Zukunft. Versagt vor der Natur, vor der Technik, vor der Wissenschaft, vor der Kunst, vor dem Anstand und dem Aufstand, vor dem Himmel, vor der Erde, vor ihren Eltern, vor ihren Kindern, vor dem Verstand, vor den Gefühlen, vor dem Rausch, vor der Nüchternheit, vor dem Haß und vor der Liebe. Versagt vor sich, vor allem und auf der ganzen Linie. Ich werde mir meine Generation versagen.

Meine ganze Hoffnung setze ich auf Alf. Er ist 229 Jahre alt und sieht aus wie ein Haufen Scheiße mit Augen. Er wird uns alle befreien. Ich setze voll auf Alf und auf die methusalemischen Neger aller Hautfarben, auf die Krüppel aller Gattungen und Planeten, auf die Fettwänste und Versehrten, auf die Blattläuse und Affenbrotbäume, auf Benny Profane und die Ganze Kaputte Bande (isn das, he?). Und selbstverständlich auf Rudi Arschloch.

Rudi Arschloch ist nicht so alt wie Alf, aber immerhin schon Neunundfünfzig. Ich habe ihn am Tresen der »Endstation« kennengelernt. Eine fremde Lebensgeschichte zieht man sich dort schneller zu als das

nächste Bier gezapft ist – wenn es ordentlich gezapft ist. Und was gibt es Aufregenderes, als, den Arsch an der Theke, nach dem zehnten Halben einen neuen Freund gewonnen zu haben?

Halt!, höre ich euch schreien. Was heißt hier Freund?, wollt ihr fragen. Echte Freundschaft muß wachsen, wollt ihr sagen. Stimmts, ihr sozialwissenschaftlich grundausgebildeten Zahnarztsöhne? Stimmts, ihr püschologisch vorverbildeten Pfarrerstöchter? Stimmt, stimmt, stimmt! Echte Freundschaft muß wachsen? Pah! Also Rudi Arschloch. Von Haus aus heißt er Rudi Pollock. Aber schon auf der Schule hat irgendein dumpfer Pfiffikus Po-Loch daraus gemacht. Und von da wars dann nicht mehr weit... Eigentlich wollte Rudi Dichter werden, inzwischen ist er seit dreißig Jahren Staubsaugervertreter. Aber weder kommt jetzt die Nummer mit dem verkannten Schenie noch kommt die Nummer mit der fröhlichen Schicksalsergebenheit. Das alles überlassen wir euch und eurem Dumpfsinn. Jetzt kommt überhaupt nichts mehr. Denn diese Geschichte ist, wie alle guten Geschichten, viel zu schade für euch. Alles, was ihr verdient habt, sind ein paar kräftige Tritte in eure verschissenen Ärsche.

Denn wo ihr auftaucht, ist die Gegend versaut. Verpißt euch von dieser Erde; sie kann dadurch nur besser werden. Verpißt euch, sonst schreibe ich DOOF an eure Hauswand. Was denn, ihr hört mir schon lange nicht mehr zu? Schon vor zweihundert Zeilen wart ihr euch einig, daß ich euch am Arsch lecken kann? Na gut. Aber seid euch sicher: ihr mich auch. IHR MICH AUCH.

konkret 05/89, S. 64

Layla Dawson

Bauen & Verbauen

Schon das ger□ hmte Bauhaus hatte mehr mit Ideologie als mit der Wirklichkeit des Bauens zu tun. Eine bessere Welt durch Architektur, da steht der Auftraggeber vor. Jetzt werden selbst die Architekturtheoretiker bescheiden wie die Verh□ ltnisse: Was nicht geplant werden kann, soll auch nicht geplant werden. Jedoch braucht das Chaos, das Architekten sich jetzt anschicken zu □ gestalten□ , einen Namen. Hier ist er: Dekonstruktivismus. Was er meint, gibt es schon: Hongkong

Als vor einigen Monaten der vormalige Papst der Postmodernen, Charles Jencks, nach Hongkong eingeflogen wurde, wirkte er hier, auch wenn er noch ein wenig unter dem »Jet-lag« litt, wie eine frische Brise und eine kalte Dusche zugleich. Mittlerweile zum Dekonstruktivismus konvertiert, hielt er vor ungefähr 200 staunenden und dicht gedrängten Architekturstudenten und praktizierenden Architekten aus Hongkong eine Vorlesung, die einen zweistündigen Gewaltmarsch durch die Stilentwicklung der angesagten Architektur aus der ersten Welt unternahm, ein Rundschlag, den er unter den Titel »Kritischer Pluralismus« stellte. Hinter dem von ihm vertretenen Dekonstruktivismus steckt nicht viel mehr als die Fortschreibung der postmodernen Philosophie, die keine ästhetische Wahrheit kennt, Geschichte und Zukunftsvisionen für überholt hält und ihre Rechtfertigung aus dem Impuls der Gegenwart schöpft. Ordnung und Systeme stehen im Widerspruch zur menschlichen Natur und behindern somit die Kreativität.

Die Stubenarchitekten der ersten Welt, zu der man neben Europa und den USA auch die vier »Staaten des Drachens« – also auch Hongkong – zählen kann, haben in schneller Folge Theorien wie Postmodernismus, Hi-Tech, Symbolismus und manch anderes proklamiert, allerdings erst als sie von den Wongs und den Watanabes in ihren wirklich dekonstruktiven Ländern gebaut worden sind.

Charles Jencks plädierte in seinem Vortrag für einen Pluralismus in der Weltarchitektur, ein Leben und Lebenlassen der Stilrichtungen, die, ohne daß sie aufeinander eingehen, sich realisieren sollten. Das Aufeinanderstoßen von gegensätzlichen Strömungen würde für interessante Ansichten und für Spannung sorgen. Planung als Zwangsjacke lehnte er ab. Das Zeitalter universeller Gestaltung sei endgültig vorbei. Die moderne Architektur des internationalen Stils sei durch so viele Hände gegangen und unterlaufen worden, daß sie zu einem Ladenhüter mutiert sei. Heute könne man sich zu jedem »Ismus« bekennen, wenn man ihn mit einer Haltung zum »wirklichen Leben« rechtfertige und als Architekt es schaffe, seinen Auftraggeber so gründlich einer Gehirnwäsche zu unterziehen, daß er dazu gebracht wird, wenigstens ein Gebäude so realisieren zu lassen, daß es dem Ego des Architekten guttut.

Als das Auditorium so belehrt den Heimweg antrat, blieb ich etwas ratlos zurück und fragte mich, was wohl einer der Arbeiter aus den Plastikfabriken, der jetzt auf dem Weg mit der Straßenbahn nach Wanchai ist, damit anfangen könnte. Nimmt man Hongkong als Beispiel für die Länder des Drachens: Auch ohne diese Theorien stellt sich Dekonstruktion dort als Tatsache dar, ist die Philosophie des Chaos eine in Stahl und Beton gebaute Wirklichkeit.

Fast sechs Millionen Menschen leben in einem Stadtstaat fast ohne jede Anbindung an das Hinterland, ohne natürliche Rohstoffe außer dem nicht versiegenden Fleiß der Arbeitskräfte, die teilzeitarbeitende Schulkinder ebenso einschließen wie 99 Prozent der Frauen und Mütter. Die Flüchtlingsmentalität und eine Art Torschlußpanik vor dem magischen Datum 1997 setzen das ohnehin wahnsinnige Arbeitstempo unter Hochspannung. Fehlt jede soziale Sicherung im Krankheitsfall oder für das Alter, treibt das noch den Schwächsten zur Arbeit. Auf Seiten von Industrie und Finanz schlägt ein Laissezfaire-Kapitalismus, der Religion ist, und ein patriarchalisches Regierungssystem, das jeden Eingriff vermeidet, zu Buche. Hinzu kommt eine geografische Lage am Unterleib Chinas, die Hongkong zum Tor für einen Markt von Konsumenten zu bestimmen scheint, der nicht einmal angezapft ist, ein Ort, an den alle Nationalitäten mehr zum Arbeiten als zum Leben streben und der, nicht zu vergessen, mit außerordentlichen Wachstumsraten lockt.

Man muß sich das vorstellen: Hongkong stellt 70 Prozent aller auf der Welt produzierten Kleidungsstücke her, außerdem Spielzeug, Uhren, Elektronik und jede Art von Plastik. Nicht zu überschätzen ist der Einfluß der internationalen Konzerne, besonders aus den USA, und das ständige Anwachsen von Firmenniederlassungen aus der westlichen Welt, die Hongkong zu ihrer Hauptniederlassung in Asien erkoren haben. In dieses soziale, politische und wirtschaftliche Netz verwoben, scheint Hongkong der Nährboden zu sein, auf dem eine pluralistische Architektur ins Kraut schießen kann, um schließlich in Dekonstruktion, Entfremdung und No-hope-Architektur zu enden, wie der Wurm auf dem Weg zum Mittelpunkt des Apfels.

Schauen wir in die dunklen Gassen und die dicht gedrängten Straßen der City. Überall Straßenmärkte, einige öffnen erst gegen Abend, weil sie als Zweitbeschäftigung nach der Arbeit betrieben werden. Alles, von lebenden Hühnern und Kaninchen, die im Wok enden, bis zu Haarklammern, Kleidern und Musikkassetten, wird dort angeboten. Jedes Gebäude, wo immer es sich befindet, wird multi-funktional genutzt. An der gleichen Adresse findet man Juweliere, Banken, Boutiquen, Restaurants, Schneidereien und Appartements, jeweils auf verschiedenen Ebenen. Wenn abends die Büros schließen, öffnen ein paar Stockwerke höher im gleichen Bürohochhaus die Restaurants. Sieht man an den Hausfassaden

hoch, entdeckt man überall illegal angebrachte Metallkonstruktionen, die über den Bürgersteigen hängen und nicht selten als zusätzlicher Schlafplatz dienen. Auf Flachdächern, ebenso ungenehmigt, werden von Untermietern Hütten errichtet. Das alles geschieht auf der mittleren Ebene der Stadtentwicklung.

Auf der unteren Ebene operiert die MTR (= Mass Transit Railway). Sie gräbt sich eine eigene unterirdische Ordnung unter der chaotischen mittleren Ebene und entläßt ihre Benutzer gleich in die vielfach genutzten Gebäudekomplexe oder durch mosaikverkleidete Bunker direkt auf die Straße.

Mit der Entwicklung der Hochebene (40 Stockwerke und mehr) kam die Erfindung eines Systems von Fußgängerwegen, das horizontal über der Straßenebene verläuft und selbst durch die Gebäude hindurch die wichtigsten Anlaufpunkte miteinander verbindet. In Central, dem Geschäftszentrum von Hongkong Island, von dem aus man den Hafen und Kowloon überblickt, ist dieses Gitter von überdachten Stahlbetonwegen um ein System von Rolltreppen erweitert, über das die Fußgänger bis in mittlere Ebene zu Anliegern, Schulen und Universitäten vordringen können. Hinter diesem System steht die Hoffnung, den Druck auf die Zufahrtswege zu lindern, die bereits von Taxis und Bussen überfüllt sind, und den Pendlern und den Studenten zu ermöglichen, zu Fuß ihren Arbeitsplatz zu erreichen. Ob es leichter sein wird, die Fußgängerstaus zu dirigieren als das Verkehrsgewühl, bleibt offen. Man darf gespannt sein, wie dieses in der Welt bisher einmalige System funktionieren wird.

Die Hochebene, die Hochhäuser mit Hotels, Büros und Appartements, ist das Hongkong der Ausländer und Touristen. Die Sicht auf die Manhattan ähnliche Skyline führt in die Irre und an den wahren Lebensbedingungen der Menschen vorbei. Eine unverheiratete Sekretärin Ende Zwanzig kommt zwar im letzten Mini-Rock daher, trägt eine Seidenbluse und ein geschneidertes Jackett, mag sich vielleicht Ferien in Thailand und Europa leisten, aber sie teilt ihr Schlafzimmer mit der zehnjährigen Nichte in der Wohnung ihrer verheirateten Schwester. Für einen Arbeitsplatz in einem der neuen Bürohäuser sind mindestens vier Quadratmeter vorgesehen, aber wenn der Angestellte nach Hause kommt, teilt er eine 60 Quadratmeter große Wohnung mit einer riesigen Familie. Die Büroetagen sehen wie überall in Europa und Amerika aus, sind manchmal sogar noch luxuriöser. Verkleidungen aus Marmor und poliertem Granit sind die Norm, Teppichfußböden und Seidentapeten weit verbreitet. Vom Vermieter werden integrierte Sicherheitssysteme, Klimatisierung rund um die Uhr, Vernetzung mit Datenverarbeitung, Telefonanlagen und Verkabelung erwartet. Diese Standards entwickeln sich noch nach oben, um internationale Konzerne als Mieter anzuziehen.

Der Design-Pluralismus hat eine Unzahl von Stilen und deren Spielarten aufgesaugt, Materialien jeder Art und nationale Eigenheiten sich angeeignet und benutzt, bis er schließlich zu einer puzzleartigen Identität geführt hat: das illustrieren Gebäude wie die Hongkong und Schanghai Bank, das bisher teuerste und meistfotografierte Hi-Tech-Bauwerk der Welt, das Bond Center, von Australiern finanziert und dem amerikanischen Architekten, Paul Rudolph, entworfen, die Bank of China des chinesischen Architekten I M Pei und all die anderen Wolkenkratzer wie Exchange Square Eins, Zwei und Drei, der Pacific Place und das Congress- und Ausstellungscenter, die alle von einheimischen Architekten entworfen wurden, die in Amerika, Großbritannien, Australien, Kanada und in Hongkong ausgebildet wurden.

Jeder dieser Entwürfe steht nur für sich allein, bemüht sich erst gar nicht wahrzunehmen, was hinter dem eignen Tellerrand stattfindet oder etwa in ein Gesamtkonzept paßt, wenn es denn eins gäbe. Selbst das Minimum, daß die Gebäude Anschluß an die vorhandenen Verbindungswege erhalten, wird zuweilen mißachtet.

Ein Hund frißt den anderen, manchmal werden sie allerdings als Chiu Chow Delikatesse von Menschen gegessen. Die Menschen dort atmen eine Luft, die von Blei, Kohlenmonoxyd und unzähligen anderen Giften kontaminiert ist, unkontrolliert von Fabriken ausgestoßen, die in einem der dichtesten Industriegebiete der Welt angesiedelt sind. Sie schwimmen in verseuchtem Wasser, wenn die Strände überhaupt noch freigegeben werden. Die Lebensbedingungen sind von akustischer und visueller Bedrängnis. Wer in Hongkong in dieser geistig und körperlich ungesunden Umgebung überleben will, muß auf dem schmalen Grat zwischen Eigennutz und Vitalität balancieren. Hier in Hongkong haben wir jenen Pluralismus, von dem Charles Jencks spricht, hier beginnt inmitten einer von der Philosophie des Chaos geleiteten Gesellschaft eine dekonstruktivistische Architektur zu blühen. Man sollte sie sich genau ansehen, bevor es zu spät ist.

konkret 05/89, S. 67

Rolf Hochhuth

Recht auf Nachsicht?

In KONKRET 3/89 hatte Jan Philipp Reemtsma der Meinung des Philosophen Habermas und des Schriftstellers Hochhuth widersprochen, die jüngere Generation dürfe ihren Zuwachs an Kenntnissen über den Nationalsozialismus nicht dazu mißbrauchen, moralische Urteile über die damals Handelnden zu fällen. Hochhuth schrieb eine Entgegnung (die nach Redaktionsschluß von KONKRET 4/89 einging und deshalb leider erst in diesem Heft erscheinen kann); Reemtsma antwortet

Zuerst habe ich gedacht: Was Jan Philipp Reemtsma mir vorhält, ist eindrucksvoll und wahr – wozu antworten! Dann sagte mein Sohn: »Wenn du nicht antwortest, bleibt da stehen, daß man an Jünger, der ein Gegner der Nazis und erheblich bedroht war, eine ähnliche Kritik üben dürfte wie an Heidegger, an Hitlers Philosoph!«

Er sagte noch mehr. Doch einen noch Lebenden in die Nachbarschaft Heideggers gerückt zu sehen – wenn auch nur durch den Zufall, daß die Einleitung, die Habermas zu: »Heidegger und der Nationalsozialismus« schrieb, von Reemtsma im gleichen Essay betrachtet wurde wie mein: »Besuch bei Ernst Jünger« – , das genügt, um mindestens hier feststellen zu müssen: Jünger mit Heidegger im gleichen Atemzug nennen, heißt zwischen dem lieben Gott und dem Hutmacher nicht unterscheiden! Nicht unterscheiden zwischen dem, der »die Sprache von Messkirch« verbrochen hat – »Die Sprache von Messkirch« ist der Titel der so erschreckenden wie erhellenden Analyse, die Robert Minder (Suhrkamp) dem 'Deutsch' des Schwarz- und Hinterwäldlers gewidmet hat – , und jenem aufregenden, ja verzaubernden Prosaisten, der »Das abenteuerliche Herz« dichtete oder »Die Zwille« oder »Auf den Marmorklippen«, jene Erzählung, die sogar die Nazis 'richtig' lesen konnten, das heißt: sofort verboten haben! (Goebbels forderte, Jünger für immer im KZ verschwinden zu lassen; doch Hitlers Scheu, sich an Höchstprominenten *öffentlich zu* vergreifen – Bischof Graf Galen, Marschall Rommel – , rettete Jünger.)

Jünger war nie Nazi, sondern unterzog sich ebenso wie Tucholsky (und wie heute wir) der Pflicht, als Zeitgenosse einer Republik den Parlamentarismus und die Demokratie dort, wo sie obenauf waren und nur noch Synonyme für Parteien-Allmacht und Korruption, zu kritisieren; dort, wo sie obenauf waren: das ist entscheidend. Und uns vorbildlich. Denn seine – damals sehr berühmte – Abscheu vor dem, was sich als Demokratie auf den Wahlplakaten angeboten hatte, artikulierte sich mit keiner Silbe mehr, sobald die Republik am Boden lag und Hitler Hausherr der Reichskanzlei geworden war. Im Gegenteil: Jünger befreite den 'Nationalbolschewisten' Ernst Niekisch und den Graphiker A. Paul Weber (der mir das selber gesagt hat) aus dem KZ, nachdem er Familie Mekisch schon bei sich aufgenommen hatte, Frau und Kinder, als Niekisch zu »lebenslänglich Zuchthaus« verurteilt worden war, weil er Jüngers Empfehlung, zu emigrieren, in den Wind geschlagen hatte... Das, nur *ein* Beispiel, mindestens verbietet es schon, Jünger 'und' Heidegger zu sagen. Man kennt schon Nietzsches Widerwillen gegen die Unbefangenheit, ja das Wahllose, mit denen wir Deutschen durch 'und' Pferde und Zebras vor den gleichen Wagen spannen!

Mit Jünger gemeinsam jenen absolut charakterlosen Heidegger nennen, der nicht nur seinem jüdischen Lehrer Husserl die Benützung der Freiburger Bibliothek untersagte, sondern sich hütete, je wieder den vom Lehrstuhl verjagten und verfemten Jaspers zu besuchen, von dessen jüdischer Frau sich in harmlosen Jahren Heidegger zuweilen wochenlang hatte bewirten und bekochen lassen? Heidegger, der bei Ortega y Gasset, wie der nachweist, gestohlen hat wie eine Elster, ist ja keineswegs nur als Ahnungsloser auf die im biergelben Hemd hereingefallen, sondern hat noch im Jahr der Nürnberger Gesetze, ein Jahr nach der Röhm-Mordorgie, als 'Metaphysik' vorgetragen und hat, so wörtlich, noch acht Jahre nach Hitlers Tod, als habe es Auschwitz nie gegeben, erscheinen lassen: »Was heute vollends als Philosophie des Nationalsozialismus herumgeboten wird, aber mit der inneren Wahrheit und Größe dieser Bewegung (nämlich mit der Begegnung der planetarisch bestimmten Technik und des neuzeitlichen Menschen) nicht das geringste zu tun hat«...

Dies vorangeschickt – habe ich Jan Philipp Reemtsma bereits zugestimmt, wenn er schreibt: »Moralisches Raisonieren besteht in der Diskussion historischen Beispielmaterials«. Nicht zustimmen kann ich Reemtsma, wenn er sagt, es gehe »beim moralischen Urteilen nicht einmal darum, einem Menschen individuell gerecht zu werden. Das Moralisieren ist dem moralischen Gebot der Rücksichtnahme nicht unterworfen.« Ich entgegne: Wo man *Namen* nennt, schuldet man den Individuen *doch* die Rücksicht, das Moralisieren niemals ohne Einbeziehung der zeitgeschichtlichen Situation zu betreiben, die das Verhalten mitbestimmt hat, das wir später beurteilen. Ja, ich gehe so weit, zu sagen: Moralisieren ist an sich amoralisch, wo es sich hinwegsetzt über das Gebot, »Menschen individuell gerecht zu werden«. Ich halte es da mit Schnitzler, der im ersten Weltkrieg notiert hat: »der alte Kunstgriff der Politik, vom Einzelnen abzusehen, mit Massen zu rechnen, im Gegensatz zum Künstler, der die Masse in die Einzelnen auflöst« . Statt Politik hätte der Wiener Arzt und Dramatiker auch sagen können: »der alte Kunstgriff der Gesetzgeber«. . .

Natürlich darf ein abstraktes Gesetzbuch, anders als der Historiker, der das Allgemeine überhaupt nur darstellen *kann,* indem er es personalisiert, rücksichtslos verfaßt werden. Aber schon der Richter kommt dann, beurteilt er Einzelne, so wenig wie Autoren und Historiker, umhin, die individuellen Beweggründe für Taten oder Unterlassungen – Unterlassungen sind zuweilen die folgenreichsten Taten – , mitzuberücksichtigen. Ein Mensch, um wieder von Jünger zu sprechen, der

noch zu Pferde in den Krieg zog, hat *ein Recht,* den Krieg anders zu beurteilen – und folglich habe ich als dessen Betrachter 75 Jahre später, auch die *Pflicht,* diesen Krieg 1914 und den damaligen Jünger – , anders zu beurteilen als ein Bomberpilot *seinen* Krieg 1940 ansah; oder als ich sie ansehe, Ernst Jünger und diesen Piloten, der seine Gegner, wenn es Gegner waren und nicht nur wehrlose Zivilisten, meist nicht einmal gesehen hat. Wie weltfremd – auch das ist amoralisch – zuweilen Spätere richten, das hörte ich, als ein Foto Jüngers zu Pferde einen zwei Generationen später Geborenen zu der Bemerkung veranlaßte: »Der Herrenreiter!« Er hatte nicht einmal gewußt, daß es sogar 1940 noch in allen Armeen, außer der amerikanischen, Regimenter genug gegeben hat, in denen keineswegs nur »Herren«, sondern auch die Rekruten zu Pferde saßen. Wie sagte der 86jährige Cato, als man ihn fragte, wieso er bedrückt sei; weshalb er morgen vor Gericht müsse, sei doch schließlich nur eine Lappalie. Catos Antwort: »Sagt das nicht! Es ist immer sehr schwer, sich vor einer Generation zu verteidigen, die nicht mit uns gelebt hat!«

Ich freue mich, daß Reemtsma das *Urwort der Güte* zitiert, das der nicht zu vergessende Jean Améry, einst Häftling in Auschwitz, geprägt hat: »Man kann niemals genug Nachsicht haben mit dem Menschen«. Wenn man schon zu unterscheiden hat zwischen der Verwerflichkeit einer Untat und der Verwerfung des Untäters als Person insgesamt: so ist darüber hinaus von Jahrgängen wie meinen, die wir die Zerreißproben, auf die Politik frühere Generationen gestellt hat, ohne jedes Verdienst bis heute nicht kennenlernten, zu verlangen, daß wir angesichts der Hitlerzeit den nicht kriminell gewordenen Mitläufern – nicht kriminell, darunter verstehe ich: »Volksgenossen«, die nichts getan haben, was nicht schon vor 1933 das Gesetzbuch verurteilt hat – , daß wir denen das Recht auf Unkenntnis, auf Ahnungslosigkeit zugestehen! Hitler war ein Novum, mindestens in der *europäischen* Geschichte der letzten Jahrhunderte.

Ja, im antiken Rom gab es den Terror der Proskriptionen; im Mittelalter den der »Ketzer«-Gerichte. Aber niemand *konnte* 1933 – nicht einmal Hitler selber – für möglich halten, daß die Welt und der alsbald angezettelte Krieg diesem Mann erlauben würden, ja daß er selbst sich das erlauben würde, Auschwitz zu veranstalten oder auch 'nur' Reichstagsabgeordnete in KZ's zu Tode zu martern ... Dieses Recht auf Unkenntnis alles dessen, was Hitler sich erlauben werde (und was die Welt ihm erlauben werde), könnte natürlich *heute* keinem Diktator mehr zugestanden werden, eben deshalb nicht, weil Hitler uns »gelehrt« hat, was menschenmöglich ist: Unsere Großväter *können* das nicht gewußt haben! Es hat eine andere Kategorie, ob ich vor oder *nach* den Stalinschen Schauprozessen Mitglied einer Partei wurde, deren erklärtes Ziel die Alleinherrschaft ist. Bin ich *nach* diesen Prozessen Mitläufer der KP geworden, darf ich mich nicht beklagen, eines Tages – wie Dubcek sich absurderweise beklagt hat – , selber ein Opfer der Einheitspartei zu werden...

In diesem Sinne – *nur* in diesem – widerspreche ich Reemtsma und stimme ich Habermas zu. In allen übrigen Punkten hat Reemtsma recht.

konkret 05/89, S. 68

Jan Philipp Reemtsma

Recht auf Nachsicht?

In KONKRET 3/89 hatte Jan Philipp Reemtsma der Meinung des Philosophen Habermas und des Schriftstellers Hochhuth widersprochen, die jüngere Generation dürfe ihren Zuwachs an Kenntnissen über den Nationalsozialismus nicht dazu mißbrauchen, moralische Urteile über die damals Handelnden zu fällen. Hochhuth schrieb eine Entgegnung (die nach Redaktionsschluß von KONKRET 4/89 einging und deshalb leider erst in diesem Heft erscheinen kann); Reemtsma antwortet

Sehr geehrter Herr Hochhuth –

viel kann »und« bedeuten, und wer vergleicht, behauptet keine Gleichheit. Aber ich habe ja gar nicht verglichen – jedenfalls nicht Heidegger und Jünger. Auch habe ich nicht Sie und Jürgen Habermas verglichen, auch nicht, was Ihr Verhältnis und das seine zu dem jeweils Besprochenen angeht. Es ging mir in meinem Text ja gar nicht um Heidegger und bzw. oder Jünger, sondern um zwei, sagen wir es gravitätisch: moraltheoretische Aussagen, die mir ähnlich schienen und die beide so formuliert waren, daß sie Verbindlichkeit weit über ihren Anlaß hinaus beanspruchten. Dieser Gestus der beispielunabhängigen Verbindlichkeit war nun für mich Anlaß, aber mehr noch Grund, etwas über diese »moraltheoretischen Sätze« zu schreiben, nichts anderes. – Sie könnten mir nun folgenden Satz entgegenhalten: »Der Versuchung, sich Passepartouts mit dem Ausstellen von Persilscheinen zu verschaffen, sollte man widerstehen, und es schickt sich auch nicht, gerade innerhalb der eigenen Zunft – Habermas gegenüber Heidegger, Hochhuth gegenüber Jünger – eine Zurückhaltung zu üben, die dann eben alles andere als vornehm ist«; – und Sie könnten natürlich fragen, ob so nicht nur einer schriebe, der nötigenfalls bereit wäre, den lieben Gott sogar mit dem Märzhasen zu verwechseln.

Sicher ist Ihre Jünger-Lektüre eine andere als meine; es ist mein Pech, daß ich mit den »Stahlgewittern« begonnen habe und dann gar nicht mehr weiterwollte, nur noch, sagen wir mal: »ausschwärmte«, etwa um Deschners Urteil bestätigt zu finden, man überschätze den Landschaftsbeschreiber Jünger durchaus. Aber das gehört schon beinahe nicht mehr zum Thema. Und auch Walter Benjamins »Theorien des deutschen Faschismus« möchte ich fast unerwähnt lassen. Es könnte mir um all-das gehen (im Falle Heidegger wären wir uns zweifellos, schon der beiderseitigen Verehrung Minders wegen, schnell einig), es ging mir aber nicht darum. Denn da Sie den betreffenden Satz in Ihren Aufsatz über Jünger hineingeschrieben haben, haben doch *Sie* es – so habe ich Sie wenigstens verstanden – für nötig gehalten, über das Beschreiben dessen, was Jünger getan und nicht getan, gesagt und nicht gesagt hat, hinaus ihn zum Anwendungsfall jener Maxime zu machen, die Habermas auf Heidegger angewendet wissen wollte und die ja auch noch andere in meinem Text Genannte für sich reklamieren. Es ging mir um die Kritik dieser Maxime und keinen darüber hinausgehenden Vergleich.

Ob Ihr zweites Widersprechen auf ein Mißverstehen zurückzuführen ist oder auf einen wirklichen Dissens, weiß ich nicht. Wenn Sie mich mißverstanden hätten, so läge das sicher daran, daß die Formulierung, es gehe beim moralischen Urteilen nicht darum, einem Menschen individuell gerecht zu werden, um der Pointierung willen mit dem Doppelsinn des Wortes »gerecht« arbeitet. Es liegt nahe, so zu widersprechen, wie Sie es tun: Einem Menschen gerecht zu werden, ist nicht Aufgabe einer Regel (eines Gesetzes), sondern einer Anwendungsinstanz (eines Gerichtes), die durchaus auf den Einzelfall einzugehen habe, persönliche Umstände zu wägen und so weiter. Dem widerspreche ich selbstverständlich nicht. Wohl aber halte ich aufrecht, daß das Moralisieren, d.h. auch das Anwenden von Grundsätzen, dem moralischen Gebot der Rücksichtnahme nicht *unterworfen* ist. Das heißt nicht, daß Individuelles nicht zu berücksichtigen wäre, sondern daß der Modus der Anwendung so beschaffen ist, daß das Individuelle möglicherweise, die Regel aber nie vernachlässigbar ist. Mit andren Worten: Ich kann dem, der in betrunkenem Zustand ein Kind überfährt, in Bezug auf die Lebensumstände, die ihn zum Trinker gemacht haben, Verständnis entgegenbringen (vielleicht sogar »mildernde Umstände« einräumen), halte aber die Regel aufrecht, daß nichts in seinem Leben *rechtfertigen* kann, Kinder totzufahren.

Ein anderes Beispiel: Der Psychoanalytiker Robert Jay Lifton beschreibt in seinem – entgegen manchen Rezensenten: bedeutenden – Buch »Ärzte im Dritten Reich« (im Originalton präzise: »The Nazi-Doctors«) unter anderem den »Fall« des Standortarztes von Auschwitz, Eduard Wirths. Ich glaube, daß die Beschreibung von Wirths' Leben, Handeln, seiner Konflikte, genau das ist, was man »einem Menschen individuell gerecht werden« nennen kann im Sinne eines größtmöglichen Annäherns an ihn, seine Lebensumstände, Beweggründe, Zwangslagen und so weiter, sogar bis zu einer Stelle wie dieser: Wirths' »Tochter meinte später, ihr Vater habe die Mutter, obwohl er sie unbedingt um sich haben wollte, nicht 'mit hineinziehen' wollen (...) und Frau Wirths hat später gesagt, daß sie jedesmal von dort weg wollte, wenn sie sah, wie ihr Mann von den Selektionen gequält war, daß sie aber blieb, weil ein Vertrauter sie wissen ließ, ihre Gegenwart sei entscheidend, 'wenn sie ihren Mann retten wollen'.« Einem Menschen »gerecht« werden heißt in diesem Sinne, ernst zu nehmen, daß da ein Mensch unter den Verbrechen, die er begeht, leidet, daß »es ihm nicht leicht fällt« (im Gegensatz zu anderen, die – siehe »den Doktor« Mengele – mit kühler Leidenschaft bei der Sache waren), und was dergleichen mehr ist. Lifton nimmt das ernst – und Ziel seines Buches ist, zu zeigen, daß man, um das Morden verstehen zu können, den Mördern (in diesem Sinne) gerecht werden müsse – und schreibt dann über Wirths und seine Frau nur den einen lakonischen Satz: »Keiner von beiden wollte eigentlich in Auschwitz sein, wollte auch nicht, daß der andere dort ist. Aber

er blieb und sie kam.« Er blieb und sie kam. Und da, vor der Dimension dieses Verbrechens, wird alles andere Larifari und unerträgliches Gerede. Lifton ist Wirths auf beide Arten »gerecht« geworden.

Zurück nicht zu Jünger, sondern zu dem, was Sie an seinem Beispiel zeigen wollen. Es liegt nahe, daß ein Mensch, der zu Pferd in den Krieg gezogen ist, diesen anders beurteilt als wir, die wir mehr vom Kriegsmöglichen im Zwanzigsten Jahrhundert wissen. Das ist richtig. Aber was für eine Pflicht erwächst mir daraus? Ein Mensch, der noch zu Pferde in den Krieg zog, kann ein Pole des Jahres 1939 gewesen sein oder ein Deutscher 1914; – das Pferd ist ein schlechtes Tertium. Ein Gas-Toter des Ersten Weltkrieges hat keine Möglichkeit, Einspruch gegen die Behauptung zu erheben, die Beurteiler von 1989 hätten die Pflicht, sich Ernst Jüngers Kriegsperspektive zu eigen zu machen. Wenn ich noch einmal Ihr Werk gegen Ihr gegenwärtiges Argument anführen darf: Was zählen die mildernden Umstände der Totschläger gegen die Leiden der Totgeschlagenen? (Und: Wo denn könnte in »Stahlgewittern« etwas wie das Wort Amérys, das Sie ein Urwort der Güte nennen, gefunden werden?)

Weltfremdheit sei amoralisch, sagen Sie, und wenn ich das Wort als »selbstverschuldete Unkenntnis« lese, fühle ich gerade den Kern meiner Argumentation verstanden. Gerade wenn Sie sagen: Aus der Kenntnis des historisch Möglichen ergeben sich die Kriterien zur Beurteilung der Potentiale meiner Gegenwart. Wäre ich aber von aller Verantwortung und Schuld freigesprochen, wenn ich an etwas mittäte, was die Verbrechen der Nationalsozialisten übertrumpfte, bloß weil es als Möglichkeit in meinem Schulbuch nicht vorgekommen ist? Sie sagen, nicht einmal Hitler habe *wissen* können, daß er sich einmal Auschwitz würde »erlauben« können. Nehmen wir an, das sei richtig, und es ist es wohl. Warum ist es dann richtig? Weil er nicht ernstlich hatte annehmen können, daß so Viele durch Handlungen und Unterlassungen ihm dieses würden erlauben werden. Aber was soll man dazu sagen? Man würde einem Hitler noch weniger als einem Streicher, der in Nürnberg *genau das nämliche Argument zu* seiner Verteidigung angeführt hat, es als mildernden Umstand zubilligen, er habe ja nicht wissen können, daß seine kühnsten Träume wahr würden. Wer etwas will, kann nicht reklamieren, er habe ja nicht wissen können, daß er Erfolg haben werde. Mag sein, daß unsere Großväter bzw. Väter – wenigstens eine große Anzahl von ihnen – nicht haben wissen können, was das nationalsozialistische Deutschland werden würde; sie haben nur daran mitgewirkt, daß es werden würde, was es geworden ist. Sie sehen: Die Frage nach dem Wissen-Können macht immer nur retrospektiv einen Sinn. Was werden *kann,* weiß trivialerweise niemand vorher. Nur darum gibt es Moralen. Um zu sagen, was nie werden *darf.*

konkret 05/89, S. 70

Eckhard Henscheid

Musikplaudertasche

»Guten Morgen, schöne Müllerin«, zieht vor dieser in Schubert-Müllers Liedzyklus der Müllersbursch das Hütlein. Mit exakt der gleichen musikalischen Phrase eröffnet in Webers »Aufforderung zum Tanz« der Herr kratzfüßig die Konversation mit der Dame; gedenkt aber auch, sich vors Hirn schlagend, Edgardo in Donizettis »Lucia« andererseits finster der Grüfte seiner Ahnen.

Ob das jetzt alles wieder was bedeutet?

Zufall jedenfalls ist und freilich seinerseits merkwürdig genug, daß nach der kurz vorm Tode geäußerten Meinung Richard Strauss' das Sterben genau so sei, wie er's in »Tod und Verklärung«, respektive, dies Werk Jahrzehnte später und kurz vorm Tode zitierend, im vierten der »Vier letzten Lieder«, Eichendorffs »Im Abendrot«, komponiert habe. Tja.

&

Mozarts »Lacrimosa dies illa« aus dem »Requiem« m.W. als Hintergrundmusik erstmals im deutschen Werbefernsehen steht für: Grabflora? Gesundheitstests? Hamburg-Mannheimer Volksfürsorge? Ajax? Kontrapunktisch für – London-Kondome?

Überhaupt nicht. Sondern für den Intercity. Zum 12/8el-Takt-Wiegenliedgeschluchze, Mozarts letzten Noten überhaupt, räkelt eine junge Hübsche froh sich im Coupé.

Alles ist erlaubt, anything goes: Die Zentralbotschaft der Postmoderne, jetzt ist sie bei der Bundesbahn eingetroffen. Abgesandt von deren Werbe-Kreativen. Die genug von ihren matten Bildungsresten haben. Und stattdessen nur noch frei assoziieren möchten. Wie andere große Künstler auch.

&

»Der Polizeichor Frankfurt lädt am I l . März zu einem Mozart-Abend in die Alte Oper ein. Karten sind noch erhältlich« (FR).

Ach, wer da hätte dabei sein können! Zum Augenblicke hätte er dürfen sagen: Verweile doch, du bist so – – aber freilich, denke ich genauer drüber nach, wird die Sache noch mysteriöser. Von Mozart, etliche Kanons und Freimaurerkantaten abgerechnet, gibt es nämlich – kaum Chöre; in den Opern so gut wie gar keine. Sollte also hinter der FR-Meldung doch nur, wie hinter den »Freunden der italienischen Oper« und hinter der »Rigoletto-Gesellschaft« des Gamaschen-Colombo in Billy Wilders »Some like it hot«, der mäßig codierte Einsatzkalender der südhessischen Camorra sich verbergen?

Ich fordere die Frankfurter Polizei auf, diesen Polizeichor scharf im Auge zu behalten!

&

Im Rahmen seiner Kritik des Sinfoniekonzerts, das erstmals den Dirigenten Carlos Kleiber und die Berliner Philharmoniker zusammen sah, schreibt andererseits in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung Wolfgang Sandner:

»Carlos Kleiber selbst wird kaum wissen, wie oft er schon die zweite Symphonie von Brahms dirigiert hat; er scheint so mit Faktur und Klanggestalt dieses Werkes vertraut zu sein, daß die Rollen von Komponist und Dirigent in grotesker Weise fast austauschbar scheinen: Carlos Kleibers zweite Symphonie, dirigiert (aus dem Jenseits gewissermaßen) von Johannes Brahms.«

Ich hab's ja schon immer gewußt, daß das jahre-, jahrzehntelange Abfassen von Konzertkritiken früher oder später, wahrscheinlich schon sehr früh, obligat stocknarrisch macht. Carlos Kleiber aber scheint über besondere Katalysatorenkräfte zu verfügen: Bei ihm verliert auch Althymniker Joachim Kaiser jeweils am schleunigsten Contenance und Übersicht.

&

Dagegen heißt der gleichfalls als Wiener Dirigent tätig gewesene Vater des Carlos bei Zweitausendeins auf dem Label »Erich Kleber«. Es ist schon wirklich eine

schnelle Mark, die dort mit immer rasender rasselnder Kulturrotation verdient wird, da kann zugunsten der Bildungssättigung der expropriierten Proleten schon mal ein x für ein u aufs i-Tüpfelchen...äh...äh: sich so ähnlich sehen wie langsam alles in diesem temporeichen Musikgroßramschgewürge. Unserer Zeit.

&

Wieder einmal, in Anthony Burgess' Roman »Der Mann am Klavier« (Klett Cotta 1986/89), findet sich die Legende aufgewärmt, daß der Wiener Beethoven- und Schubert-Pianist Arthur Schnabel nicht nur zuweilen grob falsch gespielt, sondern diese falschen Töne auch richtig geübt habe; denn man habe sie erwartet, »sie gehören zu seinem Stil«.

Die Frage beiseit', ob das wirklich geht: Ideologisch hat die g'schlamperte Gesinnung zweifellos ihr Pendant im superieuren Gestus jener frühen Kaffeehausschachspieler, die einen scheinstarken Zug ihrer Gegner »nicht einmal ignorieren«. Man sage über die Österreicher Nachteiliges, was man will: Den stärksten Draht zur abgefeimtesten Metaphysik, den haben sie nun einmal; und noch beim Schmäh-Führen.

&

Wenn einer wie Udo Lindenberg (42) in seiner jetzt erschienenen Autobiographie sich selber, nachdem seine politischen Freunde ein Jahrzehnt lang sich über diese Straußsche Unmenschlichkeit und faschistische Barbarei ausgeweint haben, als eben eine solche »Ratte« anpreist und -biedert, dann: nehmen wir halt im Wonnemonat Mai auch dies noch kurz zur Kenntnis. Ehe wir eh bald alle schweigen; ich sag's euch, Leute, es ist nur noch eine Zeitfrage.

&

Schon vor zwei Jahren dagegen war der Presse zu entnehmen gewesen, daß der Außenminister Genscher neben »einem kühlen Bier«, »einem wogenden Kornfeld in der Abendsonne« und »Sülze mit Bratkartoffeln« Beethovens Neunte besonders schätzt. Jetzt vor nicht allzu langer Zeit übertrug das Fernsehen aus Bonn ein Festkonzert mit Beethovens Neunter – wer aber war im Publikum bestens und sichtbar hochzufrieden zu erspähen? Richtig, Genscher, richtig.

Was mag ihm an der Neunten gar so gefallen? Daß sich in ihr selber wiedererkennende Ärodynamische: »Froh, froh, froh wie seine Sonnen fliegen durch des Himmels prächt'gen Plan«? Das glatterdings Sozialistische? Das vielmehr im Gegenteil Marxismus-Überwindende der Beethoven-Schillerschen Optik, »Freude« allein schon mache aus »allen Menschen Brüder« im Geiste Walter Scheels? Auf Genschers Memoiren bin ich, anders als auf die Lindenbergs, jetzt schon und wirklich und mächtig gespannt.

&

»Was ist die Neunte Sinfonie neben einem Gassenhauer, den ein Leierkasten und eine Erinnerung spielen ! « (Die Fackel 229,6).

Der Leierkasten meiner Erinnerung spielt seit etlichen Jahren wieder forciert eine Schnulze von ca. 1954, gesungen von irgendeinem Vico Torriani oder Bruce Low: »Ich habe nur dich, sonst nichts als deine Liebe auf der Welt, ich darf dich nicht verlieren; du bist wie der Sonne Licht, das auf mein Schattendasein fällt, ich darf dich nicht verlieren ! «

Wohl war das Schattendasein meiner Kindheit eigentlich das hellste, schon unverschämteste Licht; auch wußte ich mit 12 oder 13 noch nicht so ganz genau, was die Liebe sei; aber ich fürchte: genauer wußte ich's dann später auch nicht. Es bzw. sie war nämlich nichts anderes als der Sextsprung des Schlagerauftakts, dieser akkurat war die vollkommene Erkenntnis der Liebe in Dämonie und in herzzerreißendem Hinsinken an was auch immer; und daß der Schlager dann auf Nachkriegsteufelkommraus und im Zuge einer gigantisch-banalen »armonia celeste« (Lucia di Lammermoor) leicht tangohaft sich vorwärts seimte, das könnte er freilich auch gewesen sein, der horror eroticus extra-erleuchticus mysticus, und genauer wußte ich's dann ja auch 1983, mit 42, noch nicht, als auch 500 Romanseiten (»Dolce Madonna Bionda«) nicht zu klären vermochten, ob der Tango die Liebe oder die Liebe ein seelischer Tango sei. Oder wie oder was. Immerhin, so unwissend ich im Grunde also geblieben bin, via die Romanarbeit weiß ich zumindest das, daß meine Natur über 30 Jahre hinweg eine – wenn schon sonst recht verschleierte – scharf rhythmisch tangoeske ist.

&

Der bekannte Tenor Luciano Pavarotti weiß es ganz genau: »Hohe Töne sind wie die Tore beim Fußball. Wenn man trifft, ist es gut.«

Wie die Münchner Abendzeitung einst von der jungen Frau des einstigen jungen Nationalspielers U. Hoeneß erfuhr und auch gleich drucken ließ, läuft ein anderer Einschlag aufs gleiche hinaus: »Uli schießt auch nachts Tore!«

Dies wiederum beherzigte jener weltbekannte Regisseur J.-P. Ponnelle, der vor Jahren in einer TV-Version der Puccinischen »Madame Butterfly« diese und den Leutnant Linkerton beim gemeinsamen hohen C des großen Duetts visuell gut erkennbar einen gemeinsamen Orgasmus erleiden ließ.

Hegels zur dialektischen Dynamik entfalteter Dreischritt ist also tatsächlich kein leerer Wahn, das ganze ist wahrscheinlich letztlich nur eine Frage der Gestaltpsychologie und Semiotik – bzw. noch genauer weiß es selbstverständlich Goethe: »Alles Vergängliche ist nur ein Gleichnis«.

&

Vor einem guten halben Jahr grämte ich mich muffelnd im Zuge meiner gesammelten kulturindustriellen Illuminationen darüber, daß sich durch das gerammelt saalvolle Hören von Mahlers Neunter etwa in Frankfurts Alter Oper ja auch partout nichts ändere. Sie sitzen, so beschwerte ich mich, die 90 Minuten genau so zäh durch wie alles andere auch; und halten ihre Handtäschchen steif auf dem Schoße fest.

Und genau das, da hat sich meine Meinung jetzt um 180 Grad gedreht, ist gut, ja prima so. Daß sie ihre Handtäschchen weiter zäh fest im Griff haben. Nein, keine Extrawurst für Mahler. Sondern genau 90 Minuten lang lagere das Handtäschchen steif und fest im Schoße. Auf dem? Im.

&

Schumanns »Fantasiestücke« op. 73 für Klavier und Klarinette: Zarter, sänftigender, beschwichtigend flüsternder raunt schläfrige Natur träumend allenfalls noch in den »Märchenbildern« op. 113 für Viola und Klavier, allwo das schlaftrunkene Rieseln des leis Atmenden im trauten Murmeln des wie rinserisch Verwehenden – – –

und deshalb *mußte* der Rock'n'Roll eben eines Tages kommen; *mußte,* verstehen Sie?

&

Und Mendelssohn hat mit seiner Meinung von der Genauigkeit und Eindeutigkeit der Töne doch nicht recht. Die ersten Noten des Wagnerschen »Parsifal«-Vorspiels klingen akkuratest wie ein besonders kunstvoll retardierter Auftakt des Johann Strauß-Walzers »An der schönen blauen Donau« !

Bzw. Mendelssohn hatte eben deshalb eben erst recht doch recht. Denn Wagner machte ja einerseits kein Hehl aus seinem Neid auf Strauß-Walzer; und andererseits klaute er wiederum ausgerechnet bei dem als dekadent jüdisch denunzierten Mendelssohn, aus dessen Reformations-Sinfonie, das zweite Hauptthema des Parsifal-Vorspiels; das hier wie dort exakt das gleiche bedeutet: Glaube.

W.z.b.w.

konkret 05/89, S. 72

Andrea Faschina

Marlowes schwarze Schwestern

Als Antwort auf den Machismo der traditionellen Kriminalliteratur gibt es nun Frauenkrimis. Eine bloße Umkehrung des klassischen Schemas oder eigenständige Beiträge zur Frauenliteratur

Krimisucht ist weitverbreitet und nicht geschlechtsspezifisch. Einmal besessen, verbringen die Abhängigen beiderlei Geschlechts unzählige schlaflose Nächte mit der simplen Kunst des Mordes. Egal, ob hartgesottene Detektivgeschichte oder Soziokrimi, ob Oxfordroman oder Psychothriller, das einzige was zählt, ist Suspense. Die Welt des literarischen Verbrechens könnte also in Ordnung sein, wäre da nicht die leidige Frauenfrage. Denn die in fast allen Produkten des Genres angebotenen Frauenbilder bieten reichhaltig Grund zur Verärgerung.

So klar die Krimiwelt aufgeteilt ist in Gut und Böse, so klar unterscheidet sie zwischen Tätern und Opfern, was meist gleichbedeutend mit dem Verhältnis zwischen Männern und Frauen ist. Der Kriminalroman, so konstatierte der Krimifanatiker Bertolt Brecht, hat ein Schema und lebt von der Variation. Doch Schema hin, Variation her, was die Frauenrollen angeht, bezieht der Krimi erschreckend einfallslos Stellung. Die meisten der dargestellten Frauenfiguren bewegen sich im eingeschränkten Spektrum zwischen Killerlady und Damenopfer.

Abhilfe soll nun eine neue Variante des klassischen Schemas schaffen: der Frauenkrimi. Was im englischsprachigen Raum längst üblich ist, hat nun auch seinen Einzug in die hiesige Verlagswelt gefunden. Angeregt durch die feministischen Krimis der britischen Pandora Press rief der Argumentverlag die Reihe »Ariadne«-Krimis ins Leben und präsentierte Ende letzten Jahres seine schwarze Beute. Zu den bisher drei Ausgrabungsfunden hat Herausgeberin Frigga Haug ein recht wortgewaltiges Vorwort verfaßt, in dem sie erst einmal feministische Backpfeifen in alle Richtungen verteilt und den altbekannten KrimiautorInnen böse Verfehlungen in Sachen Frauenfragen nachweist. Der Kriminalroman, so heißt es da, sei ein »besonders eindeutiges Feld, in dem die alten Frauenrollen und Geschlechterverhältnisse wiederhergestellt werden.« Stimmt. Chandler oder Hammett, so spannend sie auch zu lesen sind, die frauenbewegte Leserin sieht sich versucht, die gebündelte Ladung aus Männlichkeitskult und Antifeminismus vom Nachtschränkchen in den Giftschrank zu verbannen. Und bei den traditionellen Autorinnen sieht's auch nicht besser aus.

Doch mit den ideologischen Magenschmerzen, bedingt durch eine Überdosis Männerliteratur, soll jetzt Schluß sein, denn die »Adriadne«-Krimis »sollen zur Entwicklung einer feministischen Kultur beitragen. Konkret bedeutet das, daß in ihnen andere Frauen auftreten als gewöhnlich und daß andere Beziehungen zwischen den Geschlechtern sich herausbilden.« Frauen als Autorinnen und Ermittlerinnen sind in diesem Konzept ein erklärtes Muß. Zwischen den schwarzgelackten Buchdeckeln soll sich eine neue Dimension des Kriminalromans entfalten, und Marlowes bisher unbekannte Schwestern sollen helfen, das Verhältnis zwischen Geschlechtern, Verbrechen und Gesellschaft ins richtige Licht zu rücken. Die Frauenkrimireihe will mit den Weiblichkeitsklischees brechen, soziale Bezüge sollen hergestellt werden, frauenspezifischer Alltag in seinem auch fortschrittlichen Potential eingearbeitet und beleuchtet werden. Das sind jede Menge Forderungen und Versprechungen.

Derart begierig gemacht, nehme ich den ersten Band der Reihe, das Pilotprojekt also, zur Hand. Titel: »Das Geheimnis der alten Jungfer« von Anthony Gilbert, Erstveröffentlichung 1949, für die Frauenwelt wiederentdeckt 1988. Erste Verwirrung: Wer ist Anthony Gilbert? Der Buchdeckel, schwarz und geheimnisvoll, schweigt. Im verschwindend kleingedruckten Editorial entdecke ich, daß Anthony mitnichten ein männliches U-Boot in der Reihe der Krimischreiberinnen ist, sondern das Pseudonym einer Frau. Nun, dafür mag es Gründe geben, doch die hätte ich gerne erfahren. Schließlich sind die übrigen Bände der Reihe mit einem Bild und einer nicht üppigen, aber doch immerhin vorhandenen Kurzbiographie der Autorinnen ausgestattet.

Nach der Lektüre der ersten Kapitel drängt sich mir der Verdacht auf, daß das Geheimnis um Anthony für die fehlende Spannung der Geschichte entschädigen soll. »Das Geheimnis der alten Jungfer« entpuppt sich als todsichere Schlafpille, eine verstiegende und haarsträubend konstruierte Geschichte ohne jede Spur von Suspense. Protagonistin des Romans ist die Rentnerin Miß Janet Martin, Gattungstyp arm aber sauber, die von ihrer herzlosen Nichte in ein Altenheim verbannt wird, und das zu einem Zeitpunkt, wo sie einem gar erschröcklichen Geheimnis auf der Spur ist. Um eine edle enterbte Waisin und um die Machenschaften einer skrupellosen Erbschleicherin geht es da, der Verfall von Sitte und Moral vor dem Hintergrund der sozialen Mißstände des Nachkriegsenglands wird angeprangert. »Das Leben war so hart, kaum jemand hatte Zeit für gute Manieren.« Schrecklich. Genauso wollte ich das Erkenntnispotential von Rentnerinnen nicht dargestellt sehen. Denn so assoziiere ich bei aller Sympathie für die sehr reizend und pfiffig dargestellte Miß Martin nur meine neugierigen Nachbarinnen, die detektivisch auch sehr ambitioniert sind – im Hinblick auf meine Besucher und den Schmutzpegel im Hausflur.

Und damit nicht genug. Jungfer Martin engagiert zur Unterstützung ihrer Ermittlungsarbeiten einen Privatdetektiv, nach Aussagen des Vorworts einen ungewöhnlichen Helden, der Frauen haßt, »die dem weiblichen Klischee entsprechen«. Ich

dagegen gewinne rasch den Eindruck, daß Detektiv Crook auch ganz allgemein ein Frauenhasser ist, was ihn eigentlich nicht zum Sympathieträger in einem Frauenkrimi prädestiniert. Leseprobe: »Am Tage der Hinrichtung besuchte Crook das Mädchen, dem er das Leben gerettet hatte, zum Tee. Für seinen Geschmack – er mochte Frauen gern rundlich und konnte nichts Schönes an der Ähnlichkeit mit einem Krocketschläger finden – erschien sie ihm noch zu dünn und noch zu blaß.«

Schluß, das »Geheimnis der alten Jungfer« fliegt in die Ecke. Schade, dabei ist das Grundthema des Buches, die Abschiebung alter Menschen und das nicht Ernstnehmen ihrer geistigen Fähigkeiten nämlich, mit Sicherheit literarischer Anstrengung wert. Doch hier kommt die Geschichte ach zu moraltriefend und auf die Grundfesten des bürgerlichen Anstands pochend daher. Die positiven Inhalte sind unter viel zuckerbäckerhaftem Sozialkitsch, gepaart mit der ständigen Zelebration eines reaktionären Frauenbildes, nur mit viel gutem Willen zu entdecken. Diese verstaubte Geschichte als feministischen Krimi anzupreisen, finde ich sehr verwegen, und – die Herausgeberinnen mögen das Chandler-Zitat verzeihen – ungefähr so passend wie eine Silberzwiebel auf Bananeneis.

Band 2 der Reihe betrachte ich schon wesentlich vorsichtiger: »Wenn die grauen Falter fliegen« von Marion Foster. Wir befinden uns in Kanada. Zeit: Anfang der 80er Jahre. Der spärliche Klappentext informiert mich, daß Autorin Foster als Redakteurin gearbeitet hat und mit einer Frau zusammenlebt. Das sagt zwar noch nicht viel, läßt aber auf etwas mehr Realitätsnähe hoffen. Schon nach wenigen Seiten bin ich angenehm überrascht. »Wenn die grauen Falter fliegen« stellt sich als zügig erzählter Lesbenkrimi heraus, so spannend geschrieben, daß ich ihn gar nicht mehr weglegen mag. Die ermittelnde Detektivin ist hier eine zu Beginn noch nicht sehr frauenbewegte Staranwältin, die die Verteidigung einer des Mordes an ihrer verheirateten Geliebten angeklagten Journalistin übernimmt und im Laufe des Prozesses Frauenbewußtsein entwickelt. Das gruselig-kleinkarierte Milieu einer Kleinstadt, die Diskriminierung von Lesben und die vorurteilsgeladene Atmosphäre im Gerichtssaal sind die Themen, die Marion Foster detailliert, ironisch, witzig und packend beschreibt.

Ein bißchen störend ist, daß schon, wie im ersten Band der Reihe, die Handlung sich gar zu starr am klassischen Krimistrickmuster orientiert. Hierzu schlägt das Vorwort ungewohnt selbstkritische Töne an: »An die Stelle des einsamen Detektivs tritt die Detektivin... Je weiter die Autorinnen in der Entwicklung einer Frauenkultur gehen, desto einseitiger werden die dunklen Männergestalten, die im Zentrum des Verbrechens stehen. Wir halten dies für eine transitorische Schwäche.« Im Fall der »grauen Falter« ist dies eine glatte Umkehrung der klassischen Konstellation, was ganz erfrischend zu lesen ist, aber noch keine rasend originelle neue Qualität abgibt. Und auch das Ambiente des Krimis dient nicht gerade der Emanzipation verschütteter weiblicher Lebenszusammenhänge. Das Realitätsprinzip wird vertreten durch die spießige Kleinstadt, die Heldinnen dagegen sind bildschöne Wunderwesen in raffiniert geschnittenen Seidenkostümen und Kaschmirpullovern, trotz ihrer Stigmatisierung als Frauen und Lesben doch mit jedem Zoll privilegierte Bürgerinnen. Auch der Schluß des Romans ist erschreckend konventionell mit umgekehrten Vorzeichen.

Ein alternatives Happy-End bahnt sich an: »Leslies Arme umschlangen sie und ihre Lippen berührten Harriets so sanft und leicht und sinnlich, als würde ein Schmetterlingsflügel sie streifen. Harriet schloß die Augen.... Sie wußte, ebenso wie Leslie war sie schließlich frei.« Transitorische Schwäche? Schema und Variation? Auf jeden Fall Kitsch.

Aber wie auch immer, Marion Foster hätte mich fast mit den »Ariadne«-Krimis aussöhnen können. Eine weibliche Sichtweise der Verhältnisse ist konsequent durchgehalten und schlafraubend spannend ist es auf jeden Fall.

Der dritte Band der Reihe, »Untergetaucht« von Joy Magezis, übererfüllt dann geradezu das Soll an feministischen Parolen und Bekenntnissen. In den Worten der Heldin Alison nämlich, die offenbar ausgezogen ist, die Welt nach dem Prinzip des Nürnberger Trichters zum Feminismus zu bekehren. Die Taten Alisons müssen sich dagegen das Etikett »hoffnungslos männerfixiert« gefallen lassen. »Untergetaucht« ist die quälend sozialpädagogisch erzählte Geschichte einer 15jährigen Vivisektion des Märchenprinzen. Heldin Alison war Ende der 60er Jahre in der amerikanischen Studentenbewegung aktiv. Aus dieser Zeit sind ihr geblieben: Die Fähigkeit zur penetranten Agitation und ihre halbwüchsige Tochter, die sie allein erzieht. Wer ihr fehlt, ist Mark, der Vater des Kindes. Der mußte, ob seiner politischen Aktivitäten und weil er mit einem besonders gefährlichen Polizisten aneinandergeraten war, das Land verlassen.

Nun geht die Legende, Mark sei, knappe 15 Jahre später, im englischen Cambridge gesehen worden. Mutter und Tochter reisen nach England, um dieses ungeklärte Kapitel ihrer Vergangenheit aufzuarbeiten. Sie geraten in einen Strudel sie observierender Geheimdienste von CIA übers FBI bis hin zum britischen special branch. Da stellt sich die Frage: Was macht Alison – abgesehen von ihrer schier unerträglichen Selbstüberschätzung – so wichtig? Allein die Tatsache, daß ihr Freund Mark 1968 in Berkeley von einem Polizisten zusammengeschlagen wurde, kanns doch nicht sein? Es stellt sich heraus, Mark war einer internationalen faschistischen Verschwörung auf der Spur und Alison als vermeintliche Mitwisserin ist, ohne es zu ahnen, ins Fadenkreuz der Mächte des Dunkels geraten.

Joy Magezis benutzt das Medium Kriminalroman, um eine Menge halber Geschichten auf einmal zu erzählen. Die Verfolgung der amerikanischen Linken, die schlecht übertünchte braune Vergangenheit und Gegenwart und die Diskriminierung von Frauen werden zu einem faden Parolenkomplott mit feministischem Sahnehäubchen

zusammengequirlt. Bei einer solchen Überfrachtung mit historisch verstaubten linken Klischees und vordergründigen Feminismen, die in bieder sozialpädagogischer Ambitioniertheit verkündet werden, steht nicht nur die schwerfällige Diktion dem Lesevergnügen entgegen. Die missionarische Alison nervt ganz einfach, besonders in der Schlußsequenz. Im Showdown zerschlägt sie in einem Akt der Selbstbefreiung die Büste der Virginia Woolf auf dem Kopfe des faschistischen Polizisten, der Mark damals zur Emigration zwang. So habe ich mir Feminismus immer in der Satire vorgestellt, aber Joy Magezis meint es bitter ernst.

Sind sie nun also Steinwürfe aus dem Glashaus, die »Ariadne«-Krimis? Auf jeden Fall sind es unglückliche Manifestationen dessen, was passiert, wenn frau den feministischen Stein der Weisen mit der Laterne sucht. Besser wär's gewesen, die Herausgeberinnen hätten ihre Forderungen an den Frauenkrimi nicht ganz so vehement und ausschließlich formuliert. So müssen sie sich gefallen lassen, daß ihre Produkte an den hochgeschraubten Ansprüchen gemessen und für zu leicht befunden werden.

Daß es auch ohne ideologische Fanfarenchöre geht, zeigen die Krimis der Doris Gehrcke aus dem Verlag am Galgenberg. Bisher liegen zwei Bände mit der Ermittlerin Bella Block als Protagonistin vor, eine Weiterführung der Serie ist angekündigt. Auch diese Krimis präsentieren sich im schwarzen Outfit, eine heutzutage offenbar obligate Assoziation bei Frauen und Verbrechen und wohl auch der optische Versuch, die Produkte von der frauenbewegten Belletristik der frühen lila Selbsterfahrungsjahre abzuheben und ihr zeitgemäßes Erwachsensein zu dokumentieren.

Der Debüt-Band »Weinschröter, Du mußt hängen« ist der erste deutschsprachige Frauenkrimi, der von der Kritik nicht nur als Spielart wahrgenommen, sondern ganz im Gegenteil fast durchweg enthusiastisch gefeiert wurde. Er spielt dort, wo der klassische Krimi, der als Kulisse den Moloch Großstadt bevorzugt, das Verbrechen nicht vermutet: auf dem platten Lande; das Dickicht der Städte wird ersetzt durch die Welt als Schweinestall.

Schon die ebenso brutale wie virtuose Eingangsszene, eine auf die nackenhaarsträubende Spitze getriebene Vergewaltigung nach Schweinezüchterart, zeigt, wo's langgeht: in die Abgründe des Alltäglichen, wo Frauenfeindlichkeit in ihren pervertierten wie »normalen« Versionen den Lauf der Welt bestimmt. Wer beim Krimi das kalte Grausen spüren will – bei dieser fantastischen Schilderung eines dumpf-durchschnittlichen Dorfes ist es garantiert. Zwei als Selbstmorde getarnte Morde gilt es aufzuklären, doch das ist fast unwichtig. Wichtig ist, wie's geschrieben ist. Die dichte und differenzierte Art der Darstellung, in der Doris Gehrcke ihren Opfern präzise die Mitschuld am Verbrechen nachweist, hat der Autorin Vergleiche mit dem für den Gesellschaftskrimi der 70er Jahre prägenden Schreiberpaar Sjöwall/Wahlöö eingebracht, und wenn's immer Maßstäbe braucht, dann ist das bestimmt kein falscher.

Der durchschlagende Erfolg von »Weinschröter« geht eindeutig auf das Konto der Heldin Bella Block. Sie ist schon eine würdige Konkurrentin für die Herren Spade und Marlowe, eine sehr eigene Persönlichkeit, bei der das Fehlen der zuvor bemängelten transitorischen Schwäche angenehm auffällt. Weit davon entfernt, ein neuer hartgesottener Detektiv, nur eben ein weiblicher, zu sein, bereichert sie das Genre ganz ungemein. Sie ist eine – auch körperlich – runde Figur, alleinlebend, über fünfzig, mit einer Neigung zu übermäßigem Wodkakonsum und einer klaren Vorstellung von selbstbestimmtem Leben, was sich vor allem im Umgang mit ihren meist wechselnden und meist jüngeren Liebhabern niederschlägt.

Doris Gehrcke hat sie mit einer turbulenten Biographie und einer Vorliebe für Lyrik, vom angedichteten »unehelichen Großvater« Alexander Block zu Trakl und Brecht ausgestattet. Deren Verse liest sie in allen Lebenslagen, ebenso wie Lenin und Rosa Luxemburg, was wunderbarerweise kein bißchen manieristisch, sondern ganz und gar organisch klingt.

Doch genau in Bella's Stärke liegt die einzige Schwäche von »Weinschröter«; Wohl kaum jemand kann sich vorstellen, was diese Power-Frau jemals in die muffigen Amtsstuben eines bundesdeutschen Großstadtkommissariats verschlagen hat. Doris Gehrcke löst diesen Widerspruch, indem sie Bella zum guten Schluß die Pflicht verweigern läßt: keine Aufklärung im Sinne des Gesetzes, Strafvereitelung und gefälschte Berichte, Bella quittiert den Dienst.

Im zweiten Band, »Nachsaison«, treffen wir sie dann konsequenterweise als Privatdetektivin für »nationale und internationale Ermittlungen« wieder. Was sich schon bei »Weinschröter« anbahnte, hier ist es noch offensichtlicher geworden: Die Krimihandlung schafft zwar nicht zu unterschätzende Spannungselemente, ist aber eigentlich überflüssig. Die Geschichte lebt von der Erzählweise, von den ebenso knapp wie klar gezeichneten Figuren und natürlich von der Heldin Bella und ihrem Weltbild. Vielleicht liegt es ja wirklich in der Natur des Genres, daß ein guter Frauenkrimi eben in erster Linie Frauenliteratur ist und erst danach Detektivgeschichte.

Bella Blocks Ermittlungen zwischen Blankenese und Neapel überzeugen überall dort, wo Doris Gercke in bewährter analytischer Klarsicht Menschen, Haltungen und Verhältnisse beschreibt; der Krimirahmen selbst ist arg verschachtelt. Zur Aufklärung der unbestritten spannenden, aber doch sehr verwickelten Geschichte über Frauenhandel, die als simpler Beschattungsauftrag an der Elbe begann, muß zuletzt die Camorra herhalten. Doch glücklicherweise tut die etwas bemühte Konstruktion dem Lesevergnügen keinen Abbruch, und ich bin jetzt schon gespannt, welchen Gestalten Bella Block bei ihren nächsten Abenteuern begegnen wird.

konkret 05/89, S. 76

Peter Körte

Das Melodram als Dokument

Mira Nairs Film »Salaam Bombay!« ist der erste indische Spielfilm, der Indien zeigt: »die Straße und die Sprache dieser Straße«

Indiens Kinoindustrie ist eine hochtourige Illusionsmaschinerie: Rund 800 Filme werden jährlich auf dem Subkontinent produziert, die dank zahlloser Wanderkinos noch bis in die entlegensten Dörfer gelangen. Die für hiesige Verhältnisse überlangen Lichtspiele bedienen Eskapismuswünsche und geben den Reichen Zucker, türmen Klischees aufeinander, wirken schreiend kitschig, operettenhaft überdreht. Nicht zuletzt deshalb dürfte der indische Film in Europa ein weißer Fleck auf der Kinoweltkarte sein. Umgekehrt inspirierte der »Zauber Indiens« Regisseure wie Richard Attenborough oder David Lean zu ihren postkolonialen Epen und ließ Pasolini, Rossellini oder Louis Malle zu kamerabepackten Indienfahrern werden.

»Salaam Bombay!« ist ein Film, der mit all dem bricht, der die Perspektiven verschiebt. Er ist Mira Nairs erster Spielfilm. Die 32jährige Inderin, die in Harvard studiert hat und heute zwischen New York und Indien pendelt, hatte vor »Salaam Bombay!« vier Dokumentarfilme gedreht, als das Publikum in Cannes sie 1988 mit tosendem Beifall bedachte und die Jury ihr eine »camera d'or« verlieh. Nairs Spielfilmdebüt ist ungewöhnlich nicht nur vom Resultat, sondern schon von der Produktionsweise her: Aus der Kunstwelt der Studios und Ateliers hinaus auf die Straßen, ein Unterfangen, das zuerst ebenso mitleidig belächelt wurde wie die Zusammenarbeit mit Laienschauspielern. Die Straßenkinder, denen der Film gewidmet ist, spielen sich selbst. Die Regisseurin versammelte mehr als hundert von ihnen zu einer Art Workshop, erarbeitete den Plot gemeinsam mit einem Dutzend von ihnen, die dabeiblieben, und ein paar Profischauspielern.

Von ferne ähnelt »Salaam Bombay!« Hector Babencos »Asphalt-Haie« (1983), der Geschichte des brasilianischen Straßenjungen Pixote mit den scheinbar unvermeidlichen Stationen Erziehungsheim, Drogen und Tod auf der Müllhalde, mit Gewalt, Angst im Großstadtdschungel und Sehnsucht nach der Mutter. Wenngleich nicht unumstritten, war Babencos Film in seinem unversöhnlichen Realismus überzeugend und couragiert. Der Mut von Mira Nair jedoch ist ungleich größer. »Salaam Bombay!« zwingt den alltäglichen Kampf ums Überleben auf den Straßen in die Form des Melodramas. Der Film erzählt die Geschichte des zehnjährigen Krishna, den seine Mutter fortgeschickt hat: Er könne zurückkehren, wenn er 500 Rupien verdient habe. Aus den Ingredienzen des Genres, aus Liebe und Verlassenwerden, Mord und Drogentod, Freundschaft und mißbrauchtem Vertrauen, wird ein Film über Bombay und Indien, wie man ihn noch nicht gesehen hat.

Ein Wandelzirkus bricht seine Zelte ab. Krishna wird vom Boss in die nahegelegene Stadt geschickt, um Betel zu holen. Die Szene ist ein wortloser Vorgriff auf das Folgende, im Grunde auf den ganzen Film. In einer Landschaftstotalen sieht man den weißgekleideten Jungen durch die Hügellandschaft rennen. Er wird zum unscheinbaren Punkt, entschwindet schließlich dem Blick. Als er zurückkehrt, verharrt die Kamera auf seinem Gesicht: Der Zirkus ist weg. Da reicht eine kurze Ansicht des leeren Platzes. Im nächsten Bild löst der Junge ein Ticket am Fahrkartenschalter; ein Schnitt, und schon fährt die Diesellokomotive im Bahnhof von Bombay direkt auf die Kamera zu. Krishna wird ins Getümmel der Millionenstadt geworfen. »Dort wirst du ein Star«, hatte der Fahrkartenverkäufer gesagt. Es sieht nicht danach aus. Staunend, ängstlich beobachtet er den Verkehr, erblickt einen Jungen, der gestikulierend auf einem Geländer hockt. Er stolpert mitten hinein in den Wirbel, ist so rasch Teeverkäufer wie er seinen Namen wechselt: Chaipau, der Teeträger, heißt er nun. Eine hüftenschwenkende, verlebte Puffmutter nimmt ein junges Mädchen in Empfang. Die junge Nepalesin, die kein Wort Hindi spricht, und der Junge, den die Stadt zu verschlucken droht: die Ausgangssituation, aus der sich das Melodram entfaltet. Dieser Prolog ist wunderbar leicht erzählt, voll gekonnter Ellipsen, zügig und konzentriert.

Krishna lernt Chillum kennen, ein Wrack von 25 Jahren, der für Baba, den Platzhirsch im Rotlichtbezirk, dealt, um seine tägliche Ration zu bekommen. Und er schließt schüchtern Freundschaft mit Manju, der Tochter Babas und der Prostituierten Rekha. Der Erzählfluß führt mit leichter Hand die Figuren zusammen, verzweigt sich zu einem vielstimmigen Geschehen, ohne den Hauptakteur aus den Augen zu verlieren. Der Film widmet den Details des Alltags Zeit und Aufmerksamkeit, verweilt bei ihnen ohne anklagendes Pathos oder Elends-Folklore. Die »Wohnorte« der Menschen sind Zwischenzonen, Umschlagplätze wie Bahnhöfe und Bordelle. Die Kinder, die rauchen, zocken und prahlerisch über Frauen reden, schlafen unmittelbar hinter der Grand Road Station. Über ihrem Nachtlager hängt an einer Mauer eine Rambo-Zeichnung. Das Hemd eines Jungen ist reichlich mit dem bedruckt, was ihnen fehlt: lauter Rupienscheine. In einer der gelungensten Sequenzen sitzen die Kids im Kino. Ein Schmachtfilm, in wüsten Bonbonfarben, deren Widerschein die Gesichter der Jungen erhellt, flimmert über die Leinwand. Einer imitiert die Verrenkungen der prallen Tänzerin, singt dazu, bis ihn die Hand seines Hintermanns im Nacken trifft. Das Leben imitiert die Kunst, indem es sie parodiert.

Freundschaft und Vertrauen existieren in diesem Ambiente nur im Stadium der Andeutungen. Krishna bemüht sich um Chillum, der nicht mehr zu retten ist. Sie sitzen auf einem nächtlichen Friedhof, ein schwaches Laternenlicht blinkt, sie unterhalten sich. Während Chillum mehr und mehr in seinem Trip versinkt, möchte Krishna sich ein wenig anlehnen. In

diesen kleinen Gesten, die nie zu gefühlig geraten, gewinnt »Salaam Bombay! « seine traurige Wucht . Daß auf der Straße Kindheit ebensowenig bekannt ist wie Vertrauen oder Halt, dokumentiert der Film ohne großes Aufsehen, ohne den pastoralen Unterton wohlmeinender westlicher Kulturkritik. Als Krishna 300 Rupien zusammen hat, läßt er einen Brief an seine Mutter aufsetzen. Der Schreiber zerknüllt den Brief und wirft ihn fort, nachdem er kassiert hat. Krishnas heimliche Liebe zu Solassal, der Nepalesin. ist nach dem klassischen Modell für gleichzeitige Nähe und Getrenntheit inszeniert: Bei der ersten Begegnung drückt Krishna sich die Hände an der Autoscheibe platt und versucht, mit dem fahrenden Wagen Schritt zu halten. Durch die Heckscheibe eines Wagens sieht er Solassal am Ende davonfahren. Er kauft ihr Kekse und bittet Manju, sie zu überbringen. Das eifersüchtige kleine Mädchen stopft sie hastig in sich hinein, um zu behaupten, sie habe sie ihr gebracht. So bleiben die kleinen Hoffnungen resistent gegen Enttäuschungen.

»Eines Tages kommt in Indien alles in Ordnung«, sagt im vergitterten Wagen ein alter Mann zu Krishna und Manju, die die Polizei aufgegriffen hat. Daraus entsteht eine merkwürdige Choreographie: Der Mann ist mit Handschellen an seinen Nachbarn gefesselt, und so neigen beide sich zu den Kindern und berühren ihre Gesichter. Schnell rauscht unterdes die Stadt vorbei, die grünlich schimmernde Nacht verwandelt sich in einen sonnigen Morgen. Die Kinder verschwinden in einer staatlichen »Besserungsanstalt«. Einsam und starren Gesichts beobachtet Krishna die anderen, die zum Teil längst nicht mehr wissen, wo sie sich befinden. »Hab' ich vergessen«, sagt ein Junge über die Gründe seines Hierseins, genau wie Chillum über seine Zeit in Bombay. Krishna flieht. Sein Davonlaufen scheint nicht enden zu wollen, weil er nach jedem Schnitt wieder geradewegs auf die Kamera zurennt. Diese atemlose Bewegung ist Auftakt zur Beschleunigung des Erzähltempos, sie treibt die Figuren aufeinander zu, verknotet die lockeren Stränge der Erzählung fürs dramatische Finale. Solassal wird an einen Interessenten verhökert, Manju muß in der »Besserungsanstalt« bleiben, ihre Mutter Rekha will Baba verlassen. Baba drückt Rekha auf der Treppe theatralisch ein Messer in die Hand, das sie zu Boden wirft. Der Blick der Kamera fällt kurz auf das Messer. Krishna ist da, um es aufzuheben und Baba in den Rücken zu stoßen. Das blütenweiße Hemd färbt sich rot. Rekha und Krishna fliehen Hand in Hand und verlieren sich im Gedränge einer Prozession sofort wieder. Ein trauriger Krishna in einer langen, halbnahen Einstellung bleibt zurück.

Zwischen die Bilder von der Eskalation der Gefühle setzt der Film immer wieder Straßenaufnahmen mit dem Getümmel der Menschen, den zwischen ihnen eingequetschten Autos, den wogenden Lasten auf den Köpfen. Die Kamera zeigt diese Szenen oft in Aufsichten, die mit den unruhigen Bewegungen der Handkamera mitten im Gedränge kontrastieren. Eine Balance, die den Film charakterisiert: Die Erzählperspektive führt nah heran an die Figuren, ohne sich aufzudrängen, ohne die Position einer ordnenden Erzählinstanz zu verleugnen. Die Schauspieler spielen nicht auf die Kamera hin, die Kamera folgt ihnen. »Es ist immer noch mein größter Wunsch, daß dieser Film eines Tages in Indien gezeigt wird«, sagt Mira Nair, die überzeugt davon ist, »daß 'Salaam Bombay!' ein kompromißlos indischer Film ist, nicht im Stil des herkömmlichen indischen Kinos, sondern im Sinne dessen, was Indien wirklich ist – die Straße und die Sprache dieser Straße. Niemand hat jemals in einem indischen Film gehört, wie indische Menschen auf der Straße reden«. Es ist nur scheinbar ein Paradox, daß ein solcher Film von einer Regisseurin stammt, die in zwei Welten zugleich lebt. Indem Mira Nair sich von Indien entfernte, schärfte sich ihr Blick, wurden die dramaturgischen und ästhetischen Mittel des Melodramas zu Wahrnehmungsinstrumenten, die mehr sichtbar machen als jeder Dokumentarfilm. Von der phasenweise allzu geglätteten, europäisierten Musik abgesehen, fehlt bei dieser konsequenten Inszenierung jeder Mißton. Ein Klischee sei banal, hundert jedoch seien ergreifend, hat Umberto Eco geschrieben.

konkret 05/89, S. 78

Dietrich Kuhlbrodt

Bewältigte Bewältigung

Viereinhalb Stunden lang zeigt Marcel Ophüls in seinem Dokumentarfilm über den Fall Klaus Barbie nichts als sprechende Köpfe. Und doch ist »Hotel Terminus« nicht nur die richtige Antwort auf die Bewältiger der Vergangenheit, sondern auch ein Krimi

Im Hotel Terminus, Lyon, residierte Klaus Barbie, Gestapokommandant, Résistance-Folterer und Juden-Deporteur. Nach dem Krieg arbeitete er kontinuierlich weiter, zunächst als Agent des Army's Counter Intelligence Corps (C.I.C.), dann, als sein Fall in Frankreich ruchbar geworden war, unter dem Namen Klaus Altmann als Geschäftsmann mit Verbindungen zum Waffen- und Drogenhandel in Bolivien, Schützling des Diktators Banzer. Nach dessen Sturz wurde er nach Frankreich ausgeliefert und 1987 in Lyon verurteilt.

Über das Leben und die Zeiten Klaus Barbies hat Marcel Ophüls einen viereinhalbstündigen Dokumentarfilm gemacht und dafür auf den renommierten Festivals Preise eingeheimst, – obwohl er oder weil er alles anders gemacht hat, als es bei diesem ernsthaften Thema zu erwarten war. Kein Film über die bekannte Vergangenheitsbewältigung, wie sie inzwischen zur moralischen Pflichtübung verkommen ist. Wohl aber ein bös-ironischer, sarkastischer und offen wütender Film über unsere unbewältigte Gegenwart. Keine pädagogische Veranstaltung, sondern Crime, Horror und Suspense, ja Entertainment (»Hotel Terminus« ist ein amerikanischer Film). Denn Marcel Ophüls setzt sich wie Columbo-Held Peter Falk auf die Spur der Leute, die mit Barbie zu tun gehabt haben. Von hinten, über die Gemüsebeete platzt er in die deutsche Spießeridylle, und wir erfahren etwas über die ungebrochene Kontinuität der Barbie-Freunde, -Sympathisanten, -Nachbarn und -Schulkameraden. Das gibt action: Interviews, die im ersten Zugriff scheitern, beredte Verlegenheiten, Verstummen in leerlaufenden Floskeln, Lügen, Aggressionen und Belehrung über das Recht am Privateigentum, Gemüsebeet inklusive.

»Hotel Terminus« ist Spielfilm: über einen und von einem, der auszog das Gruseln zu lernen. Und »Hotel Terminus« dokumentiert die lächerliche und schreckliche Kontinuität von Gleichgültigkeit, Berechnung, Komplizenschaft und auch Entsetzen: eine Internationale von München, La Paz, New York und Lyon. Detektivisch spürt Ophüls die Leute auf, die mit Barbie zu tun gehabt haben, und diese werden zu den Hauptpersonen des Films. »Hotel Terminus« handelt selbstverständlich nicht vom Holocaust; auch will der Film mitnichten der Barbie-Biografie gerecht werden. Barbie selbst kommt so gut wie gar nicht im Film vor. Wohl aber Jacques Vergès, sein eloquenter Verteidiger. Von ihm erfahren wir nichts über Barbie, aber alles über den illustren Maître selbst, dem der Prozeß nichts weiter als ein Anlaß ist, der Grande Nation die Verbrechen des Kriegs in Vietnam und in Algerien und der Unterdrückung in Madagaskar, in Schwarzafrika und auf den Karibischen Inseln vorzuwerfen. »Diese Verbrechen gegen die Menschlichkeit haben mehr Tote gefordert als die Verbrechen der deutschen Nazis im besetzten Frankreich«, sagt er abschließend. – Die Ophüls-Kamera hatte er angewiesen, gleich bei der Tür stehenzubleiben. Ehrerbietig ging sie in die Knie, und so sehen wir den Advokaten Vergès, das langjährige KPF-Mitglied, das Idol und die Hoffnung der militanten Linken, sehr repräsentativ und weit weg argumentieren und dozieren und rhetorisch auflösen, was grade noch unsere eigenen Gefühle gewesen waren.

Aber eigentlich hat es die untertänige Kameraperspektive gleich am Anfang gesagt, daß wir in das hochoffizielle und herrschaftliche Amtszimmer des Maître Vergès nicht hineingehören. Ophüls, der mit keinem Wort kommentiert, was die Interviewten sagen (und lügen), dementiert mit einer einzigen, ihm dazu noch aufgezwungenen Kameraeinstellung, was die offizielle Sprache des Kommuniqués für erledigt und bewältigt erklärt haben möchte.

»Hotel Terminus« treibt den naiven Glauben an Zeitzeugen und die Wahrheit der Oral History aus. Viele der Interviewten, die ihr wohlpräpariertes Statement vor dem festlich geschmückten Weihnachtsbaum abgeben, mindestens aber mit dem Adventsgesteck zur Seite, sind unglaubwürdig, und die Lüge ist ihnen ins Gesicht geschrieben. Aber so, wie sie da sitzen im sentimentalen Environment, bringen sie zwanglos und wahrhaftig das Deutsche Reich nach Bolivien und wieder – aus der Militärdiktatur – zurück in die Bundesrepublik. Das Leben und die Zeiten des Klaus Barbie (»The Life and Times of Klaus Barbie« ist der Zweittitel des Films) werden zu *unserer* Zeit, und in dieser ziehen die Musikinterpreten neue Grenzen. Wenn die Wiener Sängerknaben jubilieren »Wenn ich ein Vöglein wär«, antwortet Hannes Wader mit der »Internationalen«, und beide überschreiten nicht die Grenze zu Fred Astaire (»Pick Yourself up«) und Fats Waller (»Smashing Thirds«).

Auf vertrackte Weise stimmt dieser Film, der von der Vergangenheit handelt, zuversichtlich. Das Hotel Terminus ist ein altmodischer Bau, und Greise sind die meisten der achtzig Leute, die ihr Statement aufsagen. Und doch ist »Hotel Terminus« ein junger Film, voller Elan und Aktivität, und es ist zu sehen und zu hören, wie einer an die Zukunft glaubt. Marcel Ophüls verhört jetzt die Verhörer, die Leibwächter und C . I . C . -Agenten, und wenn wieder jemand einen Rückzieher gemacht hat, tritt er selbst vor die Kamera, wütend, sarkastisch, und spielt uns mit seinem Assistenten Dieter Reifarth einen Sketch vor: »Ah, es geht um Barbie. Ja, dann. Dann möchte ich lieber doch nicht«.

Die kunstvolle Montage des Films befreit das Material von der Funktion, als Beleg für die sogenannten objektiven Tatsachen zu dienen. Die historische Abfolge ist in Unordnung gebracht, vorsätzlich und genüßlich; auch die geografischen, nationalen und sprachlichen Grenzen fallen zugunsten neuer Strukturen. Wer auf dem geschichtlichen Feld des »Hotel Terminus« operieren will, muß ein Columbo sein, ein Peter Falk, ein Held, der ein Spiel in Gang zu setzen und zu durchschauen vermag: Résistancekämpfer, die – vielleicht – denunzierten; Nachbarn, die nichts gewußt haben; seriöse Geschäftsleute, die mit Waffen und Drogen handeln; der Gärtner, der seinem Herrn dient; – sie alle, die vor der Kamera die Wahrheit verbergen, lassen sie gleichzeitig aufscheinen. Dafür sorgt der Held Ophüls. Der auf die Bequemlichkeit und vornehme Zurückgezogenheit des Gelehrten verzichtet, insbesondere auf die Objektivität des Historikers, und sich selbst ins Getümmel stürzt. Und da er nicht an die Wahrheit der Worte, also an die verbalen Dokumente seines Films glaubt, ist er alles andere als der uns so sehr bekannte allwissende Pädagoge des Dokumentarfilms. – »Hotel Terminus« ist ein Abenteuerfilm, ein Krimi, und mit ihm wird spät, aber endlich klar, warum bei uns die Vergangenheitsbewältigung zum Schlagwort degeneriert ist. Weil es falsch war, die Vergangenheit der Objektivität der professionellen Bewältiger zu überlassen. Weil die Frage falsch gestellt war. Weil nicht ein historisches Problem der Lösung bedarf, sondern weil wir selbst, unsere nackte, schiere Gegenwart, betroffen sind. Die Summe der Interviews in »Hotel Terminus« – und deswegen ist er auch ein schrecklicher Film – macht bewußt, daß wir es sind und niemand anders, in denen die Vergangenheit steckt, mehr oder minder virulent. Allzu nah, allzu vertraut, allzu unheimlich-heimisch kommt uns vor, wie die Interviewten argumentieren und gestikulieren. Das Hotel Terminus ist heute noch in Betrieb, und der Film »Hotel Terminus« setzt ihn erst in Gang, den Prozeß der Gegenwartsbewältigung .

Der Film, der auch als Alternative geplant war, falls Barbies Prozeß nicht stattfinden sollte, spart die Verhandlung vor dem Lyoner Schwurgericht aus. Stattdessen läßt er Le Pen zu Wort kommen und Barbies törichte Verwandten, die nichts begriffen haben und deshalb als gute Bürger auftreten. »Ein Nazi, was ist das überhaupt?«, fragt Barbies Tochter herausfordernd.

Ophüls widersetzt sich dem Versuch der Gesellschaft, die Vergangenheitsbewältigung in die Justizsäle abzudrängen und sich dadurch ein moralisches Alibi zu verschaffen. Die Bundesrepublik hat es bekanntlich geschafft, die Vergangenheitsbewältigung auf einen Strafrechtsfall zu reduzieren, und der Täter, der vor Gericht steht, ist immer ein anderer als man selbst. Die Prozesse sind in den letzten Jahren unter allgemeinem Desinteresse ausgelaufen. Die Zeugen waren Schauspieler ihrer Rollen geworden und hatten die Texte aufgesagt, die sie schon längst zu Protokoll gegeben hatten. Die Anschauung des ersten Zugriffs, die Differenz von Wort und Mimik, aus der »Hotel Terminus« Gegenwart und Nähe bezieht, war der Aufgabe gewichen, Vergangenes und Fernes in Formeln zu bringen, also einen Fall zu erledigen. Das Gewissen ist beruhigt. Und doch, wenn wir in Ophüls' Film Le Pen reden hören, hören wir da nicht unseren Taxifahrer, unseren Nachbarn, den Berliner REP?

Nein, unser Gewissen ist nicht beruhigt, und es ist zu wenig, die Vergangenheit im Gedächtnis zu behalten. Sie bedarf in der Tat einer Rekonstruktion, einer verantwortlichen und gewissenhaften, die von der Vielheit und Einheit des konkreten Menschen ausgeht, von der Gegenwart. Ophüls hat die Hierarchien abgeschafft, sowohl die der Heldenbiografie wie die der Quellen und Texte, und der Zuschauer wird zum Souverän, der an das glauben kann, was er entdeckt. Wer ist glaubwürdig? Wer nicht? »Hotel Terminus« kann es sich leisten, viereinhalb Stunden lang Talking Heads vorzuführen, Neben- und Unpersonen der Zeitgeschichte zur Hauptsache, und was sonst Krux des Dokumentarfilms ist, wird hier zur Adresse an den Zuschauer: zuzusehen, zuzuhören, sich ein Bild zu machen.

Während »Hotel Terminus« jetzt im Kino läuft, antwortet das deutsche Fernsehen (ARD) mit dem Fernsehspiel »Keiner von uns«, das im Mai ausgestrahlt wird und das Naziverbrecherthema gründlich bereinigen will. »Keiner von uns«, die inszenierte Recherche von Reimar Cunis, Chef des NDR-Lektorats, wirbt um Gnade für einen fiktiven Naziverbrecher, um »die Teilung des Volkes in Schuldige und Unschuldige zu beenden« (Adenauer). Ein Film, der alles weiß und alles erklärt und drum in einem Aufwasch sowohl die Vergangenheit als auch die Vergangenheitsbewältigung bewältigt oder das getan zu haben meint. – Ein demonstrativer Fall für Columbo-Ophüls. Was ist das für eine Stimme, »Keiner von uns«? Wer »Hotel Terminus« gesehen hat, wird kein Problem haben, die Methode-der-vielen-Stimmen auf den nächsten Fall anzuwenden.

konkret 05/89, S. 82

Hermann Peter Piwitt

Piwitts kleines Feuilleton

Brechts lyrische »Weibsbilder« – _ soweit sie in dem Band »Liebesgedichte« (Insel-Verlag, 76.-80. Tausend) versammelt sind – sind entweder Huren oder Luder, die zu Hascherln werden, wenn nur der herzlose Johnny kommt. Oder die berühmten »tapferen kleinen Frauen«, wie die Hannah Cash aus dem gleichnamigen Balladen-Schmarrn, den Ernst Busch dennoch so unnachahmlich, ... Nu, is ja gut.

Nun hat natürlich jeder so seine Passionen. Und insofern darf ein Dichter in Leidenschaft entbrennen, für wen er Lust hat. Nur sollte es denn auch einmal Leidenschaft sein. Brechts lyrische Ich's aber haben bei der Liebe in Gedanken immer schon den Hut auf. Und sie sind dabei nicht besser als jene Westernhelden, die, vorher oder gleich nachher, immer noch etwas ungemein Wichtiges in Tombstone zu erledigen haben.

Fast noch schlimmer seine Anflüge von hoher Minne: etwa wenn er die jeweilige Frau, die gerade den Alltag teilt, zur hohen Minna der Kameradin macht. Und zurück bleibt, fidel, Kamerad Dandy: Brecht.

Ich fürchte, weil der arme B. B. sich im Leben nie an die Liebe hat verlieren können, hat er sie auch in seinen Versen verfehlt.

Man wird jedenfalls noch mal dahinterkommen, daß der eben verpönte »politische« Brecht weit mehr taugt als der uns augenblicklich übriggebliebene der privaten Baals- und Pflaumenbaum-Passionen.

Auf Liebe jedenfalls verstanden sich andere besser.

*

Da lebt man nun seit 15 Jahren mit einer Feministin der ersten Stunde zusammen, darf also auch mal lachen. Lachen darüber, daß der Kelch an einem vorübergegangen ist. Der Kelch einer echt ehrlichen, spontanen, weiblichen Selbstfindung, wie Hella-Dore Tietjen sie dokumentiert unter dem Titel »...Und sie verpfuschten mir mein Leben.« (Haffmans-Verlag). Schon als Kind leidet sie darunter, daß sie keinen Matrosenanzug tragen darf. Ein Rektor von Manteuffel (!) schikaniert sie während der Nazijahre. Jetzt ist sie in schwerster »Erinnerungsarbeit« dem Ursprung ihrer Milchallergie auf der Spur; und hat sich als Leitstern ihres Ausstiegs aus dem »traditionellen Kokon« Marion Gräfin-Dönhoff gewählt; sowie so manche andere Neue Frau, die sich inzwischen tapfer zu ihrem Mädchennamen bekannt hat, als da sind: Beatrix Schnippen-Koetter und Karin Funke-Dudel.

»Jede Schöpfung erschöpft« bekennt sie in »hell(a)sichtiger« Trauerarbeit. Klar, daß auch ihre Gedichte alles in den Schatten stellen, was uns die Versriesin Allert-Wybranietz-Zeul bisher hinterließ...

Ein Heidi-Spaß für die, die es hinter sich haben. Den andern bleibt Sylvia Plath's »Glasglocke« nicht erspart.

*

Verlaß ist auf niemanden mehr, nicht einmal auf die Nostradamus-Deutung. Seit den fünfziger Jahren verfolge ich nun Jahr für Jahr die Exegesen von Huters Astrologischem Kalender; und immer stand danach der Seher fest an der Seite der NATO, voller Unheilsverheißungen für das Reich des Antichrist, die Soofjetunion.

Neuerdings gerät die Exegese ins Schwimmen. Was zum Beispiel fragt sich der Exeget Th. Keysers im Jahrgang 1988, was könnte mit dem »Karbunkelzeitalter« der Centurie 11, 27 gemeint sein? Die Folgen von Atomstrahlen, Vergiftungen durch Chemikalien?

Heilige Einfalt. Kapitalmacht hat sich als stärker erwiesen als die Kraft, sich ihrer zu entledigen. Ungarn und Polen schon über den Tisch gezogen. Jetzt braucht's von der Bretagne bis zum Ural, von Gibraltar bis zum Schwarzen Meer, den rechten politischen Quartiermacher: die Sozialdemokratie. Daß es fortan nur noch *einen* Norden gebe; und einen Süden zum Ausschlachten. Und da rätselt der Exeget herum: Karbunkel? Karbunkel...? Wir wissen es besser, nicht wahr, Nosti, alter Junge?

*

Der arme Nitsch... Dabei hat ihm der Kunde von heute mitzuverdanken, daß ein Holzkreuz, auf dem man eine gefesselte Frau besauen kann, beziehungsweise gleiches Schicksal als Mann erleiden darf, inzwischen wie selbstverständlich zur Grundausstattung jedes wirklich guten Callgirl-Studios gehört. Warum also nicht Professor in Frankfurt? Es gibt genug Leute, die für Dümmeres das Bundesverdienstkreuz bekommen. Und immer noch besser mit einem Kreuz *so* spielen, als in dessen Namen verfolgt und verdammt zu sein.

*

»Multikulturelle Gesellschaft«? Das geht doch in die Hose. Das kann doch nur wieder in die Hose gehen. Das ist doch wieder nur so ein Ideal für den Fall, daß es mit rechten Dingen nicht zugehen darf. Und die Linke im Land zaubert es aus dem Hut, so als sei endlich mal mehr als bloßer Zugzwang ihre treibende Kraft.

Wenn ich allein an die Vor(blind)gänger denke! »Internationalismus? Scheibenscheiße« ! Und schon singt ein ganzer SPD-Parteitag trotzig die Nationalhymne. »Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien? Hühnerkacke!« Und schon hatten wir die »Selbstverwirklichung«; mit der Borussenfront als Avantgarde...

»Warum können sie nicht bleiben, wo sie hergekommen sind?« Eine Frage, die sich jeder anständige Deutsche stellen sollte. *Sich* natürlich. Wem sonst? Also: Was ist unser Anteil an der Ausplünderung der Länder, aus denen sie kommen? An deren Folter- und Räuberregimes? An der Ohnmacht von deren Befreiungsbewegungen?

So. Und alles weitere denn doch bitte erst unter »Verschiedenes«.

Zum Beispiel die Frage des Wahlrechts für Ausländer: Natürlich! Warum nicht? Wo Kohl die nächste Wahl nur noch mit Aussiedlern aus Rußland und Polen gewinnen kann, da werden ja wohl auch SPD und Grüne ihrerseits Wählerreserven mobilisieren dürfen! Ging's schon im imperialen Rom irgendwann nicht mehr ohne Hilfstruppen, wie dann erst in der imperialen BRD?

Und daß jeder, dem aus politischen Gründen in Ost und West das Leben unerträglich gemacht wird, in der Republik Asyl findet? Na und? Sowieso. Aber warum dann gleich den Mund so voll genommen und die Augen idealisch verdreht? »Multikulturell«: Daß der türkische Müllmann kein Schweinefleisch essen darf, und der Deutsche aus der Chefetage ist mal grad' so frei? Und die Iranerin darf den Shador tragen in der Kaufinger Straße und die Dame des Hauses – ist das Dirndl in der Reinigung – probiert mal was entsprechend Exotisches? Und dann, in der zweiten Generation, stellt sich heraus Big Beefburger bereits als das für alle wahrhaft Bindende?

»Multikulturell«... die Republik als Ethnopark, wo von allen ein paar vorkommen dürfen, und die Herren des Territoriums können sich als Menschenfreunde fühlen, wenn sie Artenvielfalt simulieren: Wem das als *Ideal* vorschwebt, der hat sich von dem Recht der Menschen, gar nicht erst flüchten zu müssen, sich wohlzufühlen da, wo sie zuhause sind, schon verabschiedet.

Und dann auch noch die USA als »Vorbild«: Ausgerechnet die USA, wo es 200 Jahre nach der Erklärung der Menschenrechte den Nachfahren der Sklaven immer schlechter geht und es genügt, »griechischstämmig« zu sein, um nicht Präsident werden zu können...

*

Immer wieder diese Lustlosigkeit beim Lesen von Romanen, in denen es zugeht wie im Kino. Und in welchem Roman geht es nicht so zu? Ich schlage wahllos aus einem Haufen neuer Bücher auf: William Gaddis: »Der Erlöser«, laut einem Walter Abish ». . .das bedeutendste und originellste literarische Werk unseres gegenwärtigen apokalyptischen Zeitalters. . .«, schlage also auf und lese: –

Ja? Ja es ist...Oh...Sie senkte die Stimme und drehte der leeren Türöffnung den Rücken zu.

Nein, wieder nichts.

Woher die Unlust? Der – mit Abstand – bedeutendste und originellste Prosaist des Jahrhunderts – na, wer schon? – gibt in seinen »Gesprächen mit Professor Y« eine verblüffende Erklärung: In dem – eben bei Luchterhand wiederaufgelegten – Buch, das den Dichter auf dem Titelblatt zeigt, vor einer Riesen-Kaffeetasse mit einem kleinen Lächeln den Papagei »Toto« betrachtend, wie der an einem Füllfederhalter knabbert, – in eben diesem schmalen Bändchen also sagt der Dichter der »Reise ans Ende der Nacht«, die Maler hätten zwar seinerzeit mit dem Impressionismus auf die Erfindung der Fotografie reagiert, die Romanciers aber nicht auf die des Kinos, will sagen: nie aufgehört mit dem, was das Kino längst besser kann: nämlich Handlung *abzubilden. Er* immerhin habe eine kleine wichtige Erfindung gemacht, die kein Kino dem Roman streitig machen kann: nämlich dem Geschriebenen die Emotion des *gesprochenen* Wortes zurückgewonnen.

Beckett ist ihm darin gefolgt und der Peter Weiss der frühen Romane. Ror Wolf schrieb so seine besten Bücher. Andere Anti-Romanciers retteten den Roman auf ihre Weise: Joyce, der Marquez von »Hundert Jahre Einsamkeit«... Es bleibt dabei: Lesenswert bleibt und wird bleiben, was nicht verfilmbar ist. Es sei denn von Anti-Filmern wie Straub.

*

Soviele Widersprüche, die uns zerreißen: Der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Mann und Frau, zwischen Donald und Dagobert Duck. Was uns tatsächlich zerreißen müßte: Die Unvereinbarkeit von humanistischer Weltverschwörung, der wir anhängen, mit der Notwendigkeit, daß viereinhalb Milliarden Menschen sich gefälligst vom Globus zu verpissen hätten, ginge es mit rechten Dingen zu.

konkret 05/89, S. 84

Charlotte Wiedemann

Kein Bußgeld für den Holocaust

Das Bundesinnenministerium hat im Bonner Wissenschaftszentrum eine Ausstellung einrichten lassen: »40 Jahre Bundesrepublik Deutschland«. Mit diesem lauen Verschnitt aus Beschönigung und Verdrängung soll nicht nur das Jubiläum gefeiert, sondern auch jenes »Haus der Geschichte« geprobt werden, in dem die Republik zukünftig ihre »Erfolgsgeschichte« präsentieren will

Der Acht-Zylinder-Motor von 1956 ist kleiner als der 12-Zylinder-Motor von 1988. Das macht aber nichts, denn beide sind von BMW. Franz Beckenbauer, Ulrike Meyfarth und Heide Rosendahl latschten auf »Adidas« zum Sieg, und die Empfehlung von Connie Froboess, die Badehose einzupacken, ist eine Leihgabe von Bertelsmann. Da weht einen doch der Hauch der Geschichte an, das ist Republik pur, nur der Gummibaum, der fehlt, und das ist wirklich unfair.

Die Ausstellung »40 Jahre Bundesrepublik Deutschland« hat das Koblenzer Bundesarchiv im Auftrag von Innenminister Zimmermann zusammengestellt. Das sagt eigentlich genug. Ein Jubiläumsjahr lang soll sich »ein Volk, das seine moderne Geschichte vorwiegend als eine Folge schmerzlicher Brüche erfahren hat« (Kohl), an »vier Jahrzehnten Frieden und Freiheit« weiden. Zwischen Flensburg und Passau wird der Kelch an kaum einer Schulklasse vorübergehen. Warum aber diese Ausstellung hier unter Qualen besprochen wird – und nicht die alternativen Jubiläumsangebote »Der Hessenpark als Brücke zum Osten« oder »Das Hinterglasbild in Altbayern« – hat einen anderen Grund: Die Zimmermannsche Werbeshow ist der Modellbaukasten für das »Haus der Geschichte« in Bonn, jenem neuzeitlichen Pendant zum geplanten »Deutschen Historischen Museum« in Westberlin.

Graugetönte Spiegelwand, darin sich die Betrachterin als Subjekt der Grundrechte erkennen soll. »Hand aufs Herz – Kennen Sie dieses Grundgesetz?« Die Stimme aus dem Off ertappt beim Richten der Frisur, der Blick eilt vorschriftsmäßig zum Video-Monitor. »Wer heute eine Fernsehsendung sieht, vergißt leicht, daß es in Deutschland nicht immer so war.« (Darüber läßt sich streiten.) Artikel eins, die Würde des Menschen ist unantastbar. Saubere Türkenfamilie mit Kinderwagen. Schnitt. »Die Älteren unter uns haben es noch anders erlebt.« Tatataaa. Tatort? Ein Hakenkreuz. Dachau. ». ..1961 Elisabeth Schwarzhaupt erste Ministerin«. Halt, nicht so schnell, was war mit Dachau? Alles noch einmal von vorne, noch einmal Privateigentum, breit gestreut, zum Wohle der Volkswirtschaft und des Einzelnen, Sparkasse, stop, da kommt's wieder, Dachau, das Sogenannte. Nur das Zucken einer Wimper lang sieht man es: Liegestütze machen sie dort, Liegestütze.

Eine garstige Lücke von zwölf Jahren klafft zwischen dem Historischen Museum und dem »Haus der Geschichte der BR Deutschland«. Zwölf Jahre, irgendwo verloren auf der Transitstrecke – erhöhte Geschwindigkeit ist angeraten, kein Bußgeld für den Holocaust. Ganz so geht es nicht, da rät das Berufsethos der Historiker ab und SPD und Grüne sowieso: Also wird über die Lücke ein Brett gelegt, und das heißt »Vorgeschichte«, sozusagen das Schlabberlätzchen der Republik. Paragraph 2 des Gesetzes über die öffentlich-rechtliche Stiftung, die demnächst das Projekt »Haus der Geschichte« übernimmt, nennt nach jahrelangem Gerangel jetzt als Stiftungszweck: »die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland im geteilten Deutschland einschließlich der Vor- und Entstehungsgeschichte darzustellen...«. Für das Schlabberlätzchen sind auf den 10.000 Quadratmetern für Normal-Geschichte zwei »Sonderausstellungen« vorgesehen, eine davon zur »nationalsozialistischen Gewaltherrschaft« .

Modellbaukasten, im Jahr 1945 vorrepublikanischer Zeit, Abteilung Wiederaufbau. Die Bundesarchive geben sich gnadenlos objektiv: »Vor deutschen Gerichten werden Täter verfolgt, die Verbrechen gegen die Menschlichkeit an ihren Mitbürgern begangen haben.« Das ist Sprachkunst höchster Schule: »vor« deutschen Gerichten, aber nicht von ihnen, »verfolgt«, aber nicht verurteilt. Wohlbedacht auch die drei Zeilen über die deutschen Spruchkammern, die »die Betroffenen in fünf Kategorien einstufen und entsprechend bestrafen oder entlasten.« Wie plump nimmt sich da Ralph Giordanos Wort vom »größten Wiedereingliederungswerk für die Täter« aus, wieviel feinsinniger der epochale Begriff »entsprechend«. Ende der Abteilung. KZ-Bilder will nun wirklich niemand mehr sehen, »mündig« soll die Auseinandersetzung auch mit »dem düstersten Kapitel unserer Geschichte« sein, sagt der Kanzler, und »ohne den geringsten Grund zur Verzagtheit«. Der mündige Bürger weiß, wo er im Modellbaukasten die Judenvernichtung zu suchen hat: in der Abteilung »Kirchen«. »1933 lebten im damaligen Deutschen Reich 530.000 Juden. Nach der nationalsozialistischen Verfolgung und Vernichtung der Juden gibt es in der Bundesrepublik wieder rund 60 jüdische Gemeinden mit ca. 30.000 Mitgliedern.« Der gelehrige Mathematikschüler rechnet nach: Abzüglich Ostgebiete, zuzüglich Fruchtbarkeitsrate, muß an der Auschwitzlüge doch etwas dran sein.

Die SPD-Bildungspolitikerin Odendahl hatte diese Ausstellung vermutlich noch nicht gesehen, als sie bei der Bundestagsdebatte zum »Haus der Geschichte« fragte: »Wäre es nicht undenkbar, daß deutsche Mediziner heute mit Skeletteilen ermordeter Juden und politischer Häftlinge an deutschen Universitäten unterrichten, wenn sie auch nur einmal gefordert gewesen wären, aus der Geschichte zu lernen?« Hätte der Bundestag diese Museums-Debatte nicht erst im Februar geführt, sondern bereits vor der Gedenkveranstaltung zur Reichspogromnacht, dann, so glaubt Frau Odendahl,

hätte jene Veranstaltung »nicht einen so beklemmenden Verlauf genommen«. Nach Besichtigung des Modellbaukastens drängt sich der umgekehrte Schluß auf: Jenningers falsche Betonung der Anführungszeichen war für das Geschichtsverständnis dieser Republik ein weitaus profunderer Beitrag als in dem 90-Millionen-Mark schweren Geschichts-Haus je zu finden sein wird.

In der Bonner Walhalla sollen »Rang und Würde des Gesamtstaats und der deutschen Nation zum Ausdruck kommen«, fordert das Stiftungs-Gesetz. Darüber wacht künftig ein Kuratorium mit je sechs Vertretern von Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat, assistiert von einem 25köpfigen wissenschaftlichen Beirat sowie einem Arbeitskreis »gesellschaftlicher Gruppen«. Das großdeutsche Interesse wird im jetzigen 12-köpfigen Arbeitskreis der provisorischen Stiftung gleich von zwei Vertretern der Vertriebenen und »Mitteldeutschen« repräsentiert. Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirats ist der Bonner Politologe und Adenauer-Biograph Hans-Peter Schwarz. Sein Buch »Die gezähmten Deutschen – von der Machtversessenheit zur Machtvergessenheit« markiert die Marschrichtung aus dem »Wartesaal der Geschichte«, wo die Union das vierzigjährige Reich immer noch sitzen wähnt.

Da lastet auf dem Haus der Geschichte eine schwere Bürde, die in diesem Jubel-Jahr schon manchen Redner ins Schwitzen brachte: Die »gesamtdeutsche Loyalität« (CDU) als »tragenden Akzent« unter die Leute zu bringen, gleichzeitig die Westintegration als von der Sowjetunion aufdiktierte Notwendigkeit der Geschichte zu verkaufen und dann auch noch die praktische Erfolglosigkeit von 40 Jahren Wiedervereinigungsparolen zu umschummeln. Die »UZ« war bereits nach einem Besuch im Modellbaukasten völlig erschüttert über die »zusammengezimmerte Rechtfertigung« des »westdeutschen Separatstaats«: »Die Ausstellung bejubelt unverhohlen die von den USA, Großbritannien und Frankreich im Verein mit westdeutschen Politikern vor vier Jahrzehnten betriebene Spaltung Deutschlands.« Am anderen Ende der deutschen Fahnenstange verwahrte sich der Bremer CDU-Rechtsaußen Bernd Neumann im Bundestag gegen den noch weiter rechts erhobenen Vorwurf, schon allein die Einrichtung des BRD-Geschichtsmuseums besiegele die deutsche Teilung. Neumann flüchtete sich in die etwas hilflose Formulierung, »Wissensdefizite über die freien und den unfreien Teil unseres Vaterlands« auszugleichen, erfülle doch gerade das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes. Das Bundestagsprotokoll vermerkt einen Zwischenruf von Dregger (»Sehr gut!«), aber kein Kichern von Todenhöfer.

Wenn das »Haus der Geschichte« den geforderten Patriotismus wecken soll, muß allerdings bis zur Eröffnung 1993 noch ein Zacken zugelegt werden. Die Texte der Ausstellung zum Vierzigjährigen dürften jedenfalls über weite Strecken eher unter das Betäubungsmittelgesetz fallen. Da wird zwar gelogen, daß sich die Schautafeln biegen (»In der Bundesrepublik haben Sicherheit und Risikovorsorge in der Kernenergie eindeutig Vorrang vor energiewirtschaftlichen Erwägungen«), aber auf einem Klippschul-Niveau, mit dem sich kaum ein Lehrer vor seine Klasse trauen würde. In Ermangelung von Begeisterungswertem konnten die Archivare die Ausgewogenheit nur wahren, indem sie alles ausblendeten, was die bundesdeutsche Innenpolitik ab und an spannend machte: »Spiegel«-Affäre, Nachrüstungs-Debatte, Barschel in der Badewanne – alles nie gewesen. Nur bei den »Herausforderungen des Rechtsstaats« spürt man, wie die Finger gezittert haben müssen, als noch einmal akribisch die herausragendsten Anschläge der vergangenen 15 Jahre aufgelistet wurden. Und wie da der Peter Lorenz unbebrillt in seinem Bettchen sitzt mit dem berühmten Schild vor'm Bauch, da kommt doch Wehmut auf...

Gleich nach der sogenannten Wende kündigte die Bundesregierung ihre Museums-Projekte für Westberlin und Bonn an. Teil der geistigen Wende sollten sie sein, Historiker-Streit in Stein gegossen. Wenn diese Ausstellung ihr Vorbote sein soll, und so wird sie anscheinend gesehen, dann offenbart sie nicht viel mehr, als die Krise der Konservativen. Ein Verschnitt aus Verdrängung und Beschönigung, dumm, beschämend und ärgerlich, aber im wesentlichen altbekannt, nur eben größer, teurer, bunter. Die politische Kärglichkeit dessen, was die Konservativen in ihr Schaufenster zum Jubel-Jahr stellen, konkurriert mit der Anspruchslosigkeit der Kritik bei der neuen Koalition des Fortschritts. Freimut Duve wäre schon zufrieden, wenn im Museum die Geschichte »so souverän ausgerichtet« würde, wie Weizsäcker bei Brandts Geburtstag geredet hat. Und Antje Vollmer sinniert über andere, echte Nationen, die sich ihre Geschichte nicht im Museum erzählen lassen müßten. »Unser Mangel an Tradition«, »dieses merkwürdig Brüchige in unserer deutschen Identität« würde uns eher mit denen verbinden, die sich »eine solche Tradition erst fabrizieren müssen«. Die werden sich aber bedanken.

Vom 4.-7. Mai findet in Bonn das 5. Geschichtsfest der bundesweiten Initiative »Die Geschichtswerkstatt« mit einer Vielzahl von Veranstaltungen statt. Thema: »Nachlese: 40 BRD-Jahre«.

Information und Programm: Bonner Geschichtswerkstatt e.V., Kölnstr. 198, 5300 Bonn 1, Tel. 0228/63 88 94.

Konkret 05/89, S. 86

Horst Tomayer

Tomayers ehrliches Tagebuch

KONKRET-Zensur II und Schluß...

»O, daß ein Ansturm anstürme! Dollarflut ergieße dich! Schande über die säuerlichen Gralshüter!«

KONKRET-Leser Klaus Ritzau aus dem fränkischen Fürth führt mit diesen donnernden Worten die Fronde der »kongretchen«-Fans an, die im unblutigsten Kulturschisma seit Heftgedenken dem ästhetisch-ideologischen Diktat der Redaktion das beste was sie haben, die Stirn, bieten und - nach dem großen Wort des großen Mao Zedong »Der Geschmack der Kunst erweist sich beim Hineinbeißen«, Kahls Doppelblatt »Diese Ausländer dürfen wählen/Diese Ausländer dürfen nicht wählen« ham ham ham wollen. Sie, lieber Thomas Kieseritzky zu Frankfurt am Mainstrom, haben sich des schweren Gangs zum Währungsschalter unterzogen und, wie an dieser Stelle im Aprilheft zur Bedingung des Erwerbs des Sudels gemacht, drei in vier Dollarnoten eingewickelte Briefmarken geschickt. Sie sollen kriegen, lieber Thomas, was Sie wünschen. Und auch Du, verehrte Kollegin Christel Dormagen, kriegst das nach Deinen Worten »unterdrückte Schmutzstück«, dito Sie, lieber Peter Weiß zu Ansbach, und Sie, Herr Friedrich Böhme zweitausend Hamburg, der Sie mir, Hut ab vor diesem Gebirg Vertrauen!, die Gnade eines Blanko (!)-Verrechnungsscheckes gewähren, weil Sie (Schlauberger elender!) drei Briefmarken in vier Dollarnoten nicht auf die logische Reihe zu bringen vermögeten, und Sie, Mutter Gromke aus Kiel, Du KONKRET-Abonnent Christoph Hofrichter, Du, Widerstandsfamilie Schmid aus Unteralting und Sie, lieber Vollfreund Wieland Sternagel, und Sie, Christian Horz zu Hamburg, sollen haben, wonach Ihnen und vielen vielen (hallo, Ihr lieben) Ungenannten der freie Sinn steht: Einen handsignierten Andruck des bitter zu Unrecht ins völkische Abseits inkriminierten Oeuvres, das übrigens ausnahms- wie witzigerweise von der »Titanic« in einem Akt nonskrupulöser Leihmutterschaft zeitgleich ausgetragen wird- Im Maiheft und in Farbe. Was hat uns das Gemetzel Hermann, Oli, Wolfgang contra »kongretchen« gelernt? Die KONKRET-Leser können und wollen gucken, sie haben Adorno (»ohne Bild kein Sehen, ohne Sehen kein Bild«) voll drauf und begehren Irritatives hungrig wie Beischlaf und Tod, pardon: Brot. Deshalb tut Kahl weiter Dienst nach Vorschrift in der Geschlossenen und entzückt seine zügig wie der globale Wahnsinn wachsende Gemeinde, diesmal mit Leichenfeindlichem.

Post scriptum: Hat Spaß gemacht, dieser Dissens, gell?

Der »Spiegel«? Ein Ignorant!

Nein! Es ist kein Indiz für Wissenschaftlichkeit, wenn die Autorin eines sechsseitigen Reports »Ich halte mich nicht mehr aus - über Selbsthilfegruppen und Therapieversuche von Menschen, die sich als sexsüchtig empfinden« (»Spiegel« vom 4.4.89) den von mir in der Fachzeitschrift »Sexualität konkret« poetisch überhöht geschilderten Fall eines Onaniaks namens »Klaus der Wichser« fahrlässig, ja, steht zu befürchten: vorsätzlich (!) ignoriert. Sondern es ist eine scientistische Schande. »In der Bundesrepublik sind es mittlerweile an die zwanzig Selbsthilfegruppen, die so ihrer Abhängigkeit Herr zu werden trachten. In einem Zwölf-Schritte-Programm wie es einst die Gründungsmitglieder der AA entwickelten, heißt das Lernziel, aus der Vereinsamung herauszufinden ... « Steht im »Spiegel«. In »Klaus der Wichser« heißt es:

»Nein, mein Freund, es ist zu spät
Du bist nicht mehr Herr deiner Sexualität
Nicht du wichst den Schwanz - du wirst gewichst
Du wirst von deinem Schwanz -ja: ausgetrickst
Und es entringt sich dir stumm die Klage:
Ich liege beim Herrn der Hölle ewig auf Wichswiedervorlage
Apropos: Das würdeloseste bei dieser Persönlichkeitsdemontage
Ist die gnadenlose Jagd auf die Wichsvorlage
Ich spreche da von Hochglanzmagazinen
Genauso wie von uäääähhh Pornofilmkabinen
Ich rede davon, wie die Augen, ja: triefen
Von der süchtigen Sucht nach immer neuen Motiven

Und wie man als Wichser, als arme Sau
Zwangsläufig besudelt das Bild der Frau
Mit Grauen erinnere ich mich: Nicht nur 1 x, nein: wiederholt
Hab ich mir bei weiblichen Sprechern der Spätausgabe der Tagesschau einen runtergeholt
Drei Jahre lang habe ich mich täglich mehrmals selber gefickt
Ich war am Ende der Fahnenstangefast verrückt
Da stieß ich kurz vor meinem Wichser-Stalingrad
In der »taz« auf folgendes Inserat:
»ANONYME WICHSER - radikale Entgeilung
Noch paar Plätze frei, bitte Beeilung«...
Beiden ANONYMEN WICHSERN gibts keine sozialen, religiösen oder Altersschranken
Wir sind eine Gemeinschaft von gleichen sexuell Kranken
Ob Hilfsarbeiter, Manager, Sonderschullehrer, BuWeh-Obrist
Maßgeblich ist nur, ob einer krankhafter Wichser ist
Und in dieser existentiellen Geworfenheit aus der Gruft der Imagination
Wieder heraufsteigen will ans Licht der sexuellen Interaktion
Zur Therapie der ANONYMEN WICHSER nur so viel.-
Es geht aspera/astra, also nur qua Nacht zum Ziel
Gnadenlos kalte Waschungen und die rückhaltlose
Beichte, wie und warum einen das Übel in der Hose
Packte und - natürlich - an jedem Ort Einmal in der Woche Sport
Ich hatte das Glück des Tüchtigen, schon nach wenigen Wochen war die gröbste Schwellung
Zurückgegangen und mein Glied nahe Ruhigstellung
Ich habe in meiner Hose gründlich aufgeräumt
Wußte ich doch, was es heißt: Das Leben vom Schwanze aufgezäumt

1984 (!) dokumentierte ich diesen Sexsuchtfall eines dreiundzwanzigjährigen Politologiestudenten. Und »Klaus der Wichser« knackte einer befreienden Faust gleich den Panzer der Anonymität und den Panzer des Leidens bei zahlreichen Sexsüchtigen. Selbsthilfegruppen gründeten sich landauf ländab, die, wie die »Spiegel«-Autorin richtig nachzählt, auf mittlerweile gut zwanzig angewachsen sind. Nur verschweigt das Herzchen die Ursache des Booms, schildert flott die Bewegung und verschweigt frech den Anstoß. Eine scientistische Schande!

Mein Buch **»Hirnverbranntes und Feinziseliertes«** (Rasch und Röhring, 26 Mark), auf dem des Staatsschutzes Arsch ein Jahr lang hockte, ist definitiv auf freien Fuß gesetzt worden. In ausdrücklichem Widerspruch zum verurteilenden LG Nürnberg sieht die 29. große Strafkammer Hamburg weder im »Deutschlandlied 86« noch in meiner Rezension einen »Angriff auf die FDGO«; von dem von mir »beschmutzten« und von Nürnberg so rattenhaft besungenen »Staatsgefühl der Bürger« aber stehe in der Verfassung - nix. (82) Qs 16/89 - 141 Js 98/88

konkret 05/89, S. 90

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Aus dem Milieu

des gaskammervollen Euternasiejournalismus ist ein Vorfall zu melden, der, wenn die Szene (Ssiehn) noch einen Anstandsrest im Balg hätte, die sofortige Einstellung einer Tageszeitung und die dauerhafte Entfernung ihres verantwortlichen Personals aus der Öffentlichkeit zur Folge gehabt haben würde. Auch wer, wie ich, dem alternativen Journalismus nie übern Weg getraut sondern ihn als Bürgerkinderposse zur Fortsetzung deutscher Vergangenheit in unbewältigter Grammatik agnosziert hat, empfindet jetzt, da das Unvergängliche dieser Bourgeoisie in der Tageszeitung Ereignis geworden ist, das heftige Verlangen, statt des Textverarbeitungsprogramms gleich die Hardware zu benutzen, um sie den auf jugendlich frisierten Westberliner Rotzgreisen um die Ohren zu schlagen. Denn »der Triumph des Wollens«, als den der Redakteur Bröckers sein Blatt bezeichnet, erweist sich nun tatsächlich als ein Film der Riefenstahl:

»Es gibt nichts zu tun, packen wir's an!« Die fehlgeschlagene Gottsuche der Nazis und der heillose Antifaschismus der Linken. Ein Gespräch mit Rainer Langhans. Das Gespräch führte Mathias Bröckers

Es stellt sich heraus, daß der Führer des Gesprächs der Herr Langhans ist, während Herr Bröckers sich auf die Rolle des Gröfraz, des größten Fragestellers aller Zeiten, beschränkt:

Du hast beim letzten »TAZ«Plenum den ersten politisch begründeten Rausschmiß aus diesem Kollektiv erlebt und fühltest dich daran erinnert, wie ihr als »Kommune I« damals aus dem SDS rausgeflogen seid, mit denselben Argumenten. Siehst du da einen Zyklus am Werk?

Herr Langhans sieht. Nämlich den Zusammenhang zwischen einer gaskammervollen Diskothek und der Priorität von Orgasmusschwierigkeiten gegenüber dem Völkermord in Vietnam. Er verlangte damals nach der Oberweite von Frau Obermaier und er verlangt heute, »daß man die Arbeit an dieser überalterten Faschismus-Theorie endlich mal in Angriff nimmt«, die Wert darauf legte, daß eine Gaskammer nicht als Metapher in Schmocknotizen über Tanzdielen zu dienen habe. Herr Bröckers schiebt den Leibstuhl etwas näher heran:

Was ist für dich falsch an der doch so gutgemeinten linken Faschismustheorie?

Langhans: Unsere Faschismustheorie war schon deswegen falsch, weil sie zwar dazu diente, unsere Väter zu verprellen, aber uns eine Utopie, die wir leben konnten, nicht geben konnte.

Nur Pappi ärgern wird irgendwann und spätestens nach Eintritt des Erbfalls langweilig. Herr Langhans stieg also

aus der Bewegung (aus), weil ich an der Frauenfrage gescheitert war. . .

beziehungsweise weil Frau Obermaier sich von dem spirituellen ab- und einem mehr praktischen Luden zugewandt hatte, in dessen Kneipe schon damals die Hakenkreuze hingen, mit denen Herr Langhans sein intellektuelles Etablissement erst fünfzehn Jahre später dekorieren sollte:

Denn mir war klar geworden: Spiritualität in Deutschland heißt Hitler. . . Wir müssen dieses Erbe von unseren Eltern übernehmen, nicht im Sinne dieses braven, ausgrenzenden Antifaschismus, sondern im Sinne einer Weiterentwicklung dessen, was da von Hitler versucht wurde... Die negative Faschismustheorie der 68er reicht nicht aus, wir müssen daraus eine positive entwickeln...

Und das ist gar nicht schwer,

wenn man weiß, daß sich hier (1933) ein Staat, ein Volk in einem rauschhaften Amoklauf auf eine Gottsuche gemacht hat, die alles wollte, was nur irgend an Schönem, Lichtem möglich war,

nämlich daß Deutschland erwache und Juda verrecke.

Das Risiko, eine Vision zu suchen,

aber das ist vielleicht ein Druckfehler und sollte Vivisektion heißen,

muß nicht in Hitler weiterhin und in Zukunft zugrunde gehen, allerdings muß man erst mal seine Vision verstehen und dann seine ganzen Fehler sehen, um dann irgend wann darüber hinaus zu kommen, es besser zu machen.

Eine Konzession an die Ökologen in der Redaktion, die dem Visionär alles eher verzeihen als den Bau von Autobahnen. Selbst Herrn Bröckers, dessen Beflissenheit im übrigen ein wenig an die bekannte Schäferhündin erinnert, wird es vorübergehend etwas mulmig:

Hitler hatte unter anderem die Vision einer »übermenschlichen« Rasse, kürzlich hat Stoiber von »durchrasster« Gesellschaft gesprochen – gleichzeitig kommen wir gentechnisch langsam in die Lage, derlei Rasse- Visionen ohne die ungeheure Brutalität der Nazis realisieren zu können, im Laboratorium. Die Linke bekämpft diese Entwicklung vehement

und völlig zu recht, eine solche Macht in der Hand des Bösen, des Kapitals – und da ist jede Technologie immer zuerst – das ist doch eine grauenhafte Vorstellung.

Meinen Sie nicht auch, Herr Langhans? Iwo:

Ich habe nicht so viel Angst, weil ich mich wesentlich in geistigen Bereichen aufhalte,

über welches Ei freilich die Hühner lachten, wenn sie es an dieser Stelle noch könnten,

und dort scheint es diese Niederungen so nicht zu geben. Wenn du weiter oben auf dem Baum sitzt, siehst du von weit her, was kommt, und wenn du unten sitzt, dann siehst du die Dinge sehr direkt und mußt dich ängstigen... Wir müssen uns die Mühe machen, uns nirgends schrecken zu lassen, um noch in den fürchterlichsten Verzerrungen das Schöne zu entdecken, das eigentlich intendiert ist.

Ob er dabei an die Spiritualisierung der Ängstlichen, die nicht mehr auf den Baum kamen, durch Zyklon B denkt? Naheliegend:

Wenn es... zu Mord und Totschlag und schlimmen Dingen kommt, bin ich gar nicht traurig darüber oder verzweifelt...

Wenn du weiter oben sitzt, siehst du den größeren Zusammenhang und du siehst: ES IST GUT... Wir sollten erkennen, daß das Nichttun das wahre Tun ist.. . Ich meine, daß das wahrscheinlich die wichtigste Lehre ist, die wir aus Hitler ziehen können. Aber dafür müssen wir uns dorthin begeben und genau schauen, was er Großes versucht hat, das mal aufschlüsseln... Ich meine, daß es der Weg ist, den Hitler nicht gegangen ist: der Weg der Nichtprogramme, der Nichtphilosophie, des Unsagbaren...

Auf die Bäume, ihr Denker! Der Nichtphilosoph, der Unsagbare, der eigentlich ein Unsäglicher ist, unterbreitet dem immer noch neugierig lauschenden und Stichworte gebenden Herrn Bröckers die spirituell erneuerte Faschismustheorie:

Faschismus ist die Frage des Todes. Die Faszination, die ungeheure Vollständigkeit des Lebens in diesem faschistischen Staat bestand ja darin, daß erstmals auch der Tod mit hineingenommen wurde in das Lebenskonzept des Nationalsozialismus... Die Einbeziehung des Todes ist die ungeheure Lehre, die Hitler uns hinterlassen hat.

Es ist faktisch nicht zu bestreiten – dreißig Millionen Erschossener, Verbrannter, Vergaster waren in das Lebenskonzept des Nationalsozialismus hineingenommen worden, wenngleich ihrem Leben doch die ungeheure Vollständigkeit erspart geblieben ist die es einem Arisch mit Ohren erlaubt, mit ihren Skeletten zu kegeln, und dem Herrn Bröckers, mitzulaufen, um spätestens morgen nicht dabeigewesen zu sein. Aber es soll doch gesagt werden: Daß selbst der lächerliche Herr Jenninger als Hort menschlicher Gesittung erscheint im Vergleich zu diesem feigen Gesindel, das im Wettbewerb um die originellste Schweinerei noch ein Todesröcheln auf seine Tauglichkeit prüft, einen geilen Background zu seinem Geseire abzugeben. Denn selbstredend ist Herr Langhans nichts, und nur deshalb auch kein Faschist, will er nichts, als daß von ihm geredet werde, und weil er auch nichts zu sagen hat, plätschert er ein bißchen in Hitlers Blutbad, damit wieder einmal ein Aufsehen erregt werde, wie seinerzeit beim häufig wechselnden Geschlechtsverkehr in der »Kommune 1«.